

Geschäftsbericht 2008/2009

Ausgewählte Zahlen zum IKB-Konzern

	31. März 2009 in Mio. €	31. März 2008 in Mio. €*
Bilanzzahlen		
Bilanzsumme	44 711	50 224
Forderungen an Kunden	27 928	28 844
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15 319	17 449
Verbriefte Verbindlichkeiten	14 026	18 185
Eigenkapital	1 755	1 163
* Zahlen angepasst		
	2008/09 in Mio. €	2007/08 in Mio. €*
Ertragsentwicklung		
Zinsüberschuss	302,6	451,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	589,6	255,2
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	-287,0	196,4
Provisionsüberschuss	33,2	54,7
Fair-Value-Ergebnis	-162,1	-1 830,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	-282,1	-979,9
Verwaltungsaufwendungen	375,3	386,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	131,3	666,3
Ergebnis aus Risikoübernahme	-	2 401,0
Operatives Ergebnis	-1 002,2	124,0
Konzernjahresfehlbetrag	-580,3	-10,6
* Zahlen angepasst		

Zahl der Mitarbeiter (Vollzeitarbeitskräfte)	1 718	1 839
--	-------	-------

Rating der IKB per 30. Juni 2009	Long-Term	Short-Term	Outlook
Moody's	Baa3	P-3	„Review for possible downgrade“
Fitch IBCA	BBB-	F3	„negativ“

IKB-Aktie	2008/09	2007/08
Geschäftsjahresendkurs	0,71 €	4,10 €
Anzahl der Aktien*	585,08 Mio.	96,8 Mio.
Marktkapitalisierung*	415,40 Mio. €	396,86 Mio. €
* zum Geschäftsjahresende		
Aktionärsstruktur*		
LSF6 Europe Financial Holdings L.P.	83,9 %	
LSF6 Rio S.à.r.l.	7,6 %	
Streubesitz	8,5 %	
* Stand 14. Juli 2009		

4	Brief des Vorstandsvorsitzenden
8	Organe und Gremien
8	Aufsichtsrat und Ausschüsse
10	Beraterkreis
13	Vorstand
14	Bericht des Aufsichtsrats
27	Corporate Governance
33	Konzernlagebericht
34	1. Rahmenbedingungen
37	2. Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum
49	3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
57	4. Risikobericht
99	5. Ereignisse nach dem 31. März 2009 (Nachtragsbericht)
102	6. Prognosebericht
106	7. Vergütungsbericht
114	8. Sonstige Finanzinformationen
119	Konzernabschluss nach IFRS zum 31. März 2009
120	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
121	Konzernbilanz
122	Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen
123	Kapitalflussrechnung
124	Konzernanhang (Notes)
238	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
240	Versicherung der gesetzlichen Vertreter nach § 297 Abs. 2 Satz 4 HGB, § 315 Abs. 1 Satz 6 HGB
242	Entwicklung wichtiger Positionen

Brief des Vorstandsvorsitzenden

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,
sehr geehrte Geschäftspartner der IKB,

das Geschäftsjahr 2008/09 diene, wie schon das Vorjahr, der Bewältigung der IKB-Krise. Obwohl sich die Lage an den globalen Finanzmärkten und in der Realwirtschaft im Laufe des Geschäftsjahres dramatisch verschlechterte, konnten wir deutliche Fortschritte machen. Die Risiken aus den Portfolioinvestments wurden eingegrenzt und die Bank rekapitalisiert. Die EU genehmigte die Beihilfemaßnahmen unter der Bedingung einer deutlichen Verringerung der Geschäftsaktivitäten. Lone Star wurde als neuer Großaktionär gewonnen und trug maßgeblich zur Kapitalausstattung der IKB bei. Wir haben einen Interessenausgleich und Sozialplan zum Stellenabbau abgeschlossen und die Weichen für eine schlankere IKB mit noch stärkerem Fokus auf unsere mittelständischen Kunden gestellt.

Das für den Bankensektor schwierigste Umfeld seit vielen Jahrzehnten erfuhr ab September 2008 durch den Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers eine nochmalige abrupte Verschlechterung. Während sich an den Finanzmärkten gegen Ende unseres Geschäftsjahres eine vorläufige Stabilisierung abzeichnete, zeigen sich jetzt die Folgen für die Realwirtschaft umso deutlicher – mit zum Teil drastischen Rückgängen der Wirtschaftsleistung und massiven Einbrüchen der Auftragseingänge bei unseren Kunden.

Als ich im November 2008 meine Aufgabe bei der IKB übernahm, konnte ich auf wichtigen Entscheidungen für die Bank aufsetzen: Die EU-Genehmigung der IKB-Beihilfen war unter strikten Auflagen erteilt worden. Diese fordern die Aufgabe der Geschäftsfelder Immobilienfinanzierung und Portfolio Investments sowie die Schließung von einigen ausländischen Standorten. Die Bilanzsumme der IKB soll bis September 2011 auf 33,5 Mrd. € reduziert werden.

Durch die EU-Genehmigung wurde der Weg frei für die Kapitalerhöhung in Höhe von 1,25 Mrd. €. Sie wurde zu mehr als 99 % durch die KfW Bankengruppe gezeichnet und war für die IKB überlebenswichtig. Ich betone dies auch deshalb, weil mir bewusst ist, dass alle Aktionärinnen und Aktionäre, aber auch Investoren in hybride Kapitalinstrumente der IKB schmerzhaft Einbußen in ihrem Investment erlitten haben. Ohne die Hilfe der KfW stünden alle Anteilseigner und nachrangige Gläubiger der IKB heute mit leeren Händen da.

Der Kaufvertrag über den Erwerb der KfW-Anteile an der IKB durch Lone Star wurde nach der Kapitalerhöhung am 29. Oktober 2008 vollzogen. Seine Verpflichtungen aus dem Anteilskaufvertrag hat Lone Star mit zwei Maßnahmen mehr als erfüllt: Die zugesagten Eigenmittel in Höhe von 225 Mio. € wurden noch im Jahr 2008 in die IKB eingebracht. Darüber hinaus hat Lone Star der Zweckgesellschaft, in die die IKB einen großen Teil ihrer Restbestände an Portfolioinvestments übertragen hat, ein mezzanines Darlehen gewährt. Das verbleibende Risiko aus Portfolioinvestments, die seinerzeit die Krise der Bank ausgelöst hatten, ist heute klar begrenzt.

Eine Refinanzierung im Kapitalmarkt ist im derzeitigen Umfeld für mittelgroße Banken wie die IKB kaum möglich. Zur Sicherung der Liquidität hat der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) Anfang Juli 2009 seine Absicht erklärt, den Garantierahmen für neu zu begebende IKB-Schuldverschreibungen um 7 Mrd. € auf insgesamt 12 Mrd. € zu erweitern. Die zusätzlichen Garantien müssen noch von der EU-Kommission genehmigt werden. Bislang hat die IKB 5 Mrd. € des Garantierahmens für Neuemissionen genutzt.

Lone Star hat sich im Zusammenhang mit der Erweiterung des SoFFin-Garantierahmens unter anderem verpflichtet, die Eigenkapitalbasis der IKB weiter zu stärken. Durch Verzicht auf die Ansprüche aus einer Nachrangdarleihe sowie vorzeitige freiwillige Wandlung einer Wandelanleihe hat Lone Star diese Verpflichtung bereits erfüllt und das Kernkapital der IKB gestärkt. Nach Wandlung der Wandelanleihe liegt der Anteil von Lone Star an der IKB jetzt bei 91,5 %.

Die IKB wird sich nun wieder verstärkt auf das Mittelstandsgeschäft konzentrieren und dabei ihre traditionell gute Position bei den Kunden festigen. Aufgrund von Eigenkapital- und Liquiditätsrestriktionen mussten wir unser Neugeschäft einschränken, jedoch entfielen knapp 80 % unserer Neuauszahlungen des Geschäftsjahres 2008/09 auf unsere inländischen Unternehmer- und Leasingkunden. Wir agieren dabei in einem Umfeld, das sowohl mit Blick auf die Finanzmärkte als auch auf die konjunkturelle Entwicklung die größten Herausforderungen seit über 50 Jahren stellt.

Die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Geschäftsjahr 2008/09 spiegelt beide Elemente deutlich wider. Hohen marktbedingten Verlusten von Wertpapieren auf der Aktivseite standen ebenfalls marktbedingte Gewinne aus der Bewertung von Verbindlichkeiten gegenüber.

Im operativen Geschäft stellen wir fest, dass – auch ohne Berücksichtigung von krisenbedingten Sondereffekten – die Personal-, Sach- und Risikokosten in Summe höher ausfielen als die Erträge über den Zeitraum. Steigende Refinanzierungskosten belasten unser Zinsergebnis, und aufgrund des Konjunkturerinbruchs mussten wir die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppeln. Diese Tatsache zwingt uns, das Geschäftsmodell der IKB zu überarbeiten, um die Bank profitabel zu machen.

Die IKB wird auch in Zukunft die Bank für den Mittelstand bleiben. Wir haben unsere guten Kundenbeziehungen während der Krise aufrechterhalten können und werden auf dieser Basis weiterarbeiten. Das Interesse unserer Kunden werden wir noch stärker in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. Aufbauend auf unserer Kreditkompetenz, werden wir unser Angebot u. a. um Dienstleistungen wie M&A, Restrukturierungsberatung, Derivate und Kapitalmarktdienstleistungen erweitern. Das wird uns erlauben, die Finanzierungsthemen unserer Kunden kreativ anzugehen und Wert schaffende Lösungen zu erarbeiten.

Dass uns unsere Kunden während der schweren Zeit verbunden blieben, ist nicht zuletzt der Kompetenz und dem unermüdlichen Einsatz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken. Der derzeitige Stellenabbau ist aus diesem Grund eine schmerzhaft Aufgabe. Angesichts der EU-Vorgaben und der Notwendigkeit, die Bank effizienter und schlagkräftiger aufzustellen, gibt es hierzu jedoch keine Alternative.

Die Neustrukturierung der IKB ist im Zeichen von weltweiter Rezession und weiter andauernder Finanzmarktkrise eine sehr herausfordernde Aufgabe. Wir sind überzeugt, dass die Bank für Aktionäre und Investoren, Kunden, Mitarbeiter und das gesellschaftliche Umfeld nachhaltig Wert schaffen wird.



Hans Jörg Schüttler
Vorsitzender des Vorstands

Aufsichtsrat und Ausschüsse

Aufsichtsrat

Bruno Scherrer (Vorsitzender)	Head of European Investments, Senior Managing Director, Lone Star Management Europe Ltd., London
Dr. Karsten von Köller (Stellv. Vorsitzender)	Chairman Lone Star Germany GmbH, Frankfurt am Main
Stefan A. Baustert	President and CEO SINGULUS TECHNOLOGIES AG, Bad Homburg
Wolfgang Bouché*	Düsseldorf
Olivier Brahini	Bereichsleiter Europäische Immobilieninvestitionen der Lone Star Management Europe Ltd., London
Dr. Lutz-Christian Funke	Direktor Unternehmensstrategie/Bereichsleiter Vorstandsstab der KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main
Ulrich Grillo	Vorsitzender des Vorstands der Grillo-Werke AG, Mülheim an der Ruhr
Arndt G. Kirchhoff	Geschäftsführender Gesellschafter der KIRCHHOFF Automotive GmbH, Attendorn
Jürgen Metzger*	Hamburg
Dr. Claus Nolting	Vorsitzender des Vorstands der COREALCREDIT BANK AG, München
Dr. Thomas Rabe	Mitglied des Vorstands der Bertelsmann AG, Berlin
Dr. Carola Steingräber*	Berlin
Dr. Andreas Tuczka	Bereichsleiter Europäische Finanzinstitutionen der Lone Star Management Europe Ltd., London
Ulrich Wernecke*	Düsseldorf
Andreas Wittmann*	München

* von den Arbeitnehmern gewählt

Aufsichtsratspräsidium

Bruno Scherrer Vorsitzender

Dr. Karsten von Köller

Dr. Andreas Tuczka

Ulrich Wernecke

Finanz- und Prüfungsausschuss

Dr. Karsten von Köller Vorsitzender

Wolfgang Bouché

Dr. Claus Nolting

Bruno Scherrer

Nominierungsausschuss

Bruno Scherrer Vorsitzender

Dr. Karsten von Köller

Dr. Claus Nolting

Beraterkreis

Jürgen R. Thumann (Vorsitzender)	Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der Heitkamp & Thumann KG, Düsseldorf
Prof. Dr. Hermut Kormann (Stellv. Vorsitzender)	Heidenheim
Dipl.-Ing. Norbert Basler	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Basler AG, Ahrensburg
Dr. h.c. Josef Beutelmann	Vorsitzender des Vorstands der Barmenia Versicherungs-Gesellschaften, Wuppertal
Dipl.-Ing. Jan-Frederic Bierbaum	Geschäftsführender Gesellschafter der Bierbaum Unternehmensgruppe GmbH & Co. KG, Borken
Dipl.-Kfm. Martin Dreier	Geschäftsführender Gesellschafter der Dreier-Werk GmbH Dach und Wand + Dreier Immobilien, Dortmund
Prof. Dr. phil. Hans-Heinrich Driftmann	Persönlich haftender und geschäftsführender Gesellschafter der Peter Kölln KGaA, Elmshorn
Dr. Hugo Fiege	Vorsitzender des Vorstands der Fiege Holding Stiftung & Co. KG, Greven
Hans-Michael Gallenkamp	Geschäftsführer der Felix Schoeller Holding GmbH & Co. KG, Osnabrück
Wolfgang Gutberlet	Vorsitzender des Vorstands der tegut... Gutberlet Stiftung & Co., Fulda
Dipl.-Kfm. Dietmar Harting	Persönlich haftender Gesellschafter der Harting KGaA, Espelkamp
Dr. Hannes Hesse	Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V., Frankfurt am Main

Dr. Stephan J. Holthoff-Pförtner	Rechtsanwalt und Notar, Essen
Martin Kannegiesser	Geschäftsführender Gesellschafter der Herbert Kannegiesser GmbH & Co., Vlotho
Dr. Michael Kaschke	Mitglied des Vorstands der Carl Zeiss AG, Oberkochen
Dr. Jochen Klein	Vorsitzender des Beirats der Döhler GmbH, Darmstadt
Professor Dr.-Ing. Eckart Kottkamp	Großhansdorf
Matthias Graf von Krockow	Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA, Köln
Andreas Langenscheidt	Geschäftsführender Gesellschafter der Langenscheidt KG, München
Dr.-Ing. Wolfhard Lechnitz	Essen
Axel Oberwelland	Persönlich haftender Gesellschafter und Vorsitzender der Geschäftsführung der August Storck KG, Berlin
Olivier Schatz	Paris
Hartmut Schauerte	Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Berlin
Dr. Ingeborg von Schubert	Vorsitzende des Beirats der Gundlach Holding GmbH & Co. KG, Bielefeld
Reinhold Schulte	Vorsitzender des Vorstands der SIGNAL IDUNA Gruppe, Dortmund
Dr. Eric Schweitzer	Mitglied des Vorstands der ALBA AG, Berlin

Dr.-Ing. Hans-Jochem Steim	Geschäftsführender Gesellschafter der Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG, Schramberg
Dipl.-Kfm. Rainer Thiele	Geschäftsführender Gesellschafter der KATHI Rainer Thiele GmbH, Halle/Saale
Dr. Martin Wansleben	Hauptgeschäftsführer DIHK Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin
Dr. Ludolf v. Wartenberg	Berlin
Clemens Freiherr von Weichs	Président du Directoire Euler Hermes, Paris

Vorstand

Hans Jörg Schüttler (seit 1. November 2008)

Dr. Günther Bräunig (bis 31. Oktober 2008)

Dr. Dieter Glüder

Dr. Reinhard Grzesik (bis 3. Juli 2009)

Dr. Andreas Leimbach (bis 31. Januar 2009)

Claus Momburg

Dr. Michael H. Wiedmann (seit 1. März 2009)

Bericht des Aufsichtsrats

Das zurückliegende Geschäftsjahr 2008/09 war geprägt vom Wechsel des Hauptaktionärs und der Neuausrichtung der Bank nach der wirtschaftlichen und existenzbedrohenden Situation ab Mitte 2007, die durch die Entwicklung am US-Hypothekenmarkt und den globalen Zusammenbruch der Refinanzierungsmöglichkeiten am Commercial Paper Markt bedingt war. Im Berichtsjahr hat der Aufsichtsrat die wirtschaftliche Entwicklung der Bank in einem schwierigen Umfeld intensiv begleitet.

Tätigkeit des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2008/09

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er erörterte den Geschäftsverlauf des Konzerns in 14 Sitzungen.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, im Bericht des Aufsichtsrats zu vermerken, wenn ein Mitglied des Aufsichtsrats in einem Geschäftsjahr an weniger als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen hat. Im Geschäftsjahr 2008/09 wurde der Aufsichtsrat der IKB von 21 auf 15 Mitglieder verkleinert sowie umfassend neu besetzt. Deshalb gehörten viele Mitglieder des Aufsichtsrats nicht während des gesamten Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat an. Insgesamt haben 17 während des Geschäftsjahres nur zum Teil amtierende Mitglieder des Aufsichtsrats nicht an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Gremiums teilgenommen.

Der Aufsichtsrat hat sich dabei regelmäßig und intensiv vom Vorstand über die aktuelle wirtschaftliche Lage der Bank sowie des Konzerns und insbesondere über die Risikosituation der Bank und des Konzerns informieren lassen.

Auch über aktuelle wirtschaftliche Maßnahmen wurde der Aufsichtsrat informiert und hat darüber beraten. So wurde er unter anderem am 30. Oktober 2008 über die Genehmigung der staatlichen Hilfsmaßnahmen für die IKB durch die EU-Kommission und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft informiert. In seiner Sitzung am 19. November 2008 hat der Aufsichtsrat den Ankauf und Verkauf von Portfolien erörtert. Am 30. Oktober 2008 und 6. November 2008 hat er über die Inanspruchnahme von Maßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz beraten und der Beantragung einer Garantie als Stabilisierungsmaßnahme nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz zugestimmt.

Gegenstand regelmäßiger Beratungen im Plenum waren zudem die Liquiditäts- und Finanzlage der Bank, insbesondere unter Berücksichtigung der Finanzkrise, sowie die Ergebnisentwicklung der Bank, ihrer Geschäftsbereiche und des Konzerns. Weiter unterrichtete der Vorstand regelmäßig und umfassend über die strategische Entwicklung, den Gang der Geschäfte sowie die aktuelle Lage des Konzerns.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat über den Verkauf der IKB-Aktien der KfW-Bankengruppe an Lone Star LSF6 Europe Financial Holdings, L.P., Dallas (USA), ein Unternehmen der Lone-Star-Gruppe (nachfolgend insgesamt Lone Star) informiert. So wurde der Aufsichtsrat am 20. August 2008 und am 27. August 2008 über den Stand des Verkaufsprozesses sowie am 30. Oktober 2008 über den Abschluss des Verkaufs unterrichtet und hat am 19. November 2008 über die Eigenkapitalzuführung durch Lone Star beraten.

Der Aufsichtsrat hat sich auch mit der Aufarbeitung der Krise der Gesellschaft beschäftigt. Er hat eine personenbezogene Aufarbeitung der Umstände, die zur Krise der Bank geführt haben, durchführen lassen und mögliche Pflichtverletzungen auch im Hinblick auf mögliche Schadensersatzforderungen gegen Verantwortliche geprüft. Dabei hat er das Interesse des Unternehmens, insbesondere bei der etwaigen Geltendmachung etwaiger Schadensersatzforderungen, zu berücksichtigen. So gibt es eine Reihe von etwaigen Anspruchstellern, die ein erhebliches Risiko für die Bank darstellen könnten. Es kann nicht im Interesse des Unternehmens sein, Dritten die Möglichkeit zu geben, etwaige Erkenntnisse aus einer Verfolgung nutzen zu können, um selbst unbegründete Forderungen zu behaupten und geltend zu machen und die Gesellschaft allein dadurch hohen Risiken auszusetzen. Der Aufsichtsrat wird sich auch im laufenden Geschäftsjahr mit der etwaigen Verfolgung von Schadensersatzansprüchen unter Berücksichtigung des Unternehmensinteresses zu beschäftigen haben und die Interessenlage des Unternehmens regelmäßig überprüfen.

In seiner Sitzung am 5. Februar 2009 erörterte der Aufsichtsrat das Verlangen der Hauptaktionärin, der LSF6 Europe Financial Holdings, L.P., Dallas (USA), die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung und die Aufhebung der Durchführung einer Sonderprüfung zur Untersuchung möglicher Pflichtverletzungen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern sowie den Widerruf des von der Hauptversammlung am 27. März 2008 bestellten Sonderprüfers. Der Sonderprüfer sollte insbesondere prüfen, ob Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats bei der Aufnahme, Fortsetzung oder Ausweitung von Geschäften in oder mit Verbriefungs- oder Refinanzierungszweckgesellschaften („Conduits“) und hier insbesondere der „Rhineland Funding“, der „Rhinebridge“, der „Havenrock I und II“ und der „Elan“ sowie bei Einrichtung und Auslagerung wesentlicher Funktionen auf die IKB Capital Asset Management GmbH („IKB CAM“) ihre gesetzlichen, satzungs- und vertragsgemäßen Sorgfaltspflichten, insbesondere der Vorstand die Pflichten zur sorgfältigen Geschäftsführung und Betreuung der Vermögensangelegenheiten der Gesellschaft bzw. der Aufsichtsrat die Pflichten zur Überwachung, Kontrolle und Beratung des Vorstands der Gesellschaft ordnungsgemäß erfüllt haben. In einer außerordentlichen Hauptversammlung am 25. März 2009 hat die Hauptversammlung die Aufhebung der Sonderprüfung und den Widerruf des Sonderprüfers beschlossen.

Tätigkeit der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat verfügte im Geschäftsjahr 2008/09 über ein Aufsichtsratspräsidium und über einen Finanz- und Prüfungsausschuss. Der Ausschuss zur Begleitung des Prozesses für den Verkauf der Beteiligung der KfW-Bankengruppe an der Gesellschaft wurde mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 5. Februar 2009 aufgelöst. Bislang wurde die Aufgabe des Nominierungsausschusses nach Ziffer 5.3.3 des Deutschen Corporate Governance Kodex durch das Aufsichtsratspräsidium wahrgenommen. Nachdem durch Beschluss des Aufsichtsrats und Änderung der Geschäftsordnung am 19. November 2008 das Aufsichtsratspräsidium um einen Arbeitnehmervertreter aus den Reihen des Aufsichtsrats ergänzt wurde, wurde ein Nominierungsausschuss gebildet, dem ausschließlich Anteilseignervertreter angehören.

Das Aufsichtsratspräsidium tagte im Geschäftsjahr 2008/09 insgesamt zehnmal. Im Aufsichtsratspräsidium wurden im Wesentlichen die Sitzungen des Aufsichtsrats vorbesprochen. Es beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der Geschäftsentwicklung (einschließlich der etwaigen Zustimmung zu zustimmungsbedürftigen Geschäften) und beriet insbesondere mit dem Vorstand über die Lage der Bank und des Konzerns. Ferner beschäftigte es sich mit Personalentscheidungen.

Der Finanz- und Prüfungsausschuss tagte siebenmal im Geschäftsjahr 2008/09. Die Arbeit des Finanz- und Prüfungsausschusses konzentrierte sich insbesondere auf den Jahres- und den Konzernabschluss und den Abhängigkeitsbericht sowie Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer. Es wurden insbesondere die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses, die prüferische Durchsicht des Halbjahresfinanzberichtes sowie die Bestellung eines Abschlussprüfers beraten. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses holte die Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers gemäß Ziffer 7.2.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex ein und erteilte den Prüfungsauftrag an den Abschlussprüfer. Er vereinbarte mit dem Abschlussprüfer die Prüfungsschwerpunkte und traf mit ihm die Honorarvereinbarung.

Der Ausschuss zur Begleitung des Verkaufsprozesses tagte im vergangenen Geschäftsjahr insgesamt fünfmal. Er befasste sich dabei mit dem Stand des Verkaufsprozesses und der Durchführung der Kapitalerhöhung.

Der Nominierungsausschuss tagte einmal und erörterte die Vorschläge an den Aufsichtsrat bzw. den Beschlussvorschlag an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern durch die außerordentliche Hauptversammlung am 25. März 2009. Eine weitere Beschlussfassung fand im Umlaufverfahren statt.

Die Mitglieder der Ausschüsse berieten sich darüber hinaus untereinander mehrfach und hatten außerhalb der Ausschusssitzungen laufend Kontakt mit dem Vorstand und den vom Aufsichtsrat mandatierten Beratern.

Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichteten dem Plenum jeweils ausführlich über die Arbeit der Ausschüsse.

Eine Aufstellung der Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse mit den wesentlichen Gegenständen der Beratung ist diesem Bericht beigelegt.

Corporate Governance

Die Entsprechenserklärung vom 14. Juli 2009 sowie weitere Ausführungen zu diesem Thema finden sich im Kapitel „Corporate Governance“ in diesem Geschäftsbericht.

Bei den Beratungen des Aufsichtsrats trat im Geschäftsjahr 2008/09 und bis zum heutigen Tag in acht Fällen ein Interessenkonflikt auf, der von dem betreffenden Aufsichtsratsmitglied offengelegt wurde. Das betroffene Aufsichtsratsmitglied hat an der Sitzung nicht teilgenommen oder bei den entsprechenden Abstimmungen bzw. Erörterungen auf den Interessenkonflikt hingewiesen und den Saal verlassen oder als letzter seine Stimme abgegeben. Da die Beschlussfassung bei der letztgenannten Variante einstimmig erfolgt ist, hatte die Stimmabgabe keinen Einfluss auf das Abstimmungsergebnis.

Prüfung und Billigung von Jahres- und Konzernabschluss und Abhängigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 2008/09

Der Vorstand hat den Jahres- und den Konzernabschluss mit den Lageberichten für die AG und den Konzern aufgestellt. Der Jahres- und der Konzernabschluss mit den Lageberichten für die AG und den Konzern sind vom Abschlussprüfer PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Jahresabschluss der AG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der vom Vorstand vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2008/09 war ebenfalls Gegenstand der Prüfung durch den Abschlussprüfer. Der Abhängigkeitsbericht wurde mit folgendem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen: „Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind, bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war, bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentliche andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Mit den Jahresabschlüssen haben sich die Mitglieder des Aufsichtsrats in der Sitzung am 14. Juli 2009 befasst. Die Abschlussprüfer nahmen an den Beratungen des Aufsichtsrats sowie des Finanz- und Prüfungsausschusses über den Jahres- und Konzernabschluss am 14. Juli 2009 teil. Dabei berichteten die Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfungen, beantworteten Fragen und gaben ergänzende Auskünfte. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung durch den Finanz- und Prüfungsausschuss und der eigenen Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie der Lageberichte erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat stimmt daher dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu.

Den vom Vorstand mit Beschluss vom 9. Juli 2009 aufgestellten Jahresabschluss und mit Beschluss vom 13. Juli 2009 aufgestellten Konzernabschluss hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 14. Juli 2009 nach ausführlichen Darlegungen in der Aufsichtsratssitzung durch den Vorstand gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts wurden keine Einwendungen erhoben. Die Berichte des Abschlussprüfers hat der Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Personalia – Aufsichtsrat

Herr Jörg Asmussen hat sein Mandat im Aufsichtsrat am 27. Mai 2008 niedergelegt, da er im Hinblick auf seinen Amtswechsel in der Funktion als Staatssekretär keine Aufsichtsratsmandate im Banken- und Versicherungsbereich ausüben möchte. Mit Ablauf der Hauptversammlung am 28. August 2008 ist turnusmäßig Dr. Michael Rogowski aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. In der Hauptversammlung am 28. August 2008 wurden die Herren Dr. Jens Baganz, Detlef Leinberger, Roland Oetker, Dr. Martin Viessmann wieder sowie die Herren Dr. Christopher Pleister und Werner Möller neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Im Anschluss an die Hauptversammlung am 28. August 2008 ist der Aufsichtsrat zu einer Sitzung zusammengetreten, in der Herr Detlef Leinberger zum stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt wurde. Ebenfalls wurde Herr Roland Oetker erneut zum Mitglied des Verkaufsausschusses gewählt.

Der Finanz- und Prüfungsausschuss trat am 28. August 2008 ebenfalls zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Herr Detlef Leinberger wurde zum Vorsitzenden des Finanz- und Prüfungsausschusses wiedergewählt.

Zum 6. Oktober 2008 hat Herr Detlef Leinberger sein Mandat niedergelegt. Der Aufsichtsrat hat daraufhin in der Sitzung vom 8. Oktober 2008 Herrn Werner Möller zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.

Der Vorstand hat aufgrund des Ausscheidens von Herrn Detlef Leinberger einen Antrag auf gerichtliche Ersatzbestellung beim Amtsgericht Düsseldorf gestellt. Mit Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf vom 24. Oktober 2008 wurde sodann Herr Bruno Scherrer zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt. Mit Ablauf der Sitzung des Aufsichtsrats am 30. Oktober 2008 legte Herr Werner Oerter den Vorsitz im Aufsichtsrat nieder; Herr Bruno Scherrer wurde in dieser Sitzung zum neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.

Durch Beschluss des Aufsichtsrats vom 19. November 2008 wurde das Aufsichtsratspräsidium um einen Vertreter der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat, Herrn Ulrich Wernecke, ergänzt.

Im Rahmen der auf der Hauptversammlung am 28. August 2008 beschlossenen Verkleinerung des Aufsichtsrats, eingetragen im Handelsregister am 15. Dezember 2008, haben mehrere Mitglieder des Aufsichtsrats ihre Ämter vorzeitig zur Verfügung gestellt und sind aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden, und zwar: zum 18. November 2008 Herr Werner Möller, zum 30. November 2008 Frau Rita Röbel und die Herren Dieter Ammer, Dr. Jens Baganz und Roland Oetker sowie Jochen Schametat, zum 3. Dezember 2008 Herr Randolph Rodenstock, zum 31. Dezember 2008 die Herren Hermann Franzen, Werner Oerter, Dieter Pfundt sowie Dr. Alfred Tacke.

Mit Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf vom 11. Dezember 2008 wurde Herr Dr. Karsten von Köller zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt. Herr Dr. von Köller ist mit Beschlussfassung im Umlaufverfahren zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt worden. Mit Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf vom 20. Januar 2009 wurden die Herren Olivier Brahin, Dr. Lutz-Christian Funke, Dr. Claus Nolting und Dr. Andreas Tuczka zu Mitgliedern des Aufsichtsrats bestellt.

Herr Dr. Christopher Pleister hat aufgrund seiner Berufung in den Leitungsausschuss der Finanzmarktstabilisierungsanstalt sein Mandat mit Wirkung zum 1. Februar 2009 niedergelegt.

In der Aufsichtsratssitzung am 5. Februar 2009 wurde Herr Dr. Andreas Tuczka zum Mitglied des Aufsichtsratspräsidiums sowie Herr Dr. Claus Nolting zum Mitglied des Finanz- und Prüfungsausschusses gewählt. Herr Dr. Karsten von Köller ist in der Sitzung am 5. Februar 2009 zum Vorsitzenden des Finanz- und Prüfungsausschusses gewählt worden. Zu Mitgliedern des Nominierungsausschusses wurden am 5. Februar 2009 die Herren Dr. Karsten von Köller und Dr. Claus Nolting gewählt. Herr Dr. Martin Viessmann hat sein Amt mit Ablauf der Hauptversammlung am 25. März 2009 niedergelegt.

Auf der außerordentlichen Hauptversammlung der IKB am 25. März 2009 wurden die Herren Olivier Brahin, Dr. Lutz-Christian Funke, Dr. Karsten von Köller, Dr. Claus Nolting, Bruno Scherrer und Dr. Andreas Tuczka in den Aufsichtsrat gewählt. Zudem wurden die Herren Arndt G. Kirchhoff sowie Stefan A. Baustert neu in den Aufsichtsrat gewählt. Im Anschluss an die außerordentliche Hauptversammlung am 25. März 2009 ist der Aufsichtsrat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten und hat Herrn Bruno Scherrer zum Vorsitzenden und Herrn Dr. Karsten von Köller zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt. Herr Dr. Andreas Tuczka wurde zum Mitglied im Aufsichtsratspräsidium, Herr Dr. Claus Nolting zum Mitglied des Finanz- und Prüfungsausschusses sowie die Herren Dr. Claus Nolting und Dr. Karsten von Köller zu Mitgliedern im Nominierungsausschuss gewählt. Herr Dr. Karsten von Köller wurde in der Sitzung des Finanz- und Prüfungsausschusses am 25. März 2009 zum Vorsitzenden gewählt.

Herr Dr. Eberhard Reuther hat am 27. April 2009 sein Amt als Aufsichtsratsmitglied niedergelegt. Mit Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf vom 17. Juni 2009 wurde Herr Dr. Thomas Rabe, Berlin, Mitglied des Vorstands der Bertelsmann AG, zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt allen ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre Mitarbeit in diesem Gremium.

Personalia – Vorstand

Im laufenden Geschäftsjahr wurde die Bestellung von Herrn Dr. Günther Bräunig, dessen Amtszeit am 15. Oktober 2008 endete, in der Sitzung des Aufsichtsrats am 8. Oktober 2008 bis zum 31. Oktober 2008 verlängert. Ebenfalls in der Sitzung des Aufsichtsrats am 8. Oktober 2008 wurde die Amtszeit der Bestellung von Herrn Dr. Dieter Glüder, die ebenfalls am 15. Oktober 2008 endete, um weitere drei Jahre bis zum Ablauf des 15. Oktober 2011 verlängert.

In der Sitzung am 30. Oktober 2008 wurde Herr Hans Jörg Schüttler als Nachfolger von Herrn Dr. Bräunig für die Zeit vom 1. November 2008 bis 31. Oktober 2011 zum Mitglied des Vorstands und zum Vorstandsvorsitzenden bestellt.

Herr Dr. Andreas Leimbach ist aus persönlichen Gründen zum 31. Januar 2009 aus dem Vorstand ausgeschieden.

Herr Dr. Michael H. Wiedmann ist in der Sitzung des Aufsichtsrats am 5. Februar 2009 für die Zeit vom 1. März 2009 bis zum 29. Februar 2012 zum Vorstandsmitglied der IKB bestellt worden.

Herr Dr. Reinhard Grzesik ist auf eigenen Wunsch und aus persönlichen Gründen zum 3. Juli 2009 aus dem Vorstand der IKB ausgeschieden.

Im Übrigen wird bezüglich der streitigen Auseinandersetzungen mit ehemaligen Mitgliedern des Vorstands auf den Vergütungsbericht verwiesen.

Der Aufsichtsrat dankt den amtierenden und im Geschäftsjahr 2008/09 ausgeschiedenen Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren persönlichen Einsatz und die geleistete Arbeit.

Düsseldorf, den 14. Juli 2009

Der Aufsichtsrat

Sitzungen des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2008/09	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
29. April 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Erläuterungen zum Halbjahresabschluss • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB
28. Mai 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB • Konzernzwischenenergebnis per 31. Dezember 2007 • Dashboard Konzernrisiko per 31. Dezember 2007 • Bericht der Konzernrevision für das Geschäftsjahr 2007/08 • Vorbereitung Hauptversammlung
11. Juli 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht über die wirtschaftliche Lage der IKB und des Konzerns • Jahres- und Konzernabschluss zum 31. März 2008 und Abhängigkeitsbericht • Dashboard Konzernrisiko per 31. März 2008 • Bericht des Abschlussprüfers über das Geschäftsjahr 2007/08 • Bericht des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses mit den Lageberichten für die IKB und den Konzern sowie des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2007/08 • Billigung des Jahresabschlusses mit dem Lagebericht und Billigung des Konzernabschlusses mit dem Konzernlagebericht sowie Billigung des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2007/08 • Bericht des Aufsichtsrats • Corporate Governance-Bericht nebst Entsprechenserklärung • Vorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung am 28. August 2008 • Ermächtigung des Verkaufsausschusses zur Beschlussfassung über die Zustimmung zu den Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung • Einrichtung eines Verhinderungsvertreters in Aufsichtsratsausschüssen • Wahl des Verhinderungsvertreters aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter im Finanz- und Prüfungsausschuss und dem Ausschuss zur Begleitung des Verkaufsprozesses • Personalien • Verschiedenes <ul style="list-style-type: none"> – Großkreditbeschluss Havenrock I und II – Neuer Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand
21. Juli 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Information über Stand der Kapitalerhöhung und des Verkaufsprozesses

Sitzungen des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2008/09	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
20. August 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Information über den Verkaufsprozess • Zustimmung zu Portfolioverkäufen
27. August 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB • Stand des Verkaufsprozesses • Hauptversammlung am 28. August 2008 • Personalia
28. August 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats • Wahl eines Mitglieds des Ausschusses zur Begleitung des Verkaufsprozesses
8. Oktober 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB • Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2008 • Dashboard Konzernrisiko zum 30. Juni 2008 • Wahl von weiteren Verhinderungsvertretern für den Ausschuss zur Begleitung des Verkaufsprozesses • Personalia
30. Oktober 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB • Genehmigung der staatlichen Hilfsmaßnahmen für die IKB durch EU-Kommission • Durchführung der Kapitalerhöhung und Closing des Verkaufs der IKB-Aktien der KfW an Lone Star • Wahl eines neuen Aufsichtsratsvorsitzenden • Inanspruchnahme des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes • Vorstandspersonalia
6. November 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Inanspruchnahme des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes
19. November 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB • Zustimmung zum Ankauf und Verkauf von Portfolien • Eigenkapitalzuführung durch Lone Star • Zustimmung zum Ausschluss des Bezugsrechts für Spitzenbeträge bei der Emission einer Wandelschuldverschreibung • Wahl eines weiteren Mitglieds des Aufsichtsrats in das Aufsichtsratspräsidium • Änderung der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat

Sitzungen des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2008/09	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
Dezember 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Beschlussfassung (im Umlaufverfahren) über die Delegation der Zustimmung zur Verpflichtungserklärung im Rahmen der Beantragung einer Garantie nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz auf das Aufsichtsratspräsidium
5. Februar 2009	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB • Strategische Neuausrichtung der IKB • Dashboard Konzernrisiko per 30. September 2008 • Konzernzwischenabschluss per 30. September 2008 • Bericht des Abschlussprüfers über die prüferische Durchsicht des Konzernzwischenabschlusses per 30. September 2008 • Aufsichtsratsangelegenheiten <ul style="list-style-type: none"> – Bildung eines Nominierungsausschusses zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern – Änderung der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat – Wahl eines weiteren Mitglieds in das Aufsichtsratspräsidium – Wahl eines weiteren Mitglieds in den Finanz- und Prüfungsausschuss – Wahl von zwei Verhinderungsvertretern in das Aufsichtsratspräsidium – Wahl eines Verhinderungsvertreeters in den Finanz- und Prüfungsausschuss – Auflösung des Ausschusses zur Begleitung des Verkaufsprozesses • Vorschläge für die Tagesordnung der außerordentlichen Hauptversammlung am 25. März 2009 • Vorstandspersonalia • Verschiedenes (aktualisierter Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand)
24. März 2009	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB • Konzernzwischenbericht per 31. Dezember 2008 • Außerordentliche Hauptversammlung am 25. März 2009 • Verschiedenes (neuer Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand)
25. März 2009	<ul style="list-style-type: none"> • Wahl des Vorsitzenden des Aufsichtsrats • Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats • Wahl eines weiteren Mitglieds des Aufsichtsratspräsidiums aus dem Kreis der Anteilseignervertreter • Wahl eines weiteren Mitglieds des Finanz- und Prüfungsausschusses aus dem Kreis der Anteilseignervertreter • Wahl von zwei Mitgliedern für den Nominierungsausschuss

Sitzungen des Aufsichtsratspräsidiums im Geschäftsjahr 2008/09	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
17. April 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle Lage der Bank <ul style="list-style-type: none"> – Verkaufsprozess – Neugeschäft – Liquidität – Solvabilität – Personal/Mitarbeiter – Hauptversammlungs-Nachbereitung/Kapitalerhöhung – Klageverfahren/Rechtsrisiken • Forensische Untersuchung • Personalia
28. Mai 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Lage der IKB • Dashboard Konzernrisiko per 31. Dezember 2007 • Personalia
10. Juli 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Stand des Verkaufsprozesses • Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung am 11. Juli 2008 • Stand der Personaldarlehen • Personalia • Großkreditbeschluss Havenrock I und II
27. August 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Hauptversammlung am 28. August 2008 • Vorbesprechung der Aufsichtsratssitzung (Personalia)
20. September 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Erwerb einer Beteiligungsgesellschaft der IVG • Zustimmung zu Großkrediten im Rahmen der Verbriefungstransaktion Bacchus 2008-1
8. Oktober 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Personalia <ul style="list-style-type: none"> – Verlängerung Amtsperioden von Herrn Dr. Bräunig und Herrn Dr. Glüder – Vorgehen gegenüber Altvorständen – Sonstige Vorstandspersonalia • Wahl von weiteren Verhinderungsvertretern für den Ausschuss zur Begleitung des Verkaufsprozesses • Zustimmung zum Großkredit im Rahmen der Verbriefungstransaktion Bacchus 2008-2
29. Oktober 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung am 30. Oktober 2008 • Vorstandspersonalia
11. Dezember 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftliche Entwicklung der Bank • Vorstandspersonalia
5. Februar 2009	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung am 5. Februar 2009 • Stand der gerichtlichen Auseinandersetzung mit Altvorständen • Verschiedenes (aktualisierter Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand)
24. März 2009	<ul style="list-style-type: none"> • Außerordentliche Hauptversammlung am 25. März 2009 • Vorbesprechung der Aufsichtsratssitzung • Personalia • Verschiedenes (Neuer Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand)

Sitzungen des Finanz- und Prüfungsausschusses im Geschäftsjahr 2008/09	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
17. April 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Erläuterung Halbjahresfinanzbericht zum 30. September 2007
28. Mai 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Konzernzwischenenergebnis per 31. Dezember 2007 • Kapitalerhöhung IKB International S.A., Luxemburg • Verschiedenes (Dashboard Konzernrisiko per 31. Dezember 2007, Organkreditbeschluss für die Krediteinheit IKB)
10. Juli 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2007/08 • Jahres- und Konzernabschluss zum 31. März 2008 und Abhängigkeitsbericht • Bericht des Abschlussprüfers • Dashboard Konzernrisiko per 31. März 2008 • Stand der Abarbeitung der Feststellung aus dem Prüfungsbericht der PwC
28. August 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Wahl des Vorsitzenden des Finanz- und Prüfungsausschusses
8. Oktober 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Dashboard Konzernrisiko zum 30. Juni 2008 • Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2008 • Bericht des Abschlussprüfers über die prüferische Durchsicht des Konzernzwischenabschlusses zum 30. Juni 2008 • Bericht des Abschlussprüfers zur Prüfungsplanung des Halbjahresfinanzberichts zum 30.9.2008 und des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31.3.2009 • Vergütung des Abschlussprüfers PwC
5. Februar 2009	<ul style="list-style-type: none"> • Wahl des Vorsitzenden des Finanz- und Prüfungsausschusses • Dashboard Konzernrisiko per 30. September 2008 • Konzernzwischenabschluss per 30. September 2008 • Bericht des Abschlussprüfers über die prüferische Durchsicht des Konzernzwischenabschlusses zum 30. September 2008 • Prüfungsschwerpunkte für die Jahres- und Konzernabschlussprüfung zum 31. März 2009
25. März 2009	<ul style="list-style-type: none"> • Wahl des Vorsitzenden des Finanz- und Prüfungsausschusses

Sitzungen des Nominierungsausschusses im Geschäftsjahr 2008/09	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
5. Februar 2009	<ul style="list-style-type: none"> • Vorschläge an den Aufsichtsrat zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern durch die außerordentliche Hauptversammlung am 25. März 2009
6. Februar 2009	<ul style="list-style-type: none"> • Beschlussfassung durch Stimmabgabe per E-Mail über den Beschlussvorschlag an die Hauptversammlung zur Wahl in den Aufsichtsrat

Sitzungen des Ausschusses zur Begleitung des Verkaufsprozesses 2008/09	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
29. April 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Information über den Verkaufsprozess
27. Mai 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Information über den Verkaufsprozess
9. Juli 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Information über den Verkaufsprozess
24. Juli 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung der Kapitalerhöhung
23. Oktober 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Beschlussfassung über die Durchführung der Kapitalerhöhung

Corporate Governance

Gemeinsamer Bericht von Vorstand und Aufsichtsrat der IKB Deutsche Industriebank AG zur Corporate Governance

Vorstand und Aufsichtsrat haben sich eingehend mit der Erfüllung der Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex, insbesondere mit den neuen Anforderungen vom 6. Juni 2008 (veröffentlicht im elektronischen Bundesanzeiger am 8. August 2008), beschäftigt und auf der Basis dieser Beratungen den gemeinsamen Bericht zur Corporate Governance bei der IKB verfasst.

Corporate-Governance-Beauftragter der IKB. Die Umsetzung und Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex wird von einem Corporate-Governance-Beauftragten überwacht, der vom Vorstand im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats bestimmt wird. Corporate-Governance-Beauftragter ist seit dem 6. Februar 2008 Herr Marcus Jacob, Leiter Vorstandsstab, Gesellschafts- und Konzernrecht, Compliance.

Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung nach § 161 AktG am 11. Juli 2008 hat die IKB den Empfehlungen des Kodex (in der Fassung vom 6. Juni 2008) mit Ausnahme der Ziffern 3.8 Abs. 2 (Selbstbehalt bei der D&O-Versicherung), 4.2.1 S. 2 (Regelung der Ressortzuständigkeit der Vorstandsmitglieder in der Geschäftsordnung), 4.2.2 (Beschlussfassung über das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente durch das Aufsichtsratsplenum), 5.6 (Effizienzprüfung des Aufsichtsrats), 7.1.2 S. 2 (Erörterung der Halbjahres- und Quartalsfinanzberichte durch den Aufsichtsrat oder seinen Prüfungsausschuss vor der Veröffentlichung mit dem Vorstand) und 7.1.2 S. 4 (Veröffentlichung des Konzernabschlusses binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende und von Zwischenberichten binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums) entsprochen. Vorstand und Aufsichtsrat hatten erklärt, dass die IKB den Empfehlungen des Kodex mit Ausnahme der Ziffern 3.8 Abs. 2 und 4.2.1 S. 2 sowie 7.1.2 S. 3 Var. 2 (a.F.) entsprechen wird. Hinsichtlich der Erläuterung der Abweichungen wird auf die jährliche Entsprechenserklärung verwiesen, die am Ende dieses Kapitels abgedruckt ist und auf den Internetseiten der IKB (www.ikb.de) veröffentlicht wird. Dort sind auch die Entsprechenserklärungen der vergangenen Jahre zugänglich.

Die IKB erfüllt grundsätzlich alle Anregungen des Kodex und weicht lediglich in folgenden Punkten ab: Die Hauptversammlung wird nur auszugsweise, nämlich bis zur Beendigung der Eröffnungsreden des Versammlungsleiters und des Vorstandsvorsitzenden, über die Internetseiten der IKB (www.ikb.de) live übertragen (Ziffer 2.3.4). Die von der IKB bestellten Vertreter für die weisungsgebundene Ausübung des Stimmrechts der Aktionäre sind während der Hauptversammlung nur für anwesende Aktionäre erreichbar (Ziffer 2.3.3 S. 3 Halbs. 2). Für Aktionäre, die nicht an der Hauptversammlung teilnehmen, besteht weiterhin die Möglichkeit, die Stimmrechtsvertreter vor der Hauptversammlung mit ihrer Vertretung zu beauftragen. Anders als im Kodex (Ziffer 4.2.3 Abs. 2 S. 2) angeregt, enthält die variable Vergütung des Vorstands keine Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter, wie z. B. Aktienoptionen.

Leitung und Kontrolle des Unternehmens durch Vorstand und Aufsichtsrat. Gemäß dem deutschen Aktienrecht verfügt die IKB mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat über eine zweigeteilte Führungs- und Kontrollstruktur. Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt. Der Aufsichtsrat besteht gemäß dem deutschen Drittelbeteiligungsgesetz zu zwei Dritteln aus Vertretern der Anteilseigner und zu einem Drittel aus Arbeitnehmervertretern. Die Anteilseignervertreter werden von der Hauptversammlung im Wege der Einzelwahl gewählt. Aufgaben und Verantwortung beider Organe sind gesetzlich jeweils klar festgelegt. Der Vorstand der IKB leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Unternehmensinteresse und die geschäftspolitischen Grundsätze gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet. Er führt die Geschäfte nach den Vorschriften der Gesetze, der Satzung, der Geschäftsordnung, des Geschäftsverteilungsplanes und der jeweiligen Dienstverträge.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der Geschäftsentwicklung, der Strategie und der Unternehmensplanung, der Ertragslage und der Rentabilität, der Compliance, der Risikolage, des Risikomanagements und des Risikocontrollings zu informieren. Er geht auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein. Geschäfte von grundlegender Bedeutung sind an die Zustimmung des Aufsichtsrats gebunden.

Der Aufsichtsrat berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung der Bank und der Konzernunternehmen. Er führt seine Geschäfte nach den Vorschriften der Gesetze, der Satzung der IKB und seiner Geschäftsordnung.

Der Aufsichtsrat setzte sich bis zum 15. Dezember 2008 aus vierzehn Anteilseigner- und sieben Arbeitnehmervertretern zusammen. Zu diesem Zeitpunkt ist die von der Hauptversammlung am 28. August 2008 beschlossene Änderung des § 8 Abs. 1 der Satzung in das Handelsregister eingetragen worden, wonach der Aufsichtsrat auf fünfzehn Mitglieder verkleinert und das satzungsmäßige Vorschlagsrecht der Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen zur Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds aufgehoben worden ist. Das weitere satzungsmäßige Vorschlagsrecht der Bundesregierung zur Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds ist durch Beschluss der a.o. Hauptversammlung am 25. März 2009 aufgehoben worden. Die zur Verkleinerung des Aufsichtsrats ausgeschiedenen vier Anteilseignervertreter und zwei Arbeitnehmervertreter haben ihre Mandate vorzeitig niedergelegt. Der Aufsichtsrat setzt sich nunmehr satzungsgemäß aus zehn Anteilseignervertretern und fünf Arbeitnehmervertretern zusammen. Durch die Verkleinerung des Aufsichtsrats soll insbesondere die Effizienz seiner Tätigkeit verbessert werden. Weitere Einzelheiten zu den Veränderungen im Aufsichtsrat finden sich im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung.

Einige der im vergangenen Geschäftsjahr vorzeitig ausgeschiedenen und derzeit amtierenden Aufsichtsratsmitglieder stehen anderen Unternehmen nahe, mit denen die IKB Geschäftsbeziehungen unterhält. Geschäfte zwischen der IKB und diesen Unternehmen erfolgen stets zu marktgerechten Bedingungen wie unter fremden Dritten. Diese Transaktionen hatten bzw. haben nach unserer Einschätzung keinen Einfluss auf die Unabhängigkeit der diesen Unternehmen nahe stehenden Aufsichtsratsmitgliedern. Zustimmungspflichtige Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge zwischen Aufsichtsratsmitgliedern und der IKB oder einem Konzernunternehmen bestanden und bestehen nicht. Interessenkonflikte von Mitgliedern des Vorstands mit der Gesellschaft sind nicht aufgetreten. Bei dem Aufsichtsrat der Gesellschaft trat im Geschäftsjahr 2008/09 und bis zum heutigen Tag in acht Fällen ein Interessenkonflikt auf, der von dem betreffenden

Aufsichtsratsmitglied offengelegt wurde. Das betroffene Aufsichtsratsmitglied hat an der Sitzung nicht teilgenommen oder bei den entsprechenden Abstimmungen bzw. Erörterungen auf den Interessenkonflikt hingewiesen und den Saal verlassen oder als letztes seine Stimme abgegeben. Da die Beschlussfassung bei der letztgenannten Variante einstimmig erfolgt ist, hatte die Stimmabgabe keinen Einfluss auf das Abstimmungsergebnis.

Der Aufsichtsrat hat zur Erledigung seiner Aufgaben drei ständige Ausschüsse gebildet (Aufsichtsratspräsidium; Finanz- und Prüfungsausschuss (Ziff. 5.3.2 S. 1) und Nominierungsausschuss (Ziff. 5.3.3)). Der Nominierungsausschuss ist am 5. Februar 2009 neu gebildet worden. Bis dahin hatte das Aufsichtsratspräsidium seine Aufgaben im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex übernommen. Der am 25. Januar 2008 vom Aufsichtsrat gebildete Ausschuss zur Begleitung des Prozesses für den Verkauf der Beteiligung der KfW Bankengruppe an der IKB ist nach der erfolgten Anteilsveräußerung mit Wirkung zum 5. Februar 2009 aufgelöst worden. Über die Zusammensetzung der Ausschüsse und die Arbeit des Aufsichtsrats informiert der Aufsichtsrat in seinem Bericht an die Hauptversammlung. Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, dass der Vorsitzende des Prüfungsausschusses über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren verfügen soll (Ziffer 5.3.2 S. 2). Herr Dr. Karsten von Köller, seit 5. Februar 2009 Vorsitzender des Finanz- und Prüfungsausschusses, verfügt aufgrund seiner langjährigen Praxis als Mitglied und Vorsitzender des Vorstands bzw. Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats verschiedener Kreditinstitute über die erforderlichen Qualifikationen.

Umgang mit Risiken. Für das Risikomanagement der IKB zeichnet der Vorstand verantwortlich. Ausgehend von der Geschäftsstrategie und der Risikotragfähigkeit legt er die risikopolitischen Grundsätze fest, die zusammen mit der Limitstruktur in den Risikostrategien der IKB verankert sind. Bei seinen Festlegungen berücksichtigt der Vorstand auch die Qualität der Prozesse, insbesondere der Kontrollen, des Risikomanagements. Der Finanz- und Prüfungsausschuss wird sich im kommenden Geschäftsjahr intensiv mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagementsystems befassen.

Die Hauptversammlung. Die Aktionäre der IKB nehmen ihre Rechte in der Hauptversammlung wahr und üben dort das Stimmrecht aus. Sie werden durch einen Finanzkalender, der auf den Internetseiten der IKB (www.ikb.de) veröffentlicht wird, über wesentliche Termine unterrichtet. Die Aktionäre haben die Möglichkeit, ihr Stimmrecht in der Hauptversammlung selbst auszuüben oder durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl oder einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft (Ziffer 2.3.3 Satz 3 Halbs. 1) ausüben zu lassen.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung. Die Rechnungslegung des IKB-Konzerns erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS); der Jahresabschluss der AG wird gemäß den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt. Die Wahl des Abschlussprüfers erfolgt gemäß den aktienrechtlichen Bestimmungen durch die Hauptversammlung. Der Finanz- und Prüfungsausschuss hat den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2008/09 sowie des Abschlussprüfers für die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und Konzernzwischenlageberichts für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2008/09 vorbereitet. Außerdem hat er von dem vorgesehenen Abschlussprüfer die vom Deutschen Corporate Governance Kodex empfohlene

Erklärung über eventuell bestehende Ausschluss- und Befangenheitsgründe eingeholt (Ziff. 7.2.1 Abs. 1) und sämtliche im Rahmen der Erteilung des Prüfungsauftrags geforderten Vereinbarungen mit ihm getroffen (Ziffern 7.2.1 Abs. 2, 7.2.3 Abs. 1 und 2).

In der Hauptversammlung der IKB am 28. August 2008 ist auf Vorschlag des Aufsichtsrats PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, zum Abschlussprüfer des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2008/09 sowie zum Abschlussprüfer für die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichts für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2008/09 gewählt worden.

Transparenz und Information. Die IKB befolgt den Grundsatz der Gleichbehandlung. Über die Internetseiten der IKB (www.ikb.de) können sich auch Privatanleger zeitnah über wesentliche Termine sowie aktuelle Entwicklungen (einschließlich Ad-hoc-Mitteilungen) im Konzern informieren. Darüber hinaus werden wesentliche Vorgänge innerhalb des Unternehmens über Pressemitteilungen, die ebenfalls auf den Internetseiten publiziert werden, bekannt gemacht. Die Gesellschaft bietet allen Interessenten an, einen elektronischen Newsletter zu abonnieren, der über aktuelle Finanzberichte sowie Ad-hoc- und Pressemitteilungen informiert.

Personen mit Führungsaufgaben, insbesondere Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der IKB sowie mit diesen in einer engen Beziehung stehende Personen, sind gemäß § 15a des Wertpapierhandelsgesetzes gesetzlich verpflichtet, Geschäfte mit Aktien der IKB oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten offenzulegen, soweit der Wert der von dem Mitglied und ihm nahestehenden Personen innerhalb eines Kalenderjahres getätigten Geschäfte die Summe von 5.000,- € erreicht oder übersteigt. Im Berichtsjahr sind keine entsprechenden Mitteilungen erfolgt.

Mitteilungspflichtiger Besitz gemäß Ziffer 6.6 des Deutschen Corporate Governance Kodex lag bis zum 31. März 2009 nicht vor. Die Mandate der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie die Beziehungen zu nahestehenden Personen sind im Konzernanhang dargestellt.

Compliance als wesentliche Leitungsaufgabe des Vorstands. Compliance im Sinne von Maßnahmen zur Einhaltung von Recht, Gesetz, aufsichtsrechtlichen Anforderungen und unternehmensinternen Richtlinien ist bei der IKB eine wesentliche Leitungsaufgabe. Der Vorstand hat ein Compliance-Konzept für die Mitarbeiter eingeführt, das regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst wird.

Der Vergütungsbericht als Element des Corporate Governance-Berichts ist im Konzernlagebericht (Kapitel 7) dargestellt.

Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG

Vorstand und Aufsichtsrat der IKB Deutsche Industriebank AG erklären gemäß § 161 AktG, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex (Fassung vom 6. Juni 2008) seit Abgabe der letzten Erklärung am 11. Juli 2008 mit folgenden Ausnahmen entsprochen wurde:

- *Ziff. 3.8 Abs. 2 Vereinbarung eines angemessenen Selbstbehalts bei Abschluss einer Haftpflichtversicherung für Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats (D&O-Versicherung)*

Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine D&O-Versicherung, die einen Selbstbehalt nicht vorsieht. Über die Vereinbarung eines Selbstbehalts wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden. Die Gesellschaft vertritt nicht die Ansicht, dass Arbeitseinstellung und Verantwortung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats durch einen solchen Selbstbehalt verbessert werden könnten.

- *Ziff. 4.2.1 S. 2: Regelung der Ressortzuständigkeit der Vorstandsmitglieder in der Geschäftsordnung*

Die Ressortzuständigkeit der Vorstandsmitglieder der IKB ist nicht in der Geschäftsordnung für den Vorstand, sondern in einem separaten Geschäftsverteilungsplan geregelt. Dieser wird vom Vorsitzenden des Vorstands vorgeschlagen und durch einstimmigen Beschluss des Gesamtvorstands erlassen, geändert und aufgehoben. Wir halten diese Regelung für flexibler.

- *Ziff. 4.2.2: Beschlussfassung über das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente durch das Aufsichtsratsplenum*

Die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand wurde bisher aus Effizienzgründen im Aufsichtsratspräsidium beschlossen. Erst nach der Verkleinerung des Aufsichtsrats von 21 auf 15 Aufsichtsratsmitglieder ist das Vergütungssystem einschließlich der wesentlichen Vertragselemente für das danach bestellte Vorstandsmitglied auch durch das Aufsichtsratsplenum beschlossen worden.

- *Ziff. 5.6 Effizienzprüfung der Tätigkeit des Aufsichtsrats*

Wegen der im Geschäftsjahr 2008/09 erfolgten wesentlichen Neuordnung des Aufsichtsrats (einschließlich der Verkleinerung von 21 auf 15 Aufsichtsratsmitglieder) hat der Aufsichtsrat von einer formalen Effizienzprüfung seiner Tätigkeit abgesehen.

- *Ziff. 7.1.2 S. 2: Erörterung der Halbjahres- und Quartalsfinanzberichte durch den Aufsichtsrat oder seinen Prüfungsausschuss vor der Veröffentlichung mit dem Vorstand*

Die Gesellschaft hat in zwei Fällen aus terminlichen Gründen dieser Empfehlung nicht entsprochen und den Zwischenabschluss erst nach der Veröffentlichung im Aufsichtsrat erörtert.

- *Ziff. 7.1.2 S. 4: Veröffentlichung des Konzernabschlusses binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende und von Zwischenberichten binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums*

Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2007/08 ist am 21. Juli 2008 veröffentlicht worden. Der Zwischenbericht, die Zwischenmitteilung (nach dem Wechsel der IKB-Aktie vom Prime Standard in den General Standard mit Ablauf des 26. Februar 2009) sowie der Halbjahresfinanzbericht für das Geschäftsjahr 2008/09 sind am 17. Oktober 2008 (Erstes Quartal), 15. Januar 2009 (Halbjahresfinanzbericht) und 4. März 2009 (Neun-Monats-Zwischenmitteilung) veröffentlicht worden. Grund für diese Verschiebungen waren die besondere Lage der IKB seit Eintritt der Krise Ende Juli 2007 und die damit verbundenen besonderen Anforderungen an die Bilanz- und Rechnungslegung.

Vorstand und Aufsichtsrat erklären weiter, dass die IKB Deutsche Industriebank AG den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 6. Juni 2008 mit Ausnahme der Ziffern 3.8 Abs. 2 und 4.2.1 S. 2 sowie 7.1.2 S. 4 Var. 2 entsprechen wird.

Düsseldorf, den 14. Juli 2009

Für den Aufsichtsrat der
IKB Deutsche Industriebank AG



Bruno Scherrer

Für den Vorstand der
IKB Deutsche Industriebank AG



Hans Jörg Schüttler

Konzernlagebericht

- 1. Rahmenbedingungen
- 2. Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum
- 3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
- 4. Risikobericht
- 5. Ereignisse nach dem 31. März 2009
(Nachtragsbericht)
- 6. Prognosebericht
- 7. Vergütungsbericht
- 8. Sonstige Finanzinformationen

1. Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2008/09 der IKB Deutsche Industriebank AG (IKB AG) und des IKB-Konzerns (IKB) war maßgeblich von der tiefen und lang anhaltenden Finanzmarktkrise und deren Auswirkungen auf die internationalen Kapital- und Kreditmärkte geprägt. Im Verlauf des Geschäftsjahres nahm die Krise an Intensität zu und griff schließlich auf die Realwirtschaft über. In Deutschland kam es zum größten Konjunkturerinbruch seit Langem. Für das Kerngeschäft der IKB stellen die allgemeine konjunkturelle Entwicklung, die Geschäftsentwicklung des mittelständischen Produzierenden Gewerbes und der Gewerbeimmobilienmarkt in Deutschland die wichtigsten Rahmenbedingungen dar.

Rahmenbedingungen für das Kerngeschäft

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen für das in- und ausländische Kreditgeschäft haben sich im Berichtszeitraum erheblich verschlechtert. Die Weltkonjunktur ist im Laufe des Jahres 2008 deutlich eingebrochen. Eine leichte Erholung wird frühestens im zweiten Halbjahr 2009 erwartet.

Die deutsche Wirtschaft erlebte während des IKB-Geschäftsjahres 2008/09 die tiefste Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Zwar konnte im Kalenderjahr 2008 noch ein BIP-Zuwachs von 1,3 % erzielt werden. Dabei stiegen die für die Gesamtwirtschaft bedeutsamen Exporte leicht um 2,7 %, und die für das IKB-Geschäft wichtigen Ausrüstungsinvestitionen verzeichneten einen deutlichen Zuwachs von 5,9 %. Doch im Laufe des Jahres 2008 hat sich die positive Wachstumsdynamik dramatisch umgekehrt. Im vierten Quartal sank die gesamtwirtschaftliche Leistung so stark wie nie zuvor. Insbesondere nahmen die Exporte mit zweistelligen Prozentraten ab, und auch der Einbruch bei den Ausrüstungsinvestitionen war extrem ausgeprägt.

Das erste Quartal 2009 war weiterhin durch eine extrem negative Entwicklung gekennzeichnet: Die Exporte fielen um über 20 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum, und das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete mit einem Minus von über 20 % den stärksten Produktionsrückgang seit der Wiedervereinigung.

Die für das IKB-Kreditgeschäft wichtigen Länder erlebten ebenfalls einen Abschwung. Für das Kalenderjahr 2008 wurde in Frankreich, Spanien und Großbritannien noch ein leichtes BIP-Wachstum von jeweils um 1 % erzielt. Italiens Wirtschaft schrumpfte dagegen bereits leicht. Wie in Deutschland hat sich in den anderen Ländern Westeuropas die konjunkturelle Talfahrt im Schlussquartal 2008 erheblich verschärft und auf die Länder Osteuropas ausgedehnt, deren wirtschaftliche Expansion zuvor noch wenig beeinträchtigt schien. Das Ausmaß der konjunkturellen Verwerfungen variiert dabei durchaus zwischen den einzelnen Ländern; es hängt von den Belastungen durch die Finanzmarktkrise und den Korrekturen an den regionalen Immobilienmärkten ab.

Die Finanzmarktkrise erreichte durch die Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers ihren vorläufigen Höhepunkt: Schlimmeres konnte nur durch die weltweiten großvolumigen Interventionen der Staaten verhindert werden. Das Vertrauen in die Banken wurde nachhaltig erschüttert, und die Kapitalmärkte kamen fast zum Erliegen. Massive Verwerfungen bei der Preisbildung bzw. der Bewertung von Wertpapieren, auch bei bonitätsmäßig einwandfreien Adressen, waren die Folge. Bis auf wenige ausgewählte Staatschuldtitle haben fast alle Schuldverschreibungen erheblich an Wert verloren. Die Volatilität der Preise war zudem in allen – auch den vorher höchst liquiden – Märkten außerordentlich hoch. Diese Entwicklung hat auch zu erheblichen Belastungen der Vermögenspositionen der Bank im Berichtszeitraum geführt.

Strategische Positionierung der IKB

Die IKB AG ist eine Spezialbank für Unternehmensfinanzierung in Deutschland und Europa. Zielgruppen sind der Mittelstand sowie internationale Unternehmen und Projektpartner. Bei langfristigen Unternehmenskrediten an das deutsche Verarbeitende Gewerbe hatte die Bank zum 31. März 2009 einen Marktanteil von fast 8 %. Stärkste Wettbewerber der IKB AG in Deutschland sind die großen Universalbanken sowie einige größere Institute aus dem öffentlichen Bankensektor.

Im Oktober 2008 hat die EU-Kommission unter strengen Auflagen die staatlichen Beihilfen für die IKB genehmigt. Die Auflagen beinhalten eine deutliche Reduktion der Geschäftsaktivitäten der IKB, die Aufgabe des Geschäftsfeldes Immobilienfinanzierung und die Schließung von einigen ausländischen Standorten. Nach Umsetzung der EU-Entscheidung verbleiben die Niederlassungen London, Madrid, Mailand und Paris als wesentliche operative ausländische Standorte sowie die IKB Leasing GmbH und die IKB Private Equity GmbH als wesentliche Tochtergesellschaften im Konzern. Die Bilanzsumme des IKB-Konzerns soll bis September 2011 auf 33,5 Mrd. € reduziert werden.

Die EU-Auflagen und die sich ausweitende Finanz- und Wirtschaftskrise waren Anlass zur Überprüfung und Neuausrichtung des Geschäftsmodells der Bank. Über die Vergabe von Krediten hinaus soll das Geschäftsmodell auf innovative, kundenorientierte Finanzierungslösungen sowie Beratungsleistungen ausgeweitet werden.

Segmente

Das Geschäftsfeld Firmenkunden umfasst die inländische Unternehmensfinanzierung, insbesondere die Vergabe von Krediten, das Mobilienleasing sowie Private Equity. Die Gewährung von Krediten an den deutschen Mittelstand erfolgt von sechs bundesweiten Standorten aus. Besondere Kompetenz besitzt die Bank in der Durchleitung öffentlicher Förderkredite. Das Mobilienleasing-Geschäft betreibt die IKB über ihre Leasing-Tochtergesellschaften auf nationaler und internationaler Basis. Der besondere Fokus liegt auf dem Maschinenleasing. Im Ausland ist die IKB Leasing Gruppe in Mittel- und Osteuropa sowie in Frankreich und in Österreich tätig. Die IKB Private Equity Gruppe engagiert sich sowohl über Eigenkapitalbeteiligungen als auch über verschiedene Formen des Mezzanine-Kapitals.

Die Produkte der Strukturierten Finanzierung umfassen die Akquisitions- und Projektfinanzierung im europäischen Wirtschaftsraum. Dabei agiert die IKB als Arranger oder beteiligt sich an entsprechenden Finanzierungen. Die Aktivitäten der IKB Capital Corporation, New York, (IKB CC) sind gemäß den EU-Auflagen aufzugeben.

Das Segment Immobilienkunden ist im Rahmen der EU-Auflagen bezüglich der erhaltenen staatlichen Hilfsmaßnahmen aufzugeben. Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung bot die IKB ihren Kunden Finanzierungen und Beratungsdienstleistungen rund um die gewerbliche Immobilie an. Das Immobilienleasing, das unter dem Dach der Movesta Lease and Finance GmbH – eines Gemeinschaftsunternehmens von KfW IPEX Bank und IKB – angesiedelt ist, befindet sich aufgrund der EU-Auflagen im Verkaufsprozess an Dritte.

Im Geschäftsjahr 2008/09 wurde die Abwicklung der Portfolioinvestments weiter vorangetrieben. Im Dezember 2008 wurde der Großteil der noch verbliebenen Portfolioinvestments auf eine Zweckgesellschaft übertragen, an der die IKB AG die Erstverlustposition hält und dadurch ihre Risiken in dieser Höhe begrenzt hat. Darüber hinaus bestehen noch Positionen in Portfolioinvestments über nominal 1,0 Mrd. €, die seit Mai 2009 keine Subprime-Risiken mehr beinhalten.

Zum Ende des Berichtszeitraums hat der Vorstand beschlossen, die bisherige Aufteilung der Geschäftsfelder aufzugeben. Der neue Marktantritt der IKB sieht die Trennung von Kundenverantwortung und Produktmanagement vor. Die daraus folgende Neusegmentierung soll im Geschäftsjahr 2009/10 umgesetzt werden.

2. Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum

Abbau und Übertragung von Portfolioinvestments

Die IKB konnte im Segment Portfolio Investments ihren Bestand an Wertpapieren gegenüber dem 31. März 2008 weiter deutlich reduzieren. In mehreren Einzeltransaktionen mit verschiedenen Marktteilnehmern wurde ein Volumen von nominal rund 1,0 Mrd. € verkauft. Darüber hinaus wurde ein Portfolio von nominal 1,4 Mrd. € an die KfW veräußert.

Am 31. Juli 2008 wurde im Rahmen eines Auktionsverfahrens der Gesamtbestand der Assets der Zweckgesellschaft Rhinebridge in Höhe von nominal 947 Mio. US-\$ zu einem Durchschnittskurs von rund 37 % teilweise verkauft und zum anderen Teil an Inhaber von Commercial Paper ausgekehrt. In diesem Zusammenhang hat die IKB AG im Austausch gegen ihre Commercial Paper (nominal 0,2 Mrd. €) Wertpapiere erworben. Diese Wertpapiere wurden anschließend nahezu vollständig an Dritte veräußert, wobei die IKB insgesamt einen Gewinn erzielte.

Ende November 2008 hat die IKB AG von der IKB International S.A., Luxemburg, (IKB S.A.) Portfolioinvestments in Höhe von nominal 1,5 Mrd. US-\$ für einen Kaufpreis von 0,57 Mrd. US-\$ erworben und diese Anfang Dezember 2008 größtenteils zusammen mit eigenen Portfolioinvestments von nominal 1,2 Mrd. € auf die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited übertragen. Die Übertragung erfolgte bei einem Teil der Portfolioinvestments synthetisch mittels Total Return Agreements. Hierbei handelte es sich um ein Volumen von nominal 1 Mrd. €, auf dessen Verkauf aber nur 82 Mio. € vom Kaufpreis von insgesamt 903 Mio. € entfielen. Die Senior-Refinanzierung der Zweckgesellschaft belief sich zum Übertragungstichtag der Assets per 4. Dezember 2008 auf 565 Mio. € und wird durch die KfW zur Verfügung gestellt. Die mezzanine Finanzierung gegenüber der Zweckgesellschaft belief sich per 4. Dezember 2008 auf 145 Mio. € und wurde durch LSF Aggregated Lendings S.A.R.L., Luxemburg, ein Unternehmen der Lone-Star-Gruppe, übernommen. Die Erstverlustposition gegenüber der Zweckgesellschaft belief sich per 4. Dezember 2008 auf 193 Mio. € und wurde durch die IKB AG im Rahmen eines Junior Loan zur Verfügung gestellt. Das Ausfallrisiko für den IKB-Konzern aus den übertragenen Portfolioinvestments wird durch die Haftung des Mezzanine und des Senior Loan für Ausfälle auf die Höhe des von der IKB AG zur Verfügung gestellten Junior Loan begrenzt. Wertaufholungschancen bleiben im Wesentlichen bei der IKB. Die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited wird im Konzernabschluss der IKB konsolidiert.

Darüber hinaus bestehen noch Positionen in strukturierten Wertpapieren über nominal 1,0 Mrd. € (1,0 Mrd. € Buchwert zum 31. März 2009), die keine Subprime-Risiken mehr beinhalten.

Abrechnung Risikoabschirmungsmaßnahmen

Im Jahr 2007 wurde eine Vereinbarung zwischen der IKB AG und der KfW abgeschlossen, wonach die KfW Ausfallrisiken aus Portfolioinvestments auf der Bilanz der IKB AG und der IKB S.A. bis zu einer Höhe von maximal € 1 Mrd. € absichert. Dieser Risikoschirm wurde teilweise durch einen CDS, zum anderen Teil durch eine Garantie vertraglich umgesetzt.

Im Mai 2008 wurde zwischen IKB und KfW eine Vereinbarung getroffen und durchgeführt, wonach für faktisch ausgefallene und mit einem Buchwert von 0 € angesetzte, aber nach dem Wortlaut der Risikoabschirmung formal noch nicht auszugleichende Wertpapiere ein Teil des Risikoschirms vorzeitig abgerechnet wurde (Ausgleichsbeträge an IKB: 321 Mio. US-\$ und 57 Mio. €).

Des Weiteren wurden Erstverlustpositionen (nominal 86 Mio. €) mit Bezug auf von der IKB platzierte Verbriefungstransaktionen für Unternehmens- bzw. Immobilienkredite aus der Abschirmung herausgenommen, da diese Verbriefungstransaktionen zum strategischen Kerngeschäft der IKB gehören. Da absehbar war, dass der Höchstbetrag der Abschirmung durch erwartete Verluste bei anderen abgesicherten Verbriefungstransaktionen ausgenutzt werden würde, hatte dies keine Minderung der Abschirmwirkung für die IKB zur Folge.

Am 24. Juli 2008 wurde eine Vereinbarung zwischen der IKB AG und der KfW zur vorzeitigen Ablösung des restlichen Risikoschirms für Portfolioinvestments auf der Bilanz der IKB AG und der IKB S.A. geschlossen. Der damit verbundene CDS und die Garantie wurden vorzeitig vollständig abgerechnet und aufgehoben. Danach hat die KfW der IKB 358 Mio. € gezahlt. Im Gegenzug hat die IKB der KfW eine Restgebühr von 1 Mio. € und 5 Mio. US-\$ gezahlt.

Die IKB AG und die IKB S.A. haben zudem von den Havenrock-Gesellschaften Erstverlustrisiken in Höhe von 25 % (von nominal 4,4 Mrd. €) übernommen. Auch diese hatte die KfW weitestgehend abgesichert. Dadurch reduzierte sich das Risiko für die IKB auf 79 Mio. US-\$, die in den Vorjahren voll in der Gewinn- und Verlustrechnung verarbeitet wurden.

Diese Absicherungsvereinbarung mit der KfW ist Ende Oktober 2008 vorzeitig aufgelöst worden. Die KfW hat zur Ablösung ihrer noch ausstehenden Zahlungsverpflichtungen Anfang November 2008 insgesamt 1.189 Mio. US-\$ an die IKB gezahlt.

Genehmigung der Rettungsmaßnahmen durch EU-Kommission unter Auflagen

Am 21. Oktober 2008 hat die EU-Kommission im Verfahren über staatliche Beihilfe der Bundesrepublik Deutschland für die Umstrukturierung der IKB bekannt gegeben, dass die staatlichen Hilfsmaßnahmen, die die IKB seit Beginn der Krise im Juli 2007 erhalten hat, unter Auflagen und Bedingungen genehmigt worden sind.

Die Genehmigung der Rettungsmaßnahmen ermöglicht der IKB AG den Fortbestand als eine auf den Mittelstand fokussierte Bank. Die einschneidenden Auflagen beinhalten eine deutliche Reduktion der Geschäftsaktivitäten der IKB, die Aufgabe des Geschäftsfeldes Immobilienfinanzierung, die Schließung von einigen ausländischen Standorten und die partielle Einstellung des Neugeschäfts. Die Konzernbilanzsumme soll bis 30. September 2011 auf 33,5 Mrd. € (von 63,5 Mrd. € per 31. März 2007, vor Beginn der IKB-Krise) reduziert werden.

Mit Entscheidung vom 15. Mai 2009 hat die EU-Kommission einer Änderung des Zeitplans für die Abwicklung des Standortes Luxemburg zugestimmt.

Im Einzelnen bedeuten die Auflagen:

- Aufgabe des Segmentes Immobilienfinanzierung (Einstellung Neugeschäft; Abbau von mindestens 20 % des Portfolios bis 30. September 2010; Abbau von weiteren 40 % bis 30. September 2011; Restbestand über planmäßige Tilgung); betroffene Tochtergesellschaften: IKB Immobilien Management GmbH, IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG, IKB Projektentwicklungsverwaltungs GmbH
- Verkauf des 50%-IKB-Anteils an der Movesta Lease and Finance GmbH bis 30. September 2011
- Abwicklung oder Verkauf der IKB CC bis 30. September 2011 (Abbau von 25 % bis 30. September 2010) und Einstellung des Neugeschäfts zum 31. Dezember 2008
- Abwicklung der IKB S.A. bis 1. April 2011 (das Derivategeschäft und der Kreditbestand bis zu einer Maximalhöhe von 3,2 Mrd. € dürfen zur IKB AG nach Düsseldorf verlagert werden) und Einstellung des Neugeschäfts zum 1. Dezember 2010
- Einstellung und Abwicklung der Geschäftstätigkeiten der IKB in Amsterdam bis 30. März 2010
- Verkauf nicht strategischer Aktivpositionen bis 30. September 2011.

Im Falle unvorhersehbarer Umstände, insbesondere bei anhaltender Finanzmarktkrise oder Unmöglichkeit der Veräußerung bestimmter Aktivpositionen, können die Auflagen durch die EU-Kommission geändert oder ersetzt werden, oder es kann eine Fristverlängerung gewährt werden.

Es erfolgt jährlich spätestens zum 31. Juli eine Berichterstattung an die EU-Kommission über den Fortgang der Umsetzung des Umstrukturierungsplanes und der Auflagen.

Zur Umsetzung der EU-Auflagen wurden interne Projekte initiiert. Das Neugeschäft im Segment Immobilienkunden und in der IKB CC wurde eingestellt. Die Vorbereitungen zur Übertragung von innerbetrieblichen Funktionen von der zu schließenden Luxemburger Tochtergesellschaft auf die Konzernzentrale in Düsseldorf wurden begonnen.

Von den Auflagen sind in den betroffenen Einheiten und Tochtergesellschaften rund 230 Arbeitsplätze direkt betroffen. Darüber hinaus können aufgrund der Umstrukturierung auch Arbeitsplätze in anderen Konzernteilen betroffen sein.

Die direkten wirtschaftlichen Belastungen durch die Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission hängen in starkem Maße von der Entwicklung der Märkte für die abzubauenen Aktiva ab, die zurzeit nur schwer vorhersehbar ist.

Im Februar 2009 hat der Vorstand Grundzüge der zukünftigen geschäftspolitischen Ausrichtung der IKB beschlossen. Durch die Trennung von Produkt und Vertrieb sollen die Fokussierung auf die Kunden verstärkt und die Produktpalette erweitert werden und damit die IKB wieder dauerhaft erfolgreich am Markt positioniert werden. Gleichzeitig sollen die Kosten in der Kreditbearbeitung durch Optimierung der Abläufe und Strukturen in Middle- und Back-Office reduziert und die Organisation schlanker werden, um auch so die Profitabilität der IKB wiederherzustellen. Von der Reorganisation sind ca. 140 Arbeitsplätze betroffen. Die Erweiterung der Produktpalette wird nach den erfolgten Anpassungen zu neuen Arbeitsplätzen führen.

Die Umsetzung der notwendigen Reorganisationsmaßnahmen wurde im März 2009 begonnen und soll im September 2009 zu einer neuen Organisationsstruktur führen. Mitte Mai 2009 wurde bereits die neue Organisation Produkt/Vertrieb umgesetzt.

Gegen Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres verhandelten die IKB AG sowie die betroffenen deutschen Tochtergesellschaften und die Arbeitnehmervertreter einen Interessenausgleich und Sozialplan zur Umsetzung der erforderlichen Personalanpassungsmaßnahmen. Der ausgehandelte Sozialplan sieht neben Regeln für standortübergreifende Versetzungen und Abfindungsmodalitäten für betriebsbedingte Kündigungen, u. a. ergänzend die Möglichkeit des Wechsels in eine Transfergesellschaft mit Outplacement-Beratung, vor. Darüber hinaus besteht auch die Möglichkeit von Vorruhestands- und Aufhebungsvereinbarungen, die arbeitgeberseitig initiiert werden.

Für die IKB S.A. ist ebenfalls ein Sozialplan verhandelt und verabschiedet worden.

Kapitalerhöhung

Die auf der ordentlichen Hauptversammlung der IKB AG zum Geschäftsjahr 2006/07 am 27. März 2008 beschlossene Barkapitalerhöhung wurde mit Eintragung am 24. Oktober 2008 ins Handelsregister abgeschlossen.

Zuvor wurden die erhobenen Anfechtungsklagen gegen den Kapitalerhöhungsbeschluss nach Vergleich mit den klagenden Aktionären zurückgezogen.

Der IKB AG sind aus der Kapitalerhöhung 1,25 Mrd. € (vor Kosten), fast ausschließlich von der KfW, zugeflossen. Mit Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung stieg das Grundkapital der Gesellschaft von 247.794.332,16 € um 1.250.000.000,00 € auf 1.497.794.332,16 €. Die Anzahl der neu ausgegebenen Aktien betrug 488.281.250 Stück.

Auf Grundlage eines Börsenzulassungsprospekts erfolgte die Zulassung der neuen Aktien zum Börsenhandel am 13. November 2008. Die Notierung wurde am 14. November 2008 aufgenommen.

Verkauf der IKB-Aktien der KfW an Lone Star

Der Vertrag über den Verkauf der IKB-Aktien der KfW an die LSF6 Europe Financial Holdings L.P., eine Gesellschaft des US-amerikanischen Finanzinvestors Lone Star, wurde angabegemäß am 21. August 2008 unterzeichnet und am 29. Oktober 2008 vollzogen. Zuvor waren die aufschiebenden Bedingungen (u. a. Entscheidung der EU-Kommission im Beihilfverfahren, Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung beim Amtsgericht Düsseldorf, Befreiung der BaFin von der Verpflichtung zur Abgabe eines Pflichtangebots nach WpÜG) eingetreten.

Der Anteil der KfW an der IKB AG in Höhe von 90,8 % ist damit auf LSF6 Europe Financial Holdings L.P. übergegangen. Mittelbar kontrollierender Gesellschafter der LSF6 Europe Financial Holdings L.P. ist John Grayken, USA.

Im Rahmen der Verkaufstransaktion wurden die Rechte aus den Besserungsabreden zu den Forderungsverzichten im Zusammenhang mit den von der KfW im Geschäftsjahr 2007/08 an die IKB gewährten Darlehen über 1.050 Mio. € mit übertragen und anschließend an die Gesellschaft LSF6 Rio (Ireland) Limited, Dublin, eine weitere Gesellschaft der Lone-Star-Gruppe, abgetreten.

Kapitalstärkung durch Lone Star

Auf Grundlage des Beschlusses der Hauptversammlung vom 28. August 2008 hat der Vorstand der IKB AG beschlossen, nachrangige Schuldverschreibungen mit bedingtem Wandlungsrecht und bedingter Wandlungspflicht zum Nominalbetrag von 123,7 Mio. € und zum Emissionskurs 100 % zu begeben. Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht sind, dass die gegen diesen Beschluss gerichteten Anfechtungsklagen erledigt und das bedingte Kapital bestandskräftig im Handelsregister eingetragen ist. Sofern diese Bedingungen bis zum End-Pflichtwandelungstag, dem 11. April 2012, nicht eintreten sollten, entfallen Wandlungsrecht und -pflicht. Die Anleihe wäre in diesem Fall am 11. April 2014 rückzahlbar. Die Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht sind zwischenzeitlich eingetreten, und LSF6 Rio S.à.r.l. hat in Bezug auf die durch sie gekauften Anteile die Wandlungserklärung abgegeben.

Die Investoren in die Wandelschuldverschreibung haben nach Bedingungseintritt ein jederzeitiges Wandlungsrecht zum Nominalbetrag, das sie bis zum 25. Handelstag vor dem End-Pflichtwandelungstag ausüben können. Es besteht eine Wandlungspflicht spätestens am End-Pflichtwandelungstag oder bereits früher, wenn bestimmte aufsichtsrechtliche Kennziffern der IKB unterschritten werden.

Der Zinssatz der Wandelschuldverschreibung beträgt während der Laufzeit 9,5 % p.a. Im Falle einer Wandlung am End-Pflichtwandelungstag steigt der Zinssatz um weitere 12,5 % p.a. für die Zeit vom Emissionstag bis zum End-Pflichtwandelungstag; im Falle einer wahlweisen Wandlung vor dem End-Pflichtwandelungstag oder einer vorzeitigen Pflichtwandlung aufgrund des Unterschreitens bestimmter Kernkapital- und Gesamtkennziffern wird neben dem Zinssatz von 9,5 % zusätzlich ein Betrag gewährt, der dem Zinsbetrag entspricht, der bei einer Verzinsung von 1,25 % p.a. für den Zeitraum vom Emissionstag bis zum End-Pflichtwandelungstag angefallen wäre.

Der Bezugspreis beträgt 23,04 €, der Wandlungspreis beläuft sich auf 2,56 € je Aktie.

Den Aktionären der IKB AG wurden diese Schuldverschreibungen in einem öffentlichen Bezugsangebot im Verhältnis von 109 Aktien zu 1 Schuldverschreibung angeboten. Eine Schuldverschreibung berechtigt zum Bezug von 9 jungen Aktien zu einem Wandlungspreis von 2,56 € je Aktie.

Der IKB sind durch die Emission der Schuldverschreibungen am 11. Dezember 2008 123,7 Mio. € zugeflossen. Eine Gesellschaft der Unternehmensgruppe Lone Star, die LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, hat dabei alle Wandelschuldverschreibungen, die nicht von anderen Aktionären der IKB AG gezeichnet wurden, übernommen (123,5 Mio. €). Bei unverändertem Grundkapital würde nach Durchführung der vollständigen Wandlung das neue Grundkapital der IKB AG bis zu 1.621 Mio. € (vorher: 1.498 Mio. €) betragen, eingeteilt in bis zu 633.384.923 (vorher: 585.075.911 Stück) nennwertlose Stückaktien.

Über die Wandelschuldverschreibung hinaus hat LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, am 27. November 2008 eine nachrangige Namensschuldverschreibung der IKB AG in Höhe von 101,3 Mio. € gekauft. Die nachrangige Namensschuldverschreibung hat eine Laufzeit bis zum 27. November 2018 und ist mit einem Kupon von 12 % p.a. ausgestattet. Zusätzlich hat LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, am 16. Dezember 2008 eine weitere Nachranganleihe der IKB AG über 150.000 € zu gleichen Konditionen wie die nachrangige Namensschuldverschreibung über 101,3 Mio. € vom 27. November 2008 übernommen.

Mit dem Kauf der Wandelschuldverschreibung und der Nachranganleihen hat Lone Star die angekündigte Erhöhung der IKB-Eigenmittel in Höhe von insgesamt 225 Mio. € entsprechend den Auflagen der BaFin im Bescheid zur Befreiung von der Verpflichtung zur Veröffentlichung der Kontrollerlangung und eines Pflichtangebots für Aktien der IKB AG umgesetzt.

Garantien der SoFFin

Die Finanzmarktstabilisierungsanstalt (SoFFin) hat im Dezember 2008 der IKB AG einen Garantierahmen von bis zu 5 Mrd. € für neu zu begebende Schuldverschreibungen bewilligt. Die Garantien wurden von der EU-Kommission genehmigt.

Der IKB-Vorstand hatte einen Antrag auf Garantien gestellt, weil sich die Situation an den Geld- und Kapitalmärkten seit der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 so grundlegend verschlechtert hatte, dass der Handel quasi zum Erliegen gekommen ist und allgemein eine adäquate Refinanzierung kaum möglich war. Die IKB hat keine SoFFin-Leistungen für Rekapitalisierung oder Risikoübernahme beantragt.

Im Zusammenhang mit dem beantragten Garantierahmen des SoFFin hat sich der Vorstand der IKB AG mit Zustimmung des Aufsichtsrates dazu verpflichtet, die von der EU-Kommission im Beihilfverfahren vorgegebenen Maßnahmen umzusetzen. Darüber hinaus muss die IKB AG eine Kernkapitalquote von 8 % einhalten und unterliegt umfangreichen Berichtspflichten.

Die ersten staatlich garantierten Emissionen wurden im Januar und im März 2009 mit einem Emissionsvolumen von jeweils 2 Mrd. € (Laufzeit bis 27. Januar 2012 bzw. 13. März 2012) am Markt platziert. Mit der Begebung einer staatlich garantierten Emission über 1 Mrd. € im April 2009 (Laufzeit bis 29. April 2011) wurde der Garantierahmen des SoFFin über 5 Mrd. € vom Dezember 2008 inzwischen vollständig ausgenutzt.

Weitere Transaktionen

Zur Liquiditätsbeschaffung hat die IKB AG im September 2008 an die Zweckgesellschaft REPV-DS Finance 2008-1 GmbH Forderungen zu einem Kaufpreis in Höhe ihres Nennwerts von 215 Mio. € verkauft. Die Zweckgesellschaft wurde durch ein Darlehen einer anderen Bank in Höhe von 163 Mio. € und ein nachrangiges Darlehen der IKB AG in Höhe von 52 Mio. € finanziert.

Ebenfalls zur Liquiditätsgenerierung nutzt die IKB die Verbriefungsplattform Bacchus für Collateralised Loan Obligations (CLOs) zur Verbriefung von Forderungen aus Akquisitions- und Projektfinanzierungen. Die in 2008 umgesetzten Transaktionen Bacchus 2008-1 und Bacchus 2008-2 dienen dem Zweck, Sicherheiten für die Refinanzierung bei der EZB zu schaffen.

Bacchus 2008-1 ist eine True-Sale-Verbriefung von Akquisitionsfinanzierungen der Kategorie Senior Secured Loans im Gesamtvolumen von 626 Mio. €, aufgeteilt in 500 Mio. € in der ersten und 126 Mio. € in der zweiten Tranche. Die Transaktion wurde hinsichtlich der ersten Tranche am 10. Oktober 2008 abgeschlossen. Das Closing für die zweite Tranche erfolgte am 20. November 2008.

Bacchus 2008-2 ist eine True-Sale-Verbriefung von europäischen Infrastrukturfinanzierungen sowie Finanzierungen von Wind- und Solarparks. Das Closing (Volumen 454 Mio. €) erfolgte am 3. Dezember 2008. Das Risiko aus den zu 100 % von der IKB AG erworbenen Wertpapieren entspricht dem Kreditrisiko aus den verbrieften Forderungen.

Die Gesellschaften Bacchus 2008-1 Plc und Bacchus 2008-2 Plc sowie REPV-DS Finance 2008-1 GmbH werden im Wege der Vollkonsolidierung in den IFRS-Konzernabschluss einbezogen.

Die IKB Beteiligungen GmbH hat mit Vertrag vom 22./23. September 2008 die IVG Kavernen GmbH, Bonn, eine Tochtergesellschaft des Firmenkunden IVG Immobilien AG, Bonn, zu 100 % erworben. Die IKB hat damit die IVG bei der Strukturierung einer Verkaufstransaktion und der Reorganisation des Geschäftsfeldes Kavernen unterstützt. Der Vollzug des Kaufvertrags erfolgte am 28. November 2008. Die IKB hat einen Gewinn in Höhe von 187 Mio. € aus der Transaktion erzielt.

Zur Liquiditätsbeschaffung haben die IKB Leasing GmbH, die IKB Leasing Berlin GmbH und die IKB Autoleasing GmbH im September 2008 mit der Zweckgesellschaft Weinberg 2 Funding Limited, Dublin, einen Rahmenkaufvertrag über den revolvingenden Verkauf von Leasingforderungen abgeschlossen. Das maximale Finanzierungsvolumen unter diesem Rahmenvertrag beläuft sich auf 300 Mio. €. Zum 31. März 2009 waren unter dem Rahmenkaufvertrag Leasingforderungen im Nominalvolumen von 311 Mio. € verkauft; das dadurch für die IKB generierte Finanzierungsvolumen beträgt 280 Mio. €.

Weitere Veränderungen im Konzern

Die IKB Credit Asset Management GmbH (IKB CAM) ist durch Umwandlung und Austritt des Gesellschafters rückwirkend zum 1. April 2008 auf die IKB AG angewachsen.

Im Zuge des Weiteren Ausbaus der Geschäftsaktivitäten im Leasingbereich in Mittelosteuropa wurde am 1. Oktober 2008 zusätzlich zu der in Rumänien bereits bestehenden IKB Leasing SRL in Bukarest die IKB Leasing Finance IFN SA gegründet. Zweck der IKB Leasing Finance IFN SA ist es, in Rumänien in den Markt für Finanzierungsleasing einzutreten. Die Neugründung wurde erforderlich, da in Rumänien das Finanzierungsleasing der Genehmigungspflicht und der Kontrolle durch die Nationalbank unterliegt. Die neue Gesellschaft wird ab dem 1. Oktober 2008 konsolidiert.

Mit notariellem Kaufvertrag vom 23. Dezember 2008 erwarb die Movesta Lease and Finance GmbH mit taggleicher Wirkung sämtliche Anteile der AIVG Allgemeine Verwaltungsgesellschaft mbH von der IKB AG für 4,2 Mio. €.

Einlagensicherung

Der Prüfungsverband Deutscher Banken e.V. hat der IKB AG in seiner Eigenschaft als Dienstleister für den Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes zur Aufrechterhaltung der Einlagensicherung satzungsgemäß Auflagen erteilt. Diese sehen über die Auflagen der EU-Kommission hinaus im Wesentlichen vor, dass die Kernkapitalquote nach HGB für den IKB-Konzern zu den Bilanzstichtagen bis zum 31. März 2011 (unter Einrechnung der Pflichtwandelanleihe) 8 % nicht unterschreiten darf. Des Weiteren erfolgt eine Begrenzung der geschützten Kundeneinlagen (siehe Nachtragsbericht). Die Auflagen bzw. deren Erfüllung haben keine Auswirkungen auf den Schutz bestehender Einlagen bei der IKB AG.

Auswirkungen der Finanzmarktkrise

Nach der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 hat sich die Finanzmarktkrise deutlich verschärft. Die Geld- und Kapitalmärkte stehen noch weniger als zuvor zur Verfügung. Die Volatilitäten bei vielen Produkten, insbesondere aber auch bei den Zinsen, haben historische Höchststände erreicht.

Die auf Marktindikatoren gestützten Modellbewertungen der Portfolioinvestments zeigen weiter fallende Fair Values. Die Stillhaltepositionen der IKB in langlaufenden strukturierten Zinsprodukten haben aufgrund der hohen Volatilitäten starke Marktwertverluste erlitten.

Die Auswirkungen der weltweiten Konjunkturkrise auf das Kreditgeschäft sind derzeit noch nicht voll abschätzbar. In einzelnen Branchen wie insbesondere Automotive sind bereits jetzt negative Entwicklungen eingetreten. Mittlerweile ist in vielen Branchen ein deutlicher Umsatz-/Produktionsrückgang zu beobachten, der sich in verschärfter Form 2009/10 fortsetzen könnte. Wir erwarten 2009/10 eine signifikante Erhöhung der Zahl der Insolvenzen und damit einen deutlichen Anstieg der Non-performing Loans und der Kreditausfälle.

Im Bondmarkt und im Sekundärmarkt für Kredite – soweit liquide – zeigen die lang anhaltende Finanzmarktkrise, der erfolgte Konjunkturerinbruch sowie die weitere wirtschaftliche Entwicklung durch den Anstieg von Volatilitäten und Risikoaufschlägen für Adressenrisiken (Credit Spreads) bereits spürbare Auswirkungen in Form von Bewertungsverlusten. Hiervon waren und sind insbesondere auch die verbrieften Kreditrisiken betroffen.

Ferner kann die IKB derzeit nicht beurteilen, inwieweit wirtschaftliche Schwierigkeiten von dem Einlagensicherungsfonds angehörenden Instituten Zahlungen der übrigen dem Einlagensicherungsfonds angehörenden Institute auslösen werden.

Ordentliche Hauptversammlung am 28. August 2008

Die ordentliche Hauptversammlung der IKB AG für das Geschäftsjahr 2007/08 fand am 28. August 2008 in Düsseldorf statt. Die Hauptversammlung hat allen Vorschlägen der Verwaltung mit großer Mehrheit zugestimmt. Die einzelnen Abstimmungsergebnisse finden sich im Internet unter www.ikb.de. Unter anderem wurde eine Reduzierung der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder von derzeit 21 auf 15 Mitglieder beschlossen.

Außerordentliche Hauptversammlung am 25. März 2009

Auf Verlangen der Mehrheitsaktionärin LSF6 Europe Financial Holdings L.P. hat der Vorstand der IKB AG am 13. Februar 2009 die Aktionäre zu einer außerordentlichen Hauptversammlung am 25. März 2009 in Düsseldorf eingeladen.

Die Hauptversammlung hat allen Vorschlägen der Verwaltung und dem Antrag der LSF6 Europe Financial Holdings L.P. mit großer Mehrheit zugestimmt. Die einzelnen Abstimmungsergebnisse finden sich im Internet unter www.ikb.de.

Auf Beschlussantrag der LSF6 Europe Financial Holdings L.P. wurden die von der Hauptversammlung am 27. März 2008 gefassten Beschlüsse zur Durchführung einer Sonderprüfung zur Untersuchung möglicher Pflichtverletzungen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der IKB AG aufgehoben und die Bestellung des Sonderprüfers widerrufen. Nach Ansicht von LSF6 Europe Financial Holdings L.P. gibt es keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass Vorstand und Aufsichtsrat pflichtgemäß prüfen, ob ehemalige Organmitglieder Pflichtverletzungen begangen haben. Da eine angemessene gesellschaftsinterne Befassung mit derartigen Angelegenheiten unter Wahrung der Vertraulichkeit möglich sei, liege es nicht im Interesse der Gesellschaft, dass gesellschaftsinterne Sachverhalte im Rahmen einer Sonderprüfung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Personelle Veränderungen im Aufsichtsrat

Herr Jörg Asmussen hat am 27. Mai 2008 sein Aufsichtsratsmandat bei der IKB AG niedergelegt.

In der Hauptversammlung am 28. August 2008 wurden die Herren Dr. Jens Baganz, Detlef Leinberger, Roland Oetker, Dr. Martin Viessmann erneut und die Herren Dr. Christopher Pleister und Werner Möller neu in den Aufsichtsrat gewählt. Das Aufsichtsratsmandat von Herrn Dr. Michael Rogowski endete mit Ablauf der Hauptversammlung am 28. August 2008.

Mit Wirkung zum 6. Oktober 2008 hat Herr Detlef Leinberger sein Mandat als Aufsichtsratsmitglied niedergelegt.

Der Aufsichtsrat hat am 30. Oktober 2008 Herrn Bruno Scherrer, Head of European Investments, Senior Managing Director des US-Investors Lone Star, zu seinem Vorsitzenden gewählt. Zuvor hatte das Amtsgericht Düsseldorf auf Antrag des Vorstands der IKB AG nach § 104 AktG Bruno Scherrer zum Aufsichtsrat der IKB AG bestellt. Herr Werner Oerter hatte zuvor mit Ablauf der Sitzung des Aufsichtsrats am 30. Oktober 2008 den Vorsitz im Aufsichtsrat niedergelegt.

Der Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008, den Aufsichtsrat auf 15 Mitglieder zu verkleinern, wurde am 15. Dezember 2008 wirksam. Am 18. November 2008 hat Herr Werner Möller mit sofortiger Wirkung sein Mandat niedergelegt. In der Folgezeit haben die Herren Dieter Ammer, Dr. Jens Baganz, Roland Oetker und Jochen Schametat sowie Frau Rita Röbel jeweils mit Wirkung zum 30. November 2008 und Herr Randolph Rodenstock am 3. Dezember 2008 mit sofortiger Wirkung ihr Mandat niedergelegt.

Durch Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf wurde Herr Dr. Karsten von Köller mit Wirkung vom 16. Dezember 2008 zum Mitglied des Aufsichtsrats der IKB AG bestellt.

Die Herren Hermann Franzen, Werner Oerter, Dieter Pfundt und Dr. Alfred Tacke haben zum 31. Dezember 2008 ihr Aufsichtsratsmandat niedergelegt.

Herr Dr. Christoph Pleister hat sein Aufsichtsratsmandat mit Wirkung zum 1. Februar 2009 niedergelegt.

Durch Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf vom 20. Januar 2009 wurden die Herren Olivier Brahin, Dr. Lutz-Christian Funke, Dr. Claus Nolting und Dr. Andreas Tuczka mit Wirkung vom 22. Januar 2009 zu Mitgliedern des Aufsichtsrats der IKB AG bestellt. In der Hauptversammlung am 25. März 2009 wurden die zuvor vom Amtsgericht Düsseldorf bestellten Mitglieder neu in den Aufsichtsrat gewählt. Des Weiteren wurden in den Aufsichtsrat die Herren Arndt G. Kirchhoff, Geschäftsführender Gesellschafter der Kirchhoff Gruppe, Attendorn, und Stefan A. Baustert, President and CEO der Singulus Technologies AG, Bad Homburg, gewählt. Herr Dr. Martin Viessmann hat sein Amt mit Ablauf der Hauptversammlung am 25. März 2009 niedergelegt.

Personelle Veränderungen im Vorstand

Zum 1. April 2008 wurde Herr Dr. Andreas Leimbach als Vorstand mit Zuständigkeit für das inländische Firmenkundengeschäft neu bestellt.

Der Aufsichtsrat der IKB AG hat in seiner Sitzung am 8. Oktober 2008 die Vorstandsmandate von Dr. Günther Bräunig bis zum 31. Oktober 2008 als Vorstandsvorsitzender und von Dr. Dieter Glüder bis zum 15. Oktober 2011 verlängert, nachdem bereits in der Sitzung des Aufsichtsrats am 11. Juli 2008 eine Verlängerung der Bestellungen bis zum 15. Oktober 2008 beschlossen worden war. Zum 31. Oktober 2008 ist der Vorstandsvorsitzende Herr Dr. Günther Bräunig planmäßig aus dem Vorstand ausgeschieden.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 30. Oktober 2008 Herrn Hans Jörg Schüttler mit Wirkung zum 1. November 2008 zum Vorsitzenden des Vorstands der IKB AG ernannt.

Zum 31. Januar 2009 hat Herr Dr. Andreas Leimbach, Mitglied des Vorstands, das Unternehmen auf eigenen Wunsch verlassen.

Der Aufsichtsrat der Bank hat in seiner Sitzung am 5. Februar 2009 Herrn Dr. Michael H. Wiedmann per 1. März 2009 zum Vorstand der IKB AG bestellt.

Börsennotierung der IKB-Aktie

Zum 22. Dezember 2008 wurden die IKB-Aktien aus dem SDAX genommen. Der Grund für diese Entscheidung der Deutsche Börse AG war der zu geringe Streubesitz des Grundkapitals der IKB AG. Auf Antrag der IKB AG sind die Aktien zudem mit Ablauf des 26. Februar 2009 aus dem Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse ausgeschieden und werden fortan im General Standard notiert.

Aktuelle Ratingsituation

Im Anschluss an die Unterzeichnung des Kaufvertrags zwischen der KfW und Lone Star LSF 6 Europe Financial Holdings, L.P. am 21. August 2008 hat Moody's den Outlook auf „Review for possible downgrade“ gesetzt und Fitch Ratings eine Herabstufung des Long-Term Ratings der IKB AG auf BBB– bekannt gegeben.

Rating der IKB		Long-Term	Short-Term	Financial Strength Einzelrating	Outlook
Moody's	1.4.2008	Baa3	P-3	E	Negativ
	21.8.2008	Baa3	P-3	E	Review for possible downgrade
Fitch	21.12.2007	A+	F1	E	Stabil
	22.8.2008	BBB–	F3	D/E	Negativ

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Geschäftliche Entwicklung

Das Neugeschäftsvolumen in den drei Marktsegmenten Firmenkunden, Immobilienkunden und Strukturierte Finanzierung ist im Geschäftsjahr 2008/09 auf 5,9 Mrd. € zurückgegangen (Vorjahr: 9,8 Mrd. €).

Ertragslage

Die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ist auch im Geschäftsjahr 2008/09 in starkem Maße durch die Krise der Bank und die allgemeine Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise beeinflusst.

Die folgende Tabelle zeigt die wesentlichen außerordentlichen Einflüsse auf das Operative Ergebnis der Bank, aufgeteilt auf die einzelnen Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung:

1.4.2008–31.3.2009	Portfolio-investments	Marktwertverluste	Passivbewertung	krisenbedingte Aufw.	Erwerb IVG Kavernen GmbH	Sonstiges	Gesamt-Sonderfaktoren GJ 2008/09	Gesamt GJ 2008/09	Gesamt GJ 2007/08	Differenz
Angaben in Mio. €										
+ Zinsüberschuss			-61			-49	-110	303	452	-149
- Risikovorsorge im Kreditgeschäft								590	255	335
= Zinsüberschuss nach Risikovorsorge			-61			-49	-110	-287	196	-483
+ Provisionsüberschuss								33	55	-22
+ Fair-Value-Ergebnis	64	-757	583				-110	-162	-1 830	1 668
+ Ergebnis aus Finanzanlagen	-188	-32					-220	-282	-980	698
+ Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen								-8	2	-10
- Verwaltungsaufwendungen				57			57	375	386	-11
+ Sonstiges betriebliches Ergebnis	-25		255	-7	-186	72	109	131	666	-535
+ Ergebnis aus Risikoübernahme									2 401	-2 401
- Restrukturierungsaufwendungen				52			52	52	0	52
= Operatives Ergebnis	-149	-789	777	-116	-186	23	-440	-1 002	124	-1 126
+ Steuern					373		373	422	-135	557
= Konzernfehlbetrag	-149	-789	777	-116	187	23	-67	-580	-11	-569

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Portfolioinvestments. Die Portfolioinvestments haben insgesamt zu realisierten und unrealisierten Verlusten in Höhe von 149 Mio. € geführt. Der weitaus größte Teil der zum 31. März 2009 verbliebenen Portfolioinvestments wird von der Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited gehalten, die voll konsolidiert wird. Auf dieses Portfolio sind im Geschäftsjahr Bewertungsverluste von 467 Mio. € (im Fair-Value-Ergebnis bzw. im Ergebnis aus Finanzanlagen) angefallen. Dem stehen Gewinne aus der Bewertung der konzernfremden Verbindlichkeiten der Zweckgesellschaft in Höhe von 174 Mio. € entgegen, sodass netto ein Verlust von 293 Mio. € entstanden ist.

Die sonstigen Portfolioinvestments haben per saldo zu einem Bewertungs- und Veräußerungsgewinn von 169 Mio. € geführt. In der ersten Hälfte des Geschäftsjahres sind ein Portfolio an diverse Marktteilnehmer mit einem Gewinn von 81 Mio. € und ein weiteres Teilportfolio mit einem Verlust von 6 Mio. € an die KfW veräußert worden. Hinzu kommen 13 Mio. € Gewinn aus dem Verkauf der Investments der Rhinebridge im Rahmen des Ende Juli 2008 durchgeführten Auktionsverfahrens. In den noch verbliebenen Portfolioinvestments sind aus der Bewertung per saldo Gewinne in Höhe von 81 Mio. € entstanden.

Im Sonstigen betrieblichen Ergebnis sind Kosten aus der endgültigen Abrechnung des Risikoschirms sowie aus der Abrechnung von Rhinebridge enthalten.

Das zum 31. Juli 2007 entkonsolidierte Conduit Rhineland Funding sowie die Havenrock-Gesellschaften haben sich im Geschäftsjahr 2008/09 nicht mehr bzw. nicht wesentlich auf die Ertragslage ausgewirkt. Im letzten Geschäftsjahr waren diese Gesellschaften mit zusammen 1.466 Mio. € Verlusten vor Risikoübernahme durch die KfW neben den sonstigen Portfolioinvestments noch die größten Verlustbringer.

Marktwertverluste auf langfristige Anlagen und Derivate. Die IKB hält unter anderem zur Eigenmittelanlage Staatsanleihen, Anleihen anderer öffentlicher Gläubiger, deutsche und europäische Pfandbriefe, Schuldscheine von Unternehmen sowie Derivate zur Absicherung von Zinsrisiken. Die Anlagen haben überwiegend lange Laufzeiten, zu einem erheblichen Teil auch in strukturierter Form unter Einbeziehung von derivativen Elementen. Während der Berichtsperiode sind GuV-wirksame Marktwertverluste auf diese Anlagen und Derivate in Höhe von 757 Mio. € angefallen, die durch folgende Entwicklungen verursacht wurden:

- Rund die Hälfte dieses Betrages geht auf Zinsderivate, die überwiegend zur Absicherung gegen Marktzinsänderungen abgeschlossen wurden, zurück. Sie haben vor allem durch den starken Zinsrückgang in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres Wertverluste erlitten. Diesen Verlusten stehen in etwa gleicher Höhe zinsinduzierte Marktwertgewinne in Wertpapieren gegenüber, die sich nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung niedergeschlagen haben.
- Etwa ein Drittel dieses Betrages resultiert aus Marktwertverlusten aufgrund der starken Erhöhung der Risikoprämien für Unternehmen, aber auch für staatliche Schuldner und Pfandbriefe.
- Die restlichen Verluste entfallen auf strukturierte Wertpapiere mit Stillhalterpositionen, verursacht durch die hohen Zinsvolatilitäten zum Bilanzstichtag.

Das negative Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von –32 Mio. € geht auf eine Abschreibung auf unsere Natixis-Aktienposition zurück.

Passivbewertung. Nach IAS 39.AG8 sind die beiden nach IFRS als Verbindlichkeiten ausgewiesenen Besserungsabreden im Zusammenhang mit den im vergangenen Geschäftsjahr erfolgten Forderungsverzichten der KfW sowie ein Teil der Genussscheine und Stillen Einlagen mit dem Barwert geschätzter künftiger Cashflows zu bewerten. Dies hat per saldo zu einem positiven Ergebnisbeitrag von 194 Mio. € geführt:

- Ein Zinsaufwand von 61 Mio. € ergibt sich aus dem sogenannten Unwinding. Durch den Zeitablauf reduziert sich der Abzinsungseffekt, und die Verbindlichkeit ist damit höher auszuweisen. Diese Erhöhung der Verbindlichkeit ist als Zinsaufwand zu zeigen.
- Gegenläufig wurden die der Bewertung zugrunde gelegten Cashflows dieser Instrumente gegenüber dem Ende des vorigen Geschäftsjahres niedriger angesetzt, wodurch sich ein Bewertungsgewinn von 255 Mio. € ergab. Dies ist auf eine Anpassung der Unternehmensplanung zurückzuführen, die das neue Geschäftsmodell mit den Auswirkungen der EU-Entscheidung zu Kompensationsmaßnahmen, erhöhte Risikovorsorge aufgrund des Konjunkturereintruges sowie die deutlich länger als erwartet schwierige Refinanzierungssituation mit hohen Refinanzierungskosten berücksichtigt.

Passivbewertung bonitätsinduziert. Die IKB hat in vergangenen Geschäftsjahren für einen Teil der Verbindlichkeiten gemäß IAS 39 von der Bewertung zum Fair Value Through Profit and Loss Gebrauch gemacht. Die krisenhafte Situation der IKB hatte bereits zum 31. März 2008 zu starken Wertverlusten von IKB-Schuldverschreibungen, Genussrechten und Stillen Einlagen geführt, die als Gewinne aus der Bewertung dieser Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 1.735 Mio. € zu berücksichtigen waren. Während des Geschäftsjahres, vor allem nach dem Marktstoch durch die Insolvenz von Lehman, verminderten sich die Wertansätze dieser Passiva – gemessen an den CDS Spreads der IKB und anderen Marktindikatoren – weiter, sodass die stichtagsbezogene Bewertung zu einem weiteren positiven Fair-Value-Ergebnis von 583 Mio. € geführt hat. Hierbei ist anzumerken, dass es während des Geschäftsjahres zu den einzelnen Quartalsterminen erhebliche Verwerfungen bei den Passiv-Spread-Entwicklungen und damit auch in den jeweiligen Gewinn- und Verlustrechnungen gegeben hat.

Krisenbedingte Verwaltungsaufwendungen schlugen sich zum einen in Höhe von 57 Mio. € im Sachaufwand nieder. Hierbei handelt es sich vor allem um Kosten für externe Unterstützung (Anwälte, Berater). Zum anderen sind Restrukturierungsaufwendungen für Personalmaßnahmen in Höhe von 43 Mio. € und für Leerstandskosten in Höhe von 9 Mio. €, insgesamt 52 Mio. €, entstanden.

Erwerb IVG Kavernen GmbH. Die IKB hat im September 2008 die IVG Kavernen GmbH, Bonn, zu 100 % erworben. Aus der Transaktion resultierte ein Firmenwert von 186 Mio. €. Im Rahmen der Verschmelzung der IVG Kavernen GmbH auf die IKB Beteiligungen GmbH konnten Ertragssteuer-Rückstellungen von 373 Mio. € aufgelöst werden; gleichzeitig war der Firmenwert in voller Höhe abzuschreiben. Insgesamt ergab sich aus dieser Transaktion ein Ertrag von 187 Mio. €

Sonstiges. Das Zinsergebnis ist in diesem Geschäftsjahr per saldo mit 49 Mio. € durch Amortisation von Ausgleichsposten für aufgelöste Sicherungsbeziehungen zum Zeitpunkt der Umstellung auf IFRS (IFRS 1 IG 60 A und IG 60 B) belastet (93 Mio. € im Vorjahr).

Die IKB hat auch in diesem Geschäftsjahr wieder eigene Wertpapiere (Eigenemissionen) unter Nominalwert zurückgekauft und damit einen Gewinn von 72 Mio. € erzielt.

Die Veränderungen über die erläuterten Sonderfaktoren hinaus lassen sich wie folgt erläutern.

Der Zinsüberschuss ist um 149 Mio. € auf 303 Mio. € zurückgegangen. Die wesentlichen Effekte – neben den bereits genannten Effekten aus dem Unwinding von Verbindlichkeiten i.H.v. –61 Mio. € und dem Rückgang der Belastung aus IG 60 A und IG 60 B um 45 Mio. € – sind:

- Rückgang des Zinsüberschusses im Segment Portfolio Investments um 105 Mio. € durch Entkonsolidierung des Conduits RFCC im Juli 2007, höhere Refinanzierungskosten und starke Volumensrückgänge
- Rückgang um 25 Mio. € im Segment Firmenkunden durch geringere Finanzierungsvolumina und erhöhte Refinanzierungskosten sowie um 5 Mio. € im Segment Strukturierte Finanzierung.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft hat sich auf 590 Mio. € nach 255 Mio. € im Vorjahr mehr als verdoppelt. Die Zuführung zu den Portfoliowertberichtigungen beträgt 100 Mio. €, während im Vorjahr noch 20 Mio. € Portfoliowertberichtigungen aufgelöst wurden. Mit dieser Aufstockung der Portfoliowertberichtigung wurde den eingetretenen, aber noch nicht auf Einzelkreditenebene erkannten wirtschaftlichen Problemen Rechnung getragen. Die Risikovorsorge für Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft mussten per saldo um 215 Mio. € auf 490 Mio. € erhöht werden. Der Schwerpunkt des Anstiegs der Risikovorsorge entfällt auf das Segment Strukturierte Finanzierung.

Der Provisionsüberschuss fällt mit 33 Mio. € um 22 Mio. € niedriger aus als im Vorjahreszeitraum (55 Mio. €). Ursache sind vor allem geringere Provisionserträge wegen niedrigerem Neugeschäftsvolumen sowie die Provisionsaufwendungen, die um 8 Mio. € vor allem durch Transaktionen zur Liquiditätsbeschaffung gestiegen sind.

Das negative Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen in Höhe von –8 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus der Movesta Lease and Finance GmbH.

Die Verwaltungsaufwendungen sind um 11 Mio. € oder 3 % auf 375 Mio. € zurückgegangen. Während die Personalaufwendungen im Wesentlichen wegen des um 6 % geringeren Mitarbeiterbestandes um 11 Mio. € sanken, konnten die anderen Verwaltungsaufwendungen, auch die krisenbedingten, kaum reduziert werden. Der durchschnittliche Bestand an Mitarbeitern (Vollzeitkäften) lag im Berichtszeitraum bei 1.749 (1.852), per Ende des Geschäftsjahres hatte die IKB 1.718 Mitarbeiter (1.839).

Das Operative Ergebnis (vor Steuern) beläuft sich auf –1.002 Mio. € (+124 Mio. €). Das Ergebnis des Vorjahres war insbesondere deshalb positiv, weil die IKB durch externe Unterstützung ein Ergebnis aus Risikoübernahme von 2.401 Mio. € ausweisen konnte.

Das Steuerergebnis ist mit 422 Mio. € positiv. Es resultiert überwiegend aus der Auflösung von Steuerrückstellungen in Höhe von 373 Mio. € im Rahmen der IVG-Transaktion. Darüber hinaus sind im Steuerergebnis Erträge aus Latenten Steuern zum Beispiel aus der Aktivierung von Verlustvorträgen sowie Aufwendungen unter anderem aus der Auflösung von aktiven Latenten Steuern bei unserem Tochterunternehmen IKB Capital Corporation aufgrund des mittelbaren Anteilseignerwechsels zu Lone Star enthalten. Insgesamt ergibt sich aus latenten Steuern ein Ertrag von 51 Mio. €.

Für das Ergebnis pro Aktie resultiert ein Wert von –1,88 € (–0,12 €).

Entwicklung der Segmente

Die IKB hat im Geschäftsfeld *Firmenkunden*, das die inländische Unternehmensfinanzierung, das Mobilienleasing und die Private-Equity-Aktivitäten umfasst, im Berichtszeitraum 3,5 Mrd. € (Vorjahr: 4,6 Mrd. €) ausbezahlt.

Davon entfielen 2,5 Mrd. € (Vorjahr: 3,6 Mrd. €) auf das inländische Kreditgeschäft. Hier blieb die Neugeschäftsmarge, gemessen an den durchschnittlichen Refinanzierungskosten der Bank, mit 1,03 % nahezu konstant (Vorjahr: 1,02 %). Der größte Teil des Neugeschäftes im inländischen Kreditgeschäft (65 %) entfiel auf Unternehmen mit Umsatzerlösen zwischen 25 Mio. € und 1 Mrd. €. Langfristige Kredite aus öffentlichen Förderprogrammen machten 60 % (Vorjahr: 47 %) des Neukreditvolumens aus.

Die IKB Leasing Gruppe hat mit einem Neugeschäftsvolumen von 1 Mrd. € das Vorjahresniveau gehalten. Gut zwei Drittel dieses Neugeschäftes entfallen auf Deutschland, ein Drittel auf die Tochtergesellschaften in Frankreich, Österreich, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn.

Die IKB Private Equity Gruppe hat im Berichtszeitraum ein Auszahlungsvolumen von 30 Mio. € (Vorjahr 51 Mio. €) erzielt. Es wurden zwei Direktbeteiligungen neu eingegangen, zwei Engagements veräußert. Die IKB Private Equity verwaltet heute Assets im Nominalvolumen von rund 825 Mio. €.

Das Segment *Firmenkunden* erzielte einen Operativen Verlust unter Einbezug von Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von –106 Mio. € (Vorjahr: +21 Mio. €). Der Zinsüberschuss lag mit 203 Mio. € aufgrund des reduzierten Kreditvolumens und höherer Refinanzierungskosten unter dem Vorjahreswert (228 Mio. €). Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurde um 60 Mio. € auf 126 Mio. € erhöht. In der Risikovorsorge sind 40 Mio. € Zuführung zu Portfoliowertberichtigungen enthalten, während hier im Vorjahr noch 10 Mio. € aufgelöst werden konnten. Die Risikovorsorge vor Portfoliowertberichtigungen musste nur um 10 Mio. € erhöht werden. Die Konjunkturkrise hat sich bisher noch nicht stark in erkannten Kreditausfällen niedergeschlagen. Die Erhöhung der Portfoliowertberichtigungen spiegelt jedoch wider, dass die IKB von erheblichen noch nicht auf Einzelkreditebene erkennbaren Ausfällen aufgrund des starken Konjunktureenbruchs ausgeht. Im Berichtszeitraum stiegen die Verwaltungsaufwendungen auf 152 Mio. € (141 Mio. €). Der Anstieg ist auf die Ausweitung der Aktivitäten in den Auslandsgesellschaften der IKB Leasing GmbH (insbesondere Rumänien und Russland) und dem Konzern sowie gestiegenen Kostenumlagen aus der Zentrale zurückzuführen. Die Eigenkapitalrendite lag bei –15,5 % (3,1 %); die Kosten-Ertrags-Relation betrug 88,8 % (61,7 %).

Im Segment *Strukturierte Finanzierung*, d. h. in der Akquisitions- und Projektfinanzierung sowie der Exportfinanzierung, wurde das Neugeschäftsvolumen nochmals auf 1,8 Mrd. € (Vorjahr: 3,8 Mrd. €) reduziert, mit einem Schwerpunkt auf bereits getroffene Zusagen. Bei diesem Rückgang spielten sowohl die IKB-spezifischen Liquiditäts- und Eigenkapitalrestriktionen als auch die Marktentwicklung eine entscheidende Rolle. Die Aktivitäten bei Unternehmensübernahmen in Europa kamen nahezu zum Erliegen, sodass fast keine Akquisitionsfinanzierungen neu zu vergeben waren. Im Projektfinanzierungsgeschäft hat sich die IKB aufgrund der langen Laufzeiten stark zurückgehalten. Es wurden vor allem Geschäfte mit Einsatz von Fördermitteln und mit Hermesdeckungen für bestehende Kundenbeziehungen getätigt. In den USA wurden Leveraged Loans verkauft.

Die Neugeschäftsmarge stieg auf 2,19 % (Vorjahr: 2,09 %). Das Geschäftsfeld *Strukturierte Finanzierung* weist ein negatives Operatives Ergebnis von –268 Mio. € (–3 Mio. €) aus. Der Zinsüberschuss lag mit 119 Mio. € auf Vorjahresniveau. Die Risikovorsorge stieg dramatisch um 261 Mio. € auf 324 Mio. € (63 Mio. €). Von diesem Anstieg entfallen 47 Mio. € auf Portfoliowertberichtigungen. Hier wirkt sich insbesondere in der Akquisitionsfinanzierung der hohe Verschuldungsgrad der Schuldner aus, wodurch der Konjunkturereinbruch schneller zu erkennbaren Problemen und damit Einzelwertberichtigungen geführt hat. Bei Finanzanlagen wurden entsprechend der allgemeinen Marktentwicklung, die zu einer deutlichen Ausweitung der Spreads, gerade für nachrangige Tranchen, geführt hat, Wertberichtigungen in Höhe von 18 Mio. € auf First-Loss-Tranchen von Verbriefungen von Akquisitionsfinanzierungen in den USA gebildet. Die Verwaltungsaufwendungen blieben mit 70 Mio. € nahezu unverändert (69 Mio. €). Die Eigenkapitalrendite im Geschäftsfeld betrug –75,3 % (–0,9 %), die Cost-Income-Ratio belief sich auf 56,4 % (53,5 %).

Das Geschäftsfeld *Immobilienkunden*, das gemäß den EU-Auflagen vom Oktober 2008 das Neugeschäft eingestellt hat, weist noch ein Neugeschäftsvolumen von 0,6 Mrd. € (Vorjahr: 1,4 Mrd. €) auf, insbesondere aufgrund von Inanspruchnahmen von Kreditzusagen aus Vorjahren. Die Neugeschäftsmarge sank durch erhöhte Refinanzierungskosten auf 0,83 % (1,07 %). Das Segment *Immobilienkunden* hat ein Operatives Ergebnis von –48 Mio. € erzielt (Vorjahr: +11 Mio. €). Der Zinsüberschuss lag mit 60 Mio. € unter dem Vorjahreswert (62 Mio. €). Die Risikovorsorge hat sich aufgrund der Wirtschaftskrise um 45 Mio. € auf 68 Mio. € erhöht. Die Zuführung zu Portfoliowertberichtigungen wurde dabei auf 12 Mio. € nach einer Auflösung von 13 Mio. € im Vorjahr erhöht. Insbesondere für den erforderlichen Personalabbau fiel Restrukturierungsaufwand in Höhe von 12 Mio. € an. Die Eigenkapitalrendite des Geschäftsfeldes betrug –24,7 % (5,1 %), die Kosten-Ertrags-Relation 72,2 % (55,3 %).

Das Segment *Portfolio Investments*, in dem die bei der IKB verbliebenen Portfolioinvestments abgebildet werden, weist ein Operatives Ergebnis von –180 Mio. € (Vorjahr: –1.684 Mio. €) aus. Im Einzelnen wurde das Fair-Value-Ergebnis auf 64 Mio. € (Vorjahr: –3.246 Mio. €) und das Ergebnis aus Finanzanlagen auf –188 Mio. € (Vorjahr –904 Mio. €) verbessert. Die Verwaltungsaufwendungen im Segment sanken auf 25 Mio. € (43 Mio. €).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme lag am 31. März 2009 mit 44,7 Mrd. € um 5,5 Mrd. € unter der am 31. März 2008. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Abbau der Finanzanlagen (inkl. Portfolioinvestments) und der Sonstigen Aktiva infolge der vorzeitigen Abwicklung der Risikoabschirmung durch die KfW sowie auf der Passivseite vor allem aus dem Abschmelzen des Bestandes der Verbrieften Verbindlichkeiten durch Tilgung, vorzeitige Rückkäufe und Bewertungseffekte.

Die Forderungen an Kunden verringerten sich im Vergleich zum 31. März 2008 um 0,9 Mrd. € auf 27,9 Mrd. €. Der Rückgang betrifft insbesondere die Segmente Firmenkunden und Immobilienfinanzierung aufgrund des stark zurückgegangenen Neugeschäftes in diesen Segmenten.

Die Forderungen an Kreditinstitute nahmen leicht um 0,1 Mrd. € auf 3,0 Mrd. € zu. Dabei stiegen die kurzfristigen Ausleihungen um 0,6 Mrd. € an, während die mittel- und langfristigen Forderungen um 0,5 Mrd. € abgebaut wurden.

Der Bestand an Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich per saldo nur um 0,1 Mrd. € auf 1,0 Mrd. €, da der Risikovorsorgezuführung von 0,6 Mrd. € endgültige Abschreibungen und Auflösungen von 0,5 Mrd. € gegenüberstanden.

Der Bestand der Handelsaktiva erhöhte sich leicht um 0,1 Mrd. € auf 3,7 Mrd. €. Der Zuwachs geht auf den Anstieg der positiven Marktwerte bei den derivativen Finanzinstrumenten zurück.

Die Finanzanlagen sanken – insbesondere aufgrund von Fälligkeiten und Verkäufen von Finanzinstrumenten sowie Abschreibungen auf Portfolioinvestments – um 2,6 Mrd. € auf 10,2 Mrd. €.

Der Rückgang der Sonstigen Aktiva um 1,9 Mrd. € auf 0,2 Mrd. € ist wesentlich geprägt durch die vorzeitige Abwicklung der Risikoabschirmung durch die KfW.

Auf der Passivseite der Bilanz verminderte sich vor allem der Bestand der Verbrieften Verbindlichkeiten um 4,2 Mrd. € auf 14,0 Mrd. €. Dieser Netto-Rückgang erklärt sich durch fällige Schuldverschreibung sowie vorzeitige Rückkäufe und Bewertungseffekte, wobei SoFFin garantierte Anleihen in Höhe von 4,0 Mrd. € platziert werden konnten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich um 2,1 Mrd. € auf 15,3 Mrd. €. Während die zweckgebundenen Refinanzierungen von Förderbanken einschließlich der KfW weiterhin gestiegen sind, waren die Interbankengeldaufnahmen nach wie vor infolge der Finanzmarktkrise stark rückläufig. Die im Vorjahreswert in den Verbindlichkeiten enthaltenen Besserungsscheine, die im Rahmen des Verkaufs der Bank an LSF6 Rio (Ireland) Limited, Dublin, abgetreten wurden, werden nach dem Gläubigerwechsel unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen (0,5 Mrd. € nach Bewertung gemäß IAS 39.AG8).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden betragen nahezu unverändert 5,8 Mrd. €.

Die Handelspassiva liegen mit 5,5 Mrd. € (5,4 Mrd. €) nur leicht über Vorjahresniveau.

Das Nachrangkapital war infolge von Tilgungen (0,2 Mrd. €) sowie bonitäts- und marktinduzierter Wertabschläge (ebenfalls 0,2 Mrd. €) um 0,4 Mrd. € auf 1,4 Mrd. € rückläufig.

Das Gezeichnete Kapital erhöhte sich aufgrund der Ende Oktober 2008 umgesetzten Kapitalerhöhung um 1,25 Mrd. €. Für das Eigenkapital verbleibt insbesondere aufgrund des Konzernfehlbetrages von 0,6 Mrd. € nur eine Zunahme um 0,6 Mrd. € auf 1,8 Mrd. €.

Zum 31. März 2009 hatte die IKB keine eigenen Aktien im Bestand.

Finanzlage

Die Liquiditätslage der IKB zum 31. März 2009 war angespannt. Geldaufnahme war – ausgenommen über staatsgarantierte Anleihen – am Geld- und Kapitalmarkt nahezu ausschließlich kurzfristig und in besicherter Form möglich. Zur weiteren Entwicklung verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht.

Gesamtaussage

Insgesamt sind die Geschäftsentwicklung und die Lage im Geschäftsjahr 2008/09 sehr stark durch die Krise der Bank und die allgemeine Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie die EU-Auflagen geprägt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte eine Stabilisierung der IKB durch die von der KfW gezeichnete Kapitalerhöhung sowie den weitgehenden Abbau der Portfolioinvestments und die Garantien des SoFFin erreicht werden.

4. Risikobericht

Risikomanagement-Organisation

Die Abgrenzung der Aufgaben und Verantwortungsbereiche ist in einem Risikomanagement-Regelwerk dokumentiert, das unter Berücksichtigung gesetzlicher Anforderungen sowie spezifischer Organisationsanweisungen die Grundsätze des Risikomanagement-Systems der IKB festlegt. Im Hinblick auf die Neuausrichtung der Geschäftstätigkeit der IKB befinden sich sowohl die Geschäftsstrategie als auch die damit verbundenen Risikostrategien in Überarbeitung.

Aufsichtsrat. Der Vorstand erörtert mit dem Aufsichtsrat in seinen Sitzungen regelmäßig und detailliert die Risikolage, die Geschäfts- und Risikostrategien und das Risikomanagement der Bank.

Vorstand. Für das IKB-Risikomanagement ist der Vorstand der IKB AG verantwortlich. Ausgehend von der Geschäftsstrategie und der Risikotragfähigkeit legt er die risikopolitischen Grundsätze fest, die zusammen mit der Limitstruktur in den Risikostrategien der IKB verankert sind. Bei seinen Festlegungen berücksichtigt der Vorstand auch die Qualität der Prozesse, insbesondere der Kontrollen, des Risikomanagements.

Die Ressortverantwortung für die Marktfolgefunktionen im Kreditgeschäft, insbesondere die einzelgeschäftsbezogene Risikoüberwachung, die Intensivbetreuung sowie die Problemkreditbearbeitung, für das portfoliobezogene Kreditrisikocontrolling, für das Marktpreisrisikocontrolling, für Verbriefungsengagements sowie für die Risikoüberwachung operationeller Risiken liegt beim Risikovorstand. Die Überwachung der Ergebnissteuerung und der Kapitalausstattung ist dem Finanzvorstand zugeordnet. Die wesentlichen Rechtsrisiken sowie das Compliance-Risiko liegen im Verantwortungsbereich des Vorstandsvorsitzenden. Das Management der Risiken der geschäftsstrategischen Ausrichtung und der Reputationsrisiken obliegt dem Gesamtvorstand.

Risiko-Ausschüsse. Spezielle Ausschüsse zur Steuerung und Überwachung risikorelevanter Entscheidungen unterstützen den Vorstand bei der Risikosteuerung und der Entscheidungsfindung. Der bedeutendste davon ist der Risiko- und Kapital-Ausschuss, der die Planung des Risikoprofils und die Entwicklung der Kapitalausstattung, die laufende Überwachung der Kapitalauslastung sowie die Optimierung der Refinanzierung zur Aufgabe hat. Der Ausschuss setzt sich aus den Mitgliedern des Vorstandes sowie den Bereichsleitungen Volkswirtschaft, Kreditrisikomanagement und -controlling, Marktpreisrisikocontrolling, Financial Controlling und Treasury zusammen. Der Risikovorstand ist Vorsitzender und der Finanzvorstand stellvertretender Vorsitzender dieses Ausschusses.

Der Risiko- und Kapital-Ausschuss wird in einzelnen Sachverhalten durch Unterausschüsse unterstützt. Diese Ausschüsse setzen sich wiederum aus Mitgliedern des Vorstandes sowie Vertretern der operativen Geschäftsfelder und Vertretern der zuständigen Zentralbereiche zusammen.

Kreditrisiküberwachung. Mit Beginn des Geschäftsjahres 2008/09 wurden die Aufgabengebiete der einzelgeschäfts- sowie der portfoliobezogenen Kreditrisiküberwachung im Bereich Kreditrisikomanagement und -controlling zusammengeführt, um die Funktionen der Risikoanalyse und der Risikoberichterstattung auch unter Einbeziehung von Portfolioaspekten inhaltlich zu bündeln und unter eine einheitliche Leitung zu stellen. Zu den wesentlichen Aufgaben des Bereichs Kreditrisikomanagement und -controlling zählen neben der Entwicklung und Überwachung der konzernweiten Standards für das Kreditgeschäft vor allem die marktunabhängig durchzuführenden Aufgaben des Kreditgenehmigungsprozesses. Darüber hinaus obliegen dem Bereich die Mitwirkung bei der Kreditportfoliosteuerung sowie die Betreuung und Weiterentwicklung der eingesetzten Ratingsysteme.

Die Betreuung von erhöht risikobehafteten Engagements sowie Sanierungs- und Abwicklungsfällen erfolgt in gesonderten Betreuungseinheiten innerhalb des Bereichs Kreditrisikomanagement und -controlling. Ebenfalls in gesonderten Einheiten liegen die zeitnahe und kontinuierliche Überwachung, Analyse und Berichterstattung der Kreditrisiken auf Portfolioebene sowie die Validierung der für die Risikoquantifizierung und die Bonitätsbeurteilung eingesetzten Modelle.

Überwachung von Risiken aus Verbriefungen und Strukturierten Kreditprodukten. Die marktunabhängige Überwachung der Engagements der IKB in sämtlichen Verbriefungen, Portfolioinvestments und sonstigen strukturierten Kreditprodukten erfolgt zentral und einheitlich durch den zum 1. Dezember 2008 neu gegründeten Marktfolgebereich „Management Verbriefungsstrukturen“. Der Bereich wurde zur umfangreichen Betreuung dieser komplexen Produkte in der Marktfolge als Verbriefungsrisikomanagement unter dem Risikovorstand etabliert. Zu den wesentlichen Aufgaben des Bereichs zählt unter anderem die marktunabhängige Durchführung des Kreditgenehmigungsprozesses für Engagements in strukturierten Kreditprodukten sowie des Impairmentprozesses für die verbliebenen eigenen Portfolioinvestments, für die Erstverlustposition aus den an Rio Debt Holdings (Ireland) Limited veräußerten Portfolioinvestments sowie für alle sonstigen eigenen Verbriefungspositionen der IKB. Darüber hinaus obliegt dem Bereich neben der Erfüllung der umfangreichen vertraglichen Verpflichtungen der IKB im Zusammenhang mit dem Conduit Rhineland Funding („Rhineland Funding“)¹ sowie den Zweckgesellschaften Havenrock Limited und Havenrock II Limited² die Administration der Assets der Rio Debt Holdings (Ireland) Limited. Der Bereich ist zudem für die Berichterstattung über diese Geschäfte im Rahmen des Gesamtrisikomanagements der IKB verantwortlich.

¹ Hierbei handelt es sich um die Rhineland Funding Capital Corporation LLC, Delaware („RFCC“), sowie diverse Ankaufsgesellschaften mit Sitz in Jersey und Delaware. Diese rechtlich selbstständigen Zweckgesellschaften investierten in gleichartige verbriefte Finanzinstrumente sowohl hinsichtlich der unterliegenden Kreditportfolien als auch der Ratings. Für RFCC und die Ankaufsgesellschaften agiert die IKB u. a. als Berater.

² Diese zwei rechtlich selbstständigen Zweckgesellschaften sicherten 25 % des Liquiditätsrisikos für zwei Liquiditätsgeber an Rhineland Funding und deren gesamtes Kreditrisiko ab, das sich bei einer Inanspruchnahme der Liquiditätslinien ergibt. Für die Havenrock-Gesellschaften agiert die IKB als Administrator.

Marktpreisrisiko- und Liquiditätsüberwachung. Dem Bereich Marktpreisrisikocontrolling und Operations obliegen die tägliche Berechnung und Analyse der Marktpreisrisiken im Anlage- und Handelsbuch, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand vorgegebenen Limite für Marktpreis- und Liquiditätsrisiken und die Berichterstattung über die Marktpreisrisikopositionen. Darüber hinaus erfolgen die Überprüfung und die Weiterentwicklung der zur Bewertung von Finanzinstrumenten eingesetzten Modelle und Verfahren sowie die laufende Überwachung und Berichterstattung in Bezug auf das Liquiditätsrisiko durch den Bereich Marktpreisrisikocontrolling und Operations.

Überwachung der Ergebnisentwicklung und Kapitalausstattung. Der Bereich Financial Controlling erstellt im Rahmen des Ergebniscontrollings monatlich Bestandsergebnis- und Neugeschäftsrechnungen, in denen Abweichungen der Ertrags- und Vermögenslage von den Planwerten identifiziert und analysiert werden. Dies stellt die kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung des Geschäftsrisikos sicher.

Zusätzlich obliegen dem Bereich Financial Controlling das Kapitalcontrolling und die integrierte Kapitalplanung und -überwachung innerhalb der IKB unter Berücksichtigung regulatorischer und ökonomischer Aspekte.

Operational Risk Management. Die konzernweite Überwachung des operationellen Risikos obliegt dem Operational Risk Management. Hierzu gehören neben der Identifikation, Analyse und Berichterstattung auch die Entwicklung und Festlegung der Methoden zur Messung des operationellen Risikos im IKB-Konzern. Unterstützt wird das zentrale Operational Risk Management von dezentralen Operational-Risk-Verantwortlichen in den Geschäftsfeldern, Tochtergesellschaften und Zentralbereichen.

Die Compliance-Funktionen wurden in den Bereich Recht integriert. Die Koordination dieser Funktionen erfolgt durch den neu ernannten Chief Compliance Officer, der diese Funktionen neben den Aufgaben als Leiter Vorstandsstab und Corporate-Governance-Beauftragter ausübt.

Interne Revision. Der Bereich Konzernrevision ist als prozess-unabhängiger Teil des Risikomanagement-Systems und der internen Kontrollverfahren nach Maßgabe der MaRisk organisiert. Die Konzernrevision arbeitet im Auftrag des Gesamtvorstands weisungsfrei als prozessunabhängige Instanz und berichtet unmittelbar an den Vorstandsvorsitzenden. Auf Basis prozessorientierter Prüfungen werden konzernweit grundsätzlich sämtliche Aktivitäten und Prozesse untersucht. Dabei erfolgt die Schwerpunktsetzung auf die besonders risikosensitiven Prozessabläufe und quantitativen Methoden sowie die EDV-technischen Abläufe des Kredit- und Handelsgeschäftes. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den einzelfallbezogenen Kreditprüfungen. Darüber hinaus führt die Konzernrevision im Auftrag des Vorstandes anlassbezogen Sonderprüfungen durch. Über die Prüfungsergebnisse wird der Vorstand laufend unterrichtet. In ihrem Jahresbericht informiert die Konzernrevision den Vorstand in zusammenfassender Form über die wesentlichen und schwerwiegenden Prüfungsfeststellungen und deren Abarbeitungsstände. Der für die Konzernrevision zuständige Vorstand unterrichtet wiederum den Aufsichtsrat mindestens einmal jährlich über die aktuellen Entwicklungen und Ergebnisse.

Regulatorische Kapitalausstattung und Risikotragfähigkeit

Regulatorische Kapitalausstattung. Die Bank ermittelt die regulatorische Kapitalausstattung für das Kreditrisiko nach dem Kreditrisikostandardansatz, für das operationelle Risiko nach dem Basisindikatoransatz und für das Marktpreisrisiko nach Standardmethoden (Zinsrisiken: Jahresbandmethode, Optionsrisiken: Delta-Plus-Methode).

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die aufsichtsrechtlichen Risikopositionen, Eigenkapitalausstattung und -quoten:

Auf Institutsgruppenebene (§ 10a KWG)

Regulatorische Kapitalsituation	zum 31.3.2009 in Mio. €	zum 31.3.2008 in Mio. €	zum 31.3.2007 in Mio. €
Risikoaktiva	24 718	30 269	32 747
Marktrisikoäquivalent	613	795	750
Operationelles Risiko	1 324	1 330	– ²⁾
Risikoposition	26 655	32 394	33 497
Kernkapital (TIER I)	2 276	1 941	2 435
Ergänzungskapital (TIER II)	1 245	1 191	1 726
Dritttrangmittel	35	45	9
Abzugsposition ¹⁾	–236	–18	–88
Eigenmittel	3 320	3 159	4 082
Kernkapitalquote in %	8,1	6,0	7,1
Gesamtkennziffer in %	12,5	9,8	12,2

¹⁾ In den Abzugspositionen per 31. März 2009 befanden sich überwiegend Verbriefungspositionen, die nach der SolvV bei den Risikoaktiva mit einem Risikogewicht von 1.250 % berücksichtigt werden, sowie Beteiligungen gemäß § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 KWG

²⁾ erstmals zum 1. Januar 2008 zu berechnen

Mit 8,1 % liegt die Kernkapitalquote auf Gruppenebene über der regulatorischen Mindest-Kernkapitalquote von 4,0 %. Die Gesamtkennziffer liegt auf Gruppenebene mit 12,5 % ebenfalls über der regulatorischen Mindest-Gesamtkennziffer von 8,0 %.

Aufgrund der Kapitalerhöhung in Höhe von 1,25 Mrd. €, die am 24. Oktober 2008 im Handelsregister eingetragen wurde und seit diesem Zeitpunkt beim Kernkapital berücksichtigt wird, haben sich die Kernkapitalquote und die Gesamtkennziffer signifikant erhöht. Der Vorstand geht davon aus, dass sowohl die gesetzlichen Mindestanforderungen als auch die von dem SoFFin und dem Prüfungsverband deutscher Banken e. V. auferlegten Mindestanforderungen (u. a. Kernkapitalquote von 8 %) in Zukunft eingehalten werden können.

Der Rückgang der Risikoaktiva zum 31. März 2009 resultiert zum einen aus dem Verkauf von Portfolioinvestments und zum anderen aus den planmäßigen Tilgungsabläufen bei gleichzeitig limitiertem Neugeschäft.

Risikotragfähigkeit. Basis der Risikosteuerung sind die Risikotragfähigkeit und der Einsatz der Kapitalressourcen mit dem Ziel einer adäquaten Risiko-Rendite-Relation auf Konzernebene. Zur Überwachung der Risikotragfähigkeit wird neben der Überwachung der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalausstattung bzw. angestrebter Kennziffern für die regulatorische Kapitalausstattung auch die verfügbare Risikodeckungsmasse dem nach betriebswirtschaftlichen Methoden gemessenen Gesamtbankrisiko (ökonomischer Kapitalbedarf) sowohl aus Eigenkapitalgebersicht (Going-Concern-Sicht) als auch aus Fremdkapitalgebersicht (Liquidationssicht) gegenübergestellt. Hierbei wurden im Vergleich zum Vorjahr methodische Weiterentwicklungen sowohl bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse als auch bei der Risikoquantifizierung vorgenommen.

Aus Eigenkapitalgebersicht dienen als Risikodeckungsmasse lediglich Kapitalbestandteile, die über eine von der Bank in Abhängigkeit von den Risikoaktiva festgelegte Benchmark (Benchmarkkapital) hinausgehen. Hybride Kapitalbestandteile wie Genussrechte und Stille Einlagen werden in Abhängigkeit von der jeweiligen Deckungsfähigkeit nur anteilig einbezogen. Hinzu kommt das für die nächsten zwölf Monate erwartete operative Ergebnis vor Ertragssteuern. Zinsinduzierte Stille Lasten aus geschlossenen Positionen werden von der Risikodeckungsmasse abgezogen; alle übrigen zins- und volatilitätsinduzierten Stillen Lasten, die sich nach Einschätzung der Bank in den kommenden fünf Jahren realisieren können, werden ebenfalls von der Risikodeckungsmasse abgezogen. Der 5-Jahres-Horizont wird hier in Übereinstimmung mit dem mittelfristigen Ergebnisplanungshorizont der Bank gewählt. Spread-induzierte Stille Lasten für Wertpapiere des Anlagevermögens bleiben aufgrund der langfristigen Halteabsicht weitgehend unberücksichtigt. Soweit Stille Lasten im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Auflagen auf zu veräußernde Wertpapiere entfallen, werden diese Stillen Lasten von der Risikodeckungsmasse abgezogen.

Aus der Sicht eines nicht nachrangigen Fremdkapitalgebers stehen als Risikodeckungsmasse das erwartete operative Ergebnis vor Ertragssteuern, sämtliche Kapitalkomponenten, inklusive Stillen Einlagen, Genussscheine und Nachrangverbindlichkeiten, zur Verfügung. Allerdings werden hier nahezu alle zins-, volatilitäts- und Spread-induzierte Stillen Lasten in den Wertpapierbeständen die Risikodeckungsmasse mindernd berücksichtigt. Lediglich Credit-Spread-induzierte Stille Lasten aus kreditbuchähnlichen Strukturen wie z. B. Schuldscheindarlehen bleiben unberücksichtigt.

Komponenten der Risikodeckungsmasse¹⁾

Eigenkapitalgebersicht in Mio. €		Fremdkapitalgebersicht in Mio. €	
Grundkapital, Rücklagen ²⁾	3 386	Grundkapital, Rücklagen ²⁾	3 386
Bilanzgewinn/-verlustvortrag	-1 380	Bilanzgewinn/-verlustvortrag	-1 380
§ 340g-Sonderposten	190	§ 340g-Sonderposten	190
operatives Planergebnis	-185	operatives Planergebnis	-185
Stille Lasten ³⁾	-377	Stille Lasten ⁴⁾	-1 188
„Kernkapital“	1 634	„Kernkapital“	823
anteilige Genussrechte und Stille Einlagen	386	Genussrechte und Stille Einlagen	621
		Nachrangkapital	535
Benchmarkkapital	-1 333		
Risikodeckungsmasse	687	Risikodeckungsmasse	1 979

¹⁾ Erkenntnisse und Marktentwicklung bis 19. Juni 2009 berücksichtigt

²⁾ Einschließlich 225 Mio. € ehemalige Nachrangmittel, die zwischenzeitlich in Kernkapital gewandelt wurden

³⁾ Sämtliche zinsinduzierten Stillen Lasten aus geschlossenen Positionen sowie zins- und volatilitätsinduzierte Stille Lasten, die in den nächsten 5 Jahren annahmegemäß GuV-wirksam ablaufen. Credit-Spread-induzierte Stille Lasten nur, soweit Realisierung in den nächsten 5 Jahren zu erwarten ist. Keine Stille Lasten aus der Kredit-Refinanzierung

⁴⁾ Berücksichtigung sämtlicher Stillen Lasten (zins-, volatilitätsinduzierte- und Credit-Spread-induziert) mit Ausnahme der Stillen Lasten in der Kredit-Refinanzierung

Der ökonomische Kapitalbedarf auf Konzernebene zur Abdeckung des „unerwarteten“ Adressenausfallrisikos, Marktpreisisikos sowie allgemeinen Geschäftsrisikos und operationellen Risikos wird mittels bankeigener Modelle bestimmt. Für Liquiditäts-, Reputations- und Beteiligungsrisiken wird kein ökonomisches Kapital berechnet; sie unterliegen jedoch ebenfalls einer laufenden Überwachung.

Zur Berechnung des „unerwarteten“ Adressenausfallrisikos – dem „erwarteten“ Adressenausfallrisiko wird im Rahmen der Risikovorsorgeplanung Rechnung getragen – setzt die Bank ein eigenentwickeltes Kreditportfoliomodell ein (vgl. hierzu auch „Quantifizierung des Kreditrisikos“). Gegenüber der bisherigen Vorgehensweise (alte Methodik), die nach Eintritt der Krise ausschließlich auf gestressten Parametern (insbesondere höheren Ausfallwahrscheinlichkeiten, Verlusterwartungen und Korrelationsannahmen) beruhte, werden seit Mitte 2008 im Adressenausfallrisiko statistische Parameter benutzt, die erforderlichenfalls zur Berücksichtigung von zu erwartenden Veränderungen (z. B. konjunkturelle Einflussgrößen) durch entsprechende Zu- oder Abschläge risikoadäquat angepasst werden. Vor dem Hintergrund der aktuellen konjunkturellen Situation hat die Bank auf der Grundlage volkswirtschaftlicher Analysen z. B. die statistisch ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeiten nahezu verdoppelt.

Das Marktpreisisiko wird als integrierter Value at Risk (VaR) mit einer Haltedauer von einem Jahr (alte Methodik: 10 Tage zuzüglich eines separaten Fair-Value-Performance-Limits in Form eines Abschlags bei der Risikodeckungsmasse für Managementinterventionen) für das gesamte Portfolio der Bank unter Berücksichtigung aller relevanten Risikofaktoren (Zinsen, Wechselkurse, Credit Spread, Volatilitäten) ermittelt.

Der Value at Risk im Marktpreisrisiko wird über „Historische Simulation“ ermittelt. Die IKB betrachtet die Marktentwicklung zwischen der Lehman-Insolvenz im September 2008 und dem Ende des Kalenderjahres 2008 als außergewöhnliches Stressszenario. Da die IKB davon ausgeht, dass es nicht zu einem weiteren Bankenzusammenbruch ähnlichen Ausmaßes und damit zu vergleichbaren Marktentwicklungen kommen wird, ermittelt die IKB für die Risikotragfähigkeit den VaR des Marktpreisrisikos unter Ausschluss des oben genannten Zeitraums auf Basis von 430 Geschäftstagen.

Der Möglichkeit für Steuerungseingriffe und Managementintervention wird nunmehr durch einen Abschlag in Höhe von 20 % auf den ermittelten Value at Risk Rechnung getragen. Grundsätzlich werden Credit-Spread-Risiken aus Krediten sowie Corporate-Schuldscheindarlehen im Anlagevermögen aufgrund ihrer Kreditähnlichkeit und der langen Halteabsicht der Bank in der Marktrisikoberechnung für die Risikotragfähigkeit ausgeschlossen.

Während in der Eigenkapitalgebersicht darüber hinaus auch Credit-Spread-Risiken von Wertpapieren im Anlagevermögen nicht berücksichtigt werden, da die Bank diese Positionen grundsätzlich über den Horizont von einem Jahr zu halten beabsichtigt, werden diese in der Fremdkapitalgebersicht voll berücksichtigt.

Das operationelle Risiko wurde per 31. März 2008 noch auf Basis eines vereinfachten Basisindikatoransatzes in Verbindung mit einem zusätzlichen „Stressfaktor“ (+200 %) ermittelt. Nach der neuen Methodik erfolgt auch hierfür die Quantifizierung (VaR) mittels einer Monte-Carlo-Simulation auf Basis einer Verlustverteilung.

Bei der Ermittlung des Geschäftsrisikos wurden keine Veränderungen vorgenommen. Sie basiert auf der historischen Beobachtung der vierteljährlichen Abweichungen zwischen den geplanten und den tatsächlich erzielten Zins- und Provisionserträgen sowie der beobachteten Abweichungen bei den Verwaltungsaufwendungen.

Nachfolgend werden für die Eigenkapitalgeber-Sicht und die Sicht eines nicht nachrangigen Fremdkapitalgebers die für einen Risikohorizont von einem Jahr quantifizierten Risiken der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse gegenübergestellt.

Eigenkapitalgeber-Sicht

Ökonomischer Kapitalbedarf – Eigenkapitalgeber-Sicht bei einem Konfidenzniveau von 90 %

	31.3.2009		31.3.2008	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Adressenausfallrisiko	321	60	177	36
Marktpreisrisiko ¹⁾	115	22	227	46
Operationelles Risiko	30	6	29	6
Geschäftsrisiko	67	12	62	12
Summe	533	100	495	100
abzgl. Diversifikationseffekte	-121		-138	
Gesamtrisikoposition	412		357	
Risikodeckungsmasse	687		1 058	

¹⁾ Erkenntnisse, Marktentwicklungen und Geschäftsumsätze vom 1. April bis 19. Juni 2009 sind in der Darstellung berücksichtigt; Marktrisiko ohne Berücksichtigung der extremen Marktentwicklung von Mitte September 2008 bis Ende 2008 und Credit-Spread-Risiken der Wertpapiere im Anlagevermögen

Bei Einbeziehung der Marktentwicklung im Zeitraum zwischen der Lehman-Insolvenz im September 2008 und dem Ende des Kalenderjahres 2008 erhöht sich das Marktpreisrisiko von 115 Mio. € auf 145 Mio. €. Bei zusätzlicher Einbeziehung der Credit-Spread-Risiken der Wertpapiere im Anlagevermögen würden sich die vorgenannten Werte auf 133 Mio. € bzw. 223 Mio. € erhöhen.

Der Anstieg des Gesamtrisikos um 55 Mio. € geht vor allem auf das Adressenausfallrisiko zurück, das sich aufgrund nahezu verdoppelter Ausfallwahrscheinlichkeiten von 177 Mio. € auf 321 Mio. € erhöht hat.

Dies konnte nur teilweise durch den Rückgang des Marktpreisrisikos kompensiert werden. Der Rückgang des Marktpreisrisikos resultiert aus der Reduktion des Zinsänderungsrisikos durch Abschluss von Hedge-Swaps sowie der Veräußerung einer strukturierten Wertpapierposition, die bisher signifikant zum Volatilitätsrisiko der Bank beigetragen hat.

Die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse hat sich im Wesentlichen durch den im Geschäftsjahr 2008/09 entstandenen Verlust gleichzeitig deutlich reduziert.

Fremdkapitalgeber-Sicht

Die nachstehende Tabelle zeigt den ökonomischen Kapitalbedarf aus Sicht eines nicht nachrangigen Fremdkapitalgebers. Per 31. März 2008 hat die Bank hierbei noch ein Konfidenzniveau von 99,96 % zugrunde gelegt (alte Methodik 2008). Die Wahl dieses Konfidenzniveaus resultierte aus dem seinerzeitigen Zielrating der Bank von „A“ (Single-A), das sich nach Eintritt der Finanzkrise allerdings auf „BBB-“ verschlechtert hat.

Da die Bank wegen der Ungewissheit über die Tiefe, die Dauer und die Auswirkungen der aktuellen Finanzmarktkrise davon ausgeht, in den nächsten Jahren keine externe Ratingeinstufung von „A“ erreichen zu können, erfolgt die Risikoquantifizierung auf einem dem aktuellen Rating von „BBB“ adäquaten Konfidenzniveau von 99,76 %.

Ökonomischer Kapitalbedarf – Fremdkapitalgebersicht

	31.3.2009		31.3.2008			
	neue Methodik		neue Methodik		alte Methodik ¹⁾	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Adressenausfallrisiko	1 141	58	726	48	1 206	67
Marktpreisrisiko ²⁾	609	31	559	37	169 ³⁾	9
Operationelles Risiko	84	4	84	6	277	15
Geschäftsrisiko	129	7	136	9	156	9
Summe	1 964	100	1 505	100	1 808	100
abzgl. Diversifikationseffekte	-243		-202		Vollständige Interkorrelation unterstellt	
Gesamtrisikoposition	1 720		1 303		1 808	
Risikodeckungsmasse	1 979		3 837			

¹⁾ 99,96 % mit gestressten Parametern

²⁾ Erkenntnisse, Marktentwicklungen und Geschäftsumsätze vom 1. April bis 19. Juni 2009 sind in der Darstellung berücksichtigt.

³⁾ 10-Tages-VaR ohne Credit-Spread-Risiken

Bei Verwendung der vollen Markthistorie (Stressszenario) würde sich das Marktpreisrisiko von 609 Mio. € auf 1.053 Mio. € erhöhen.

Der Anstieg des Adressenausfallrisikos zum 31. März 2009 gegenüber dem 31. März 2008 (neue Methodik) resultiert aus den mit Blick auf die aktuelle Rezession nahezu verdoppelten Ausfallwahrscheinlichkeiten. Damit bewegt sich das Adressenausfallrisiko nunmehr auf dem Niveau des bisher als „Stressfall“ angesehenen Szenarios.

Der Anstieg des Marktpreisrisikos im Vergleich zum Vorjahr beruht auf der nunmehr vollständigen Berücksichtigung von Credit-Spread-Risiken und der Einführung der Historischen Simulation zur Risikomessung über das gesamte Portfolio.

Die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse hat sich im Wesentlichen durch den im Geschäftsjahr 2008/09 entstandenen Verlust und den Anstieg von Credit-Spread-induzierten Stillen Lasten deutlich verringert.

Vor diesem Hintergrund hat die Bank verschiedene Prognoserechnungen für die kommenden drei Geschäftsjahre erstellt. Basis für diese Prognoserechnungen sind neben dem Business-Plan der Bank auch verschiedene Stress-Szenarien. Als Ergebnis ist hieraus festzuhalten, dass bei Eintritt des Businessplans die Risikotragfähigkeit auch für die nächsten drei Geschäftsjahre uneingeschränkt gegeben ist. Die Analyse der Stress-Szenarien zeigt, dass auch bei einem unter dem Businessplan liegenden Geschäftsverlauf die Risikotragfähigkeit aufgrund der damit zusätzlich geschmälernten Risikodeckungsmasse unverändert gegeben ist. Allerdings ist darüber hinaus kein Puffer für weitere Risiken vorhanden. Im Falle einer deutlichen Ausdehnung der aktuellen Rezession auch über das Jahr 2010 hinaus und einer nochmaligen gravierenden Belastung des Kapitalmarktes, wie er nach dem Zusammenbruch des Bankhauses Lehman Brothers beobachtet werden musste, wäre die Risikotragfähigkeit nicht mehr gegeben.

Adressenausfallrisiken

Die IKB unterscheidet beim Adressenausfallrisiko das Kreditrisiko und das Kontrahentenrisiko. Ein Kreditrisiko liegt vor, wenn durch den Ausfall eines Vertragspartners die vertragskonforme Rückzahlung eines Kredites nicht oder nicht vollständig erfolgt. Das Kontrahentenrisiko umfasst bei der IKB neben dem Wiedereindeckungsrisiko im Zusammenhang mit Derivaten, das sich bei Ausfall des Vertragspartners ergeben kann, auch das Emittentenrisiko und das Erfüllungsrisiko. Das Emittentenrisiko spiegelt den potenziellen Verlust beim Ausfall des Emittenten eines von der IKB gehaltenen Wertpapiers wider, während das Erfüllungsrisiko das Risiko eines Nichtleistens des Kontrahenten nach Vorleistung der IKB im Rahmen des Settlementprozesses darstellt. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Kreditgeschäftes als Kerngeschäft der Bank steht das Kreditrisiko im Mittelpunkt der Betrachtung.

Ausgangspunkt für den Risikomanagement-Prozess im Kreditgeschäft ist der Planungsprozess. Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeit sowie Wachstums- und Ergebniszielen wird das Risiko explizit in die Planung einbezogen. Die abgeleiteten Zielgrößen umfassen somit nicht nur Neugeschäftsvolumen, Zins- und Provisionserträge sowie Sach- und Personalkosten, sondern auch den Risikovorsorgebedarf.

Kreditrisikostrategie. Die Kreditrisikostrategie setzt den Rahmen für die Ausrichtung des Kreditgeschäftes der IKB. Im laufenden Geschäftsjahr wurde die Kreditrisikostrategie im Hinblick auf die durch die EU beschlossenen Ausgleichsmaßnahmen und die veränderte konjunkturelle Lage überarbeitet. Unter Berücksichtigung der EU-Entscheidung wurde das Neugeschäft deutlich begrenzt. So ist beispielsweise Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung und im US-amerikanischen Markt nur noch im von der EU zugelassenen Rahmen zulässig. Portfolioinvestments sind mit Ausnahme der Restrukturierung des bestehenden Portfolios vom Neugeschäft ausgeschlossen.

Um der Begrenzung von Konzentrations- und Klumpenrisiken Rechnung zu tragen, ist die Diversifikation bei den unterschiedlichen Zielgruppen und Produkten von besonderer Bedeutung.

Die in der Kreditrisikostrategie enthaltenen Vorgaben werden durch die „Leitlinien zum Management von Einzelkreditrisiken“ operationalisiert.

Kreditgenehmigungsprozess und Einzelengagementüberwachung. Wesentliche Aufgaben im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses (marktunabhängige Kreditanalyse, Votum, Intensivbetreuung, Problemkreditbearbeitung) werden durch den Bereich Kreditrisikomanagement und -controlling durchgeführt und damit – wie aufsichtsrechtlich gefordert – von den Marktfunktionen (Akquisition und Geschäftsinitiierung) getrennt.

Nach Votierung durch die Marktbereiche werden alle Kreditentscheidungen – mit Ausnahme von Bagatellentscheidungen bei bereits bestehenden Kreditengagements – im Rahmen der Kompetenzregelung in Abhängigkeit von der Größenordnung des bestehenden Konzern-Kreditengagements, der Bonität des Kreditnehmers, der Besicherung, der Laufzeit und nicht zuletzt der bestehenden und geplanten Portfoliostruktur entweder zentral durch Kompetenzträger innerhalb des Bereichs Kreditrisikomanagement und -controlling oder durch den Vorstand getroffen. Dabei ist das Vier-Augen-Prinzip stets gewahrt.

Auch die Kreditumsetzung und die Vertragsabwicklung finden durch die vom Markt unabhängig agierenden Mitarbeiter des Bereiches Vertragsrecht statt.

Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Kreditanalyse, die alle für die Entscheidung relevanten Informationen aufzeigt, bewertet und in einer Entscheidungsvorlage nachvollziehbar dokumentiert. In diesem Zusammenhang wird zur Portfoliosteuerung im Entscheidungsprozess sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch Engagementebene ein eigenentwickeltes Instrument – der „Portfolio Adviser“ – eingesetzt. Aus Kundenbonität und transaktionsspezifischen Merkmalen wie Laufzeit und Besicherung sowie portfoliobezogenen Kennzahlen werden verschiedene Risikofaktoren ermittelt, um bereits bei der Neugeschäftsakquisition wichtige Impulse im Rahmen der Portfoliosteuerung zu setzen. Gleichzeitig wird hoher Wert auf die Mobilität – also die Ausplatzierbarkeit – von Krediten gelegt, da die synthetische Verbriefung von Kreditforderungen eine wichtige Rolle bei der Portfoliosteuerung spielt.

Die Kreditentscheidungen über Verbriefungen, Portfolioinvestments und sonstige strukturierte Kreditprodukte werden im Rahmen der bestehenden Kompetenzregelungen entweder durch den Kompetenzträger des Bereichs Management Verbriefungsstrukturen oder durch den Vorstand getroffen. Auch hierbei ist das Vier-Augen-Prinzip stets gewahrt.

Bestehende Kreditengagements werden grundsätzlich alle zwölf Monate mit den dazugehörigen Prozessen und Genehmigungsverfahren analog zu den Neukreditentscheidungen überprüft. Darüber hinaus werden im Rahmen von Jahresgesprächen zwischen dem Kreditrisikomanagement und den Geschäftsfeldern die einzelnen Teilportfolien sowie wesentliche Einzelengagements im Hinblick auf deren Risikolage analysiert und Engagementstrategien abgeleitet. Die regelmäßige Bestandsanalyse und -bewertung aller Verbriefungen, Portfolioinvestments und sonstigen strukturierten Kreditprodukte wird durch den Bereich Management Verbriefungsstrukturen durchgeführt.

Ratingprozess und Ratingverfahren. Zentrales Element des gesamten Kreditprozesses ist die Bonitätsbeurteilung der Kunden und Investments. Die Auswahl der Geschäftspartner und Investments wird durch Anforderungen an die Bonität und die Besicherung der Engagements in den Kreditleitlinien operationalisiert.

Zur Bonitätsbeurteilung verfügt die IKB über EDV-gestützte, auf das jeweilige Kundensegment bzw. die spezifische Finanzierungsart zugeschnittene Ratingverfahren. Im Ergebnis werden bei jedem Verfahren die jeweils modellspezifischen Risikoparameter zusammengeführt und damit jedem Kunden eine Bonitätsklasse innerhalb einer 11-stufigen internen Skala von 1,0 (bestes Rating) in 0,5er Schritten bis 6,0 zugewiesen. Den einzelnen Bonitätsstufen werden auf Basis der Analyse historischer Ausfälle sowie konjunktureller Erwartungen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugewiesen. So hat die Bank im Geschäftsjahr 2008/09 unter Berücksichtigung eigener volkswirtschaftlicher Analysen mit Blick auf die möglichen Auswirkungen der aktuellen Rezession zum einen die Branchenratings angepasst und zusätzlich die Ausfallwahrscheinlichkeiten über alle Bonitätsstufen hinweg nahezu doppelt so hoch angesetzt, wie sie im Durchschnitt der letzten Jahre beobachtet worden sind.

Unternehmensfinanzierungen. Bei Unternehmensfinanzierungen setzt die Gesellschaft das „IKB-Mittelstands-rating“ ein, das die wirtschaftliche Situation des Kreditnehmers auf Basis finanzwirtschaftlicher Kennziffern mit mathematisch-statistischen Verfahren beurteilt. Individuelle Kunden- und Branchenmerkmale (qualitative Faktoren) werden durch Experteneinschätzungen berücksichtigt.

Projekt- und Spezialfinanzierungen. Den Besonderheiten der Projekt- und Spezialfinanzierungen wird durch spezielle Ratingverfahren Rechnung getragen. Da hier Höhe und Nachhaltigkeit des Cashflows zur Bedienung der während der Projektlaufzeit anfallenden Zins- und Tilgungszahlungen im Mittelpunkt stehen, setzt die IKB Modelle ein, die durch unterschiedliche Szenarien und Simulationen eine Aussage über die Schuldendienstfähigkeit ermöglichen. Ergänzt wird diese quantitative Beurteilung durch zusätzliche qualitative Berücksichtigung von Sponsoren, Betreibern, Absatz- und Beschaffungsmärkten sowie Transaktionspezifika. Für Akquisitionsfinanzierungen setzt die Bank ein auf Basis des „IKB-Mittelstandsratings“ weiterentwickeltes Ratingverfahren ein.

Immobilienfinanzierung. Das im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung eingesetzte Immobilien-Rating bewertet die Bonität auf Basis einer Vielzahl spezifischer Objektdaten und Investoreninformationen. Hierzu zählen nicht nur detaillierte Informationen zur Lage und Beschaffenheit des Objekts, sondern auch Informationen zur Mieterstruktur und -bonität, zur Kapitaldienstfähigkeit des Objekts aus dem erwirtschafteten Cashflow sowie zur individuellen Bonität des Investors unter Berücksichtigung von Vermögen und Liquidität.

Länderrisiken. Die Bestimmung der Länderbonität erfolgt anhand von Wirtschaftsdaten und Kennziffern über die ökonomische Entwicklung des Landes und seine Zahlungsfähigkeit in Verbindung mit einer qualitativen Bewertung der politischen und gesellschaftlichen Situation des Landes. Als Quellen dienen internationale Datenbanken, Länderberichte und andere externe Quellen.

Quantifizierung des Kreditrisikos. Zur Quantifizierung des Adressenausfallrisikos wird für das traditionelle Kreditgeschäft ein eigenentwickeltes Modell eingesetzt, das unter Berücksichtigung von Schwankungsbreiten der statistischen Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Verteilung möglicher Kreditverluste generiert. In dieses Modell fließt neben den Einzelkredit-/Investmentinformationen (Kredit-/Investmentbetrag, Besicherung, Laufzeit, Branchenzugehörigkeit, Konzernzugehörigkeit, Rating) eine Vielzahl von statistischen Größen ein, wie z. B. Ausfallwahrscheinlichkeiten, Sicherheitenerlösraten und Branchen-/Assetkorrelationen, die auf bankinternen Erfahrungen oder externen Referenzgrößen beruhen.

Im Rahmen von Validierungs- und Benchmarkingprozessen werden sowohl die Systeme zur internen Bonitätsbeurteilung als auch die Genehmigungs-, Überwachungs- und Steuerungsprozesse im Kreditgeschäft regelmäßig auf den Prüfstand gestellt.

Portfolioüberwachung und -steuerung. Bei der Bestandsüberwachung steht die Betrachtung des gesamten Kreditportfolios im Mittelpunkt. Die zeitnahe Beobachtung von Branchen- und Marktveränderungen erfolgt durch den Bereich Volkswirtschaft. Dessen umfangreiches Branchen-Know-How ist wichtiger Bestandteil der im Rahmen der Risikosteuerung durchgeführten Clusteranalysen. Hiermit wird das Ziel verfolgt, die Sektorrisiken im Kreditgeschäft unter Berücksichtigung der erwarteten Entwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und zu limitieren.

Ausgangspunkt für die Festlegung von Konzentrationslimiten, die sich an den geschäftspolitischen Zielgrößen und den risikopolitischen Leitlinien orientieren, ist die regelmäßige Überprüfung durch das Limitkomitee, welches sich aus Vertretern des Bereichs Volkswirtschaft, des Bereichs Kreditrisikomanagement und -controlling und der Geschäftsfelder zusammensetzt. Auf Basis der bestehenden Strukturen werden unter Berücksichtigung identifizierter Branchenrisiken und Konjunkturlinien auf die einzelnen Wirtschaftszweige Volumens- und Risikobeitragslimite festgelegt. Zusätzlich werden Obergrenzen für Einzelkredite bzw. Kredite an Unternehmensgruppen definiert, um Konzentrationsrisiken zu vermeiden.

Bei allen Ländern wird das Gesamtengagement durch Länderrisikolimiten begrenzt. Die Limite werden vom Limitkomitee festgelegt und gelten für alle Geschäfte in diesen Ländern. Die Ausnutzung der festgelegten Limite wird zeitnah überwacht und berichtet.

Aufgrund der aktuellen Lage an den Finanzmärkten wurde insbesondere zur Begrenzung des Ausfallrisikos eine Positivliste von Kontrahenten beschlossen, mit denen weiterhin Geschäfte getätigt werden dürfen. Diese Liste wird derzeit täglich überwacht und bei Bedarf angepasst. Zahlungen an Banken dürfen erst nach Zustimmung des Bereichs Kreditrisikomanagement und -controlling ausgeführt werden.

Struktur des Adressenausfallrisikos. Die Bank hat für ihre interne Berichterstattung das Kreditvolumen zum 31. März 2009 im Vergleich zum 31. März 2008 wie folgt ermittelt:

Kreditvolumen	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in Mio. €
Kredite an Kreditinstitute	23	30	-7
Kredite an Kunden	25 678	26 844 ¹⁾	-1 166
Portfolioinvestments sowie Corporate und Government Bonds	4 201	5 717	-1 516
Operating- und Finanzierungsleasing-Verträge	2 101	1 951	+150
Eventualverbindlichkeiten, CDS und Garantien	1 283	3 100	-1 817
Summe Kreditvolumen	33 286	37 642	-4 356
Weitere wesentliche Adressenausfallrisiken außerhalb des Kreditvolumens			
Forderungen an Kreditinstitute	2 957	2 821	+136
Handelsaktiva	3 680	3 572	+108
Finanzanlagen	6 088	7 188	-1 100
Unwiderrufliche Kreditzusagen	2 932	4 436	-1 504

¹⁾ Aufgrund einer Korrektur der Amortisation wurden die Forderungen an Kunden aus dem Vorjahr um 25,3 Mio. € reduziert (Berücksichtigung gemäß IAS 8). Aus Vergleichbarkeitsgründen wurden die Vorjahreswerte für das Kreditvolumen hier jedoch nicht geändert.

Insgesamt ist das Kreditvolumen seit Geschäftsjahresbeginn um rd. 4,4 Mrd. € zurückgegangen. Der Rückgang bei den Portfolioinvestments sowie Corporate und Government Bonds resultiert insbesondere aus der Veräußerung von Portfolioinvestments, der Abrechnung der Ansprüche gegenüber der KfW aus den Risikoabschirmungsmaßnahmen und anhaltenden Marktwertverlusten.

Ebenfalls rückläufig waren Engagements in den Marktsegmenten Firmenkunden und Immobilienkunden, während im Segment Strukturierte Finanzierungen aufgrund geringerer Tilgungen ein leichter Anstieg – mit Schwerpunkt im Ausland – zu verzeichnen war.

Der Rückgang der Eventualverbindlichkeiten, CDSs und Garantien beruht überwiegend auf dem Abgang von CDSs.

Die Adressenausfallrisikopositionen, die nicht dem Kreditvolumen zugeordnet sind, entfallen im Wesentlichen auf kurzfristige Forderungen an Kreditinstitute, Schuldverschreibungen – meist Hypothekenpfandbriefe – sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Größenklassen ¹⁾ in Mio. €	31.3.2009			31.3.2008	
	Kreditvolumen		Anzahl ¹⁾	Kreditvolumen	
kleiner 5 Mio. €	5 666	17 %	21 026	6 059	16 %
5 Mio. € bis unter 10 Mio. €	3 748	11 %	507	3 840	10 %
10 Mio. € bis unter 20 Mio. €	5 195	16 %	384	5 077	13 %
20 Mio. € bis unter 50 Mio. €	4 414	13 %	156	4 635	12 %
50 Mio. € und größer	3 124	9 %	31	3 700	10 %
Summe	22 147	67 %	22 104	23 311	62 %
Risikoausplatzierungen ²⁾	9 811	29 %	168	9 965	26 %
Marktsegmente gesamt	31 957	96 %	22 272	33 276	88 %
bis 50 Mio. €	586	2 %		2 198	6 %
50 Mio. € bis unter 100 Mio. €	294	1 %		594	2 %
100 Mio. € und größer	449	1 %		1 574	4 %
Segment Portfolio Investments	1 329	4 %		4 366	12 %
Konzern gesamt	33 286	100 %		37 642	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ Kreditnehmereinheiten nach § 19 KWG; Anzahl Kreditnehmereinheiten

²⁾ Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

In der Größenklasse 50 Mio. € und größer ging die durchschnittliche Engagementhöhe der Marktsegmente von 105,7 Mio. € auf 100,8 Mio. € zurück.

Das seit Geschäftsjahresbeginn von 4,4 Mrd. € auf 1,3 Mrd. € reduzierte Kreditvolumen im Segment Portfolio Investments besteht aus

- 0,6 Mrd. € auf die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited übertragene Assets von nominal 2,7 Mrd. € mit einem Restrisiko für die IKB von 0,1 Mrd. €,
- 0,55 Mrd. € nicht an Rio Debt Holdings (Ireland) Limited veräußerte, sich überwiegend in Abwicklung befindliche Portfolioinvestments, die keine Subprime-Risiken mehr beinhalten, sowie
- 0,15 Mrd. € von KfW abgesicherte Risiken.

Sicherheiten, Risikoausplatzierungen und Verbriefungen. Für das traditionelle langfristige Kreditgeschäft der IKB hat die Absicherung durch klassische Sicherheiten (Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und Bürgschaften) nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert. Die Wertansätze der zur Besicherung im klassischen Kreditgeschäft herangezogenen Sicherheiten werden kontinuierlich überprüft und aktualisiert.

Sicherheiten in Mio. €	31.3.2009 Kreditvolumen		31.3.2008 Kreditvolumen	
Grundpfandrechte	7 191	22 %	8 245	22 %
Sicherungsübereignung	2 562	8 %	2 460	7 %
Sonstige Sicherheiten ¹⁾	7 172	22 %	6 753	18 %
Blankokredite	5 222	16 %	5 853	16 %
Summe	22 147	67 %	23 311	62 %
Risikoausplatzierungen ²⁾	9 811	29 %	9 965	26 %
Marktsegmente gesamt	31 957	96 %	33 276	88 %
Segment Portfolio Investments	1 329	4 %	4 366	12 %
Konzern gesamt	33 286	100 %	37 642	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ Z. B. Forderungsabtretungen, Partizipationsrechte, Abtretung Geschäftsanteile, Ownership-Erklärung, Rangrücktritt, Fixed and Floating Charges, Mortgage over Shares

²⁾ Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Nicht zuletzt durch den Rückgang der Immobilienfinanzierungen reduzierte sich das durch Grundpfandrechte besicherte Kreditvolumen gegenüber dem Geschäftsjahresbeginn um rund 1 Mrd. €. Der Anstieg des durch Sonstige Sicherheiten unterlegten Volumens um rund 0,4 Mrd. € steht im Zusammenhang mit der Volumenausweitung im Segment Strukturierte Finanzierungen.

Unterstützt wird die Risikominderung mittels Sicherheiten durch Risikoausplatzierung. Insgesamt wurden seit 2001 rd. 22 Mrd. € durch synthetische Verbriefungen ausplatziert. Unter den aktuellen Risikoausplatzierungen in Höhe von 9,8 Mrd. € werden Kredite, für die andere Banken und öffentliche Stellen das Kreditrisiko übernommen haben, sowie synthetische Ausplatzierungen von Kreditforderungen ausgewiesen. Durch die synthetischen Ausplatzierungen ist die Bank gegen die Adressenausfallrisiken aus den Engagements abgesichert, obwohl diese nach wie vor in der Bilanz ausgewiesen und weiterhin seitens der IKB betreut werden. Zum Bilanzstichtag betrug die Inanspruchnahme dieser Kredite 6,6 Mrd. €, davon entfallen 5,0 Mrd. € auf Kredite, für die die Bank lediglich Erstverlustrisiken in Höhe von 14 Mio. € zurückbehalten hat. Kredite in einem Volumen von 1,6 Mrd. € entfallen auf Risikoausplatzierungen, bei denen lediglich der erwartete und Teile des unerwarteten Verlustes in Höhe von insgesamt 39 Mio. € ausplatziert sind. Diese Subordination wird derzeit auf Basis von Erwartungswerten auch unter Rezessionsbedingungen noch als ausreichend angesehen.

Geographische Struktur. Nach Regionen teilt sich das Gesamtkreditvolumen zum 31. März 2009 wie folgt auf:

Regionen in Mio. €	31.3.2009 Kreditvolumen		31.3.2008 Kreditvolumen	
	Inland	13 407	40 %	15 231
Alte Bundesländer	11 258	34 %	12 543	33 %
Neue Bundesländer	2 149	6 %	2 688	7 %
Ausland	8 739	26 %	8 080	21 %
Westeuropa	6 516	20 %	6 063	16 %
Nordamerika	1 180	4 %	1 098	3 %
Sonstige Länder	1 043	3 %	919	2 %
Summe	22 147	67 %	23 311	62 %
Risikoausplatzierungen ¹⁾	9 811	29 %	9 965	26 %
Marktsegmente gesamt	31 957	96 %	33 276	88 %
Segment Portfolio Investments	1 329	4 %	4 366	12 %
Konzern gesamt	33 286	100 %	37 642	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Der Anstieg des Kreditvolumens im Ausland um rund 0,7 Mrd. € erfolgte vor allem in Westeuropa (+0,5 Mrd. €) mit Schwerpunkten in Italien, Frankreich und Spanien. Auf Mittel- und Osteuropa entfallen rd. 0,7 Mrd. €, davon jeweils rund die Hälfte Mobilienleasinggeschäft bzw. Unternehmens- und Exportfinanzierungen.

Aufgliederung des Länderobligos nach dem Länderrating der IKB

Länderbonitäten ¹⁾ Kreditvolumen in Mio. €	31.3.2009 Gesamt ²⁾	Bonitäten				
		1–1,5	2–2,5	3–3,5	4–4,5	5–6
Ausland	8 739	8 078	349	254	54	4
Westeuropa	6 516	6 361	155	0	0	0
Nordamerika	1 180	1 180	0	0	0	0
Sonstige Länder	1 043	538	194	254	54	4

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ Ohne Risikoausplatzierungen; steigendes Risiko bei steigender Ratingklasse

²⁾ Absicherungen durch ECA (Export Credit Agencies)-Deckungen sind betragsmindernd berücksichtigt; sonstige Sicherheiten bleiben unberücksichtigt

92 % des auf das Ausland entfallenden Kreditvolumens waren den beiden besten Länderrisikoklassen 1 und 1,5 zuzuordnen. Zusätzlich entfielen Risikoausplatzierungen (z. B. durch Hermes abgesichert) von 0,7 Mrd. € auf ausländische Kreditnehmer.

Die Inanspruchnahme der Kredite der Risikoklassen 5,0 bis 6,0 betrifft nahezu ausschließlich den Iran. Von der Island-Krise war die IKB nur mit einem Verlust im einstelligen Millionenbereich betroffen.

Die Länderrisiken werden implizit im Ratingverfahren der Bank und bei der Berechnung der Wertminderungen für signifikante Forderungen berücksichtigt. Eine separate Länderrisikovorsorge auf der Grundlage der Länderobligen wird nicht gebildet.

Branchenstruktur. Zur Bewertung des Branchenrisikos führt die IKB für rund 370 Branchen regelmäßig einen Ratingprozess durch, der im abgelaufenen Geschäftsjahr unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung in einzelnen Branchen zu zum Teil deutlichen Bonitätsanpassungen einzelner Kreditnehmer führte. Das Verfahren basiert auf einem ökonomischen Modell, das sowohl die makroökonomischen nationalen und internationalen Entwicklungen als auch Branchenzusammenhänge berücksichtigt. Hierbei wird die Expertise der Branchenspezialisten der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Bank genutzt.

Branchen in Mio. €	31.3.2009 Kreditvolumen		31.3.2008 Kreditvolumen	
Industriebranchen	15 791	47 %	16 476	44 %
Maschinenbau	1 365	4 %	1 261	3 %
Energieversorgung	1 267	4 %	1 086	3 %
Chemie, Kokerei, Mineralölverarbeitung	869	3 %	750	2 %
Hilfs-/Nebentätigkeit für den Verkehr	850	3 %	760	2 %
Herst. von Metallerzeugnissen	831	3 %	786	2 %
Einzelhandel ohne Kfz	817	2 %	993	3 %
Dienstleistungen	813	2 %	895	2 %
Handelsvermittlung	716	2 %	674	2 %
Ernährungsgewerbe und Tabak	622	2 %	764	2 %
Gesundheits- und Sozialwesen	614	2 %	729	2 %
Herst. von Kraftwagen und -teilen	559	2 %	663	2 %
Sonstige (< 550 Mio. €)	6 468	19 %	7 116	19 %
Immobilien	3 256	10 %	3 779	10 %
Finanzsektor	989	3 %	1 039	3 %
Öffentlicher Sektor/Banken	2 110	6 %	2 017	5 %
Summe	22 147	67 %	23 311	62 %
Risikoausplatzierungen ¹⁾	9 811	29 %	9 965	26 %
Marktsegmente gesamt	31 957	96 %	33 276	88 %
Segment Portfolio Investments	1 329	4 %	4 366	12 %
Konzern gesamt	33 286	100 %	37 642	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Der Diversifizierungsgrad in den Industriebranchen ist unverändert hoch. Auf keine Industriebranche entfällt ein Portfolioanteil von mehr als 5 %. Die Hälfte der Immobilienfinanzierungen entfällt auf Büroimmobilien. Der Rest verteilt sich nahezu gleichmäßig auf die übrigen Immobilienarten.

Um im Sinne der Risikofrüherkennung und des aktiven Risikomanagements Maßnahmen zur Risikoreduzierung einleiten zu können, wurden im Berichtsjahr verschiedene Sonderanalysen über das Portfolio in u. E. kritisch einzuwertenden Branchen initiiert. So wurden insbesondere Früherkennungsmaßnahmen für den von der abgeschwächten Konjunktur besonders betroffenen Automobilsektor eingeleitet. Den hierbei identifizierten erhöhten Risiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge Rechnung getragen.

Bonitätsstruktur Marktsegmente. Das Gesamtkreditvolumen ohne das Segment Portfolio Investments verteilt sich auf die internen Ratingklassen wie folgt:

Bonitätsstruktur ¹⁾ in Mio. €	31.3.2009 Kreditvolumen		31.3.2008 Kreditvolumen	
	1-1,5	4 745	15 %	5 633
2-2,5	7 159	22 %	7 734	23 %
3-3,5	5 055	16 %	5 386	16 %
4-4,5	2 017	6 %	2 000	6 %
5 und größer ²⁾	439	1 %	536	2 %
Problemengagements ³⁾	2 732	9 %	2 021	6 %
Summe	22 147	69 %	23 311	70 %
Risikoausplatzierungen ⁴⁾	9 811	31 %	9 965	30 %
Marktsegmente gesamt	31 957	100 %	33 276	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ Sinkende Bonität bei steigender Ratingklasse

²⁾ Anpassung der Vorjahreszahl, da 379 Mio. € den Problemengagements zuzurechnen waren

³⁾ Buchwerte, d. h. nach Abzug von Verlusten wertgeminderter Finanzanlagen 31. März 2009: 156 Mio. €; 31. März 2008: 43 Mio. €

⁴⁾ Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Die Bonitätsstruktur des Gesamtportfolios ist über nahezu alle Bonitätsklassen hinweg durch eine moderate negative Migration gekennzeichnet. Darüber hinaus ist der Rückgang des Kreditvolumens in den Bonitätsstufen 1-1,5 und 2-2,5 auf im Durchschnitt verschlechterte Brancheneinstufungen zurückzuführen, die insgesamt zu schwächeren internen Ratings geführt haben. Die Bank erwartet rezessionsbedingt im Geschäftsjahr 2009/10 eine spürbare Verschlechterung der Bonitätsstruktur.

Identifikation und Betreuung von Problemengagements. Alle kreditrisikobehafteten Positionen werden ständig überwacht. Die Betreuung von Problemengagements erfolgt in spezialisierten Betreuungseinheiten. Ziel dieser Sonderbetreuung ist es, durch eine enge Begleitung rechtzeitig tragfähige Maßnahmen zu ergreifen, um die Überlebensfähigkeit der Unternehmen zu erreichen oder im Falle eines Scheiterns dieser Bemühungen den wirtschaftlichen Schaden zu reduzieren. Angesichts der aktuellen konjunkturellen Entwicklung hat die Bank ihre Überwachung nochmals deutlich erweitert, indem nicht nur die Non-performing Loans³ in einem besonderen Fokus stehen, sondern auch alle Engagements als Problemengagements gekennzeichnet werden, für die zwar keine nachhaltigen Wertminderungen erwartet werden, die jedoch aufgrund der vorliegenden Informationen einer speziellen Betreuung durch die auf Abwicklung oder Sanierung spezialisierten Einheiten bedürfen. Zudem wurden die Kriterien zur Einstufung als (nicht wertgemindertes) Problemengagement im Laufe des Berichtsjahres erweitert.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Problemengagements:

Problemengagements ¹⁾ Marktsegmente	31.3.2009 Kreditvolumen in Mio. €	31.3.2008 Kreditvolumen in Mio. €	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Wertgemindert (Non-performing Loans)	2 138	1 669	+469	+28
Nicht wertgemindert	751	395	+356	+90
Gesamt	2 889	2 064	+825	+40
In % des Kreditvolumens der Marktsegmente	9,0 %	6,2 %		

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ Buchwerte einschließlich Verluste wertgeminderter Finanzanlagen (31. März 2009: 156 Mio. €, 31. März 2008: 42 Mio. €)

In den Problemengagements ist ein Volumen von 459 Mio. € nicht enthalten, das auf zur Veräußerung stehende Kredite der IKB CC entfällt. Hierfür wurden Einzelwertberichtigungen in Höhe von 28 Mio. € auf Grundlage der aktuellen Marktpreisindikationen vorgenommen. Eine akute Ausfallgefährdung ist nicht zu erkennen. Die Veräußerung soll in Kürze erfolgen.

³ Eine Forderung wird als „non-performing“ eingestuft, wenn (i) ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, (ii) Zinsen oder Kapitalrückzahlungen mehr als 90 aufeinanderfolgende Tage in Verzug sind oder wenn (iii) andere eindeutige Hinweise bestehen, dass der Schuldner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, und es zusätzlich an objektiven Hinweisen darauf fehlt, dass sie durch spätere Zahlungen oder die Verwertung von Sicherheiten eingebracht werden können. Dabei berücksichtigt die IKB den Liquidationswert der verfügbaren Sicherheiten.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die in den Marktsegmenten als Non-performing Loans eingestuftten Forderungen:

Non-performing Loans Marktsegmente	31.3.2009 Kreditvolumen in Mio. €	31.3.2008 Kreditvolumen in Mio. €	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Inland	1 245	1 364	-119	-9
Alte Bundesländer	763	730	+33	+5
Neue Bundesländer	482	635	-153	-24
Ausland	472	107	+365	+341
Impaired (Non Performer) Kredite	1 717	1 471	+246	+17
Wertpapiere (wertgeminderte Finanzanlagen)¹⁾	421	198	+223	+113
Non-performing Loans gesamt	2 138	1 669	+469	+28
In % des Kreditvolumens der Marktsegmente	6,7 %	5,0 %		

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ Buchwerte zuzüglich Verluste wertgeminderter Finanzanlagen (31. März 2009: 156 Mio. €, 31. März 2008: 42 Mio. €)

Der Anstieg der Non-performing Loans entfällt insbesondere auf ausländische Akquisitionsfinanzierungen sowie einen Anstieg der dauerhaft wertgeminderten Finanzanlagen in den Marktsegmenten. Letzterer ist im Wesentlichen begründet durch First-to-default-Wertpapiere auf Länderebene, die im Zuge von verschlechterten Länderratings auf Grundlage der aktuellen Markt-Spreads als nachhaltig wertgemindert eingestuft wurden.

Der Rückgang der Non-performing Loans im Inland liegt ausschließlich am fortgesetzten Abbau von Problemengagements in den neuen Bundesländern, während sich in den alten Bundesländern ein Anstieg zeigte.

Risikovorsorge. Für Risiken aus dem Kreditgeschäft wird bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung des Kredits eine Risikovorsorge in Form einer Wertberichtigung gebildet. Für Eventualverbindlichkeiten wird bei drohender Inanspruchnahme eine Rückstellung gebildet. Für dauerhafte Wertminderungen bei CDSs sowie bei in CLNs eingebetteten CDSs wird die Risikovorsorge ebenfalls in Form einer Rückstellung gebildet.

Bei der Bemessung der erforderlichen Wertberichtigung berücksichtigt die IKB sowohl die Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Cashflows als auch den Wert der jeweiligen Besicherung. Verantwortlich für die Festsetzung der Wertberichtigungen in der IKB AG und der IKB S.A. ist der Bereich Kreditrisikomanagement und -controlling, der jeden Fall einzeln beurteilt, die Sanierungsstrategie bewertet und die Schätzung der erwarteten Zahlungseingänge vornimmt. Die Festsetzung von Wertberichtigungen bei den Tochtergesellschaften IKB Leasing GmbH, IKB CC und der IKB Private Equity erfolgt durch die Tochtergesellschaften.

Im Berichtszeitraum 1. April 2008 bis 31. März 2009 lag die Risikovorsorge im Kreditgeschäft mit 590 Mio. € deutlich über dem Vorjahresniveau von 255 Mio. €. Insbesondere im Segment Strukturierte Finanzierungen (2008/09: 324 Mio. €; 2007/08: 63 Mio. €) war bei Akquisitionsfinanzierungen sowohl im In- als auch im Ausland ein signifikanter Anstieg der Einzelwertberichtigungen zu verzeichnen. Die negative Konjunkturauswirkung führte auch in den anderen Segmenten zu einer starken Erhöhung der Portfoliowertberichtigungen, die einen zusätzlichen Anstieg der Risikovorsorge (2008/09: 100 Mio. €; 2007/08: –20 Mio. €) zur Folge hatte. Zudem war ein Rückgang der Auflösung von Einzelwertberichtigungen um rd. 60 Mio. € zu verzeichnen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	1.4.2008 – 31.3.2009 in Mio. €	1.4.2007 – 31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Zuführung zu EWB/Rückstellungen	549,0	391,5	+40
Direktabschreibungen	11,9	11,5	+3
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	–7,9	–6,8	+16
Zuführung zu/Auflösungen von Portfoliowertberichtigungen	99,8	–19,6	–
Auflösung von Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen	–63,2	–121,4	–48
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	589,6	255,2	+131
Bestandsentwicklung EWB/Rückstellungen			
Anfangsbestand	801,5	1 019,3	–21
Inanspruchnahme	–399,9	–453,4	–12
Auflösung	–63,2	–121,4	–48
Umgliederung	–0,8	–0,7	–
Unwinding	–21,1	–32,9	–36
Zuführung EWB/Rückstellungen	549,0	391,5	+40
Fremdwährungsänderung	5,8	–0,9	–
Bestand EWB/Rückstellungen	871,3	801,5	+9
Portfoliowertberichtigungen			
Anfangsbestand	83,0	103,6	–20
Zuführung/Auflösung	99,8	–19,6	–
Fremdwährungsänderung	1,8	–1,0	–
Bestand Portfoliowertberichtigungen	184,6	83,0	+122
Bestand Risikovorsorge gesamt (inkl. Rückstellungen)	1 055,9	884,5	+19

Der Risikovorsorgebestand für das traditionelle Kreditgeschäft beträgt einschließlich der Portfoliowertberichtigungen zum 31. März 2009 1.056 Mio. €. Die Abdeckung der als „impaired“ klassifizierten Kredite durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen beträgt 49 % (54 % zum 31. März 2008). Dieser Rückgang ist Ausdruck der im letzten Jahr fortgesetzten Ausbuchung von als uneinbringlich angesehenen Engagements, die bereits in den Vorjahren zu einem sehr hohen Anteil wertberichtigt worden waren.

Portfoliowertberichtigungen. Durch Portfoliowertberichtigungen werden Verluste abgedeckt, die zwar schon eingetreten sind, aber noch nicht individuell identifiziert werden konnten. Die Bank unterscheidet hierbei zwei Subportfolien. Zum einen Kredite, für die kein objektiver Hinweis auf eine individuelle Wertminderung vorliegt, und zum anderen Kredite, die zwar als Problemkredite identifiziert wurden, für die aufgrund ihrer Besicherung und/oder Cashflow-Erwartung eine Einzelwertberichtigung als nicht erforderlich angesehen wurde.

Die Verlustschätzung erfolgt auf Basis historischer Daten und Expertenabschätzungen. Dem vorhandenen Zeitverzug bis zur Identifikation bzw. zum Bekanntwerden eines Verlustereignisses (occurred loss) wird durch Anwendung eines Skalierungsfaktors für die Zeit zwischen Eintreten des Verlustereignisses und dessen Identifikation (Loss-Identification-Period-Faktor) Rechnung getragen.

Bei der Ermittlung der Portfoliowertberichtigungen wurden im Berichtsjahr die Parameter zur Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit an die Ausfalldefinition gemäß Basel II angepasst. Zusätzlich wurden die auf Basis historischer Werte abgeleiteten Ausfallwahrscheinlichkeiten zur Anpassung an die Konjunkturerwartung deutlich erhöht.

Die Schätzung der Verluste bei Kreditausfällen (Loss Given Default) wurde von einem pauschalen Ansatz der historisch beobachteten Ausfallraten auf eine kreditindividuelle Ermittlung unter Berücksichtigung der vorhandenen Sicherheitenwerte pro Einzelengagement umgestellt. Die sich hierdurch ergebenden höheren erwarteten Verlustquoten sieht die Bank vor dem Hintergrund der konjunkturbedingten schlechteren Verwertungserwartungen als risikoadäquat an.

Hieraus ergibt sich im Vergleich zu den angewendeten Berechnungsparametern zu Geschäftsjahresbeginn folgende Erhöhungseffekte von insgesamt 98 Mio. €:

- Ausfalldefinition Basel II: + 37 Mio. €
- erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeiten: + 34 Mio. €
- kreditindividuelle Ermittlung des LGD: + 27 Mio. €

Diese Schätzungsänderung wurde gemäß IAS 8 prospektiv berücksichtigt.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Alle relevanten Informationen aus den Kreditgeschäften werden vom Bereich Kreditrisikomanagement und -controlling im Rahmen des vierteljährlichen Kreditrisikoreports detailliert aufbereitet und dem Vorstand vorgelegt und erläutert. Zusätzlich erhalten der Aufsichtsrat sowie die Aufsichtsbehörden vierteljährlich eine umfassende Risikoberichterstattung (Dash Board), die alle wesentlichen Informationen zur Gesamtrisikoposition im Konzern enthält.

Investments in strukturierte Kreditprodukte. Zum 31. März 2009 ergab sich folgende Situation bei den Portfolio- und Verbriefungsinvestments sowie sonstigen strukturierten Kreditprodukten des Konzerns:

Der von der Zweckgesellschaft Rhinebridge plc. gehaltene Bestand wurde per Ende Juli 2008 aufgelöst. Die von der IKB gehaltenen Commercial Paper wurden im Rahmen eines Portfolio Sale Agreement gegen einen Anteil der werthaltigen Rhinebridge Assets eingelöst. Der ABS-Teil dieser Assets wurde im August 2008 an Dritte veräußert, die verbliebenen CDOs of ABS Investments wurden im Wesentlichen im Dezember 2008 an die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Ltd. übertragen (siehe unten).

Neben den verbliebenen Rhinebridge Assets wurde Anfang Dezember 2008 ein Großteil der Portfolioinvestments der IKB AG sowie ehemalige ABS Investments der IKB S.A. in einem Gesamtvolumen von nominal 2,7 Mrd. € an die vollkonsolidierte Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited übertragen – davon 1,0 Mrd. € synthetisch durch den Abschluss von Total Return Swaps. Ein Abgang aus bilanzieller Sicht erfolgte weder für die IKB AG noch für den IKB-Konzern, da die IKB AG das Erstverlustrisiko in Höhe von 243 Mio. US-\$ (183 Mio. €) durch die Vergabe eines Junior Loan an Rio Debt Holdings (Ireland) Ltd. übernommen hatte. Das darüber hinausgehende Risiko wurde von der KfW durch einen Senior Loan sowie von der Lone-Star-Gruppe durch einen Mezzanine Loan übernommen. Die Nominalverbindlichkeiten der Zweckgesellschaft gegenüber der KfW und Lone Star betragen insgesamt rund 0,7 Mrd. €.

Weitere Portfolioinvestments der IKB umfassen vier aufgrund der Lehman-Insolvenz in Abwicklung befindliche synthetische Transaktionen mit sieben Tranchen und einem Volumen von 0,46 Mrd. €. Darüber hinaus waren zum Bilanzstichtag zwei synthetische Transaktionen mit sechs Tranchen und gemischten Referenzaktiva (Unternehmen und ABS) im Gesamtvolumen von nominal 0,20 Mrd. € im Bestand. Diese sind im Mai 2009 zu einfachen Credit-Linked Notes mit Unternehmen und Staaten als Referenzaktiva umstrukturiert und infolgedessen mit einem Rating Baa2 versehen worden. Damit einhergehend wurde eine zu den ursprünglichen Transaktionen bestehende Besserungsabrede mit der KfW durch eine entsprechende Ausgleichszahlung aufgehoben.

Neben den genannten Portfolioinvestments und einer Principal Protected Note mit einem Nominalvolumen von 0,08 Mrd. € befinden sich weiterhin Verbriefungspositionen i.H.v. 0,26 Mrd. € aus den Marktsegmenten sowie der IKB CC auf der Bilanz, die zum strategischen Kerngeschäft der Bank gehören. Für den IKB-Konzern ergibt sich einschließlich der an Rio Debt Holdings (Ireland) Ltd. übertragenen Investments folgendes Bild bei der Ratingklassenverteilung der Portfolioinvestments:

Bonitätsstruktur Portfolioinvestments IKB Konzern*

	31.3.2009 Nominal in Mrd. €**	31.3.2008 Nominal in Mrd. €
Aaa	0,3	1,6
Aa	0,1	1,8
A	0,2	1,1
Baa	0,6	0,4
Ba/B	0,3	0,3
Sub B und ohne Rating***	2,1	0,5
Gesamt	3,6	5,7

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

* Die Darstellung erfolgt einheitlich in der Ratingbezeichnung von Moody's. Sofern von zwei oder mehr Ratingagenturen ein Rating vorliegt, wurde das schlechtere Rating angesetzt.

** Von dem Gesamtvolumen der Portfolioinvestments in Höhe von 3,6 Mrd. € fallen 2,7 Mrd. € auf die Gesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited. Das Risiko für die IKB ist auf die Erstverlustposition in Höhe von 243 Mio. US-\$ beschränkt, die darüber hinausgehenden Risiken des Rio-Portfolios werden von Lone Star und der KfW getragen.

*** Die Kategorie „Sub B und ohne Rating“ enthält drei aufgrund der Lehman-Insolvenz in Abwicklung befindliche synthetische Transaktionen mit einem Volumen von 0,33 Mrd. €. Die sich aus diesen Transaktionen für die IKB ergebenden Risiken sind, trotz des schlechten Ratings, auf rechtliche Risiken im Rahmen der Abwicklung sowie die Werthaltigkeit der gestellten Sicherheiten begrenzt. Daneben sind weitere Transaktionen mit einem Volumen von 0,2 Mrd. € enthalten, deren Rating sich nach dem 31. März 2009 aufgrund einer Restrukturierung auf Baa2 verbessert hat.

Die Verteilung der Underlying Assets dieser strukturierten Kreditprodukte ist wie folgt:

Underlying-Assetstruktur Portfolioinvestments IKB Konzern

Underlying-Portfolien	31.3.2009*		31.3.2008	
	Nominal in Mrd. €	in %	Nominal in Mrd. €	in %
Corporates	1,2	32	2,7	46
ABS	2,3	62	2,3	41
davon mit Subprime-Anteilen**	1,6	44	1,8	32
ABS + Corporates gemischt	0,2	5	0,7	13
davon mit Subprime-Anteilen	0,2	5	0,2	4
Gesamt	3,6	100	5,7	100

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

* Von dem Gesamtvolumen der Portfolioinvestments in Höhe von 3,6 Mrd. € fallen 2,7 Mrd. € auf die Gesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited. Das Risiko für die IKB ist auf die Erstverlustposition in Höhe von 243 Mio. US-\$ beschränkt, die darüber hinausgehenden Risiken des Rio-Portfolios werden von Lone Star und der KfW getragen.

**Es handelt sich hierbei um eine aufgrund der Lehman-Insolvenz in Abwicklung befindliche synthetische Transaktion, die Subprimeanteile enthält, aus denen der IKB allerdings kein Risiko mehr entsteht.

Die 1,2 Mrd. € strukturierten Kreditprodukte mit Corporate Underlyings (CDOs of Corporates und CLOs) betreffen mit 0,4 Mrd. € die Ratingklassen Sub B. Darin enthalten sind sechs der sich in Abwicklung befindlichen Portfolioinvestments in Höhe von 0,3 Mrd. €. Daneben sind auch rund 0,06 Mrd. € an CLOs der IKB CC beinhaltet. Bei den Investments mit Corporate-Underlyings haben 49 % (31. März 2008: 55 %) der Referenzunternehmen ihren Sitz in Nordamerika.

Neben den von Rio Debt Holdings gehaltenen strukturierten Kreditprodukten mit ABS-Underlyings in Höhe von 2,1 Mrd. € bestehen zum 31. März 2009 noch ein sich in Abwicklung befindliches Portfolioinvestment (CDO of ABS) i.H.v. 0,1 Mrd. € und einem Rating von Baa3 sowie ein Student Loan ABS (0,01 Mrd. €) und einem Rating von Aaa. Der überwiegende Teil der Underlying Assets liegt mit 94 % (31. März 2008: 93 %) in Nordamerika.

Die Investments in strukturierte Kreditprodukte mit gemischten Underlyings belaufen sich zum 31. März 2009 auf 0,2 Mrd. €, die ausnahmslos die Ratingklasse Sub B und ohne Rating fallen. Es handelt sich dabei um die im Mai 2009 restrukturierten Portfolioinvestments (CDO2 of Corporates und ABS). Von den gemischten Underlying Assets entfallen 48 % (31. März 2008: 41 %) auf Nordamerika.

Darüber hinaus befinden sich fünf First-To-Default Notes mit einem Volumen von 0,2 Mrd. € auf der Bilanz der IKB. Diese Notes beinhalten Ausfallrisiken mehrerer EU-Staaten sowie in einem Fall zusätzlich Japan.

Liquiditäts- und Marktpreisrisiken

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko ist das Risiko, dass die IKB nicht mehr in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen termingerecht zu erfüllen (Liquiditätsrisiko) oder am Markt zu angemessenen Konditionen Refinanzierungsmittel aufzunehmen (Refinanzierungsrisiko).

Der Liquiditätsbedarf der Bank wurde im Berichtszeitraum im Wesentlichen durch Mittelaufnahmen am Geldmarkt (Tages- und Termingelder) in besicherter Form, die Durchführung von Verbriefungstransaktionen mit eigenem Kreditgeschäft zur Generierung von EZB-fähigen Wertpapieren, die Teilnahme am EZB-Tender, den Verkauf von liquiden Wertpapieranlagen sowie Schuldscheindarlehen und die Hereinnahme von Kundengeldern auf Schuldscheinbasis gedeckt (vgl. hierzu auch „Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum/ Weitere Transaktionen“). Ferner sind der Bank die Mittel aus der Kapitalerhöhung im Oktober 2008 zugeflossen.

Darüber hinaus ermöglichen zwei bis zum März 2011 befristete Liquiditätslinien der KfW die Aufnahme von bis zu 3 Mrd. € auf besicherter Basis. Diese Linien sind aktuell teilweise gezogen. Zur Sicherung der Liquidität hat die Bank im Dezember 2008 Garantien des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) im Volumen von 5 Mrd. € genehmigt bekommen. Die Laufzeit der darunter emittierten Anleihen ist auf drei Jahre begrenzt. Auf Basis dieser Garantien hat die IKB im Januar und März 2009 zwei Anleihen im Volumen von jeweils zwei Mrd. € und einer Laufzeit von drei Jahren sowie im April 2009 in Höhe von 1 Mrd. € emittiert. Am 3. Juli 2009 hat der SoFFin gegenüber der IKB AG seine Absicht erklärt, ein zusätzliches Garantievolumen in Höhe von

7 Mrd. € bereitzustellen, davon für einen Teilbetrag von 3 Mrd. € die Option zur Emission von Anleihen mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren. Die Bank plant, die Garantie sukzessive zur Emission entsprechender Wertpapiere einzusetzen. Weitere Mittel fließen der IKB aus Förderkreditprogrammen der KfW und der Landesförderinstitute zu, die die IKB bei der Finanzierung ihrer mittelständischen Kunden einsetzt.

Im Berichtszeitraum hat sich auch das Volumen der neu hereingenommenen Kundeneinlagen positiv entwickelt. Die Bank beabsichtigt diese Möglichkeit der Refinanzierung über durch den Einlagensicherungsfonds garantierte Passiva auch zukünftig zu nutzen.

Die Bank rechnet, verteilt über die nächsten zwölf Monate, je nach Entwicklung des Neugeschäfts mit einem zu deckenden Mittelbedarf von 11 bis 12 Mrd. €. Zur Refinanzierung dieses Bedarfs stehen im Wesentlichen SoFFin-Garantien, Ziehungsmöglichkeiten bei der EZB und unter den KfW-Liquiditätslinien sowie die Hereinnahme von Einlagensicherungsfond-garantierten Passiva und die Veräußerung von Bilanzaktiva im Rahmen der EU-Auflagen zur Verfügung.

Die Liquiditätsplanung basiert auf einer Reihe von Annahmen über die oben genannten und weitere liquiditätsbestimmende Faktoren der Aktiv- sowie der Passivseite. Im Falle eines kumulierten Nichteintrittes mehrerer dieser Annahmen können sich Liquiditätsrisiken ergeben. In Betracht kommt hier z. B. eine Marktentwicklung, die den Verkauf von Bilanzaktiva ebenso wenig erlaubt wie den Ausbau von Einlagensicherungsfond-garantierten Passiva.

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird das Risiko von Wertveränderungen aufgrund von Schwankungen von am Markt beobachtbaren Parametern (Risikofaktoren) bezeichnet. Die für die IKB relevanten Risikofaktoren umfassen Wechselkurse, Zinsen und Credit Spreads, Volatilitäten (Optionspreise) und Aktienpreise. Das Management von Marktpreisrisiken erfolgt auf Konzernebene.

Die IKB unterscheidet die Portfolien Eigenhandel, Investmentportfolio (Eigenmittelanlage und Liquiditätsreserve) und Kreditrefinanzierung. Die Liquiditätsreserve stellt Anlagen dar, die bei der Zentralbank oder im Interbankengeschäft kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung eingesetzt werden können. Die Kreditrefinanzierung umfasst das Kreditgeschäft, das Kreditersatzgeschäft (z. B. Corporate-Bond- und Schuldschein-darlehen-Investments) sowie die nicht nachrangigen Refinanzierungsinstrumente der Bank. Alle Portfolien werden täglich bewertet. Ihr Risikogehalt wird in einem barwertorientierten Value-at-Risk-System gemessen, welches die Grundlage für die Limitierung der Marktpreisrisiken darstellt.

Zinsänderungsrisiko. Zinsänderungsrisiken bestehen in möglichen Wertveränderungen von Aktiv- und Passivpositionen bei Verschiebungen der risikolosen Zinskurve. Die IKB setzt eine Vielzahl von Instrumenten zur Steuerung und Absicherung ihres Zinsrisikos ein. Sie schließt Transaktionen mit diesen Instrumenten sowohl in ihrem Handelsbuch als auch in ihrem Anlagebuch ab. Risiken im Handelsbuch und im Anlagebuch werden mit vergleichbaren Methoden gemessen und überwacht.

Das Zinsänderungsrisiko der IKB liegt insbesondere im Investmentportfolio.

Credit-Spread-Risiko. Spread-Risiken ergeben sich aufgrund von Änderungen der in Kursen von Wertpapieren und Derivaten eingepreisten Bonitäts- und Liquiditätsaufschläge auf den risikolosen Zinssatz.

Das relevante Spread-Risiko der IKB resultiert insbesondere aus den Wertpapieren und Schuldscheindarlehen des Investmentportfolios, dem aus der Transaktion mit Rio Debt Holdings (Ireland) Limited zurückbehaltenen First Loss Piece sowie den sonstigen auf der Bilanz der IKB verbliebenen Portfolioinvestments.

Volatilitätsrisiko. Volatilitätsrisiken bestehen in möglichen Wertänderungen von Optionspositionen, die nicht micro-gehedgt sind, aufgrund von Änderungen der am Markt beobachteten impliziten Volatilitäten bzw. Optionspreise. Verbleibende Optionsstillhalterpositionen liegen insbesondere im Investmentportfolio der Bank.

Fremdwährungsrisiko. Fremdwährungsrisiken ergeben sich aufgrund von Schwankungen des jeweiligen Wechselkurses zum Euro. In der IKB bestehen im Wesentlichen nur Währungspositionen in USD, GBP, JPY und CHF. Kredite in Fremdwährungen inklusive ihrer zukünftigen Erträge werden bezüglich der Fremdwährungsrisiken nahezu vollständig abgesichert.

Quantifizierung der Marktpreisrisiken. Zur Quantifizierung des Marktpreisrisikos im Rahmen der operativen Steuerung und täglichen Überwachung verwendet die Bank einen Value-at-Risk-Ansatz für eine Haltedauer von 10 Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 %. Der Value at Risk drückt den maximalen Wertverlust des Portfolios der Bank über einen Zeitraum von 10 Tagen (Haltedauer) aus, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. Der Value at Risk wird mittels historischer Simulation berechnet, wobei alle relevanten Risikofaktoren (Zinsen, Volatilitäten, Wechselkurse, Spreads, Aktienpreise) berücksichtigt werden. Um den spezifischen Besonderheiten aller Produkte gerecht zu werden, findet bei der historischen Simulation eine volle Bewertung der strukturierten Zinsprodukte anhand von historischen Marktszenarien unter Berücksichtigung von Korrelationseffekten statt. Für nicht-strukturierte Instrumente erfolgt eine Abschätzung des Marktwerteffekts auf Basis von Zins-, Wechselkurs- und Spread-Sensitivitäten der Instrumente. Im Rahmen der Value-at-Risk-Ermittlung erfolgt die historische Simulation auf Basis einer zweijährigen Historie von 500 Szenarien, die aktuell im Wesentlichen den Zeitraum seit Beginn der Finanzmarktkrise umfasst. Der Value at Risk für das 99%-Konfidenzniveau entspricht dann dem fünftschlechtesten Szenarioergebnis der Simulation. Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit wird der Value at Risk auf einem Konfidenzniveau von 99,76 % (Liquidationssicht) bzw. 90 % (Going-Concern-Sicht) mit einer Haltedauer von einem Jahr ermittelt (siehe Abschnitt „Risikotragfähigkeit“).

Im Vorjahr wurde für die operative Steuerung noch ein Konfidenzniveau von 99,8 % verwendet, das dem schlechtesten Szenarioergebnis entsprach. Die Umstellung auf das 99%-Konfidenzniveau wurde zur Stabilisierung der VaR-Entwicklung und zwecks Angleichung an die in der Branche vorherrschende Wahl vorgenommen.

Um die Vorhersagekraft der eingesetzten Modelle zu prüfen, wird ein regelmäßiges Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse werden im Rahmen des monatlichen MaRisk-Reportings dem Vorstand berichtet. Dieses Backtesting zeigte bisher, dass die täglich eingetretenen Ergebnisveränderungen durch die Value-at-Risk-Berechnungen zutreffend abgebildet wurden.

Entwicklung des Marktpreisrisikoprofils. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Marktrisikoprofils der Bank auf Basis von Basis Point Value (BPV), Vega und des Value at Risk zum 99%-Konfidenzniveau mit einer Haltedauer von 10 Tagen. Der „BPV“ gibt die Barwertänderung des Portfolios der Bank bei einer parallelen Verschiebung aller Zinskurven um einen Basispunkt (0,01 %) nach oben an. Das „Vega“ gibt die Barwertänderung des Portfolios der Bank bei Erhöhung von Zinsvolatilitäten um plus 1 % an.

in Mio. €	31.3.2009	31.3.2008	
			Vorjahreswerte (VaR) zum Konfidenzniveau 99,8 %
Basis Point Value	0,1	-1,9	
Vega	-17,1	-23,2	
VaR – Fremdwährung	-9,3	-11,3	-14,0
VaR – Zins und Volatilität	-126,1	-104,6	-129,4
VaR – Spread*	-123,8	-	-
Korrelationseffekt*	54,7	-	-
VaR gesamt	-204,5	-115,9	-143,4

* im Vorjahr nicht ermittelt

Die Veränderung des BPV resultiert aus der im Geschäftsjahr 2008/09 umgesetzten Strategie der Bank, das Portfolio gegen kleine Zinsänderungen weitgehend abzusichern. Der Vega-Rückgang resultiert aus dem Abbau von Optionsstillhalterpositionen im Investmentportfolio. Aufgrund dieser Maßnahmen zur Risikoreduktion ist der Zins- und Volatilitäts-Value-at-Risk im Vergleich zum Vorjahr trotz des deutlich gesunkenen Zinsniveaus und des drastischen Anstiegs der Zinsvolatilitäten im Zuge der Finanzkrise nur leicht gestiegen.

Darüber hinaus hat die Bank im Geschäftsjahr 2008/09 Credit-Spread-Risiken in die Marktrisikomessung mittels Value at Risk integriert. Die Ausweitung der Credit Spreads und Credit-Spread-Volatilitäten, insbesondere infolge der Lehman-Insolvenz im September 2008, haben zu einem deutlichen Anstieg des Credit-Spread-Risikos im Portfolio der Bank geführt. Das Credit-Spread-Risiko resultiert im Wesentlichen aus Staatsanleihen, Pfandbriefen, Corporate Bonds und Schuldscheindarlehen. Das aus Portfolioinvestments resultierende Credit-Spread-Risiko für die IKB ist aufgrund der durch die KfW und Lone Star (LSF Aggregated Lendings S.A.R.L.) an Rio Debt Holdings (Ireland) Limited gewährten Darlehen und des damit übernommenen Risikos lediglich von nachgeordneter Bedeutung.

Mit dem Methodenwechsel hat die Bank erstmals einen Diversifikationseffekt in Höhe von 54 Mio. € oder 20 %, bezogen auf die Summe der Einzelrisiken, ermittelt.

Limitierung. Die Limitierung besteht aus einem Value-at-Risk-Limit für den Konzern, basierend auf einem 99%-Konfidenzniveau bei einer angenommenen Haltedauer von 10 Tagen. Das Value-at-Risk-Limit orientiert sich hinsichtlich der Limithöhe an der Risikotragfähigkeit der Bank. Darüber hinaus werden Währungsrisiken im Gesamtbestand mit einem Volumenlimit für die offene Devisenposition begrenzt.

Risikoberichterstattung. Die tägliche Berichterstattung an Vorstand und Treasury umfasst die Bewertungen aller Positionen, das Zinsergebnis, das Marktpreisrisiko und die Limitauslastung.

Darüber hinaus wird der Vorstand monatlich ausführlich über relevante Marktentwicklungen, Veränderungen des Bestandes, Bewertung des Bestandes, Ergebnisentwicklung sowie Markt- und Liquiditätsrisikoprofil informiert. Der Monatsbericht ergänzt zudem die Marktrisikobetrachtung auf Basis Value-at-Risk, um das barwertige Risiko unter Stress-Annahmen und Kommentierungen über besondere Entwicklungen. Der Aufsichtsrat wird vierteljährlich im Rahmen der Gesamtrisikoberichterstattung mittels des Dashboards über die Marktpreisrisiken informiert.

Operationelle Risiken

Operationelles Risiko ist die Gefahr eines Verlusts, der infolge eines Mangels oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen, außerhalb der Einflussosphäre der Bank liegenden Ereignissen eintritt.

Das Operational Risk Management (ORM) koordiniert und überwacht das Management der operationellen Risiken. Dem ORM obliegen auch die konzernweite Schadenspotenzialanalyse und die Entwicklung konzernweiter OpRisk-Management- und -Schulungskonzepte. Die operative Risikosteuerung liegt im Verantwortungsbereich der einzelnen Geschäftsfelder, Bereiche und Tochtergesellschaften.

Dabei liegt der Schwerpunkt nicht nur auf der regelmäßigen Analyse und Identifikation der Schwachstellen und Optimierungsansätze aller geschäftlichen Abläufe und Prozesse, sondern auch auf dem Ausbau der Sicherheitsorganisation und der Anpassung der zugrunde liegenden Prozesse. Hierzu werden unter der Leitung des ORM jährlich Business-Impact-Analysen durchgeführt, die nicht nur die spezifischen Risikoprofile der einzelnen Geschäftsfelder und Bereiche widerspiegeln, sondern hierüber auch Risikopotenziale hervorheben.

Einmal pro Quartal erfolgt in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Bereichsleitern eine Risikobewertung der OpRisk-Handlungsfelder Personal, Prozesse, Infrastruktur, Rechtsrisiken und Projekte. Die Erkenntnisse fließen in den Risikobericht ein.

Alle Geschäftseinheiten sind verpflichtet, eingetretene oder beinahe eingetretene Schadensfälle an das Operational Risk Management zu melden. Alle Schadensfälle werden in einer zentralen Schadensfalldatenbank zusammengeführt und auf ihre Ursachen sowie die Auswirkungen untersucht. Hieraus können Verbesserungsvorschläge abgeleitet und umgesetzt werden.

Zum Verantwortungsbereich des Operational Risk Management gehört auch das konzernweite Notfallmanagement, das auf Basis regelmäßiger Business-Impact-Analysen auf dem neuesten Stand gehalten wird. Um eine unternehmensweite Transparenz zu gewährleisten, erfolgt die Darstellung aller Notfallpläne sowohl in umfassender Form im IKB-Intranet als auch in schriftlicher, papiergebundener Form in Notfallmanagement-Handbüchern.

Die Qualität der Notfallpläne wird durch regelmäßige Notfalltests in allen Zentralbereichen, Markteinheiten und Tochtergesellschaften sichergestellt.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Über die operationellen Risiken sowie einzelne Schäden und deren Verteilung auf die einzelnen Geschäftseinheiten wird der Vorstand durch das ORM quartalsweise informiert. Bei wesentlichen Risiken oder eingetretenen Schäden erfolgt eine Ad-hoc-Meldung an den Risikovorstand und ggf. an die Vorstandsmitglieder der darüber hinaus betroffenen Ressorts.

Rechtsrisiken

Unter die operationellen Risiken wird auch das Rechtsrisiko subsumiert, also das Risiko von Verlusten durch Verletzung von rechtlichen Rahmenbedingungen, neue gesetzliche Regelungen und für die Bank nachteilige Änderungen oder Auslegungen (z. B. höchstrichterliche Entscheidungen) bestehender gesetzlicher Regelungen. Die Begrenzung der Rechtsrisiken ist Aufgabe des Bereiches Recht.

Die Wahrnehmung dieser Aufgabe erfolgt durch die verfügbaren internen Ressourcen. Falls notwendig, werden externe Anwaltskanzleien zur Unterstützung eingeschaltet.

Im Tagesgeschäft erfolgt die Sicherstellung rechtlicher Grundqualität durch die Verwendung eines textbausteinbasierten Mustervertragssystems, mit dem insbesondere Kredit- und Sicherheitenverträge erstellt werden können. Abweichungen von diesen Mustern werden durch den Bereich Recht geprüft und freigegeben.

Alle Vertragsmuster werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob Anpassungen aufgrund von gesetzgeberischen Änderungen oder Rechtsprechungen erforderlich sind.

Daneben werden insbesondere Rechtsentwicklungen, die von direkter Bedeutung für das Geschäft der Bank sind, durch Mitwirkung in Gremien und Ausschüssen der Aufsichtsbehörden und des Bundesverbandes deutscher Banken begleitet. Gegenwärtig werden so insbesondere die Gesetzgebungsvorschläge zur Änderung der Eigenkapitalunterlegungsregelungen beobachtet.

In rechtlichen Auseinandersetzungen sichert der Bereich Recht durch Einsatz spezialisierter Ressourcen, die in besonderer Weise Zugang zu den in der Gesellschaft verfügbaren Informationen erhalten, die Wahrung der Rechtspositionen der Gesellschaft und die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Folgende rechtliche Auseinandersetzungen sind in besonderer Weise risikorelevant.

Rechtsstreitigkeiten wegen fehlerhafter Kapitalmarktinformation. Gegen die Gesellschaft sind (Stand: 6. Juni 2009) seit Ausbruch der Krise im Sommer 2007 134 Klagen von Anlegern in IKB-Papieren erhoben worden. Diese Klagen stützen sich überwiegend auf angeblich falsche Inhalte der Pressemitteilung vom 20. Juli 2007, in Einzelfällen aber auch auf angeblich falsche Inhalte der Bilanzpressekonferenz vom 28. Juni 2007 oder auf vermeintlich fehlerhafte Kapitalmarktinformation noch vor diesem Zeitpunkt.

In der im Fokus der Klageverfahren stehenden Pressemitteilung vom 20. Juli 2007 hatte die Gesellschaft eine Gewinnerwartung für das Geschäftsjahr 2007/08 von 280 Mio. € in Aussicht gestellt. Sie verwies zudem auf zwei Analysen von Moody's und Standard & Poors, wonach sie nur begrenzt von der Subprime-Krise betroffen sei. Wie sich im Nachhinein herausgestellt hat, waren diese Einschätzungen der Gesellschaft unzutreffend.

Die genannten gerichtlichen Verfahren belaufen sich insgesamt auf einen (vorläufigen) Gesamtstreitwert von rd. 8,3 Mio. €. Es ist nicht auszuschließen, dass weitere Anleger Schadensersatzklagen gegen die Gesellschaft geltend machen, was das Gesamtrisiko bei einer erfolgreichen Inanspruchnahme entsprechend erhöhen könnte.

Zwischenzeitlich sind bereits 51 dieser Anlegerklagen durch das Landgericht Düsseldorf erstinstanzlich abgewiesen worden; die Klageabweisungen in mindestens 27 dieser Fälle sind rechtskräftig. Insgesamt können daraus aber keine zwingenden Rückschlüsse auf den Ausgang der anderen Klageverfahren oder auf etwaige Entscheidungen in höheren Instanzen gezogen werden. Jedoch haben bereits der 22. und der 9. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf mit Urteilen vom 19. Juni 2009 und 29. Juni 2009 die Berufung in fünf Fällen zurückgewiesen. Beide Senate erklärten die Fälle für nicht revisibel.

Die IKB hält auch die noch nicht abgewiesenen Klagen von Anlegern für unbegründet. Die IKB ist damals davon ausgegangen, dass aus den Liquiditätslinien für das Conduit Rhineland Funding Capital Corporation keine nennenswerten Risiken drohten, weil man es nicht für möglich hielt, dass der gesamte Asset-Backed-Commercial-Paper-(ABCP)-Markt zusammenbrechen und eine Refinanzierung auf Dauer unmöglich werden könnte. Die IKB konzentrierte sich deshalb in der Presseerklärung vom 20. Juli 2007 aus damaliger Sicht auf die Risiken in ihrer Eigenbilanz. Auch vor diesem Zeitpunkt gab es nach Auffassung der IKB keine fehlerhafte Kapitalmarktinformation, die zur Begründetheit entsprechender Klagen führen würde.

Neben den genannten Klagen gibt es Aktionäre sowie Anleger in anderen IKB-Papieren, die außergerichtlich an die IKB mit der Forderung auf Schadensersatz herangetreten sind.

Klage der FGIC und ggf. aus anderen Konstellationen. Der US-amerikanische Anleiheversicherer Financial Guaranty Insurance Company und dessen britische Tochtergesellschaft (zusammen FGIC) hatten am 10. März 2008 gegen die IKB und deren (damalige) Tochtergesellschaft IKB Credit Asset Management GmbH sowie gegen Havenrock II Limited und Calyon Klage bei einem New Yorker Gericht eingereicht. Die Kläger beantragen in erster Linie, von vertraglichen Verpflichtungen von bis zu 1,875 Mrd. US-\$ zugunsten Havenrock II bzw. Calyon befreit zu werden. Überdies werden Schadensersatzansprüche gegen die IKB in nicht benannter Höhe geltend gemacht. Die IKB hielt und hält die in der Klageschrift vorgebrachten Vorwürfe für unbegründet.

Ende August 2008 gab FGIC Corporation, FGICs Muttergesellschaft, bekannt, dass FGIC und Calyon einen Vergleich geschlossen haben, wonach FGIC an Calyon den Betrag von 200 Mio. US-\$ zahlte.

Das New Yorker Gericht wies die von FGIC eingereichte Klage Ende Dezember 2008 aus verfahrensrechtlichen Gründen ab. FGIC beantragte daraufhin Anfang Februar 2009 bei dem Gericht in New York, das die Klage abgewiesen hatte, das Urteil zu überprüfen, um den Fall erneut verhandeln zu können. Gleichzeitig legte FGIC am Berufungsgericht in New York Berufung gegen die Abweisung ein. FGIC muss diese Berufung bis Anfang November 2009 vollständig begründet haben.

Ende Mai 2009 wies dasselbe erstinstanzliche Gericht den Antrag von FGIC auf Überprüfung des Dezember-Urteils ebenfalls ab. Diese Entscheidung ist rechtskräftig, und damit gilt das Verfahren in New York trotz der Berufung vor dem Berufungsgericht als nicht länger vor der ersten Instanz anhängig. FGIC kann gegen die Entscheidung, die Ende Mai 2009 fiel, bis zum 13. Juli 2009 ebenfalls Berufung einlegen.

Nach New Yorker Verfahrensrecht gilt eine Entscheidung des erstinstanzlichen Gerichts als rechtskräftige Verfügung, und zwar solange, bis sie durch eine Berufung aufgehoben wird.

Die bisherigen Abweisungen in New York sind verfahrensrechtlicher Natur, FGIC kann die Klage daher weiterhin auch vor anderen Gerichten außerhalb von New York vorbringen.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die IKB AG darüber hinaus in Bezug auf ihre Aktivitäten und Tätigkeiten sowie die Aktivitäten und Tätigkeiten der IKB Credit Asset Management GmbH im Rahmen von Rhineland Funding Capital Corporation, den Havenrock-Transaktionen und/oder Rhinebridge von anderen an diesen Transaktionen beteiligten Parteien auf Schadensersatz in Anspruch genommen wird.

Die KfW hat die IKB mit Vereinbarung vom 10./16. September 2008 in bestimmtem Umfang von Ansprüchen aus Rechtsstreitigkeiten u. Ä. (einschließlich damit zusammenhängender Verfahrenskosten) freigestellt, die im Zusammenhang mit Rhineland Funding, Rhinebridge oder den Havenrock-Gesellschaften wegen vor dem 29. Oktober 2008 eingetretener Ereignisse gegen die IKB gerichtet werden. Auch wenn die Freistellung betragsmäßig begrenzt ist, geht die IKB davon aus, dass die Risiken aus aktuell geltend gemachten Rechtsstreitigkeiten durch die Freistellung im Wesentlichen gedeckt sind. Die IKB AG unterliegt in diesem Zusammenhang umfänglichen Informations-, Auskunft-, Mitwirkungs- und Handlungspflichten gegenüber der KfW. Ansprüche von Aktionären der IKB AG oder Anlegern in Finanzinstrumenten, die an die Entwicklung der IKB-Aktien gekoppelt sind, sind nicht von der Freistellung umfasst.

Wenn die IKB eine mit einem konkreten von der Freistellungsvereinbarung umfassten Anspruch im Zusammenhang stehende Verpflichtung aus der Freistellungsvereinbarung schuldhaft verletzt, erlischt unter bestimmten Voraussetzungen der Freistellungsanspruch in Bezug auf diesen konkreten Anspruch. Der Vorstand erachtet das Risiko einer Pflichtverletzung als gering, da zur Sicherstellung der vertraglichen Verpflichtungen der IKB die notwendigen Umsetzungsschritte für die Einhaltung eines vertragskonformen Verhaltens in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit der KfW detailliert bestimmt und schriftlich dokumentiert wurden. Die Ansprüche der IKB auf Freistellung erlöschen zudem rückwirkend, wenn der Aktienkauf- und Übertragungsvertrag oder die dingliche Anteilsübertragung zwischen KfW und LSF6 Europe Financial Holdings L.P. nichtig sind oder werden oder eine der Parteien ein Gestaltungsrecht ausübt, das zur Rückabwicklung der im Hinblick auf das Verpflichtungsgeschäft erbrachten Leistung berechtigt. Darüber hinaus erlöschen die Ansprüche aus der Freistellungsvereinbarung, wenn auch bei Berücksichtigung der Ansprüche aus der Freistellungsvereinbarung bei der IKB AG ein Insolvenzgrund vorliegt oder ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der IKB AG gestellt wird.

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf hat im Juli 2009 Anklage gegen den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden, Herrn Ortseifen, wegen Marktmanipulation und Untreue erhoben. Der Vorwurf der Untreue steht dabei in Zusammenhang mit Bauvorhaben an der von Herrn Ortseifen bewohnten – jedoch der Bank gehörenden – Immobilie.

Gegen zwei weitere ehemalige Vorstandsmitglieder wurde in diesem Zusammenhang Strafbefehl beim Amtsgericht Düsseldorf beantragt. Gegen sämtliche anderen Beschuldigten wurden die Ermittlungsverfahren (auch im Hinblick auf das Verfahren wegen Untreue durch pflichtwidrige Portfolioinvestments) mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt. Bezüglich des Verdachts der Unrichtigen Darstellung laufen seit diesem Berichtszeitraum noch ergänzende Ermittlungen.

Die Bank hat dabei die Rolle der potenziell Geschädigten. Der Vorstand unterstützt die Staatsanwaltschaft bei ihrer Arbeit und kooperiert mit ihr in jeglicher Hinsicht, um möglichst schnell eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge zu erreichen.

Beihilfe-Verfahren. Im Zusammenhang mit den Rettungsmaßnahmen der KfW mit Unterstützung der Bankenverbände zugunsten der IKB hat die EU-Kommission die Maßnahmen als Beihilfe qualifiziert und im Oktober 2008 unter strengen Auflagen genehmigt. Die Gesellschaft setzt erhebliche Ressourcen ein, um diese Auflagen umzusetzen. Sofern dies nicht gelingt, können der Gesellschaft wesentliche rechtliche und wirtschaftliche Nachteile entstehen.

Anfechtungsklagen gegen die Beschlüsse von Hauptversammlungen. Gegen Beschlüsse der Hauptversammlung vom 28. August 2008 ist derzeit noch eine Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage zu Tagesordnungspunkt 6 (Aufsichtsratswahlen) rechtshängig.

Gegen Beschlüsse der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 sind derzeit (Stand 7. Juli 2009) die folgenden Klagen rechtshängig:

- 11 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen zu TOP 1 (genehmigtes Kapital),
- 9 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen zu TOP 2 (bedingte Kapitalerhöhung),
- 25 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen zu den TOP 3 und 4 (Aufhebung der Sonderprüfung bezüglich des Vorstands und des Aufsichtsrats),
- 9 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen zu TOP 5 (Aufsichtsratswahlen),
- 1 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklage zu TOP 8 (Satzungsänderung bezüglich der Wahl des Vorsitzenden der Hauptversammlung) sowie
- 4 Klagen gegen den Beschluss über die Ablehnung des in der Hauptversammlung gestellten Antrags auf Abwahl des Versammlungsleiters.

Risiken im Zusammenhang mit Auflagen des SoFFin

Neben anderen Auflagen verpflichtet eine Auflage des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) die IKB zur Erstellung von Monats-, Quartals-, Halbjahres- und Jahresberichten, die die finanzielle und wirtschaftliche Situation der IKB darstellen. Mit der Nichteinhaltung der Verpflichtungen sind bestimmte Rechtsfolgen, u. a. Strafandrohungen in Höhe von 1 Mio. € pro Verstoß, verbunden. Es wurden daher Prozesse implementiert, um die operationellen Risiken der Nichteinhaltung zu minimieren.

Weiterhin hat die IKB AG sicherzustellen, dass sie angemessen kapitalisiert ist, d. h. konkret, über eine Kernkapitalquote nach § 10 Abs. 2a KWG von mindestens 8 % des in § 2 Abs. 6 Satz 2 SolvV genannten Nenners der Gesamtkennziffer, verfügt. Reduziert sich während der Laufzeit des Garantievertrages das Kernkapital des Unternehmens nach § 10 Abs. 2a KWG auf weniger als 8 % des in § 2 Abs. 6 Satz 2 SolvV genannten Nenners der Gesamtkennziffer, so hat die IKB den SoFFin hierüber unverzüglich zu informieren und unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die geforderte Kernkapitalquote von mindestens 8 % des in § 2 Abs. 6 Satz 2 SolvV genannten Nenners der Gesamtkennziffer wieder zu erreichen (zu den Auflagen zur erweiterten SoFFin-Garantie vom 3. Juli 2009 siehe Nachtragsbericht).

IT-Risiken

Im Bereich der IT-Risiken liegen die Schwerpunkte in Maßnahmen zur Weiterentwicklung des bankweiten Notfallmanagements, der Sicherheit der DV-Systeme sowie der Sicherheit des Datenbestandes. Hierzu gehörte neben der kontinuierlichen Verbesserung des Informationssicherheits-Managements (ISMS), basierend auf den internationalen Standards ISO 27001:2005, ISO 27002:2005 sowie den Standards des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), die Angleichung der System- und Netzwerksicherheit an die weiterhin stark zunehmenden externen Bedrohungen. Eine deutliche Verringerung der operationellen Risiken wurde durch die Inbetriebnahme eines – räumlich getrennten – Ausweichrechenzentrums erzielt. Die Weiterbildung der Mitarbeiter ist ebenfalls ein integraler Bestandteil unserer Vorsorge. Unterstützt werden diese Maßnahmen durch regelmäßige Prüfungen und Notfallübungen. Die Umsetzung eines angemessenen Managementsystems für die Informationssicherheit gemäß ISO 27001 wurde vom TÜV Rheinland erneut bestätigt.

Bei verschiedenen Prüfungen wurde festgestellt, dass in den Fachbereichen entwickelte Anwendungen (sogenannte IDV-Anwendungen) nicht ausreichend dokumentiert sind. Der Bereich IT koordiniert aktuell die Erstellung entsprechender Dokumentationen und schult die Fachbereiche auf Anfrage. Die Verantwortung für die Erstellung der Dokumentation und die Meldung der IDV-Anwendung an IT liegt jedoch weiterhin innerhalb der Fachbereiche.

Compliance-Risiken

Als Kreditinstitut unterliegt die IKB speziellen Rechtsnormen. Dazu zählen unter anderem Vorschriften zur Vermeidung von Interessenkonflikten, Marktmanipulationen oder Insiderhandel und Geldwäsche. Die Regelungen zur Geldwäscherprävention sind in speziellen Organisationsanweisungen für die IKB sowie in spezifischen Handbüchern an den jeweils betroffenen ausländischen Standorten niedergelegt.

Des Weiteren hat die IKB ein Compliance-Konzept implementiert, in dem die Verhaltensanforderungen bezüglich der Wertpapiercompliance für alle Mitarbeiter verbindlich festgelegt sind. Dieses wird ergänzt durch die Konzernrichtlinie über den Umgang mit Interessenkonflikten. Für die Standorte London, Luxemburg und New York wurden jeweils standortspezifische Compliance-Konzepte erlassen.

In einem Code of Conduct hat die IKB darüber hinaus einen Verhaltenskodex formuliert, der die Wertvorstellungen und Überzeugungen der IKB abbildet. Die im Code of Conduct der IKB benannten Grundsätze enthalten die Anforderungen an das Verhalten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an sämtlichen Standorten des IKB-Konzerns. Sie bilden den verbindlichen Orientierungsrahmen für das Tagesgeschäft.

Im Rahmen eines Projektes wurde im Berichtsjahr zunächst eine vorbereitende Analyse durchgeführt, in der die Risiken aus externen/internen betrügerischen Handlungen zwecks weiterer Aufbereitung erhoben wurden. In dieser Analyse (Stand November 2008) wurden in einem ersten Schritt zunächst abstrakte Gefährdungsfelder für Betrugsrisiken identifiziert: Mangels bis dahin abgeschlossener Erkenntnisse war beim externen Betrug von einer mittleren Gefährdungslage der IKB auszugehen, die der anderer Häuser vergleichbarer Größe und mit einem vergleichbaren Geschäftsmodell entsprach. Zur Plausibilisierung und Verifizierung der seinerzeit gewonnenen Erkenntnisse ist eine weitere vertiefende Gefährdungsanalyse vorgesehen. Im Dezember 2008 wurden die Compliance-Funktionen unter Einrichtung einer unmittelbaren fachlichen Berichtslinie an den Vorstandsvorsitzenden in den Bereich Recht integriert, wobei die Koordination dieser Funktionen durch den neu ernannten Chief Compliance Officer erfolgt, der diese Funktionen parallel zu den Aufgaben als Leiter Vorstandsstab, Gesellschafts- und Konzernrecht sowie Corporate-Governance-Beauftragter ausübt. Der neue Chief Compliance Officer wurde beauftragt, im Geschäftsjahr 2009/10 die bereits im Berichtsjahr eingeleiteten Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung fortzuentwickeln und eine Ausdehnung der Compliance-Funktion zu installieren. Hierzu gehören unter anderem eine weitere Detaillierung des Code of Conduct; insbesondere hinsichtlich der Einführung von Vergünstigungswertgrenzen, und die Etablierung eines externen Hinweisgebersystems.

Die IKB hat im März 2008 eine Gefährdungsanalyse bezüglich der Geldwäscherisiken erstellt, die alle gruppenangehörigen Unternehmen und Zweigniederlassungen im In- und Ausland umfasste. Das Neugeschäft der IKB wurde für das Berichtsjahr anhand einer Auswertung per März 2009 überprüft. Es ergaben sich keine signifikanten Veränderungen, aufgrund derer eine Neubewertung der Gefährdungssituation vorzunehmen gewesen wäre.

Lediglich bezogen auf die erhöhten Sorgfaltspflichten im Kreditgeschäft mit Auslandsbezug, ist eine Prozessmodifizierung veranlasst worden, die bei Krediten in festgelegten Risikoländern eine Einbindung des Geldwäschebeauftragten vor der Kreditentscheidung festlegt.

Bezogen auf die internen Risiken (Aufbau- und Ablauforganisation), ist im Berichtsjahr keine Neubewertung erfolgt, weil die Bank im Januar 2009 ein neues Geschäftsmodell beschlossen hat, das im Laufe des Geschäftsjahres 2009/10 umzusetzen ist. In diesem Zusammenhang sind die Gefährdungsanalyse und die Organisation der Geldwäscheprävention zeitnah grundlegend neu zu bewerten.

In der Gefährdungsanalyse wurden die kunden-, produkt- und transaktionsspezifischen Risiken erfasst und identifiziert sowie entsprechend kategorisiert. Aus den identifizierten Risiken wurden Indikatoren abgeleitet, die als Suchkriterien und Parameter bei der Überwachung zugrunde gelegt werden. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass die IKB-Gruppe aufgrund der spezifischen Geschäftstätigkeit einem erheblich geringeren Geldwäscherisiko unterliegt als Institute mit Schaltergeschäft und Kontokorrentzahlungsverkehr.

Personalrisiken

Das Management der Personalrisiken liegt in der Verantwortung der einzelnen Zentralbereiche und Markteinheiten in Zusammenarbeit mit dem Personalbereich. Hierzu gehört nicht nur die Notwendigkeit einer angemessenen Personalausstattung zur Umsetzung der betrieblichen und strategischen Erfordernisse, sondern auch die Aufrechterhaltung der erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Mitarbeiter, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Verantwortlichkeiten benötigen. Die IKB setzt zu diesem Zweck ein umfassendes und kontinuierliches Aus- und Weiterbildungsmanagement ein, um das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter aufrechtzuerhalten. Um dem Risiko Rechnung zu tragen, dass es zu nachhaltigen Störungen des Betriebsablaufes aufgrund der Abwesenheit oder des Ausscheidens von Mitarbeitern kommt, bestehen in der IKB eindeutige Vertretungsregelungen und Funktionssicherstellungen, die regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Seit Beginn der Krise der Bank im Juli 2007 verzeichnete die IKB eine deutlich erhöhte Anzahl von Personalabgängen in allen Bereichen, die aufgrund der derzeitigen Lage der Gesellschaft nicht vollständig durch die Gewinnung neuen qualifizierten Personals kompensiert werden konnte. Die hierdurch entstandenen Beeinträchtigungen werden aktuell durch interne Transfermaßnahmen und den intensiven Einsatz externer Berater bewältigt. In den letzten zwei Quartalen ist die Anzahl eingehender Kündigungen stark rückläufig, was einerseits auf die Arbeitsmarktsituation und andererseits auch auf eine generelle Abwartehaltung hinsichtlich der Auswirkungen des Interessenausgleichs und Sozialplanes zurückzuführen sein könnte.

Aufgrund der umfangreichen Reorganisationsvorhaben kommt es zu einem erheblichen Arbeitsplatzumbau sowie einer Reduzierung von Arbeitsplätzen. Bestehende Strukturen und gewachsene Prozesse werden verändert und Stellenprofile modifiziert. In der Übergangsphase kann dies zu Ineffizienzen und einer vermehrten Fehlerneigung führen. Darüber hinaus kann es zu Inkongruenzen zwischen der sozialbedingten Schutzbedürftigkeit einzelner Mitarbeiter und den Belangen der Bank kommen. Durch die klaren Regelungen im Interessenausgleich und Sozialplan sowie die nach wie vor stabilen Führungsstrukturen erwarten wir kein operatives Risiko bei der Umsetzung der genannten Regelungen.

Strategische Risiken und Reputationsrisiken

Strategische Risiken betreffen die Gefährdung der langfristigen Erfolgsposition der Bank. Diese können durch Veränderungen im rechtlichen oder gesellschaftlichen Umfeld erfolgen, aber auch von Seiten der Markt- und Wettbewerbsbedingungen der Kunden oder Refinanzierungspartner ausgehen.

Da es für strategische Risiken keine Regelmäßigkeiten gibt, sind sie als Spezialrisiken in einem integrierten System schwer fassbar. Sie stehen deshalb unter besonderer Beobachtung des Vorstands und der Stabsabteilung Strategische Planung und werden kontinuierlich betrachtet. Hierzu gehören ferner die regelmäßige Überprüfung der geänderten Geschäftsstrategie (nach deren endgültiger Verabschiedung) auch im Rahmen des strategischen Planungsprozesses sowie die daraus resultierende Durchführung strategischer Initiativen und Restrukturierungsmaßnahmen. Das bisherige Geschäftsmodell der IKB ist durch die Auflagen der EU-Kommission in einzelnen Bereichen (primär Immobilienkunden) eingeschränkt worden. Mit der Neuausrichtung des Geschäftsmodells der IKB u. a. durch eine Verbreiterung des Produktangebotes für Mittelstands-

kunden (Angebot von Beratungsprodukten) und eine intensivere Ausschöpfung des Kundenpotenzials wird die Zielsetzung verfolgt, die Auswirkungen der Auflagen der EU-Kommission in ertragsmäßiger Hinsicht zu kompensieren.

Reputationsrisiken sind die Gefahr von Verlusten, sinkenden Erträgen, steigenden Kosten oder einem verringerten Unternehmenswert aufgrund einer Verschlechterung des Ansehens der Bank in der Öffentlichkeit, vor allem bei Kunden, Anteilseignern, Ratingagenturen oder Mitarbeitern. Reputationsrisiken resultieren häufig aus anderen Risikoarten und verstärken diese durch deren Öffentlichkeitswirkung.

Im Zuge der Neuausrichtung ist es ein wichtiges Ziel der IKB, die durch die Krise beschädigte Reputation wieder dauerhaft zu verbessern. Das Management des Reputationsrisikos in der IKB wird direkt durch den Vorstand wahrgenommen.

Geschäftsrisiken

Unter Geschäftsrisiko versteht die Gesellschaft unerwartete negative Planabweichungen bei den Zins- und Provisionserträgen und bei den betrieblichen Aufwendungen infolge verschlechterter Marktbedingungen, Veränderungen der Wettbewerbsposition oder des Kundenverhaltens sowie aufgrund geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen.

Das operative Management des Geschäftsrisikos – also der Gefahr einer negativen Veränderung der Ertragslage innerhalb der mit dem Vorstand vereinbarten Geschäftsstrategie – liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Geschäftsfeldes, Zentralbereiches und jeder Tochtergesellschaft. Das im Bereich Financial Controlling angesiedelte Ergebniscontrolling hat die Aufgabe, die unterjährige Erlös- und Kostenentwicklung durch kontinuierliche Plan-Ist-Vergleiche nachzuhalten und monatlich an den Vorstand und die Geschäftsfelder zu berichten.

Die Quantifizierung des Geschäftsrisikos für die Risikotragfähigkeit erfolgt mittels eines Modells auf Basis der statistisch ermittelten Kosten- und Erlösvolatilitäten, das die historischen Abweichungen des tatsächlichen Provisions- und Zinsergebnisses und der betrieblichen Aufwendungen von den Planwerten errechnet. Das hierdurch gebundene ökonomische Kapital wird im Rahmen der regelmäßigen Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Die Abweichung von den Planungs- und Zielgrößen werden monatlich an den Vorstand sowie die jeweiligen Zentralbereichs- und Geschäftsfeldleitungen berichtet, um frühzeitig gegensteuern zu können. Damit stehen allen Geschäftsfeldern und Zentralbereichen die für sie notwendigen Informationen zeitnah und umfassend zur Verfügung.

Gesamtaussage zur Risikosituation

In einem nach wie vor extrem von Unsicherheit und Volatilität geprägten Marktumfeld sowie in einer tiefen Rezession ist die IKB weiterhin erheblichen Risiken durch Kreditausfälle, Zinsänderungs-, Liquiditäts- und Rechtsrisiken ausgesetzt.

Die Auswirkungen der weltweiten Konjunkturabschwächung auf das Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft sind derzeit nur sehr schwer abschätzbar. Die Gefahr einer weiteren wirtschaftlichen Verschlechterung ist unverändert sehr groß. In einzelnen Branchen wie insbesondere Automotive sind die negativen Entwicklungen bereits deutlich erkennbar. Die Auswirkungen der Rezession haben im zurückliegenden Geschäftsjahr in besonderem Maße Spuren bei den Akquisitionsfinauzierungen hinterlassen, auf die mehr als die Hälfte der Wertberichtigungen entfallen sind.

In allen Kapitalmärkten zeigt – neben der anhaltenden Finanzmarktkrise – auch der eingetretene abrupte Konjunkturreinbruch Wirkung in Form eines weiteren hohen Anstiegs von Volatilitäten und Credit Spreads, die zumindest zu hohen Bewertungsverlusten beitragen. Hiervon waren insbesondere auch die verbrieften Kreditrisiken betroffen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren weitere Wertverluste bei strukturierten Wertpapieren und damit zusätzliche Belastungen in der Gewinn- und Verlustrechnung hinzunehmen. Nach der im Dezember 2008 erfolgten Übertragung eines größeren Teils der Portfolioinvestments auf die voll konsolidierte Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited ist das Restrisiko der IKB nun begrenzt auf:

- das von der IKB AG gewährte nachrangige Darlehen (Erstverlustrisiko) an die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited,
- die sich in Abwicklung befindlichen und nicht veräußerten Portfolioinvestments in Höhe von nominal 0,5 Mrd. €. Die sich aus diesen Transaktionen für die IKB ergebenden Risiken sind im Wesentlichen auf die Werthaltigkeit der gestellten Sicherheiten sowie etwaige rechtliche Risiken bei der Geltendmachung von Ansprüchen auf die Erlöse aus den Sicherheiten im Rahmen der Abwicklung begrenzt,
- zwei im Mai 2009 restrukturierte Transaktionen von nominal 0,2 Mrd. €, deren Referenzaktiva Unternehmen und Staaten sind,
- die strukturierten Wertpapiere, die aus der Geschäftstätigkeit der Markteinheiten und Tochtergesellschaften resultieren und überwiegend im Zusammenhang mit Ausplatzierungen eigener Finanzierungen stehen.

Trotz aller Maßnahmen zur Reduktion des Zinsänderungsrisikos verbleibt vor dem Hintergrund der extremen Marktverwerfungen ein relativ hohes Risiko aus steigenden Schwankungsbreiten der Zinsen (Volatilitätsrisiko, Vega) aufgrund der in der Eigenmittelanlage eingesetzten optionalen Elemente.

Das Liquiditätsrisiko ist durch die Unterstützung des SoFFin insoweit abgemildert, als dass die IKB die geplanten eigenen Maßnahmen zur Liquiditätsbeschaffung in Ruhe und in einem sich wieder normalisierenden Marktumfeld umsetzen können wird.

Die Risikotragfähigkeit ist per 31. März 2009 zwar sowohl aus der Eigenkapitalgeber- als auch Fremdkapitalgebersicht gegeben, sie ist aber sehr angespannt. Durch die Verluste hat sich die Risikodeckungsmasse deutlich reduziert, während gleichzeitig krisenbedingt der ökonomische Eigenkapitalbedarf zur Abdeckung der Risiken angestiegen ist. Im Falle einer deutlichen Ausdehnung der aktuellen Rezession auch über das Jahr 2010 hinaus und einer nochmaligen gravierenden Belastung des Kapitalmarktes, wie er nach dem Zusammenbruch des Bankhauses Lehman Brothers beobachtet werden musste, wäre die Risikotragfähigkeit nicht mehr gegeben.

Aus diesem Grund nutzt die Bank alle wirtschaftlich vertretbaren Möglichkeiten, ihre Risikopositionierung aktiv deutlich weiter zu verringern. Dies betrifft sowohl die Adressenausfallrisiken, die nicht zuletzt auch durch den Abbau des Immobilienportfolios reduziert werden sollen, als auch die Marktpreisrisiken. So wird der schon seit Beginn der Krise eingeschlagene Weg des strukturellen Abbaus der Zinsposition weiter vorangetrieben.

Der Fortbestand der IKB hängt davon ab, dass die

- seitens des SoFFin für die Vergabe der Garantien,
- von der EU-Kommission für die Genehmigung der Beihilfe und
- vom Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes

gemachten Auflagen eingehalten werden und die EU-Kommission auch den erweiterten SoFFin-Garantierahmen genehmigt.

Hierzu ist es insbesondere erforderlich, dass

- die Kernkapitalquote von mindestens 8 % auf Ebene des Einzelinstituts und der Institutsgruppe eingehalten wird,
- die Konzernbilanzsumme bis zum 30. September 2011 auf € 33,5 Mrd. reduziert wird,
- das Segment Immobilienfinanzierung sowie die Aktivitäten an den Standorten Luxemburg und New York termingerecht aufgegeben werden und
- die Risikotragfähigkeit auch zukünftig unter Berücksichtigung der vorstehenden Punkte sowie des neuen Geschäftsmodells gegeben ist.

Sofern es zur Einhaltung der Kernkapitalquote von mindestens 8 % und zur Gewährleistung der Risikotragfähigkeit in den nächsten Geschäftsjahren nicht gelingt, Risikopositionen in ausreichendem Maße abzubauen, ist die Zuführung von weiterem Eigenkapital erforderlich.

Diese Vorgaben hat die IKB nicht nur in ihrer Planung berücksichtigt, sondern auch Prozesse und Gremien für das dafür erforderliche nachhaltige Bilanzstrukturmanagement geschaffen. Dazu gehört neben der Veräußerung bestimmter, nicht mehr zum Kerngeschäft der Bank gehörender Risikoaktiva an institutionelle Investoren auch die Veränderung der Refinanzierungsstruktur.

Neben der zeitlichen Komponente der Umsetzung der EU-Auflagen werden auch die Auswirkungen auf die wichtigsten wirtschaftlichen Kenngrößen wie Kernkapital, laufende Ertragsbelastungen und Liquidität laufend überwacht.

Für den Fall, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise länger als erwartet anhalten sollte, besteht für die Umsetzung der Maßnahmen allerdings Raum für ggf. erforderliche Anpassungen. Je nach Dauer der Marktverwerfungen muss beispielsweise der Verkauf von Bilanzaktiva nicht um jeden Preis vorgenommen werden, um die EU-Auflagen zu erfüllen. Auch bei einer temporären Unterschreitung der von dem SoFFin geforderten Mindestkernkapitalquote können mit dem SoFFin geeignete Maßnahmen abgestimmt werden.

Der Vorstand geht allerdings davon aus, dass die Auflagen fristgerecht umgesetzt und gleichzeitig die wirtschaftlichen Vorgaben eingehalten werden.

5. Ereignisse nach dem 31. März 2009 (Nachtragsbericht)

Seit dem 31. März 2009 haben sich die folgenden neuen Entwicklungen ergeben.

Kernkapitalstärkung durch Lone Star

Die von LSF6 Rio. S.à.r.l. im November und Dezember 2008 übernommenen Nachrangschuldverschreibungen der IKB AG im Gesamtnennbetrag von 101,5 Mio. € wurden am 4. Juni 2009 auf die LSF6 Europe Financial Holding L.P. übertragen. Durch eine Verzichts- und Besserungsvereinbarung zwischen der LSF6 Europe Financial Holdings L.P. und der IKB AG vom 5. Juni 2009 hat die LSF6 Europe Financial Holdings L.P. als Inhaberin von Nachrangschuldverschreibungen der IKB AG im Gesamtnennbetrag von 101,5 Mio. € auf ihren Rückzahlungsanspruch und künftige Zinszahlungsansprüche gegen die IKB AG aus diesen Schuldverschreibungen, auflösend bedingt durch den Eintritt des Besserungsfalles, verzichtet und dadurch eine Zuzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von 101,5 Mio. € gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB erbracht. Der Besserungsfall tritt ein, soweit die IKB AG einen Jahresüberschuss ausweisen könnte sowie die bankaufsichtsrechtliche Eigenkapitalquote von mindestens 9,0 % auf Einzelinstitutsebene einhält.

Weiterhin wird sich am 14. Juli 2009 mit Ausgabe der Aktien an LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, im Anschluss an die Wandlung der am 11. Dezember 2008 gekauften Schuldverschreibungen mit bedingter Wandlungspflicht und bedingtem Wandlungsrecht der IKB AG in Höhe von 123,5 Mio. € das Grundkapital der Bank um 123,5 Mio. € erhöhen. Das Grundkapital der IKB AG wird ab dem 14. Juli 2009 1.621 Mio. € (vorher: 1.498 Mio. €) betragen, eingeteilt in 633.326.261 (vorher: 585.075.911) nennwertlose Stückaktien. Der Lone-Star-Anteil am Grundkapital der IKB AG wird sich nach Lieferung der Aktien auf 91,5 % erhöhen.

Erweiterung des Garantierahmens des SoFFin

Mit der Begebung einer staatlich garantierten Emission über 1 Mrd. € im April 2009 wurde der Garantierahmen des SoFFin über 5 Mrd. € vom Dezember 2008 vollständig ausgenutzt.

Am 3. Juli 2009 hat der SoFFin gegenüber der IKB AG seine Absicht erklärt, den Garantierahmen der IKB für neu zu begebende Schuldverschreibungen um 7 Mrd. € zu erweitern. Nach vertraglicher Umsetzung dieser Entscheidung und der noch ausstehenden Genehmigung der EU-Kommission – Notifizierung ist bereits erfolgt – wird die IKB insgesamt über einen Garantierahmen von 12 Mrd. € verfügen, von dem bisher 5 Mrd. € für die Emission von staatsgarantierten Schuldverschreibungen genutzt wurden.

Bedingung des Garantierahmenvertrages ist u. a., dass die IKB auch in Zukunft eine Kernkapitalquote von mindestens 8 % einhält.

In diesem Zusammenhang wurde vom Prüfungsverband Deutscher Banken e.V. in seiner Eigenschaft als Dienstleister für den Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes zur Aufrechterhaltung der Einlagensicherung die Begrenzung der geschützten Kundeneinlagen auf ein Volumen von maximal 11 Mrd. € (bisher 9 Mrd. € bis zum 30. September 2011) für die Laufzeit der SoFFin-Garantien festgelegt.

Die Mitglieder des Vorstands der IKB AG verzichten ab dem 3. Juli 2009 bis zum 31. Dezember 2010 freiwillig auf Zahlungen, die den Betrag von 500 Tsd. € p.a. übersteigen. Nebenleistungen (z. B. Kfz, Versicherungen, Pensionsabschlagszahlungen, Telefonnutzung) bleiben hiervon unberührt. Nachzahlungen sind erst ab Auslaufen der SoFFin-Garantien zulässig.

Die staatsgarantierten Schuldverschreibungen aus dem erweiterten Rahmen dürfen über maximal 4 Mrd. € eine Laufzeit von bis zu 36 Monaten und über maximal 3 Mrd. € eine Laufzeit von bis zu 60 Monaten haben, müssen jedoch spätestens am 31. Dezember 2014 fällig sein. Auf den Betrag der am 30. Juni 2013 noch ausstehenden SoFFin-garantierten IKB-Anleihen zahlt die IKB AG zusätzlich zu den vereinbarten Garantiegebühren 2 % bei Fälligkeit an den SoFFin.

Mit der Erweiterung des Garantierahmens nutzt die IKB das vom Bund bereitgestellte Garantieinstrument, weil die Situation an den Geld- und Kapitalmärkten gerade für Banken weiterhin so schwierig ist, dass eine adäquate Refinanzierung für die IKB derzeit kaum möglich ist.

Mit staatsgarantierten Emissionen beabsichtigt die IKB, ihre Liquidität weiterhin sicherzustellen und das Geschäft mit ihren mittelständischen Kunden zu stabilisieren. Die IKB hat keine SoFFin-Leistungen für Rekapitalisierung oder Risikoübernahme beantragt.

Die erste staatlich garantierte Emission unter diesem Garantierahmen ist für Ende Juli 2009 geplant.

Stand Umsetzung der EU-Auflagen

Der Stand der Umsetzung der EU-Auflagen stellt sich Ende Juni 2009 wie folgt dar:

- Segment Immobilienfinanzierung: Das Kreditvolumen in diesem Segment wurde bereits um 10 % abgebaut (Zwischenziel bis 30. September 2010: Abbau 20 %); die Abwicklung/Verkauf betroffener Tochtergesellschaften ist angelaufen.
- Movesta Lease and Finance GmbH: Der Prozess zur Veräußerung des 50%-Anteils der IKB AG an der Movesta Lease and Finance GmbH ist schon weit vorangeschritten. Nach dem weitgehend abgeschlossenen Due-Diligence-Prozess finden derzeit weiterführende Analysen und Vertragsverhandlungen auf exklusiver Basis mit Kaufinteressenten statt. Die Unterzeichnung des Kaufvertrages soll im August 2009 erfolgen.
- IKB CC, New York: Das Zwischenziel „Abbau von 25 % des Kreditportfolios bis zum 30. September 2010“ – ausgehend von einem Kreditportfolio in Höhe von nominal 1,2 Mrd. € per 31. März 2007 – ist mit einem aktuellen Stand von nominal 0,9 Mrd. € per 31. März 2009 bereits weitgehend erreicht. Per 30. Juni 2009 wurde dieses Ziel bereits umgesetzt, da das Kreditportfolio nur noch rund 0,61 Mrd. € umfasst.
- IKB S.A.: Zur Abwicklung der IKB S.A. und zur Übernahme bestimmter Aufgaben durch die Muttergesellschaft werden zurzeit die konzeptionellen und praktischen Vorbereitungen getroffen.
- Die Geschäftstätigkeiten der IKB in Amsterdam wurden bereits eingestellt.
- Der Verkauf nicht strategischer Aktivpositionen ist bereits weit fortgeschritten; das Kreditvolumen per 31. März 2009 hat sich im Vergleich zum 31. März 2007 von 1,7 Mrd. € auf 0,6 Mrd. € verringert.

Personalia

Mit Wirkung vom 27. April 2009 hat Herr Dr.-Ing. E.h. Eberhard Reuther sein Aufsichtsratsmandat bei der IKB AG niedergelegt. Durch Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf wurde Herr Dr. Thomas Rabe, Berlin, Mitglied des Vorstands der Bertelsmann AG, mit Wirkung zum 23. Juni 2009 zum Mitglied des Aufsichtsrats der IKB AG bestellt.

Herr Dr. Reinhard Grzesik, Mitglied des Vorstands der IKB AG, ist auf eigenen Wunsch und aus persönlichen Gründen zum 3. Juli 2009 aus dem Vorstand der IKB AG ausgeschieden. Der Vorstand der IKB AG wird auf vier Mitglieder verkleinert. Die Aufgabengebiete von Herrn Dr. Grzesik, Finanzen, Steuern, Immobilien und IT, übernahm Herr Dr. Dieter Glüder, bislang im IKB-Vorstand verantwortlich für Produkte, Treasury und Volkswirtschaft. Zusätzlich zu ihren bisherigen Aufgaben übernahmen der Vorstandsvorsitzende, Herr Hans Jörg Schüttler, das Treasury und der Vertriebsvorstand, Herr Dr. Michael H. Wiedmann, den Produktbereich und den Bereich Volkswirtschaft. Herr Claus Momburg ist im Vorstand der IKB AG weiterhin für Risikomanagement, Credit Operations sowie Personal zuständig.

6. Prognosebericht

Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Vorstand erwartet, dass die Rahmenbedingungen für das Kerngeschäft der Bank im weiteren Verlauf des Jahres 2009 und in 2010 noch schwieriger werden:

Als Folge der Zuspitzung der internationalen Finanzkrise im Herbst 2008 hat sich der globale Abschwung dramatisch verschärft. Weltweit sind nahezu alle Länder direkt oder indirekt über Folgewirkungen betroffen, wie z. B. die Liquiditätsklemme auf den Interbankenmärkten, den Vertrauensverlust auf den Kapitalmärkten, Nachfrageeinbrüche im Welthandel oder fallende Rohstoffpreise. Damit hat sich die Finanzkrise zu einer realwirtschaftlichen globalen Krise ausgeweitet.

Deutschlands Exportwirtschaft – die treibende Kraft des vorangegangenen Aufschwungs – wurde durch den weltweiten Einbruch der Nachfrage nach Investitionsgütern besonders hart getroffen. Nach und nach hat sich die Krise zudem auf die Gesamtwirtschaft ausgeweitet. Damit befindet sich Deutschland seit Herbst 2008 in der tiefsten Rezession seit Gründung der Bundesrepublik.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrem Frühjahrsgutachten davon aus, dass das BIP 2009 um 6 % schrumpfen wird. Für 2010 ist mit keiner durchgreifenden Erholung zu rechnen. Dabei werden die Exporte 2009 im Zuge des Einbruchs im Welthandel deutlich um über 20 % sinken und im darauffolgenden Jahr nur leicht um 2 % zunehmen.

Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen, die für das Kreditgeschäft der Bank wichtigste gesamtwirtschaftliche Determinante, dürften ebenfalls im Sog der weltweiten Krise und angesichts der Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Konjunktur deutlich zurückgefahren werden. Die Forschungsinstitute erwarten für 2009 ein Minus von 16 % und einen weiteren Rückgang von 2 % in 2010. Dagegen dürften die Bauinvestitionen anziehen, weil die Investitionsprogramme der öffentlichen Hand zum Tragen kommen. Auch ist zu erwarten, dass der private Konsum zunächst stützend wirkt. Mit dem zunehmenden Arbeitsplatzrisiko wird sich die Konsumneigung aber verschlechtern, sodass der private Verbrauch zum Jahresende 2009 deutlich sinkt.

Ein wesentlicher Faktor für die weitere Entwicklung ist, dass das Vertrauen in die Banken weltweit möglichst bald wiederhergestellt wird. Das wird nicht ohne eine wirkungsgerechte staatliche Unterstützung gelingen. Erst dann wird die Kreditvergabe sich wieder den Notwendigkeiten einer wirtschaftlichen Erholung vollumfänglich anpassen.

In Europa (EU 27) wird die Wirtschaftsleistung nach einem Wachstum von 0,9 % in 2008 im Zuge der globalen Rezession um 4 % in 2009 und 0,5 % in 2010 schrumpfen.

Eingetrübt haben sich auch die Aussichten für die Staaten Mitteleuropas. Die Folgen der Finanzkrise sind auch hier deutlich zu spüren. In der Region insgesamt zeichnet sich seit dem dritten Quartal 2008 eine Abschwächung der Wirtschaftsentwicklung ab, wobei der Verlauf in den einzelnen Länder sehr unterschiedlich ist. Insgesamt werden in der Region ein Sinken des Bruttoinlandsprodukts um 1,7 % in 2009 und eine leichte Erholung um 0,8 % in 2010 erwartet.

Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die Auflagen der EU-Kommission zwingen zu einer grundlegenden Überarbeitung der Geschäftsaktivitäten der IKB. Unter anderem ist das Immobilienfinanzierungsgeschäft einzustellen, die Konzernbilanzsumme muss bis zum 30. September 2011 auf 33,5 Mrd. € verringert werden. Die IKB wird deshalb das Kundengeschäft stärker auf nicht bilanzwirksame Dienstleistungen konzentrieren.

Die Geschäftsbeziehungen zu den Firmenkunden sollen durch eine verbesserte Marktdurchdringung (bessere Ausschöpfung der vorhandenen Kundenbeziehungen und erhöhte Gewinnung von Neukunden) sowie die Einführung bzw. den Vertrieb neuer Produkte ausgebaut werden. Der langfristige Unternehmenskredit sowie strukturierte Finanzierungsformen werden wesentliche Produkte bleiben, aber durch Beratungs- und Serviceleistungen, die keine oder nur geringe Kreditrisiken bzw. Bilanzbelastung bedeuten, ergänzt werden. Die intensivere Ausschöpfung des Kundenpotenzials spiegelt sich auch in der Reorganisation des Vertriebs und des Produktmanagements wider. Kundenverantwortung und Produktmanagement werden getrennt.

Innovative Finanzierungslösungen für die Kunden sollen integraler Bestandteil des Geschäftsmodells bleiben. Über Verbriefungen soll das Wachstum der Assets under Management mit der Einhaltung der EU-Auflage zur Begrenzung der Konzernbilanzsumme, dem vorhandenen Eigenkapital und der Liquidität in Einklang gebracht werden.

Der Bankenmarkt ist im Umbruch. Über die zukünftige Marktstruktur kann deshalb derzeit noch wenig ausgesagt werden. Die Margen im Firmenkundengeschäft werden voraussichtlich ansteigen. Die zügige (Re-)Fokussierung auf die Rolle einer Bank, die Unternehmen gerade aus dem Mittelstand innovative Dienstleistungen und Produkte zur Verfügung stellt, ist in diesem Umfeld ratsam und erfolgversprechend. Die Unternehmen müssen sich selbst an die bzw. in der Rezession anpassen und brauchen hierfür einen beratenden Partner.

Darüber hinaus zeichnen sich regulatorische Änderungen bzw. Restriktionen hinsichtlich höherer Eigenkapital- und Liquiditätspuffer im Bankensektor ab, deren Einhaltung durch Verbriefungen gezielt gesteuert werden kann.

Vermögenslage

Durch die Kapitalerhöhung konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Stabilisierung der Vermögenslage der IKB erreicht werden. So haben sich die Solvabilitätskoeffizienten der IKB deutlich verbessert und liegen trotz der im vergangenen Geschäftsjahr angefallenen Verluste deutlich höher als noch zu Beginn des Geschäftsjahres.

Ungeachtet des weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Umfelds erwartet die IKB auch für die Zukunft, dass ihre Solvabilitätskennziffern alle gesetzlichen Anforderungen erfüllen werden. Die IKB geht außerdem davon aus, dass ihre Solvabilitätskennziffern weiterhin bestimmte Mindestwerte übersteigen werden, zu denen sie sich vertraglich verpflichtet hat. Hierzu gehört insbesondere die Einhaltung einer Kernkapitalquote von mindestens 8 % durch die IKB AG. Zur Sicherung dieser und anderer Mindestquoten wird die IKB gegebenenfalls, insbesondere bei einer Fortsetzung des wirtschaftlichen Abschwungs, weitere Maßnahmen zur Stärkung ihrer Kapitalbasis durchführen.

Liquiditätssituation

Durch die Bewilligung einer weiteren Garantie in Höhe von 7 Mrd. € durch den SoFFin und den in Kürze geplanten Vertragsabschluss kann mit Hilfe der nachfolgend geplanten Emissionen und Assetverkäufe i.H.v. 3,9 Mrd. € die Liquidität der IKB für einen Prognosezeitraum von etwa zwei Jahren planmäßig sichergestellt werden. Die IKB hat sich im Zusammenhang mit den im Dezember 2008 bewilligten und bereits ausgeschöpften Garantien über 5 Mrd. € gegenüber dem SoFFin u. a. zu einer regelmäßigen umfangreichen Berichterstattung, zur Umsetzung der EU-Auflagen und zur Einhaltung einer Kernkapitalquote von 8 % verpflichtet. Diese Anforderungen gelten u. a. auch für die erweiterte Garantie über 7 Mrd. € vom 3. Juli 2009.

Besicherte Finanzierungen und die Beleihung von Wertpapieren oder Krediten bei der Zentralbank sind für alle Banken wesentliche Refinanzierungsquellen geworden, auch für die IKB. Im Interbankengeschäft nutzt die Bank ebenfalls das Instrument der besicherten Geldaufnahme zur Deckung der Liquiditätsbedarfe. Voraussetzung für die Refinanzierung in unbesicherter Form ist eine Normalisierung an den internationalen Kapitalmärkten. Darüber hinaus wird die IKB einen noch größeren Teil ihres Kreditgeschäftes als in der Vergangenheit durch die Aufnahme von Mitteln bei den öffentlichen Förderbanken refinanzieren.

In der Planung enthalten ist ein Liquiditätseffekt von 3,9 Mrd. € aus Assetverkäufen, die für die Erfüllung der EU-Auflagen betreffend die Reduktion der Bilanzsumme erforderlich sind. Somit sind auch die geplanten Asset-Verkäufe ein wichtiger Baustein für die Liquiditätsversorgung.

Die Bank nutzt zudem die Möglichkeit der Mittelaufnahme über durch die Einlagensicherung abgesicherte Geldmarktgeschäfte und Schuldscheindarlehen. Seit dem vierten Kalenderquartal 2008 hat die Bank mehr als 1 Mrd. € neue Kundeneinlagen gewinnen können, wobei der Schwerpunkt bei Termingeldeinlagen liegt. Vereinzelt konnten auch Schuldscheindarlehen bei institutionellen Anlegern und Unternehmen platziert werden.

Vor dem Hintergrund des aktuellen Ratings (Baa3/BBB-) wird die Emission von ungesicherten Inhaberschuldverschreibungen am Kapitalmarkt, wenn überhaupt, nur sehr selektiv und in kleinen Abschnitten möglich sein. Dies kann sich durch Veränderung des Anlegerverhaltens und/oder positive Ratingveränderungen auf längere Sicht besser darstellen.

Die künftige Liquiditätssituation ist weiterhin abhängig von der Neugeschäftsentwicklung und dem Abrufverhalten der Kunden aus bestehenden Kreditzusagen. Beide Faktoren wurden ausreichend konservativ in den Liquiditätsbedarf eingeplant.

Daneben können auch Collateral-Anforderungen der Bankpartner, insbesondere aus dem Derivategeschäft, die Liquidität der Bank beeinflussen. Die potenziellen Risiken hieraus werden ebenfalls in der Liquiditätsplanung abgebildet.

Ertragslage

Die Bank wird nach Abschluss der Restrukturierung voraussichtlich eine deutlich andere Ertragsstruktur und ein insgesamt niedrigeres Ertragsniveau haben als in den Geschäftsjahren vor 2007/08, da die in den Vorjahren vereinnahmten Erträge aus Portfolioinvestments deutlich zurückgehen. Die Geschäftsjahre 2009/10 und 2010/11 werden erheblich durch die Folgewirkungen der Finanzmarktkrise und die Ausweitung auf die Realwirtschaft und damit den Unternehmenssektor beeinträchtigt sein. Belastend wirken insbesondere die Einschränkung des Neugeschäftes sowie erhöhte Risikovorsorgen und die stark gestiegenen Refinanzierungskosten. Darüber hinaus wird die IKB durch Senkung der Sachkosten um 30 % auf Jahresbasis und Abbau von voraussichtlich 370 Arbeitsplätzen im Konzern die Kosten deutlich reduzieren. Mittelfristiges Ziel ist das Erreichen einer angemessenen Rendite aus dem operativen Geschäft auf das eingesetzte Kapital. Hierfür ist es erforderlich, dass aus dem geplanten Aufbau der Beratungsdienstleistungen zusätzliche Provisionserträge erzielt werden.

Die weitere Entwicklung der Bank hängt zudem davon ab, dass sich die Bank adäquat refinanzieren kann. Dafür sind neben dem erweiterten Garantierahmen des SoFFin eine Normalisierung der Kapitalmärkte zumindest für besicherte Mittelaufnahmen und die Wiederherstellung von Vertrauen in die Banken generell sowie daraus resultierende günstigere Refinanzierungskosten als unter den SoFFin-Garantien erforderlich.

Die Bedienung der Besserungsabreden im Zusammenhang mit der Bereitstellung von 1.050 Mio. € bankaufsichtsrechtlichem Kernkapital durch die KfW Bankengruppe im Geschäftsjahr 2007/08, der Besserungsabrede im Zusammenhang mit dem Verzicht von LSF6 Europe Financial Holdings L.P. auf den Rückzahlungsanspruch und künftige Zinszahlungsansprüche aus den im November und Dezember 2008 übernommenen Nachrangschuldverschreibungen der IKB AG sowie von Wertaufholungsrechten der hybriden Kapitalgeber führen voraussichtlich dazu, dass für mehrere Geschäftsjahre keine oder nur geringe Überschüsse im Konzern und in der IKB AG ausgewiesen werden.

7. Vergütungsbericht

Der vorliegende Vergütungsbericht bezieht sich auf die Vergütung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder im bzw. für das Geschäftsjahr 2008/09 und stellt die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in diesem bzw. für dieses Geschäftsjahr dar. Er berücksichtigt die Regelungen des Handelsgesetzbuches sowie die Grundsätze des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Das Vergütungssystem des Vorstands

Im Geschäftsjahr 2008/09 hat sich die Zusammensetzung des Vorstands – wie schon im vorigen Geschäftsjahr – deutlich geändert. In dem Zeitraum, auf den sich dieser Vergütungsbericht bezieht, gehörten dem Vorstand die folgenden Mitglieder an:

- Hans Jörg Schüttler (Mitglied und Vorsitzender des Vorstands seit 1. November 2008),
- Dr. Günther Bräunig (Mitglied und Vorsitzender des Vorstands bis 31. Oktober 2008),
- Dr. Dieter Glüder,
- Dr. Reinhard Grzesik,
- Dr. Andreas Leimbach (1. April 2008 bis 31. Januar 2009),
- Claus Momburg,
- Dr. Michael H. Wiedmann (seit 1. März 2009).

Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer festen jährlichen Grundvergütung, einer erfolgsabhängigen variablen Vergütung sowie erfolgsunabhängigen Nebenleistungen und Pensionszusagen zusammen. Aktienoptionspläne oder vergleichbare Gestaltungen bestehen nicht. Vier Vorstandsmitglieder erhalten bzw. erhielten neben ihrer festen jährlichen Grundvergütung zum Ausgleich für eine nicht vereinbarte Altersversorgung zusätzlich einen monatlichen Betrag von 10.000 € brutto.

Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Situation der Bank wurde von der Entwicklung einer neuen Vergütungsstruktur bisher abgesehen. Für die Festlegung der Vorstandsvergütung im Einzelnen ist das Aufsichtsratspräsidium zuständig.

Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Vorstands insgesamt sowie die besondere Situation der Bank. Die Angemessenheit der jeweiligen Gesamtvergütungen wird regelmäßig vom Aufsichtsratspräsidium überprüft. Etwaige Bezüge aus Konzernmandaten werden einbezogen.

Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile

Die erfolgsunabhängige Jahresgrundvergütung wird monatlich als Gehalt ausgezahlt. Zusätzlich erhalten die Vorstandsmitglieder Nebenleistungen in Form von Sachbezügen, die im Wesentlichen aus Versicherungsprämien und der Dienstwagennutzung bestehen. Als Vergütungsbestandteil sind diese Nebenleistungen vom einzelnen Vorstandsmitglied zu versteuern. Die konkrete Höhe variiert bei den einzelnen Vorstandsmitgliedern je nach der persönlichen Situation. Kredite oder Vorschüsse wurden Vorstandsmitgliedern im Berichtsjahr nicht gewährt.

Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile

Gemäß den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex umfassen die monetären Vergütungsbestandteile der Gesamtvergütung fixe und variable Bestandteile. Die variable Vergütungskomponente hat – bis auf einen 30 bzw. 60%igen Mindestanteil der Zieltantieme – Risikocharakter, sodass es sich hierbei nicht um eine gesicherte Vergütung handelt. Eine nachträgliche Änderung der vereinbarten Erfolgsziele ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Grundlage der variablen Vergütung ist zunächst das Erreichen der mit jedem aktiven Vorstandsmitglied für das jeweilige Geschäftsjahr an dessen Anfang schriftlich vereinbarten Ziele. Die Festlegung der erreichten variablen Vergütung erfolgt dann entsprechend dem Erreichungsgrad der Ziele. Maximal ist eine Tantieme von 200 %, minimal von 30 %, in je einem Fall von 50 % bzw. 60 % der Zieltantieme möglich. Darüber hinaus kann das Aufsichtsratspräsidium bei der Festlegung der variablen Bezüge nach seinem Ermessen weitere Aspekte berücksichtigen. Dies kann zu einer höheren oder niedrigeren Tantieme innerhalb der festgelegten Grenzen führen. Für das Geschäftsjahr 2008/09 hat der Aufsichtsrat mit den Vorstandsmitgliedern ausschließlich Ziele zur Stabilisierung der Bank vereinbart. Die variablen Vergütungen für das Geschäftsjahr 2008/09 wurden in einer Sitzung am 11. Mai 2009 durch das Aufsichtsratspräsidium festgelegt. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation der Bank auf der einen Seite und in Anerkennung ihres außerordentlichen Engagements im Rahmen der Restrukturierung auf der anderen Seite erhalten die Vorstandsmitglieder Herr Dr. Glüder, Herr Momburg, Herr Schüttler und Herr Dr. Wiedmann ihre jeweilige Zieltantieme.

Herr Dr. Grzesik bekommt für den Fall eines Kontrollwechsels eine Mindesttantieme von 150 %, wobei ein Kontrollwechsel vorliegt, wenn ein Dritter allein oder durch ihm entsprechend § 22 WpHG zuzurechnende Stimmrechte einen Stimmrechtsanteil erlangt, der in einer ordentlichen Hauptversammlung der IKB AG zu einem Stimmrechtsanteil in Höhe von mindestens der Hälfte des präsenten stimmberechtigten Grundkapitals geführt hätte. Die Bedingung ist mit dem Erwerb der KfW-Anteile im Geschäftsjahr 2008/09 durch LSF6 Europe Financial Holdings L.P. eingetreten.

Für Herrn Dr. Bräunig wurde auf dessen Wunsch die Mindesttantieme festgesetzt. Das Aufsichtsratspräsidium war grundsätzlich bereit, Herrn Dr. Bräunig eine höhere Tantieme auszahlend.

Change of Control

Die am 31. März 2009 amtierenden Vorstandsmitglieder haben keine Change-of-Control-Klausel in ihren Anstellungsverträgen bzw. nachträglich auf eine ursprünglich vereinbarte Klausel verzichtet.

Leistungen durch Dritte

Kein Mitglied des Vorstands hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Leistungen oder entsprechende Zusagen von einem Dritten, ausgenommen Bezüge von Tochterunternehmen der IKB, im Hinblick auf seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied erhalten.

Einzelheiten zur Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2008/09 ergeben sich gemäß den vertraglichen Vereinbarungen und den Beschlüssen des Aufsichtsratspräsidiums aus der nachfolgenden Tabelle:

	Jahresvergütung (in Tsd. €)				Gesamt
	Festbezüge	Variable Bezüge	Pensionsersatz	Wert der Nebenleistungen*	
Hans Jörg Schüttler (seit 1.11.2008)	312	313	50	8	683
Dr. Günther Bräunig (bis 31.10.2008)	321	125		15	461
Dr. Dieter Glüder	442	650		43	1 135
Dr. Reinhard Grzesik	480	975	120	17	1 592
Dr. Andreas Leimbach (1.4.2008 bis 31.1.2009)	375	458	100	1 135	2 068
Claus Momburg	410	550		72	1 032
Dr. Michael H. Wiedmann (seit 1.3.2009)	40	46	10	1	97
Gesamt	2 380	3 117	280	1 291	7 068

* Einschließlich der erhaltenen Vergütungen für die Übernahme von Organfunktionen bei Tochterunternehmen in Höhe von 67 Tsd. € (Herr Dr. Glüder 20 Tsd. €, Herr Momburg 47 Tsd. €) sowie Zahlung einer Abfindung an Herrn Dr. Leimbach in Höhe von 1.120 Tsd. €

Für das vorangegangene Geschäftsjahr 2007/08 belief sich die Jahresvergütung des Gesamtvorstands auf 4.264 Tsd. €. Hiervon entfielen 1.967 Tsd. € auf Festbezüge, 2.044 Tsd. € auf variable Bezüge, 56 Tsd. € auf Pensionsersatzzahlungen und 197 Tsd. € auf Nebenleistungen.

Im Rahmen der „Erweiterung des Garantierahmens des SoFFin“ (siehe Nachtragsbericht) verzichteten die Mitglieder des Vorstands der IKB AG ab dem 3. Juli 2009 bis zum 31. Dezember 2010 freiwillig auf Zahlungen, die den Betrag von 500 Tsd. € p.a. übersteigen. Nebenleistungen (z. B. Kfz, Versicherungen, Pensionsabschlagszahlungen, Telefonnutzung) bleiben hiervon unberührt. Nachzahlungen sind erst ab Auslaufen der SoFFin-Garantien zulässig.

Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit

Das ausgeschiedene Vorstandsmitglied Herr Dr. Leimbach hatte gemäß den mit ihm getroffenen Vereinbarungen das Recht, bei Eintritt neuer Mehrheitsverhältnisse im Aktionärskreis die vorzeitige Beendigung des Dienstvertrages zu verlangen. Die Vereinbarung dieser Klausel war zu den Zeiten der Existenzkrise der IKB mit anstehendem Wechsel des Hauptaktionärs notwendig, um eine qualifizierte Führungskraft gewinnen zu können. Herr Dr. Leimbach hat auf eigenen Wunsch und aus persönlichen Gründen das Dienstverhältnis zum 31. Januar 2009 beendet. Zur Abgeltung der Ansprüche aus dem Dienstvertrag hat Herr Dr. Leimbach eine für den Fall des Ausscheidens bei Eintritt neuer Mehrheitsverhältnisse im Aktionärskreis vertraglich vereinbarte Abfindung in Höhe von 1.120 Tsd. € erhalten (ein Jahresgehalt zzgl. Pensionsersatzleistungen zzgl. einer Tantieme in Höhe 100%igen Zieltantieme für das Geschäftsjahr 2008/09).

Rückzahlungsansprüche der Gesellschaft

Das Aufsichtsratspräsidium hatte in seiner Sitzung am 16. Februar 2008 beschlossen, die für das Geschäftsjahr 2006/07 im Juli 2007 gezahlten erfolgsabhängigen Vergütungen an den Vorstand zurückzufordern.

Mit dem ehemaligen Vorstandsmitglied Herrn Braunsfeld wurde in Bezug auf die Rückzahlung der Tantieme für das Geschäftsjahr 2006/07 eine Aufhebungsvereinbarung zu seinem Dienstvertrag geschlossen, in dessen Rahmen der Rückzahlungsanspruch (25 Tsd. €) verrechnet wurde.

Die Tantiemeansprüche zwischen der IKB und den ehemaligen Vorstandsmitgliedern Herrn Dr. Doberanzke und Herrn Dr. Guthoff wurden im Dezember 2008 erledigt. Herr Dr. Doberanzke und Herr Dr. Guthoff haben die von der Bank zurückgeforderten Tantiemen (583 Tsd. € bzw. 600 Tsd. €) freiwillig und ohne Anerkenntnis einer Rechtspflicht in Höhe von 494 Tsd. € bzw. 499 Tsd. € im Oktober und Dezember 2008 zurückgezahlt. Die Rückzahlungen erfolgten einvernehmlich. Die Differenzen zu den Bruttobeträgen stellen die Höhe der steuerlichen Nachteile dar, da die Rückzahlungen der bereits im Jahre 2007 ausgezahlten Tantiemen erst im Jahr 2008 erfolgten. Darüber hinaus berücksichtigt der Differenzbetrag bei Herrn Dr. Doberanzke auch, dass er im Geschäftsjahr 2006/07 nur zehn Monate als Vorstand der Bank tätig war. Im Rahmen der Rückzahlungsvereinbarungen mit Herrn Dr. Doberanzke und Herrn Dr. Guthoff ist mit beiden Herren die Zahlung der bis dahin einbehaltenen Vergütungen für die Übernahme von Beiratstätigkeiten in Konzernunternehmen der IKB im Geschäftsjahr 2006/07 von 24 Tsd. € bzw. 50 Tsd. € vereinbart worden. Die Vergütungen wurden im Januar 2009 gezahlt.

Herr Momburg hat die zurückgeforderte Tantieme des Geschäftsjahres 2006/07 (558 Tsd. €) im Geschäftsjahr 2008/09 an die IKB zurückgezahlt.

In Bezug auf das ehemalige Vorstandsmitglied Herr Neupel rechnet die IKB seit Mai 2008, soweit rechtlich zulässig, den Rückzahlungsanspruch auf die überzahlte Tantieme für das Geschäftsjahr 2006/07 (451 Tsd. €) monatlich mit seinen Pensionsansprüchen gegen die IKB auf. Herr Neupel hat diesbezüglich Klage im Urkundenverfahren auf Zahlung seiner Pensionen für die Monate Mai bis Juli 2008 erhoben. Das im Dezember 2008 ergangene Vorbehaltsurteil ist zugunsten von Herrn Neupel entschieden worden. Aufgrund des von der Gesellschaft beantragten Vorbehalts wird nunmehr ein Nachverfahren durchgeführt. Die Gesellschaft macht gegenüber Herrn Neupel darüber hinaus Schadenersatz geltend für nicht genehmigte, von der Gesellschaft

erstattete Aufwendungen in dem von Herrn Neupel von der Gesellschaft angemieteten Wohnhaus sowie für von ihm verantwortete Aufwendungen in dem von Herrn Ortseifen angemieteten Wohnhaus.

Die Rückzahlung der zuviel gezahlten Tantieme (805 Tsd. €) durch Herrn Ortseifen ist Gegenstand eines laufenden Gerichtsverfahrens. Ebenfalls hat die Gesellschaft Herrn Ortseifen und seine Ehefrau auf Zahlung von rückständigen Mietzahlungen und Räumung des von der Gesellschaft angemieteten Wohnhauses verklagt. Auch macht die Gesellschaft gegenüber Herrn Ortseifen Schadenersatz geltend für nicht genehmigte, von der Gesellschaft erstattete Aufwendungen in dem von Herrn Ortseifen angemieteten Wohnhaus sowie für von ihm verantwortete Aufwendungen in dem von Herrn Neupel angemieteten Wohnhaus.

Altersversorgung

Die Vorstandsmitglieder Herr Dr. Glüder und Herr Momburg haben nach dem Ausscheiden aus dem Unternehmen in folgenden Fällen einen Anspruch auf Ruhegeldzahlungen: bei Erreichen der Regelaltersgrenze von derzeit 63 Jahren, dauerhafter Arbeitsunfähigkeit sowie bei vorzeitiger Beendigung oder Nichtverlängerung des Dienstvertrages. Im letztgenannten Fall erhalten die Vorstandsmitglieder bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres als sogenanntes Übergangsgeld ein vermindertes Ruhegeld, soweit die Ursache der vorzeitigen Beendigung oder Nichtverlängerung nicht auf Verschulden (Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit) oder die Ablehnung eines gleichen oder günstigeren Angebots zur Vertragsverlängerung zurückgeht. Für Herrn Dr. Glüder gilt diese Regelung ab 16. Oktober 2008. Bis zu diesem Zeitpunkt bestand eine Versorgungszusage im Rahmen seines vor Eintritt in die IKB bestehenden Anstellungsverhältnisses mit der KfW. Hierfür hat die IKB an die KfW die anfallenden Zuführungsbeträge in Höhe von 72 Tsd. € zur Fortsetzung der Zusage vom 1. April 2008 bis zum 15. Oktober 2008 gezahlt. Herr Momburg hat durch Vereinbarung auf seinen dienstvertraglichen Anspruch auf Übergangsgeld verzichtet, allerdings unter der aufschiebenden Bedingung, dass ein Gericht in einem rechtskräftigen Urteil schuldhaftes Verhalten (Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit) seiner Person im Zusammenhang mit der Krise der Bank feststellt. Keines der anderen Vorstandsmitglieder hat Anspruch auf Zahlung eines Übergangsgeldes im Falle des Ausscheidens.

Die zu gewährende Versorgungsleistung ist abhängig von der Dauer der Vorstandstätigkeit. Der Grundanspruch beträgt für die Herren Dr. Glüder und Momburg 35 bzw. 50 % des ruhegeldfähigen Einkommens. Die Höhe des Übergangsgeldes ist abhängig von dem Alter des Vorstandsmitglieds und der Dauer seiner Vorstandstätigkeit und liegt zwischen 5 und 75 % der letzten Jahresgrundvergütung. Anderweitig erworbene Ruhegeldansprüche und anderweitige Arbeitseinkünfte werden in bestimmtem Umfang auf die Ruhegeldzahlungen der Gesellschaft angerechnet. Laufende Renten werden jährlich gemäß der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland angepasst.

Nach dem Tod von Herrn Dr. Glüder oder Herrn Momburg wird ein vermindertes Ruhegeld als Hinterbliebenenversorgung ausgezahlt. Witwen erhalten lebenslang bis zu 60 % des Ruhegeldes. Das Witwengeld entfällt bei Wiederverheiratung. Unterhaltsberechtignte Kinder erhalten mindestens bis zur Erreichung des 18. Lebensjahres und darüber hinaus längstens bis zum 25. Lebensjahr für die Dauer der Schul- oder Berufsausbildung einschließlich des Wehr- oder Zivildienstes 15 % des Ruhegeldes (25 %, falls kein Anspruch auf Witwengeld besteht). Übersteigen Witwen- und Waisengelder zusammen den Betrag des Ruhegeldes, erfolgt eine anteilige Kürzung der Waisengelder um den übersteigenden Betrag.

Für die künftigen Ruhegeldansprüche der Vorstandsmitglieder hat die Gesellschaft Pensionsrückstellungen gebildet, im Pensionsfall ergeben sich folgende Zahlungen:

in Tsd. €	Jahresbezüge bei Eintritt des Pensionsfalles Stand: 31.3.2009	Zuführung zur Pensions- rückstellung per 31.3.2009 (Service Cost)
Dr. Dieter Glüder	360*	421
Claus Momburg	308*	115

* Unterstellt eine Bestellung bis zur Beendigung des 63. Lebensjahrs

Die Vorstandsmitglieder Herr Dr. Grzesik, Herr Schüttler und Herr Dr. Wiedmann haben wegen abweichender Regelungen der Altersversorgung mit der IKB keinen Anspruch auf Ruhegeldzahlungen bzw. lediglich bei Eintritt einer dauerhaften Arbeitsunfähigkeit. Das ausgeschiedene Vorstandsmitglied Herr Dr. Leimbach hat ebenfalls keinen Anspruch auf Ruhegeldzahlungen. Das ausgeschiedene Vorstandsmitglied Herr Dr. Bräunig hat eine Versorgungszusage im Rahmen seines vor Eintritt in die IKB bestehenden Anstellungsverhältnisses mit der KfW erhalten. Hierfür hat die IKB an die KfW die anfallenden Zuführungsbeträge in Höhe von 82 Tsd. € zur Fortsetzung der Zusage vom 1. April 2008 bis zu seinem Ausscheiden am 31. Oktober 2008 gezahlt.

Frühere Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtvergütung der früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen belief sich auf 3.097 Tsd. € (Vorjahr: 3.882 Tsd. €). Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2008/09 – neben der Abfindung an Herrn Dr. Leimbach in Höhe von 1.120 Tsd. € – an zwei ehemalige Vorstandsmitglieder im Rahmen von Abfindungsvereinbarungen Beträge in Höhe von 1.313 Tsd. € ausgezahlt. Für einen dieser Abfindungsbeträge wurde bereits im Geschäftsjahr 2007/08 eine Rückstellung in Höhe von 800 Tsd. € gebildet. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 45.959 Tsd. € (Vorjahr: 42.536 Tsd. €) zurückgestellt.

Das Vergütungssystem des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 11 der Satzung der IKB AG geregelt. Sie trägt – in Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften und entsprechend den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex – der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder sowie der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des IKB-Konzerns Rechnung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten neben einer festen auch zwei variable, erfolgsorientierte Vergütungskomponenten. Die kurzfristige Komponente ist von der Höhe der Dividende abhängig und die langfristige richtet sich nach dem Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses je Aktie; beide Komponenten werden aber auch nur dann gezahlt, wenn eine Dividende von mindestens 4 % des Grundkapitals ausgeschüttet wird. Als feste Vergütung erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats, neben dem Ersatz ihrer Auslagen, zu denen auch die auf ihre Bezüge entfallende Umsatzsteuer gehört, für jedes Geschäftsjahr 20.000,- €. Daneben erhalten die Aufsichtsratsmitglieder für jedes Geschäfts-

jahr eine variable Vergütung in Höhe von 200,- € für je 0,01 € Dividende, die über 0,30 € je Aktie hinaus für das abgelaufene Geschäftsjahr an die Aktionäre ausgeschüttet wird. Ferner wird eine weitere variable Vergütung in Höhe von 90,- € für jede 0,01 € gezahlt, um die der Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses je Aktie den Betrag von 0,30 € übersteigt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte und jeder Stellvertreter das Eineinhalbfache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds. Die Vergütung erhöht sich außerdem für jede Mitgliedschaft in einem Aufsichtsratsausschuss jeweils um das 0,25-Fache und für jeden Vorsitz in einem Ausschuss zusätzlich jeweils um das 0,25-Fache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds. Abweichend hiervon erhalten die Mitglieder des Nominierungsausschusses aufgrund eines Beschlusses des Aufsichtsrats vom 5. Februar 2009 keine zusätzliche Vergütung für ihre Tätigkeit. Die zusätzlichen Vergütungen für die Ausschussarbeit können maximal die Höhe der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds erreichen. Mitglieder des Aufsichtsrats, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat oder einem Ausschuss angehören, erhalten für jeden angefangenen Monat ihrer Tätigkeit eine zeitanteilige Vergütung.

Die Aufsichtsratsvergütung ist von anderen Kennzahlen abhängig als die Vorstandsbezüge, sodass eine unerwünschte Angleichung der Vergütungsinteressen beider Gremien ausgeschlossen ist. Mit der jährlichen festen Vergütung von 20.000,- € soll insbesondere der Unabhängigkeit des Aufsichtsrats Rechnung getragen werden, die zur Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion erforderlich ist. Außerdem soll hierdurch eine angemessene und vom wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens unabhängige Mindestvergütung gewährleistet sein. Das dividendenabhängige Vergütungselement soll zu einem gewissen Gleichklang der Vergütungsinteressen des Aufsichtsrats mit den Renditeerwartungen der Aktionäre führen. Durch die Bindung eines weiteren Teils der variablen Vergütung an den Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses enthält die Aufsichtsratsvergütung auch einen auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen Bestandteil.

Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2008/09 erhalten die Aufsichtsratsmitglieder, unter der Annahme, dass aufgrund der Lage der Gesellschaft keine Dividende gezahlt wird, keine variable Vergütung.

Die Aufsichtsratsmitglieder Herr Scherrer, Herr Dr. von Köller, Herr Brahin, Herr Dr. Nolting und Herr Dr. Tuczka haben auf die feste Vergütung zugunsten der Gesellschaft verzichtet.

Über ihre feste Vergütung hinaus haben Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr keine weiteren Vergütungen bzw. Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere für Beratungs- und Vermittlungsleistungen, erhalten.

Einzelheiten zur Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2008/09 ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

In Tsd. €	Gesamt (nur feste Vergütung; variable Vergütung entfällt, da keine Dividende gezahlt wird)
Bruno Scherrer (seit 30.10.2008) (Vorsitzender seit 30.10.2008)	Verzicht
Dr. Karsten von Köller (seit 16.12.2008) (stellv. Vorsitzender seit 1.1.2009)	Verzicht
Werner Oerter (bis 31.12.2008) (bis 30.10.2008 Vorsitzender)	35
Detlef Leinberger (bis 6.10.2008) (stellv. Vorsitzender bis 6.10.2008)	26
Dieter Pfundt (bis 31.12.2008) (stellv. Vorsitzender bis 31.12.2008)	30
Dieter Ammer (bis 30.11.2008)	13
Jörg Asmussen (bis 27.5.2008)	3
Dr. Jens Baganz (bis 30.11.2008)	13
Stefan A. Baustert (seit 25.3.2009)	2
Wolfgang Bouché	30
Olivier Brahin (seit 22.1.2009)	Verzicht
Hermann Franzen (bis 31.12.2008)	19
Dr. Lutz-Christian Funke (seit 22.1.2009)	5
Ulrich Grillo	20
Arndt G. Kirchhoff (seit 25.3.2009)	2
Jürgen Metzger	20
Werner Möller (vom 28.8 bis 18.11.2008) (stellv. Vorsitzender vom 8.10.2008 bis 18.11.2008)	10
Dr. Claus Nolting (seit 22.1.2009)	Verzicht
Roland Oetker (bis 30.11.2008)	17
Dr. Christopher Pleister (vom 28.8.2008 bis 1.2.2009)	10
Dr.-Ing. Eberhard Reuther	20
Randolf Rodenstock (bis 3.12.2008)	15
Rita Röbel (bis 30.11.2008)	13
Dr. Michael Rogowski (bis 28.8.2008)	8
Jochen Schametät (bis 30.11.2008)	13
Dr. Carola Steingräber	20
Dr. Alfred Tacke (bis 31.12.2008)	23
Dr. Andreas Tuczka (seit 22.1.2009)	Verzicht
Dr. Martin Viessmann (bis 25.3.2009)	20
Ulrich Wernecke	22
Andreas Wittmann	20
Zwischensumme	429
Auslagenersatz Aufsichtsrat gesamt	69
Gesamt	498

8. Sonstige Finanzinformationen

Angaben gem. § 315 Abs. 4 HGB

Das Grundkapital der Gesellschaft zum 31. März 2009 betrug 1.497.794.332,16 € und war eingeteilt in 585.075.911 auf den Inhaber lautende Stückaktien. Alle Aktien gewähren die gleichen Rechte. Jede Aktie gewährt eine Stimme und ist maßgebend für den Anteil am Gewinn.

Die Hauptversammlung der IKB AG hatte am 27. März 2008 eine Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen von 247.794.332,16 € um bis zu 1.486.765.992,96 € auf bis zu 1.734.560.325,12 € unter Gewährung von Bezugsrechten an die Aktionäre beschlossen. Die KfW hatte zugesagt, dass aus der Kapitalerhöhung so viele entstehende neue Aktien der IKB AG gezeichnet oder übernommen werden, dass der IKB AG aus der Kapitalerhöhung mindestens 1,25 Mrd. € (vor Kosten) zufließen werden. Die neuen Aktien wurden den Aktionären der Gesellschaft in der Zeit vom 29. Juli 2008 bis 11. August 2008 für 2,56 € je neue Aktien zum Bezug angeboten. Von der KfW sind insgesamt 487.288.757 und von sonstigen Aktionären 992.493 neue Aktien für je 2,56 € bezogen worden. Die Durchführung der Kapitalerhöhung ist am 24. Oktober 2008 in das Handelsregister eingetragen worden. Hierdurch stieg das Grundkapital der Gesellschaft um 1.250.000.000,00 € auf 1.497.794.332,16 €.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. August 2013 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 500.000.000,00 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 195.312.500 neuen Aktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2008/09 kein Gebrauch gemacht.

Durch Beschluss der Hauptversammlung am 28. August 2008 wurde der Vorstand weiter ermächtigt, bis zum 27. August 2013 Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € mit einer Laufzeit von maximal 20 Jahren zu begeben und den Inhabern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 123.749.998,08 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Die Restermächtigung zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen von bis zu 245.700.000,00 € sowie das dazugehörige bedingte Kapital von bis zu 13.667,84 € wurden durch Beschluss der Hauptversammlung am 28. August 2008 aufgehoben.

In Ausnutzung der Ermächtigung vom 28. August 2008 hat der Vorstand der Gesellschaft am 19. November 2008 beschlossen, nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 123.671.070,72 € mit bedingter Wandlungspflicht und bedingtem Wandlungsrecht auf bis zu 48.309.012 Aktien der Gesellschaft aus dem bedingten Kapital mit Bezugsrecht der Aktionäre zu begeben. Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht sind, dass die gegen die Ermächtigung vom 28. August 2008 gerichtete Anfechtungsklage erledigt wird und das zu der Ermächtigung gehörende bedingte Kapital

bestandskräftig im Handelsregister der Gesellschaft eingetragen ist. Die Wandelschuldverschreibungen wurden den Aktionären der Gesellschaft in einem nicht öffentlichen Bezugsangebot in der Zeit vom 24. November 2008 bis 8. Dezember 2008 zum Bezug angeboten. Eine Tochtergesellschaft der Unternehmensgruppe Lone Star, die LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, hatte sich verpflichtet, alle Schuldverschreibungen zu übernehmen, die nicht von anderen Aktionären gezeichnet wurden. Von Aktionären der Gesellschaft sind Schuldverschreibungen über insgesamt 150.174,72 € und von Lone Star (LSF6 Rio S.à.r.l.) der Restbetrag von 123.520.896,00 € bezogen bzw. übernommen worden. Eine Schuldverschreibung von nominal 23,04 € berechtigt zum Bezug von 9 neuen Aktien aus dem bedingten Kapital zu einem Wandlungspreis von 2,56 € je Aktie. Die Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht sind seit dem 1. Juli 2009 erfüllt, sodass seit diesem Zeitpunkt ein jederzeitiges Wandlungsrecht besteht. Eine Wandlungspflicht besteht spätestens am 11. April 2012 oder bereits früher, wenn bestimmte aufsichtsrechtliche Kennziffern der Gesellschaft unterschritten werden.

Nachdem die LSF6 Rio S.à.r.l., am 2. Juli 2009 im vollen Umfang von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch gemacht hat, erhöht sich das Grundkapital der Gesellschaft mit Ausgabe der Bezugsaktien um 123.520.896,00 € auf 1.621.315.228,16 €.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 wurde die Gesellschaft zudem ermächtigt, bis zum 27. Februar 2010 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2008/09 kein Gebrauch gemacht.

In der Hauptversammlung am 28. August 2008 wurde die Gesellschaft außerdem ermächtigt, bis zum 27. Februar 2010 eigene Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Aktienerwerb darf auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen durchgeführt werden. Solche Aktienerwerbe sind auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung am 28. August 2008 über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigungen erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Die erworbenen Aktien dürfen nach Wahl des Vorstands über die Börse oder in anderer Weise veräußert bzw. zu einem Teil oder insgesamt eingezogen werden. Von diesen Ermächtigungen wurde im Geschäftsjahr 2008/09 kein Gebrauch gemacht.

Durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 24. März 2014 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 247.499.996,16 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 96.679.686 neuen Aktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Gegen diesen Beschluss sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist.

Durch weiteren Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 24. März 2014 Wandel- bzw. Optionsgenussscheine sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € zu begeben und den Inhabern der Genussscheine oder Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 618.749.990,40 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Die Restermächtigung zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsverschreibungen von bis zu 776.328.929,28 € ist durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung am 25. März 2009 aufgehoben worden. Gegen diese Beschlüsse sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist.

Die Bundesrepublik Deutschland ist zu 80 % an der KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main, beteiligt, die bis zum 24. Oktober 2008 unmittelbar und mittelbar über ihre 100%ige Tochtergesellschaft KfW Beteiligungsholding GmbH, Frankfurt am Main, 45,48 % der Stimmrechte an der IKB AG hielt. Am 24. Oktober 2008 erhöhte sich der unmittelbar und mittelbar über die KfW Beteiligungsholding GmbH gehaltene Stimmrechtsanteil der KfW Bankengruppe auf 90,81 %. Seit 29. Oktober 2008 wird dieser Stimmrechtsanteil von 90,81 % unmittelbar von den LSF6 Europe Financial Holdings, L.P. (Delaware), Dallas, USA, und mittelbar von den LSF6 Europe Partners, LLC (Delaware), Dallas, USA, Lone Star Europe Holdings, L.P. (Bermuda), Hamilton, Bermuda, Lone Star Europe Holdings, Ltd. (Bermuda) Hamilton, Bermuda und Herrn John P. Grayken, USA, gehalten. Aufgrund der Ausübung von Wandlungsrechten aus Schuldverschreibungen der Gesellschaft durch eine Tochtergesellschaft der Unternehmensgruppe Lone Star, der LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, am 2. Juli 2009 erhöht sich der Stimmrechtsanteil der Unternehmensgruppe Lone Star mit Ausgabe der Bezugsaktien geringfügig auf 91,5 %.

Der Stimmrechtsanteil der Stiftung zur Förderung der Forschung für die gewerbliche Wirtschaft (Stiftung Industrieforschung), Köln, hat am 24. Oktober 2008 den angabepflichtigen Schwellenwert von 10 % unterschritten.

Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat nach Maßgabe des § 84 AktG und § 6 der Satzung bestellt und abberufen. Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die Zahl der Mitglieder bestimmt der Aufsichtsrat. Die Bestellung erfolgt für eine Amtszeit von höchstens fünf Jahren. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Die Satzung der Gesellschaft kann gemäß § 179 Abs. 1 AktG und § 17 der Satzung nur durch Beschluss der Hauptversammlung geändert werden. Der satzungsändernde Beschluss bedarf, sofern das Aktiengesetz nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreibt, einer Zweidrittelmehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, kann auch der Aufsichtsrat beschließen.

Die Vereinbarungen mit zwei ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für den Fall eines Kontrollwechsels bei der Gesellschaft sind im Vergütungsbericht dargestellt. Die Anstellungsverträge der Mitarbeiter enthalten keine Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels.

Bericht des Vorstands zu den Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB


Der Vorstand hat im Konzernlagebericht für die Gesellschaft Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB gemacht und erläutert diese wie folgt:

- Die Zusammensetzung des Grundkapitals ergibt sich aus § 5 der Satzung. Die Gesellschaft hat lediglich Stammaktien ausgegeben; Vorzugsaktien oder Sonderrechte einzelner Aktionäre bestehen nicht.
- Im Hinblick auf den Ablauf der beiden Ermächtigungen, jeweils am 27. Februar 2010, zum Erwerb und zur Veräußerung eigener Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels und zu anderen Zwecken beabsichtigt der Vorstand, die ordentliche Hauptversammlung des Jahres 2009 zu bitten, neue Ermächtigungen gleicher Art zu erteilen.
- Die IKB verfügt mit LSF6 Europe Financial Holdings L.P., einem Unternehmen des Finanzinvestors Lone Star, über einen Hauptaktionär, der die weitere Fokussierung auf die mittel- und langfristige Finanzierung des deutschen Mittelstandes mit einem erweiterten Angebot im Firmenkundengeschäft unterstützt.
- Die Ernennung und Abberufung der Vorstandsmitglieder folgt den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen. Gemäß der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat ernennt der Aufsichtsrat aus der Mitte des Vorstands den Vorsitzenden des Vorstands. Satzungsänderungen werden in gesetzlich zulässigem Umfang erleichtert.

Düsseldorf, 13. Juli 2009

IKB Deutsche Industriebank AG
Der Vorstand

Konzernabschluss nach International Financial Reporting Standards zum 31. März 2009

- 
- Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
 - Konzernbilanz
 - Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen
 - Kapitalflussrechnung
 - Konzernanhang (Notes)

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2008 bis 31. März 2009

	Notes	1.4.2008– 31.3.2009 in Mio. €	1.4.2007– 31.3.2008 in Mio. €* in Mio. €*	Veränderung in %
Zinsüberschuss	(23)	302,6	451,6	-33,0
Zinserträge		2 560,7	3 315,6	-22,8
Zinsaufwendungen		2 258,1	2 864,0	-21,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(24)	589,6	255,2	>100,0
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		-287,0	196,4	
Provisionsüberschuss	(25)	33,2	54,7	-39,3
Provisionserträge		53,7	67,0	-19,9
Provisionsaufwendungen		20,5	12,3	66,7
Fair-Value-Ergebnis	(26)	-162,1	-1 830,2	-91,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	(27)	-282,1	-979,9	-71,2
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	(28)	-8,4	1,7	
Verwaltungsaufwendungen	(29)	375,3	386,0	-2,8
Personalaufwendungen		179,4	190,7	-5,9
Andere Verwaltungsaufwendungen		195,9	195,3	0,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(30)	131,3	666,3	-80,3
Sonstige betriebliche Erträge		491,3	866,3	-43,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen		360,0	200,0	80,0
Ergebnis aus Risikoübernahme	(31)	-	2 401,0	-100,0
Restrukturierungsaufwand	(32)	51,8	-	
Operatives Ergebnis		-1 002,2	124,0	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(33)	-426,5	128,8	
Sonstige Steuern		4,6	5,8	-20,7
Konzernfehlbetrag		-580,3	-10,6	>100,0
Ergebnis Konzernfremde		0,3	-0,1	
Konzernfehlbetrag nach Ergebnis Konzernfremde		-580,0	-10,7	>100,0
Ergebnisverwendung		502,5	-	
Konzernbilanzverlust		-77,5	-10,7	>100,0

* Zahlen angepasst

Ergebnis je Aktie

	1.4.2008– 31.3.2009	1.4.2007– 31.3.2008*	Veränderung in %
Konzernfehlbetrag nach Ergebnis Konzernfremde (Mio. €)	-580,0	-10,7	>100,0
Durchschnittliche Anzahl ausgegebener Stückaktien (Mio.)	308,2	90,0	>100,0
Ergebnis je Aktie (€)	-1,88	-0,12	>100,0

* Zahlen angepasst

Im Berichtszeitraum erhöhte sich die Anzahl der ausgegebenen Stückaktien durch Kapitalerhöhung mit Wirkung vom 24. Oktober 2008 auf 585.075.911 nennwertlose Stammaktien. Somit waren im Geschäftsjahr 2008/09 durchschnittlich 308.160.243 Aktien ausgegeben.

Die IKB hat am 11. Dezember 2008 eine Schuldverschreibung mit bedingter Wandelpflicht begeben. Da die vorgegebene Bedingung (Pflichtwandlung) am 31. März 2009 noch nicht erfüllt war, sind gemäß IAS 33 bedingt emissionsfähige Aktien nicht in das unverwässerte bzw. verwässerte Ergebnis je Aktie einzubeziehen.

Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2009

	Notes	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €* in Mio. €*	Veränderung in %
Aktiva				
Barreserve	(8, 34)	4,2	308,8	-98,6
Forderungen an Kreditinstitute	(9, 35)	2 979,5	2 850,3	4,5
Forderungen an Kunden	(9, 36)	27 927,9	28 843,6	-3,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(10, 37)	-997,7	-861,2	15,8
Handelsaktiva	(11, 38)	3 732,8	3 637,7	2,6
Finanzanlagen	(12, 39)	10 236,3	12 839,7	-20,3
davon zum 31. März 2009 631,4 Mio. € (31. März 2008: 1.957,0 Mio. €) als Sicherheit hinterlegte Finanzanlagen, frei zum Verkauf oder zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer				
At equity bilanzierte Unternehmen	(13, 40)	7,5	14,7	-49,0
Immaterielle Anlagewerte	(14, 41)	19,1	32,1	-40,5
Sachanlagen	(15, 42)	256,1	218,8	17,0
Laufende Ertragsteueransprüche	(16, 43)	57,7	44,8	28,8
Latente Ertragsteueransprüche	(16, 44)	256,2	183,6	39,5
Sonstige Aktiva	(17, 45)	228,2	2 111,1	-89,2
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	(46)	3,1	-	
Gesamt		44 710,9	50 224,0	-11,0
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(9, 47)	15 318,7	17 449,3	-12,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(9, 48)	5 818,8	5 751,5	1,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	(18, 49)	14 025,9	18 184,8	-22,9
Handelspassiva	(11, 50)	5 480,0	5 410,9	1,3
Rückstellungen	(19, 20, 51, 52)	172,3	83,7	>100,0
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	(16, 53)	94,8	88,1	7,6
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(16, 54)	139,6	149,2	-6,4
Sonstige Passiva	(17, 55)	514,1	163,4	>100,0
Nachrangkapital	(21, 56)	1 391,7	1 779,7	-21,8
Eigenkapital	(22, 57)	1 755,0	1 163,4	50,9
Gezeichnetes Kapital		1 497,8	247,8	>100,0
Kapitalrücklage		597,8	597,8	-
Gewinnrücklagen		-206,8	318,3	
Rücklage aus der Währungsumrechnung		-20,5	7,0	
Neubewertungsrücklage		-35,9	2,8	
Anteile in Fremdbesitz		0,1	0,4	-75,0
Konzernbilanzverlust		-77,5	-10,7	>100,0
Gesamt		44 710,9	50 224,0	-11,0

* Zahlen angepasst

Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen (SORIE⁴)

	2008/09 in Mio. €	2007/08 in Mio. €*	Veränderung in %
Gewinne/Verluste aus der Neubewertung von Wertpapieren	-13,4	-53,9	-75,1
Nicht realisiertes Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren Finanzanlagen	-59,5	-20,2	>100,0
Umbuchungen in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen zur Veräußerung verfügbarer Finanzanlagen	46,1	-33,7	
In die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellte Wertänderungen aus Sicherungsbeziehungen (IFRS 1 IG 60B)	-37,4	-74,8	-50,0
Unrealisierte Gewinne/Verluste aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern: Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode, vor Steuern	-12,1	-	
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-27,5	22,2	
Veränderungen aus versicherungsmathematischen Gewinnen/Verlusten (IAS 19)	-27,2	2,7	
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen	33,2	41,0	-19,0
Saldo der direkt im Eigenkapital erfassten Gewinne/Verluste	-72,3	-62,8	15,1
Konzernfehlbetrag	-580,3	-10,6	>100,0
Summe der erfassten Gewinne und Verluste	-652,6	-73,4	>100,0
Auf Aktionäre der IKB AG entfallend	-652,3	-73,2	>100,0
Auf Anteile Fremder entfallend	-0,3	-0,2	50,0

* Zahlen angepasst

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist Note (57) zu entnehmen.

⁴ Statement of Recognised Income and Expense

Kapitalflussrechnung vom 1. April 2008 bis 31. März 2009

in Mio. €	2008/09	2007/08*
Konzernfehlbetrag	-580,3	-10,6
<i>Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit</i>		
+/- Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	593,2	262,0
+/- Abschreibungen abzüglich Zuschreibungen auf Sachanlagevermögen und Finanzanlagen	383,4	990,0
+/- Veränderungen anderer zahlungsunwirksamer Posten (im Wesentlichen Veränderung der sonstigen Rückstellungen und bestimmter Verbindlichkeiten sowie positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten)	438,5	-2 490,2
+/- Ergebnis aus der Veräußerung von Finanzanlagen	426,4	99,7
+/- Ergebnis aus der Veräußerung von Sachanlagen	-0,1	1,2
+/- Sonstige Anpassungen (im Wesentlichen Umlieferung von Zinsen inklusive Ergebnisse aus Leasinggeschäften und Ertragsteuern)	-338,0	-274,6
Zwischensumme	923,1	-1 422,5
<i>Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile</i>		
+/- Forderungen an Kreditinstitute	-86,0	1 560,0
+/- Forderungen an Kunden	683,7	953,2
+/- Handelsaktiva	-567,0	-1 451,8
+/- Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	1 119,2	286,2
+/- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-2 199,2	3 768,3
+/- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	285,5	1 407,4
+/- Handelspassiva	-51,4	3 834,1
+/- Verbriefte Verbindlichkeiten	-3 858,6	-11 540,8
+/- Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	83,0	-38,7
+/- Erhaltene Zinsen und Dividenden	2 411,1	3 208,5
- Gezahlte Zinsen	-1 931,1	-2 332,9
+/- Ertragsteuerzahlungen	-2,5	-18,4
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-3 190,2	-1 787,4
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
+ Finanzanlagen	5 414,0	4 542,6
+ Sachanlagevermögen	25,6	52,6
Auszahlungen für den Erwerb von		
- Finanzanlagen	-3 622,7	-2 974,5
- Sachanlagevermögen	-97,5	-97,0
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises	8,0	628,5
Cashflow aus Investitionstätigkeit	1 727,4	2 152,2
+ Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	1 250,0	54,3
+/- Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Rücklagen, Nachrangkapital etc.)	-91,8	-139,0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	1 158,2	-84,7
Zahlungsmittelbestand am Ende der Vorperiode	308,8	28,7
+/- Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-3 190,2	-1 787,4
+/- Cashflow aus Investitionstätigkeit	1 727,4	2 152,2
+/- Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	1 158,2	-84,7
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	4,2	308,8

* Zahlen angepasst

Konzernanhang (Notes)

Inhaltsverzeichnis

Grundlagen der Konzernrechnungslegung	127
Sondersachverhalte	131
Änderungen gemäß IAS 8	135
a. Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	135
b. Schätzungsänderungen	135
c. Fehlerkorrektur	136
d. Übersicht der IAS 8-Änderungen	136
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	139
(1) Grundsätze	139
(2) Schätzungen und Beurteilungen des Managements	139
(3) Konsolidierungskreis	141
(4) Konsolidierungsgrundsätze	143
(5) Währungsumrechnung	143
(6) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	144
(7) Klassenbildung von Finanzinstrumenten nach IFRS 7	152
(8) Barreserve	153
(9) Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten/Kunden	153
(10) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	154
(11) Handelsaktiva/-passiva	155
(12) Finanzanlagen	155
(13) At equity bilanzierte Unternehmen	156
(14) Immaterielle Anlagewerte	156
(15) Sachanlagen	156
(16) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen/ Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	157
(17) Sonstige Aktiva/Passiva	158
(18) Verbriefte Verbindlichkeiten	158
(19) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	158
(20) Sonstige Rückstellungen	160
(21) Nachrangkapital	160
(22) Eigenkapital	161

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung 163

(23) Zinsüberschuss	163
(24) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	164
(25) Provisionsüberschuss	165
(26) Fair-Value-Ergebnis	165
(27) Ergebnis aus Finanzanlagen	167
(28) Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	168
(29) Verwaltungsaufwendungen	168
(30) Sonstiges betriebliches Ergebnis	170
(31) Ergebnis aus Risikoübernahme	171
(32) Restrukturierungsaufwand	171
(33) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	171

Erläuterungen zur Aktivseite 173

(34) Barreserve	173
(35) Forderungen an Kreditinstitute	173
(36) Forderungen an Kunden	173
(37) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	174
(38) Handelsaktiva	176
(39) Finanzanlagen	176
(40) At equity bilanzierte Unternehmen	177
(41) Immaterielle Anlagewerte	178
(42) Sachanlagen	178
(43) Laufende Ertragsteueransprüche	178
(44) Latente Ertragsteueransprüche	179
(45) Sonstige Aktiva	180
(46) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	180

Erläuterungen zur Passivseite 181

(47) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	181
(48) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	181
(49) Verbriefte Verbindlichkeiten	182
(50) Handelspassiva	182
(51) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	183
(52) Sonstige Rückstellungen	186
(53) Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	187
(54) Latente Ertragsteuerverpflichtungen	187
(55) Sonstige Passiva	188
(56) Nachrangkapital	188
(57) Eigenkapital	191

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung	196
Erläuterungen zur Segmentberichterstattung	197
(58) Segmentberichterstattung	197
Erläuterungen zu Finanzinstrumenten	200
(59) Ergebnis nach Haltekategorien und Überleitung zur Gewinn- und Verlustrechnung	200
(60) Klasseneinteilung von Finanzinstrumenten nach IFRS 7	202
(61) Beizulegende Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	203
(62) Derivative Geschäfte	206
(63) Kreditrisikoangaben	209
Sonstige Erläuterungen	214
(64) Eventualforderungen/-verbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	214
(65) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	215
(66) Leasing	215
(67) Angaben zu Sicherheiten	217
(68) Wertpapierpensionsgeschäfte	218
(69) Anlagespiegel	219
(70) Restlaufzeitengliederung	220
(71) Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten	221
(72) Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	222
(73) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen	222
(74) Bezüge und Kredite der Organe	225
(75) Corporate Governance Kodex	225
(76) Angaben über Ereignisse nach dem 31. März 2009	225
(77) Organe	226
(78) Konsolidierungskreis zum 31. März 2009	232

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss wurde am 13. Juli 2009 durch den Vorstand aufgestellt und damit i.S.d. IAS 10.17 Satz 1 zur Veröffentlichung freigegeben. Es besteht die Möglichkeit, dass der Aufsichtsrat den Konzernabschluss nicht ohne Änderungen billigt.

Der Konzernabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG (IKB AG) zum 31. März 2009 wurde in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt, soweit diese bis zum Abschlussstichtag, basierend auf der Verordnung Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 und den dazugehörigen Folgeverordnungen, nach EU-Recht anzuwenden sind. Darunter fallen zugleich deren Auslegungen durch das Standing Interpretations Committee (SIC) bzw. International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC). Darüber hinaus wurden die nationalen Vorschriften des § 315a Abs. 1 HGB angewandt.

Der Konzernabschluss enthält neben der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung die Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, die Kapitalflussrechnung sowie den Konzernanhang (Notes). Die Segmentberichterstattung ist den Notes zu entnehmen.

Alle Beträge sind, sofern nicht anders vermerkt, in Mio. € dargestellt. Beträge sind in der Regel auf Mio. €, Prozentzahlen mit einer Nachkommastelle kaufmännisch gerundet. Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen und Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Der vorliegende Konzernabschluss basiert auf Standards und Interpretationen, die innerhalb der Europäischen Union für das Geschäftsjahr verpflichtend anzuwenden sind. Die seit 2008 anzuwendende Interpretation, IFRIC 14 „IAS 19 – Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswerts, Mindestdotierungsverpflichtungen und ihre Wechselwirkung“ wirkt sich nicht auf die IFRS-Konzernbilanz und die Konzerngewinn- und Verlustrechnung der IKB zum 31. März 2009 aus.

Im Oktober 2008 hat das IASB Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 verabschiedet, die eine Umkategorisierung von Finanzinstrumenten unter bestimmten Voraussetzungen und unter ergänzenden Notesangaben zulassen. Galt bisher ein generelles Umkategorisierungsverbot von Finanzinstrumenten aus der Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ (at fair value through profit or loss), so wird mit der Änderung des IAS 39.50 dieses Verbot zum Teil aufgehoben.

Die Änderungen wurden im Oktober 2008 mit sofortiger Wirkung von der Europäischen Union übernommen. Aus den veränderten Standards ergaben sich für die IKB keine Auswirkungen, da von der Möglichkeit zur Umkategorisierung kein Gebrauch gemacht wurde.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Im Folgenden werden Standards und Interpretationen beschrieben, die vor dem Bilanzstichtag der IKB vom IASB veröffentlicht wurden, wobei von der Darstellung der Änderungen von IFRS 2 „Aktienbasierte Vergütung“, den Folgeänderungen des IFRS 1 „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“ in Zusammenhang mit IAS 27 „Konzern- und separate Einzelabschlüsse“, der originären Anpassung von IFRS 1 „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“, IFRIC 12 „Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen“ und IFRIC 13 „Kundenbindungsprogramme“ aus Gründen mangelnder Relevanz für die IKB abgesehen wurde.

Die IKB sieht im vorliegenden Konzernabschluss von einer vorzeitigen und freiwilligen Anwendung der Standards und Interpretationen, deren Anwendung noch nicht verpflichtend ist, ab.

Im November 2006 veröffentlichte das IASB IFRS 8 „Geschäftssegmente“. Der neue Standard wurde im November 2007 in EU-Recht übernommen und ersetzt zukünftig den IAS 14 „Segmentberichterstattung“. Wesentliche Änderungen gegenüber den bisherigen Vorschriften des IAS 14 ergeben sich bei der Abgrenzung der operativen Segmente und deren Bewertungsnormen mit der Einführung des „Management Approach“ im Gegensatz zum bisherigen „Risk and Reward Approach“. Die Darstellung der Segmentinformationen erfolgt zukünftig nach den gleichen internen Bewertungsmaßstäben, nach denen die regelmäßigen internen Managementinformationen erstellt werden. IFRS 8 findet Anwendung für Geschäftsjahre, die ab dem 1. Januar 2009 beginnen. Wesentliche Auswirkungen sind für die IKB aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.

Der überarbeitete IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ wurde im September 2007 veröffentlicht und ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die Änderungen betreffen sowohl terminologische Änderungen als auch erweiterte Vergleichsangaben. Daraus resultieren im Jahr der Umstellung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden oder bei Korrektur von Fehlern Angabepflichten zu drei Bilanzstichtagen. Zum einen führt der neue Standard zu einer inhaltlichen Neugestaltung der Gewinn- und Verlustrechnung. Diese neue Erfolgsrechnung kann wahlweise in einer Tabelle der Gesamterfolgsrechnung (single statement approach) oder durch zwei Rechnungen (two statement approach), der Gewinn- und Verlustrechnung in ihrer bisherigen Form und einer Ergänzungsrechnung, dargestellt werden. Zum anderen zieht die überarbeitete Version des IAS 1 eine veränderte Darstellungsform des Eigenkapitals nach sich. Zukünftig sind in der Eigenkapitalveränderungsrechnung, die in verkürzter Form als eigenständiger Bestandteil des Konzernabschlusses zu zeigen ist, ausschließlich Eigenkapitalveränderungen, die aus Transaktionen mit Anteilseignern resultieren, darzustellen. Transaktionen, die nicht Anteilseigner betreffen, werden in der Aufstellung des Other Comprehensive Income ausgewiesen. Für jede einzelne Komponente des Other Comprehensive Income ist ferner die Angabe der korrespondierenden Ertragsteuer notwendig. Ergänzend hat das Unternehmen sämtliche erfolgswirksamen Umbuchungen (reclassification adjustments) anzugeben, die in früheren Geschäftsjahren innerhalb des Other Comprehensive Income erfolgsneutral direkt mit dem Eigenkapital verrechnet wurden. Die Anwendung des IAS 1 wirkt sich insoweit lediglich auf die Darstellung der verschiedenen Berichtselemente (Bilanz, Gesamterfolgsrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung und die Notes) aus.

Am 29. März 2007 veröffentlichte das IASB eine überarbeitete Fassung von IAS 23 „Fremdkapitalkosten“, die für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen, verpflichtend anzuwenden ist. Bislang bestand nach IAS 23 das Wahlrecht, Fremdkapitalkosten, die dem Erwerb, Bau oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswertes direkt zugeordnet werden können, entweder in der Gewinn- und Verlustrechnung aufwandswirksam zu erfassen oder zu aktivieren. Mit der Verabschiedung des geänderten IAS 23 sind Fremdkapitalkosten, die einem qualifizierten Vermögenswert zugeordnet werden können, zwingend zu aktivieren. Die Anwendung wird für die IKB keine wesentlichen Auswirkungen haben.

Im Februar 2008 veröffentlichte das IASB Änderungen des Standards IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung“, die für Geschäftsjahre ab dem 1. Januar 2009 in Kraft treten. Dabei wurde die Grundstruktur der IFRS-Kapitalabgrenzung nicht verändert. Durch die Novellierung des IAS 32 wurden indes zwei Ausnahmen von dieser Kapitalabgrenzung gewährt. Diese bewirken, dass bestimmte Verpflichtungen zukünftig nicht mehr als Fremdkapital, sondern als Eigenkapital im IFRS-Abschluss auszuweisen sind. Davon betroffen sind zum einen kündbare Finanzinstrumente als auch Finanzinstrumente, aus denen im Liquidationsfall der Gesellschaft eine Zahlungsverpflichtung resultiert, wenn diese gleichzeitig die nachrangigste Kapitalklasse darstellen. In diesem Zusammenhang ergaben sich mit selbem Datum des Inkrafttretens Änderungen zu IAS 1 hinsichtlich der Angaben zu solchen Instrumenten. Für die IKB ergeben sich aus der Novellierung keine Änderungen.

Im Rahmen des fortlaufenden Projekts zur jährlichen Verbesserung der IFRS hat das IASB im Mai 2008 erstmals einen Änderungsstandard veröffentlicht. Im Zusammenhang mit dem jährlichen „Improvements to IFRS“-Projekt wurden eine Reihe von Änderungen an bestehenden Standards durchgeführt, bei denen es sich in der Regel um die Bereinigung von Inkonsistenzen in bzw. zwischen bestehenden Standards oder um Klarstellungen hinsichtlich des Wortlauts handelt. Die meisten dieser Änderungen werden für Geschäftsjahre wirksam, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die für die IKB relevanten Änderungen finden zukünftig in der Bilanzierung Anwendung, wobei nach dem heutigen Kenntnisstand mit keinen wesentlichen Auswirkungen gerechnet wird.

Die folgenden Standards und Interpretationen wurden durch das IASB verabschiedet, aber zum Bilanzstichtag noch nicht in EU-Recht übernommen:

Im Januar 2008 veröffentlichte das IASB eine überarbeitete Fassung des IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“ und eine geänderte Fassung des IAS 27 „Konzern- und separate Einzelabschlüsse“. Beide Änderungen sind für Geschäftsjahre anzuwenden, die ab oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Während in IFRS 3 die Anwendung der Erwerbsmethode auf Unternehmenszusammenschlüsse weiterentwickelt wurde, enthält IAS 27 geänderte Vorschriften zur Ermittlung von Minderheitenanteilen sowie zur Bilanzierung im Fall eines Verlusts des beherrschenden Einflusses auf ein Tochterunternehmen. Veränderungen der Beteiligungsquote des Mutterunternehmens an einem Tochterunternehmen durch den Erwerb von Minderheitenanteile oder die Veräußerung der Anteile an Minderheiten ohne Verlust der Beherrschung sind danach als Eigenkapitaltransaktionen zu bilanzieren. Dabei ist jede Differenz zwischen dem Kaufpreis oder Veräußerungserlös und dem anteiligen Buchwert erfolgsneutral mit der Gewinnrücklage zu verrechnen. Anteilsverkäufe mit Kontrollverlust sind hingegen ergebniswirksam zu erfassen.

Im Juli 2008 hat der IASB eine Änderung zu IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ hinsichtlich qualifizierender gesicherter Grundgeschäfte veröffentlicht. Eine erstmalige Anwendung ist für Geschäftsjahre vorzunehmen, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Die Änderung betrifft die Absicherung von Inflationsrisiken durch Grundgeschäfte in bestimmten Fällen sowie die Designation von Optionen mit ihrem inneren Wert bzw. Zeitwert.

Im Juli 2008 wurde IFRIC 15 „Vereinbarungen über die Errichtung von Immobilien“ veröffentlicht. Die Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die grundsätzliche Fragestellung des IFRIC 15 ist, ob ein Vertrag so ausgestaltet ist, dass er unter den Anwendungsbereich des IAS 11 „Fertigungsaufträge“ fällt, oder die Merkmale überwiegen, die eine Anwendung von IAS 18 „Erträge“ zur Folge haben. Damit verbunden ist die Klärung, ob ein Ertrag erst mit Fertigstellung der Immobilie vereinnahmt werden darf (IAS 18) oder ob der Ertrag entsprechend des Baufortschritts ausgewiesen wird (IAS 11).

Ebenfalls im Juli 2008 wurde IFRIC 16 „Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“ veröffentlicht. Die Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Oktober 2008 beginnen. Aus IFRIC 16 ergeben sich präzisere Bestimmungen zur Qualifikation der abgesicherten Nettoinvestition in einem ausländischen Geschäftsbetrieb.

Im November 2008 wurde IFRIC 17 „Sachauschüttungen an Eigentümer“ veröffentlicht. Die Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Aus der Interpretation ergeben sich Leitlinien, zu welchem Zeitpunkt eine Dividendenverpflichtung anzusetzen und wie diese zu bewerten ist. Darüber hinaus wird durch IFRIC 17 geregelt, auf welche Weise mit Differenzen umzugehen ist, die sich aus dem Buchwert der ausgeschütteten Vermögenswerte gegenüber der Verpflichtung ergeben.

Im März 2009 veröffentlichte das IASB Änderungen zu IFRS 7 „Anhangangaben“. Die Änderungen betreffen Angaben zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) sowie zum Liquiditätsrisiko. Die Angaben zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts werden dahingehend spezifiziert, dass eine Aufgliederung für jede Klasse von Finanzinstrumenten anhand einer dreistufigen Fair-Value-Hierarchie eingeführt wird und der Umfang der Angabepflichten erweitert wird. Des Weiteren werden die Angaben zum Liquiditätsrisiko klargestellt und um weitere Angaben ergänzt. Zum einen wird die Fälligkeitsanalyse zukünftig verstärkt danach ausgerichtet, wie ein Unternehmen sein Liquiditätsrisiko steuert. Zum anderen werden umfangreichere qualitative Angaben zur Steuerung des Liquiditätsrisikos gefordert. In diesem Zusammenhang sind Fälligkeiten und die Höhe der dargestellten Cashflows zu erläutern. Die Änderungen sind anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung wird gesetzlich nicht gefordert.

Ebenfalls im März 2009 veröffentlichte das IASB Änderungen zu IFRIC 9 „Neubeurteilung eingebetteter Derivate“ und IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“, wobei die Änderungen für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen, anzuwenden sind. Dabei wird klargestellt, dass bei einer Umkategorisierung bestimmter Finanzinstrumente aus der Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ (at fair value through profit or loss) die eingebetteten Derivate auf Vorliegen von Trennungspflichten beurteilt und gegebenenfalls separat im Abschluss erfasst werden müssen. Ist jedoch eine Schätzung des beizulegenden Zeitwerts des trennungspflichtigen Derivats nicht möglich, muss das gesamte hybride Finanzinstrument in der Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ verbleiben.

Sondersachverhalte

Neugründung von Zweckgesellschaften

a) Bacchus 2008-1, Bacchus 2008-2, REPV-DS und Sigismund

Überwiegend zum Zwecke der Liquiditätsbeschaffung wurden Forderungen gegen Kunden und Wertpapiere auf neu gegründete Zweckgesellschaften – Bacchus 2008-1 Plc, Dublin, Bacchus 2008-2 Plc, Dublin, REPV-DS Finance 2008-1 GmbH, Frankfurt, und Sigismund CBO 2008-1 S.A., Luxemburg – übertragen. Im Gegenzug wurden entweder alle Schuldtitel der jeweiligen Gesellschaften oder die Schuldtitel, die das wirtschaftliche Risiko vorrangig tragen (sogenannter Junior Loan), erworben.

Der Geschäftszweck dieser Zweckgesellschaften ist auf den Erwerb, das Halten und die Verwertung genau definierter Vermögenswerte, die Emission von Schuldtiteln zur Refinanzierung sowie die Durchführung aller für die Erfüllung der vorgenannten Aufgaben erforderlichen Transaktionen beschränkt. Der Geschäftszweck dieser Gesellschaften ist auf die Bedürfnisse der IKB ausgerichtet. Die Entscheidungen sind entweder in den Vertragsdokumenten bereits festgelegt oder werden durch die IKB getroffen, und die Mehrheit der Chancen und Risiken liegen bei der IKB. Daher werden diese Zweckgesellschaften gemäß IAS 27 i.V.m. SIC-12 konsolidiert. Die von konzernfremden Parteien erworbenen Schuldtitel werden der Kategorie „sonstige finanzielle Verbindlichkeiten“ zugeordnet und zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

b) Rio Debt Holdings (Ireland) Limited

Die IKB hat im Dezember 2008 Portfolioinvestments auf die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited, Dublin, übertragen und gleichzeitig einen Kredit gegeben, der das wirtschaftliche Risiko der übertragenen Portfolioinvestments vorrangig trägt. Durch diese Transaktion hat die IKB die mit den Portfolioinvestments verbundenen Risiken wirtschaftlich auf die Höhe des erworbenen Junior Loan begrenzt. Die weitere Refinanzierung der Zweckgesellschaft wird von konzernfremden Parteien gestellt. Der Geschäftszweck dieser Gesellschaften ist auf die Bedürfnisse der IKB ausgerichtet. Die Entscheidungen sind entweder in den Vertragsdokumenten bereits festgelegt oder werden durch die IKB mitgetroffen, und die Mehrheit der Chancen und Risiken liegen bei der IKB. Daher wird diese Zweckgesellschaft gemäß IAS 27 i.V.m. SIC-12 konsolidiert. Die von Konzernfremden gewährten Refinanzierungsmittel wurden nach IAS 39.11A i.V.m. IAS 39.10 und IAS 39.11 der Kategorie „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeit“ zugeordnet, da sie aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen eingebettete Derivate enthalten, die die Zahlungsströme aus der Verbindlichkeit nicht nur unerheblich verändern bzw. es nicht ohne (erheblichen) Analyseaufwand ersichtlich ist, dass eine Abspaltung des eingebetteten Derivats bzw. der eingebetteten Derivate unzulässig ist.

c) Weinberg 2 Funding Ltd.

Im Rahmen einer ABS-Transaktion haben die Leasinggesellschaften Forderungen aus dem Leasinggeschäft oder aus Mietkaufverträgen an die Zweckgesellschaft Weinberg 2 Funding Ltd., Dublin, verkauft. Infolge der unveränderten Bilanzierung der Forderungen im Abschluss mangels eines echten Forderungsverkaufs wird die Ertrags- und Vermögenslage nur unwesentlich beeinträchtigt. Aus diesem Grund wurde auf eine Konsolidierung verzichtet.

Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)

Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) hat der IKB im Dezember 2008 einen Garantierahmen von bis zu 5 Mrd. € für neu zu begebende Schuldverschreibungen bewilligt. Die Garantien können zur Besicherung von Emissionen genutzt werden. Der IKB-Vorstand hatte einen Antrag auf Garantien gestellt, weil sich die Situation an den Geld- und Kapitalmärkten seit der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 so grundlegend verschlechtert hatte, dass der Handel mit Schuldtiteln von Banken quasi zum Erliegen gekommen war und allgemein eine adäquate Refinanzierung kaum möglich war.

Aufgrund der unverändert angespannten Liquiditätslage der IKB wurden im Januar und März 2009 unter Inanspruchnahme der SoFFin-Garantie zwei Emissionen von festverzinslichen Inhaberschuldverschreibungen mit einem Volumen von jeweils 2,0 Mrd. € begeben. Mit der Begebung einer Emission über 1 Mrd. € im April 2009 wurde der Garantierahmen der SoFFin über 5 Mrd. € vollständig ausgenutzt.

Das mit den Anleihen verbundene Festzinsrisiko wurde durch Abschluss von Zinsswaps eliminiert, wodurch die Anleihen der Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ zugerechnet werden. Entsprechend erfolgt eine (erfolgswirksame) Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert. Für diese Emissionen liegen beobachtbare Marktpreise vor.

Die Garantie des SoFFin stellt eine Finanzgarantie i.S.v. IAS 39.9 dar, die nicht gesondert nach IAS 39 zu bilanzieren ist, sondern den beizulegenden Zeitwert der erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (at fair value through profit or loss) kategorisierten Anleihe beeinflusst.

Verkauf der IKB-Aktien der KfW an Lone Star

Der Anteil der KfW an der IKB AG in Höhe von 90,8 % ist mit Vollzug des Kaufvertrages am 29. Oktober 2008 auf die LSF6 Europe Financial Holdings L.P. (Delaware), Dallas, übergegangen. Bezüglich weiterer Informationen wird auf die Erläuterungen im Konzernlagebericht verwiesen.

Emission einer Pflichtwandelanleihe

Aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung der IKB vom 28. August 2008 hat der Vorstand der IKB AG beschlossen, eine nachrangige Schuldverschreibung über 123,7 Mio. € mit bedingter Wandlungspflicht und bedingtem Wandlungsrecht in einer Stückelung von jeweils 23,04 € zu begeben. Bedingungen für das Entstehen des Wandlungsrechts und der Wandlungspflicht sind die Erledigung der Anlegerklagen und die Eintragung des Beschlusses über die bedingte Kapitalerhöhung im Handelsregister. Nach Eintritt der am 1. Juli 2009 erfüllten Wandlungsbedingungen besteht die Wandlungspflicht spätestens am 12. April 2012 oder bereits früher, wenn bestimmte aufsichtsrechtliche Kennziffern der IKB überschritten werden. Am 2. Juli 2009 hat die LSF6 Rio S.à.r.l. in Höhe von 123,5 Mio. € von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch gemacht.

Den Aktionären wurden diese Schuldverschreibungen in einem nicht öffentlichen Bezugsangebot im Verhältnis von 109 Aktien zu einer Schuldverschreibung zum Bezug angeboten. Eine Schuldverschreibung berechtigt zum Bezug von 9 jungen Aktien zu einem Wandlungspreis von 2,56 € je Aktie.

Die Anleihe stellt Fremdkapital dar und wird unter den Nachrangigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die Anleihe ist der Kategorie „Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten“ zugeordnet, wobei trennungspflichtige eingebettete Derivate erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und separat in den Handelsaktiva/-passiva ausgewiesen werden.

Namensschuldverschreibungen

Am 24. November und 16. Dezember 2008 hat die IKB nachrangige Namensschuldverschreibungen begeben, die mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig ist. Die Rückzahlung erfolgt entweder bei Endfälligkeit in 2018 oder vorzeitig nach Kündigung seitens der Emittentin ab 2013 und an jedem nachfolgenden Zinszahlungstag.

Der Basisvertrag wird der Kategorie „Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten“ zugeordnet und bei Zugang zum beizulegenden Zeitwert (IAS 39.43) und an den nachfolgenden Stichtagen zu fortgeführten Anschaffungskosten (IAS 39.47) ausgewiesen.

Das Kündigungsrecht stellt ein trennungspflichtiges eingebettetes Derivat dar und wird bei Zugang unter den Handelspassiva ausgewiesen und zum Fair Value bewertet.

Durch eine Verzichts- und Besserungsvereinbarung zwischen der LSF6 Europe Financial Holdings L.P. und der IKB AG vom 5. Juni 2009 hat die LSF6 Europe Financial Holdings L.P. als Inhaberin von Nachrangschuldverschreibungen der IKB AG im Gesamtnennbetrag von 101,5 Mio. € auf ihren Rückzahlungsanspruch und künftige Zinszahlungsansprüche gegen die IKB AG aus diesen Schuldverschreibungen auflösend bedingt durch den Eintritt des Besserungsfalles verzichtet.

Auflösung des Risikoschirms

Am 24. Juli 2008 wurde eine Vereinbarung zwischen der IKB und der KfW Bankengruppe (KfW) zur vorzeitigen Ablösung des restlichen Risikoschirms für Portfolioinvestments des IKB-Konzerns getroffen. Der damit verbundene Credit Default Swap und die Garantie wurden vorzeitig vollständig abgerechnet und aufgelöst. Dadurch wurden vormals in den Sonstigen Aktiva enthaltene Forderungen gegenüber der KfW Bankengruppe in Höhe von 358 Mio. € getilgt. Im Gegenzug hat die IKB der KfW eine Restgebühr von 1 Mio. € und 5 Mio. US\$ gezahlt, die im Sonstigen betrieblichen Aufwand enthalten ist.

Im Rahmen des Settlement Agreements vom 28. Oktober 2008 zwischen der KfW und der IKB wurden Restbeträge aus der Haftungsübernahme (Risikoschirm wegen Havenrock-Gesellschaften) der KfW an die IKB überwiesen. Diese umfassten Haftungen wegen Havenrock I Ltd. in Höhe von 856,3 Mio. US\$ und wegen Havenrock II Ltd. in Höhe von 332,6 Mio. US\$.

Bilanzierung von Restrukturierungsmaßnahmen

Den Restrukturierungssachverhalten wurden im Konzernabschluss durch außerplanmäßige Abschreibungen auf von der Restrukturierung betroffene Vermögenswerte, den Ansatz von Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen und die Klassifizierung von Vermögenswerten als „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte“ Rechnung getragen.

Lagen Anhaltspunkte dafür vor, dass der Buchwert den erzielbaren Betrag unterschreitet, wurden Abschreibungen auf den erzielbaren Betrag vorgenommen. Der erzielbare Betrag ist der niedrige aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert eines Vermögenswertes.

Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen werden bei der IKB angesetzt, wenn zum Bilanzstichtag ein detaillierter formeller Plan für die Restrukturierungsmaßnahmen besteht und bereits mit der Verwirklichung dieses Planes begonnen wurde oder die wesentlichen Details der Restrukturierung bekannt gemacht worden sind. Der detaillierte Plan umfasst die betroffenen Geschäftsbereiche, die ungefähre Anzahl der Mitarbeiter, die im Fall einer betriebsbedingten Kündigung entschädigt werden müssen, die damit verbundenen Kosten und den Zeitraum, in dem die Restrukturierungsmaßnahme durchgeführt werden soll. Der detaillierte Plan muss in einer Art und Weise kommuniziert werden, dass die Betroffenen mit seiner Verwirklichung rechnen können. Die gebildeten Rückstellungen umfassen Verpflichtungen aus der Freisetzung von Personal, der Auflösung von Vertragsverhältnissen und weiteren Kosten der Restrukturierung. Die Rückstellungen wurden mit dem Betrag bewertet, der auf Basis einer bestmöglichen Schätzung zur Erfüllung dieser Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlich ist. Rückstellungen, bei denen die Erfüllung nicht innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag erfolgt, wurden abgezinst.

Die Position Restrukturierungsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthält weitere im Zusammenhang mit Restrukturierungen stehende Aufwendungen, die zwangsweise im Zuge der Restrukturierung entstehen und nicht mit den laufenden Aktivitäten des Unternehmens in Zusammenhang stehen, aber nicht in der Restrukturierungsrückstellung enthalten sind.

Im Rahmen der Restrukturierung werden zur Veräußerung vorgesehene Vermögenswerte als langfristig gehaltener Vermögenswert, der zur Veräußerung vorgesehen gehalten wird, klassifiziert, wenn der vorgesehene Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird. Dies ist der Fall, wenn der Vermögenswert unter den gegenwärtigen Bedingungen sofort veräußerbar ist und eine Veräußerung innerhalb von 12 Monaten nach der Klassifizierung als „Zur Veräußerung gehaltener langfristiger Vermögenswert“ in hohem Maße wahrscheinlich ist.

Änderungen gemäß IAS 8

Der vorliegende Abschluss enthält im Vergleich zum Vorjahr verschiedene Änderungen. Um eine Vergleichbarkeit zwischen den Abschlüssen zu gewährleisten, wurden im Vergleich zum letztjährigen Konzernabschluss, der am 8. Juli 2008 aufgestellt wurde, die nachfolgend beschriebenen Anpassungen vorgenommen:

a. Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Erträge und Aufwendungen aus dem Operating-Leasing-Geschäft werden aus dem Zinsüberschuss in das Sonstige betriebliche Ergebnis umgegliedert. Hieraus ergibt sich zum 31. März 2008 eine Minderung der Zinserträge um 116,8 Mio. € und eine Minderung der Zinsaufwendungen um 112,7 Mio. € sowie eine Erhöhung der Sonstigen betrieblichen Erträge um 116,8 Mio. € und eine Erhöhung der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 112,7 Mio. €.

Planerträge aus den Contractual Trust Arrangements (CTA) werden nicht mehr im Personalaufwand, sondern innerhalb der Zinserträge ausgewiesen. Hieraus resultierten eine Erhöhung der Zinserträge und eine Erhöhung der Personalaufwendungen um jeweils 9,5 Mio. €.

b. Schätzungsänderungen

Bei der Ermittlung der Portfoliowertberichtigungen wurden im Berichtsjahr die Parameter zur Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit an die Ausfalldefinition gemäß Basel II angepasst. Zusätzlich wurden die auf Basis historischer Werte abgeleiteten Ausfallwahrscheinlichkeiten zur Anpassung an die Konjunkturerwartung durch die Verwendung von makroökonomischen Parametern in dem Modell erhöht.

Das Risikomanagement verwendete bisher zur Berechnung von Ausfallwahrscheinlichkeiten ein mathematisches Modell, welches auf einer historischen Datengrundlage basierte. Die Prognose der Ausfallwahrscheinlichkeiten für das Geschäftsjahr 2009/10 ist durch das bisher noch nie beobachtete konjunkturelle Umfeld mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, wurde die Prognose aus dem o.g. mathematischen Modell auf der Grundlage von Expertenschätzungen um einen zusätzlichen Aufschlag erhöht. Diese Expertenschätzungen orientieren sich auch an im volkswirtschaftlichen Bereich entwickelten makroökonomischen Modellen, die einen Zusammenhang zwischen zu erwartenden Ausfallwahrscheinlichkeiten und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen ableiten. Zur Schätzung der zum Bewertungsstichtag bereits eingetretenen, aber noch nicht identifizierten Verluste wurde ein Aufschlag auf die historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten in Höhe von 40 % angesetzt.

Die Schätzung der Verluste bei Kreditausfällen (Loss Given Default (LGD)) wurde von einem pauschalen Ansatz der historisch beobachteten Ausfallraten auf eine kreditindividuelle Ermittlung unter Berücksichtigung der vorhandenen Sicherheitenwerte pro Einzelengagement umgestellt. Die sich hierdurch ergebenden höheren erwarteten Verlustquoten sieht die Bank vor dem Hintergrund der konjunkturbedingten schlechteren Verwertungserwartungen als risikoadäquat an.

Hieraus ergeben sich im Vergleich zu den angewendeten Berechnungsparametern zu Geschäftsjahresbeginn Erhöhungseffekte von insgesamt 97,8 Mio. €. Davon entfallen auf die einzelnen Schätzungsänderungen:

- Ausfalldefinition Basel II: + 36,5 Mio. €
- erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeiten: + 33,8 Mio. €
- kreditindividuelle Ermittlung des LGD: + 27,5 Mio. €

Die Schätzungsänderung wurde gemäß IAS 8 prospektiv berücksichtigt.

c. Fehlerkorrektur

Bei der Konsolidierung einer erfolgsneutral erfassten Wertminderung auf konzerninterne Finanzinstrumente wurden im Konzernabschluss zum 31. März 2008 die zugehörigen aktiven Latenten Steuern versehentlich nicht erfolgsneutral, sondern erfolgswirksam angepasst. Dadurch wurden die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie die Neubewertungsrücklage jeweils um 27,1 Mio. € zu hoch ausgewiesen.

Die im Zusammenhang mit Kreditgewährungen gezahlten Bereitstellungszinsen wurden bislang nicht passiviert und über die Laufzeit des zugrundeliegenden Kreditgeschäftes ertragswirksam als Zinsertrag vereinnahmt. Die Korrektur der Behandlung der Bereitstellungszinsen führt im Vorjahresvergleichswert zur Reduzierung der Forderungen an Kunden um 25,3 Mio. €, der Gewinnrücklagen um 21,6 Mio. € sowie der Zinserträge um 3,7 Mio. €. Aus diesem Sachverhalt resultierten eine Aufwandreduzierung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 1,2 Mio. €, eine Erhöhung der Latenten Ertragsteueransprüche in Höhe von 8,0 Mio. € sowie eine Erhöhung der Gewinnrücklagen in Höhe von 6,8 Mio. €.

Aufgrund von bislang nicht erfassten Bewertungsparametern mussten einzelne Finanzanlagen, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, neu bewertet werden. Der Wertansatz der Finanzanlagen und das Fair-Value-Ergebnis zum 31. März 2008 vermindern sich aufgrund der Neubewertung jeweils um 4,8 Mio. €. Daraus resultierten eine Aufwandreduzierung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 1,5 Mio. € sowie eine Erhöhung der Latenten Ertragsteueransprüche um 1,5 Mio. €.

d. Übersicht der IAS 8-Änderungen

Die sich aus den beschriebenen Änderungen ergebenden Wirkungen auf die Konzernbilanz und Konzerngewinn- und Verlustrechnung des Vergleichsjahres sind in nachstehenden Übersichten zusammengefasst:

in Mio. €	IAS 8-Abschnitt	1.4.2007– 31.3.2008 vor Änderungen	Änderungen gemäß IAS 8	1.4.2007– 31.3.2008 nach Änderungen
Zinsüberschuss		449,9	1,7	451,6
Zinserträge	a, c	3 426,6	–111,0	3 315,6
Zinsaufwendungen	a	2 976,7	–112,7	2 864,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft		255,2	–	255,2
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		194,7	1,7	196,4
Provisionsüberschuss		54,7	–	54,7
Provisionserträge		67,0	–	67,0
Provisionsaufwendungen		12,3	–	12,3
Fair-Value-Ergebnis	c	–1 825,4	–4,8	–1 830,2
Ergebnis aus Finanzanlagen		–979,9	–	–979,9
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen		1,7	–	1,7
Verwaltungsaufwendungen		376,5	9,5	386,0
Personalaufwendungen	a	181,2	9,5	190,7
Andere Verwaltungsaufwendungen		195,3	–	195,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis		662,2	4,1	666,3
Sonstige betriebliche Erträge	a	749,5	116,8	866,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	a	87,3	112,7	200,0
Ergebnis aus Risikoübernahme		2 401,0	–	2 401,0
Restrukturierungsaufwand		–	–	–
Operatives Ergebnis		132,5	–8,5	124,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	c	158,6	–29,8	128,8
Sonstige Steuern		5,8	–	5,8
Konzernfehlbetrag		–31,9	21,3	–10,6
Ergebnis Konzernfremde		–0,1	–	–0,1
Konzernfehlbetrag nach Ergebnis Konzernfremde		–32,0	21,3	–10,7
Ergebnisverwendung		–	–	–
Konzernbilanzverlust		–32,0	21,3	–10,7

in Mio. €	IAS 8-Abschnitt	31.3.2008 vor Änderungen	Änderungen gemäß IAS 8	31.3.2008 nach Änderungen
Aktiva				
Barreserve		308,8	–	308,8
Forderungen an Kreditinstitute		2 850,3	–	2 850,3
Forderungen an Kunden	c	28 868,9	–25,3	28 843,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft		–861,2	–	–861,2
Handelsaktiva		3 637,7	–	3 637,7
Finanzanlagen	c	12 844,5	–4,8	12 839,7
At equity bilanzierte Unternehmen		14,7	–	14,7
Immaterielle Anlagewerte		32,1	–	32,1
Sachanlagen		218,8	–	218,8
Laufende Ertragsteueransprüche		44,8	–	44,8
Latente Ertragsteueransprüche	c	174,1	9,5	183,6
Sonstige Aktiva		2 111,1	–	2 111,1
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte		–	–	–
Gesamt		50 244,6	–20,6	50 224,0
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		17 449,3	–	17 449,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		5 751,5	–	5 751,5
Verbriefte Verbindlichkeiten		18 184,8	–	18 184,8
Handelspassiva		5 410,9	–	5 410,9
Rückstellungen		83,7	–	83,7
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen		88,1	–	88,1
Latente Ertragsteuerverpflichtungen		149,2	–	149,2
Sonstige Passiva		163,4	–	163,4
Nachrangkapital		1 779,7	–	1 779,7
Eigenkapital	c	1 184,0	–20,6	1 163,4
Gezeichnetes Kapital		247,8	–	247,8
Kapitalrücklage		597,8	–	597,8
Gewinnrücklagen	c	333,1	–14,8	318,3
Rücklage aus der Währungsumrechnung		7,0	–	7,0
Neubewertungsrücklage	c	29,9	–27,1	2,8
Anteile in Fremdbesitz		0,4	–	0,4
Konzernbilanzverlust	c	–32,0	21,3	–10,7
Gesamt		50 244,6	–20,6	50 224,0

Änderungen sind im Ergebnis je Aktie, in der Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen (SORIE), in der Kapitalflussrechnung, in der Eigenkapitalentwicklung (Note (57)) sowie in der Segmentberichterstattung (Note (58)) berücksichtigt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundsätze

Der Konzernabschluss wird entsprechend IAS 27 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt und basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern).

Die Abschlüsse der einbezogenen Tochtergesellschaften sind in der Regel auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens erstellt. Abschlüsse, die auf den 31. Dezember 2008 datieren, sind dem Konsolidierungskreis zu entnehmen. Anpassungen für wesentliche Effekte im Übergangszeitraum vom 31. Dezember 2008 bis zum 31. März 2009 sind, soweit aus Materialitätsgründen notwendig, erfasst worden.

(2) Schätzungen und Beurteilungen des Managements

Die bereitgestellten Finanzinformationen basieren teilweise auf Ermessensentscheidungen und Annahmen des Managements über zukünftige Entwicklungen und auf historischen Erfahrungen und beeinflussen den Ausweis von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sowie die in der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltenen Aufwendungen und Erträge. Dabei erfolgen sämtliche Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards und betrachten die Verhältnisse zum jeweiligen Bilanzstichtag. Soweit sich die Annahmen auf zukünftige Entwicklungen beziehen, werden den Wertansätzen in der Bilanz die Einschätzungen des Managements zum Bilanzstichtag zugrunde gelegt. Sofern weitere Schätzungen und Annahmen in größerem Umfang erforderlich waren, erfolgen zusätzliche Erläuterungen bei den Angaben zu den einzelnen Abschlussposten.

Dies betrifft insbesondere die folgenden Positionen:

- **Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.** Für die Beurteilung der Bewertung von Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, ist von großer Bedeutung, ob deren beizulegender Zeitwert auf einem Marktpreis aus einem aktiven Markt beruht. Ein Finanzinstrument gilt als an einem aktiven Markt notiert, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe oder einem Preisberechnungsservice, der einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig zugänglich ist, bereitgestellt werden. Ferner müssen diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen. Sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise zur Verfügung stehen, greift der Konzern für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts auf angemessene Bewertungsverfahren je Finanzinstrument zurück. Dabei werden die Eingangsparameter der Bewertungsmodelle von vergleichbaren Finanzinstrumenten abgeleitet, die in aktiven Märkten gehandelt werden. Für die Umsetzung der Modelle werden Annahmen und Schätzungen, wie beispielsweise in Bezug auf die zu erwartenden Marktrisiken, Modellrisiken und Bonitätsrisiken, getätigt, um etwaige Unsicherheiten abzubilden, die sich in den beizulegenden Zeitwerten widerspiegeln. Dabei obliegt es dem Management, die Angemessenheit der in den Modellen enthaltenen jeweiligen Parameter zu beurteilen.

Im Falle von beizulegenden Zeitwerten, die auf Basis von Bewertungstechniken ermittelt wurden und die ihren Wert erheblich verändern würden, wenn eine oder mehrere Modellannahmen angepasst werden, weist die IKB auf diese Tatsache hin und erläutert deren Auswirkungen.

- **Ermittlung von Wertminderungen (Impairments).** Für die unter den Forderungen Kunden und Kreditinstitute sowie unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Vermögenswerten der Kategorie „als zur Veräußerung verfügbar“ und „Kredite und Forderungen“ erfolgt in regelmäßigen Abständen eine Beurteilung, inwiefern objektive Hinweise für eine Wertminderung vorliegen und in welcher Höhe Wertminderungen vorgenommen werden müssen.

Dabei werden bei den unter den Forderungen an Kunden und Kreditinstitute ausgewiesenen Vermögenswerten der Kategorie „Kredite und Forderungen“ unter anderem objektive Hinweise, wie beispielsweise die erhöhte Wahrscheinlichkeit für ein Insolvenzverfahren des Schuldners, Zahlungsrückstände über 90 Tage, Restrukturierungsmaßnahmen oder negative Entwicklungen, berücksichtigt, die darauf schließen lassen, ob eine Einzelwertberichtigung vorgenommen werden muss. Um bei der Schätzung der erwarteten Verluste von Portfoliowertberichtigungen die konjunkturelle Entwicklung der jeweils nächsten zwölf Monate zu berücksichtigen, wird ein Konjunkturfaktor herangezogen. Dabei wird der Konjunkturfaktor auf Grundlage der jeweils aktuellen Durchschnittsbonität, der Migrationserwartung und der weiteren Konjunkturerwartungen vierteljährlich ermittelt.

- **Ermittlung latenter Steuerforderungen.** Aktive und passive Latente Steuern resultieren aus der Differenz zwischen den IFRS-Buchwerten und den steuerlichen Wertansätzen von Vermögenswerten, Schulden und Verlustvorträgen und den sich hieraus ergebenden voraussichtlichen zukünftigen Ertragsteuerbelastungen oder -entlastungen. Die Bildung und Fortführung aktiver latenter Steuern erfolgt in Abhängigkeit von der Beurteilung der Werthaltigkeit der Posten durch das Management und dessen Einschätzung des zukünftig generierten Konzernergebnisses. Dabei nimmt das Management Einschätzungen vor, die unter anderem historische Daten und Planungsrechnungen heranziehen.
- **Bestimmung der Rückstellungen für Pensionen und sonstige Verpflichtungen.** Wenn zum Bilanzstichtag aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige faktische oder rechtliche Verpflichtungen entstanden ist, der Abfluss von Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung wahrscheinlich ist und sich die Höhe der zukünftigen Verpflichtung verlässlich schätzen lässt, ist eine Rückstellung anzusetzen. Dabei werden gemäß IAS 37 Rückstellungen in Höhe des Barwerts der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet. Der für die Rückstellung angesetzte Betrag entspricht der bestmöglichen Schätzung der Ausgaben durch das Management, die zur Erfüllung der Verpflichtungen zum Abschlussstichtag notwendig sind.

Die betriebliche Altersversorgung für aktive und ehemalige Mitarbeiter erfolgt auf Basis von leistungsorientierten Versorgungsplänen. Für diese sind Rückstellungen gemäß IAS 19.54 zu bilden, die dem Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung nach dem Anwartschaftsverfahren (Projected Unit Credit method) entsprechen. In die Bestimmung des Barwerts fließen Schätzungen zu biometrischen Daten, erwartete Gehalts- und Rentensteigerungsraten, Pensionsverpflichtungen und Verpflichtungen aus Altersteilzeit, Vorruhestand und Jubiläen mit ein.

Zusätzlich wird anhand von Simulationsmodellen die Entwicklung des Planvermögens auf der Grundlage von Parametervariationen dargestellt.

(3) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss der IKB zum 31. März 2009 wurden gemäß IAS 27 neben dem Mutterunternehmen 27 (31. März 2008: 29) inländische und 17 (31. März 2008: 16) ausländische Unternehmen einbezogen. An diesen besitzt die IKB unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Stimmrechte.

In den Konzernabschluss wurden darüber hinaus gemäß SIC-12 eine (31. März 2008: keine) inländische und sechs (31. März 2008: vier) ausländische Zweckgesellschaften einbezogen. Die konsolidierten Gesellschaften sind in Note (78) aufgeführt.

Die Veränderung des Konsolidierungskreises im Geschäftsjahr betrifft folgende Gesellschaften:

Im Geschäftsjahr 2008/09 sind folgende Gesellschaften erstmals in den Konzernabschluss einbezogen worden: Die IKB Leasing-Gruppe hat eine weitere Tochtergesellschaft, die IKB Leasing Finance IFN SA, Bukarest, gegründet, um ihren Geschäftspartnern in Rumänien neben Operating-Leasing-Verträgen auch Finanzierungsleasingverträge zur Verfügung stellen zu können. Die Haupttätigkeit der neuen Gesellschaft ist das Finanzierungsleasing.

Die inländische Zweckgesellschaft REPV-DS Finance 2008-1 GmbH, Frankfurt am Main, gegründet am 12. September 2008, sowie die ausländische Zweckgesellschaft Sigismund CBO 2008-1 S.A., Luxemburg, gegründet am 18. Juli 2008, die ausländische Zweckgesellschaft Bacchus 2008-1 Plc, Dublin, gegründet am 8. August 2008, die ausländische Zweckgesellschaft Bacchus 2008-2 Plc, Dublin, gegründet am 14. August 2008, haben den Zweck des Ankaufs von Forderungen und deren Verbriefung.

Die ausländische Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited, Dublin, hat den Zweck des Ankaufs eines Portfolios strukturierter Kreditprodukte der IKB AG und der IKB International S.A. und der gleichzeitigen Refinanzierung dieses Portfolios durch die Ausgabe von Schuldscheindarlehen.

Im Geschäftsjahr 2008/09 sind folgende Gesellschaften nicht mehr in den Konzernabschluss einbezogen worden: Die AIVG Allgemeine Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, wurde mit notariell beurkundetem Vertrag vom 23. Dezember 2008 veräußert. Die Veräußerung führte zu einem Entkonsolidierungserfolg in Höhe von 2,6 Mio. €.

Die IKB Credit Asset Management GmbH, Düsseldorf, ist nach Umwandlung in eine KG und anschließendem Austritt aller weiteren Gesellschafter mit Wirkung zum 1. April 2008 auf die IKB AG, angewachsen. Im Zuge der Anwachsung (Auflösung ohne Abwicklung) wurden die gesamten Aktiva und Passiva der IKB Credit Asset Management GmbH auf die IKB AG übertragen. Die IKB Credit Asset Management GmbH wurde damit aufgelöst.

Die seit Oktober 2007 unter Zwangsverwaltung (Receivership) stehende Rhinebridge plc, Dublin, wurde nach Veräußerung der von ihr gehaltenen Finanzinstrumente (31. Juli 2008) und anschließender Teiltilgung der von ihr emittierten Commercial Papers unter Wesentlichkeitsaspekten per 30. September 2008 entkonsolidiert. Ein Entkonsolidierungsergebnis ergab sich nicht. Rhinebridge verfügt nach dem Verkauf ihrer Investments im Rahmen einer Auktion lediglich über liquide Mittel, die bis zur endgültigen Liquidierung zur Begleichung von anfallenden Kosten verwendet werden. Sollten nach Begleichung dieser Kosten Vermögenswerte verbleiben, werden diese an die Investoren in Commercial Paper ausgekehrt. Die Liquidierung wird innerhalb der nächsten sechs Jahre erfolgen. Weitere Belastungen für den IKB Konzern sind ausgeschlossen.

Im März 2009 wurde eine Note der Emissionsgesellschaft ELAN Ltd. veräußert. Dies führt zu einer Reduzierung der von der IKB zu konsolidierenden Zellen der Gesellschaft ELAN Ltd. Die Entkonsolidierung der Zelle führte zu keinem wesentlichen Effekt in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Im Februar 2009 wurde die Transaktion mit der Zweckgesellschaft Sigismund CBO 2008-1 S.A., Luxemburg, beendet. Nach der Rückabwicklung der Transaktion verfügt die Gesellschaft über keine wesentlichen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, sodass aus Wesentlichkeitsgründen die Gesellschaft entkonsolidiert wurde. Die Entkonsolidierung führte zu keinem wesentlichen Effekt in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Die IKB Beteiligungen GmbH hat mit Vertrag vom 22./23. September 2008 unter aufschiebender Bedingung die IVG Kavernen GmbH zum Kaufpreis in Höhe von 213 Mio. € erworben. Die aufschiebende Bedingung wurde im November 2008 erfüllt. Die IVG Kavernen GmbH wurde gemäß notariell beurkundetem Vertrag vom 17. Dezember 2008 auf die IKB Beteiligungen GmbH verschmolzen. Die Gesellschaft ist damit untergegangen und aus dem Konsolidierungskreis ausgeschieden. Durch den Erwerb entstand zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung ein Firmenwert in Höhe von 186 Mio. €. Durch Abschreibung des Firmenwertes und Auflösung einer übernommenen Steuerrückstellung in Höhe von 373 Mio. € konnte ein Ertrag in Höhe von 187 Mio. € aus dieser Transaktion realisiert werden. Auf Angaben gemäß IFRS 3.70 wurde aufgrund des Zu- und Abganges zwischen zwei Berichtsperioden innerhalb des Geschäftsjahres verzichtet. Aufgrund der vor Erstkonsolidierung der IVG Kavernen GmbH erfolgten Abspaltung des gesamten Geschäftsbetriebs gab es keine weitere Ergebnisauswirkung.

Die Gesellschaften ProPart Funding Limited Partnership (ProPart), Jersey, Capital Raising GmbH, Norderfriedrichskoog, und Hybrid Raising GmbH, Norderfriedrichskoog, erfüllen zwar die in SIC-12 genannten Anforderungen für eine konsolidierungspflichtige Zweckgesellschaft. Bei der Konsolidierung ergäben sich jedoch keine wesentlichen Effekte auf das Gesamtbild des Konzernabschlusses, da es sich um durchleitende Vehikel handelt. Daher wurde unter Wesentlichkeitsaspekten auf eine Konsolidierung verzichtet.

Die Weinberg-Gesellschaften werden unter Wesentlichkeitsaspekten mangels eines echten Forderungsverkaufs und der unveränderten Bilanzierung der Forderungen im Abschluss nicht konsolidiert.

Über die vorgenannten konsolidierten und nicht konsolidierten Gesellschaften hinaus ist die IKB bei verschiedenen Unternehmen in unterschiedlichen Funktionen engagiert. Unter Berücksichtigung des Gesamtbilds der wirtschaftlichen Verhältnisse werden jedoch in keinem dieser Fälle die in IAS 27 bzw. SIC-12 genannten Voraussetzungen erfüllt, um diese Gesellschaften zu konsolidieren. So wurden die vor 2008 gegründeten Bacchus-Zweckgesellschaften, die der Verbriefung im Rahmen eines Collateralized Debt Obligation Program dienen, nicht in den IFRS-Konsolidierungskreis einbezogen. Im Rahmen dieser Verbriefungstransaktionen erwerben die Bacchus-Zweckgesellschaften Kredite, die durch die Emission von Notes sowie ungerateter Subordinated Notes refinanziert werden. Teile der gerateten Notes sowie der ungerateten Subordinated Notes sind Bestandteile von so genannten Combination Notes, die teilweise von der IKB erworben wurden. Die IKB übernimmt ebenfalls einen Anteil an der Erstverlustposition durch den direkten Erwerb von Subordinated Notes. Vorschläge über den Erwerb von Vermögenswerten der Zweckgesellschaften werden von der IKB unterbreitet; über die Annahme oder Ablehnung der Vorschläge wird jedoch von einem von der IKB unabhängigen Direktorium entschieden. Unter Berücksichtigung der Gesamtschau der wirtschaftlichen Verhältnisse besteht gemäß den Konsolidierungskriterien des IAS 27 und SIC-12 keine Konsolidierungspflicht für die Bacchus-Gesellschaften, da die Entscheidungsmacht im Wesentlichen durch das Direktorium der Bacchus-Gesellschaften ausgeübt wird und die IKB trotz ihrer Anteile an den Combination und Subordinated Notes nicht die Mehrheit der Chancen und Risiken trägt.

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung von Unternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode. Danach sind alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des jeweiligen Tochterunternehmens grundsätzlich mit dem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt zu bewerten. Nach IFRS wird ein neues Eigenkapital ermittelt und der Beteiligungsbuchwert gegen dieses neue Eigenkapital verrechnet. Ein darüber hinaus verbleibender positiver Unterschiedsbetrag wird, sofern vorhanden, als Geschäfts- oder Firmenwert unter den Immateriellen Anlagewerten ausgewiesen. Verbleibt ein negativer Unterschiedsbetrag, wird dieser nach erneuter Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfolgswirksam erfasst.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten, Gewinne und Verluste sowie Aufwendungen und Erträge werden im Rahmen der Schulden- sowie der Aufwands- und Ertragskonsolidierung gemäß IAS 27 eliminiert.

Assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet und als At equity bilanzierte Unternehmen separat in der Bilanz gezeigt. Zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss werden die Buchwerte dieser Beteiligungen und die Unterschiedsbeträge (Geschäfts- oder Firmenwerte) ermittelt. Dabei werden die gleichen Regeln wie bei Tochtergesellschaften angewandt.

Zur Abbildung von Anteilen an Joint Ventures wird vom Wahlrecht der Equity-Bewertung Gebrauch gemacht.

Gemäß IAS 28 i.V.m. IAS 39 werden Direktbeteiligungen der IKB Private Equity GmbH, der IKB Capital Fund I GmbH & Co. KG, der IKB Erste Equity Suporta GmbH und der IKB Dritte Equity Suporta GmbH zum beizulegenden Zeitwert bewertet und unter den Finanzanlagen dargestellt.

Unterjährig erworbene bzw. gegründete oder veräußerte Tochterunternehmen werden vom Erwerbszeitpunkt bzw. bis zum Abgangszeitpunkt in die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns einbezogen.

(5) Währungsumrechnung

Bei der Umrechnung von Geschäftsvorfällen in fremder Währung sind nach IAS 21 monetäre Vermögenswerte und Schulden am Bilanzstichtag erfolgswirksam zum Stichtagskurs umzurechnen. Diese Umrechnung erfolgt zum Referenzkurs der Europäischen Zentralbank am Bilanzstichtag. Der Ausweis der Fremdwährungseffekte erfolgt im Fair-Value-Ergebnis.

Nicht-monetäre Positionen, deren Bewertung zu Anschaffungskosten erfolgt, werden mit ihrem historischen Kurs umgerechnet. Nicht-monetäre Positionen, deren Bewertung erfolgsneutral (erfolgswirksam) zum beizulegenden Zeitwert erfolgt, werden zum Stichtagskurs umgerechnet, wobei die Umrechnungsdifferenzen erfolgsneutral (erfolgswirksam) erfasst werden.

Auf ausländische Währung lautende Jahresabschlüsse von ausländischen Tochtergesellschaften werden nach der modifizierten Stichtagskursmethode umgerechnet. Dabei wird das Eigenkapital mit Ausnahme der Neubewertungsrücklage zum historischen Kurs und alle übrigen Bilanzposten zum Referenzkurs der Europäischen Zentralbank am Bilanzstichtag umgerechnet. Alle Aufwendungen und Erträge werden zum Durchschnittskurs umgerechnet. Die sich ergebenden Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgsneutral erfasst. Umrechnungsgewinne und -verluste aus der Kapitalkonsolidierung werden ebenfalls erfolgsneutral separat im Eigenkapital ausgewiesen.

(6) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung

Die Bilanzierung von Finanzinstrumenten ist in IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ geregelt. Danach sind sämtliche Finanzinstrumente zum Zugangszeitpunkt in Höhe ihres beizulegenden Zeitwerts zu bilanzieren. Für Derivate ist der Zugangszeitpunkt stets der Handelstag (Trade Date). Die Zugangs- und Abgangsbilanzierung von nicht-derivativen Finanzinstrumenten, die innerhalb einer marktüblichen Frist erfüllt werden, erfolgt bei der IKB zum Erfüllungszeitpunkt (Settlement Date). Gehen Finanzinstrumente außerhalb der marktüblichen Frist zu, so werden diese als Forward-Geschäfte zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Der beizulegende Zeitwert eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit ist gemäß IAS 39 der Betrag, zu dem zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Vertragspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Darüber hinaus sind sämtliche finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten einer Bewertungskategorie zuzuordnen. Die Kategorisierung eines Finanzinstruments entscheidet darüber, zu welchen Wertansätzen (beizulegender Zeitwert, fortgeführte Anschaffungskosten) ein Finanzinstrument in der Bilanz auszuweisen ist und in welchem Ausmaß Bewertungsänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung bzw. der Neubewertungsrücklage zu zeigen sind. Im Konzern der IKB werden die Regelungen des IAS 39 wie folgt umgesetzt:

Finanzielle Vermögenswerte

- **Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss).** Finanzinstrumente dieser Kategorie werden sowohl im Zeitpunkt ihres Zugangs als auch an den folgenden Bilanzstichtagen zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Das Bewertungsergebnis wird erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung im Fair-Value-Ergebnis erfasst. Diese Kategorie setzt sich wie folgt zusammen:
 - **Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held for Trading).** Als Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte werden Finanzinstrumente eingestuft, die mit der Absicht erworben wurden, kurzfristig Gewinne zu erzielen. Derivative finanzielle Vermögenswerte werden immer als „Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte“ eingestuft, es sei denn, sie sind für Sicherungszwecke bestimmt und wirksam eingesetzt. In diesem Fall werden die Sicherungsderivate unter den Handelsaktiva in der separaten Position „Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten“ ausgewiesen.

- **Fair-Value-Option.** Die Fair-Value-Option des IAS 39 erlaubt unter bestimmten Bedingungen, finanzielle Vermögenswerte, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, beim erstmaligen Ansatz unwiderruflich als Finanzinstrumente zu bestimmen, die in der Folge erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Davon ausgenommen sind Eigenkapitalinstrumente, für die keine notierten Marktpreise auf aktiven Märkten vorliegen und deren beizulegende Zeitwerte nicht zuverlässig ermittelt werden können.

Diese freiwillige Zuordnung darf zudem nur dann vorgenommen werden, wenn

- Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen (Accounting Mismatch) vermieden bzw. erheblich reduziert werden oder
- das Finanzinstrument ein oder mehrere eingebettete Derivate enthält oder
- das Management und die Performance-Messung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten auf Basis des beizulegenden Zeitwertes erfolgen.

Finanzinstrumente, für welche die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, werden produktspezifisch in ihren jeweiligen Bilanzposten ausgewiesen. Ihre Wertänderungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Fair-Value-Ergebnis erfasst.

- **Kredite und Forderungen (Loans and Receivables).** Der Kategorie „Kredite und Forderungen“ werden alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen zugeordnet, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden.

Im Zugangszeitpunkt werden Finanzinstrumente dieser Kategorie zu ihrem beizulegenden Zeitwert zuzüglich Transaktionskosten angesetzt. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien bzw. Disagien werden über die Restlaufzeit erfolgswirksam unter Anwendung der Effektivzinsmethode im Zinsüberschuss vereinnahmt.

- **Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held to Maturity).** Die IKB ordnet derzeit keine Finanzinstrumente dieser Kategorie zu.
- **Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale).** Dieser Kategorie werden alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die in keiner der vorgenannten Kategorien erfasst wurden.

Die Zugangs- und Folgebewertung in dieser Kategorie wird jeweils zum beizulegenden Zeitwert vorgenommen. In den Fällen, in denen der beizulegende Zeitwert bei Eigenkapitalinstrumenten nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Folgebewertung zu Anschaffungskosten.

Der Unterschiedsbetrag zwischen Marktwert und fortgeführten Anschaffungskosten wird solange erfolgsneutral in einer gesonderten Position des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen, bis der Vermögenswert veräußert wird oder eine erfolgswirksame Wertminderung (Impairment) im Sinne des IAS 39.67 eintritt. Im Falle einer Wertminderung wird die bis zu diesem Zeitpunkt in der Neubewertungsrücklage ausgewiesene Wertänderung in die Gewinn- und Verlustrechnung (Finanzanlageergebnis) umgebucht. Bei Wertaufholungen muss zwischen Fremd- und Eigenkapitalinstrumenten unterschieden werden. Wertaufholungen für Eigenkapitalinstrumente sind erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage zu erfassen. Wertaufholungen für Fremdkapitalinstrumente sind erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

Agien oder Disagien werden erfolgswirksam unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit im Zinsüberschuss verrechnet.

Finanzielle Verbindlichkeiten

- **Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss).** Analog zur Aktivseite sind für finanzielle Verbindlichkeiten dieser Kategorie zwei Unterkategorien vorgesehen:
 - **Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten (Held for Trading).** Zu dieser Kategorie zählen finanzielle Verbindlichkeiten, die mit der Absicht der kurzfristigen Gewinnerzielung eingegangen wurden. Derivative finanzielle Verbindlichkeiten werden immer als zu Handelszwecken gehaltene eingestuft, es sei denn, sie sind für Sicherungszwecke bestimmt und wirksam eingesetzt. In diesem Fall werden die Sicherungsderivate unter den Handelspassiva in der separaten Position „Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten“ ausgewiesen.
 - **Fair-Value-Option.** Die Fair-Value-Option wird für finanzielle Verbindlichkeiten unter den gleichen Voraussetzungen angewandt wie auf der Aktivseite.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für finanzielle Verpflichtungen dieser Kategorie entsprechen denen der Aktivseite. Es ist zu berücksichtigen, dass der beizulegende Zeitwert einer finanziellen Verbindlichkeit von der Bonität der Bank abhängt. Eine Verbesserung (Verschlechterung) der Bonität der Bank führt zu einer Erhöhung (Verminderung) des beizulegenden Zeitwerts. Die auf die Veränderung der Bonität entfallenden Gewinne und Verluste werden in den Notes erläutert.

- **Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (Other Financial Liabilities IAS 39.47).** Bei Finanzinstrumenten der Haltekategorie „Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten“ handelt es sich um alle finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien bzw. Disagien werden über die Laufzeit erfolgswirksam unter Anwendung der Effektivzinsmethode im Zinsüberschuss erfasst. Eine Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode impliziert insbesondere für Verbindlichkeiten, bei denen beispielsweise ein Zinsaufschub oder eine Verlustpartizipation eintreten kann, dass diese Verbindlichkeiten zum Barwert gemäß IAS 39 AG8 anzusetzen sind. Diese Geschäfte sind zu jedem Bilanzstichtag mit ihrem Barwert zu bilanzieren, der sich durch eine Neuschätzung des zugrunde liegenden Zins- und Tilgungs-Cashflows, diskontiert mit der Ursprungsrendite des Instruments (Effektivzins am Emissionstag) ergibt. Daraus resultierende mögliche Buchwertänderungen sind erfolgswirksam im

„Sonstigen betrieblichen Ergebnis“ auszuweisen. Folglich sind eventuelle Verlustteilnahmen oder Aussetzungen von Zinszahlungen im Barwert berücksichtigt.

Dieser Wertansatz findet Anwendung auf die Sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten:

- Darlehen mit Forderungsverzicht und Besserungsabreden, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen werden
- Nachrangkapital (Nachrangige Verbindlichkeiten, Genussrechtsverbindlichkeiten, Stille Beteiligungen/Preferred Shares)

Ausbuchung von Finanzinstrumenten

Bei der Untersuchung, ob eine Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten vorzunehmen ist, wird von einer gemäß IAS 27 und SIC-12 konsolidierten Grundlage ausgegangen.

Eine Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten wird vorgenommen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen, auslaufen oder übertragen werden. Im Falle der Übertragung ist zu untersuchen, ob der Konzern bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten, ohne daraus einen weiteren Nutzen ziehen zu können. Dabei erfolgt eine vollständige Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden. Werden hingegen im Wesentlichen alle Chancen und Risiken zurückbehalten, erfolgt keine Ausbuchung.

Im Fall von Transaktionen, bei denen im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, sind die übertragenen Vermögenswerte nur dann auszubuchen, wenn die Verfügungsmacht über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst.

Sofern nicht alle Risiken und Chancen übertragen wurden und Verfügungsmacht zurückbehalten wurde, sind die Vermögenswerte entsprechend dem Umfang des fortgeführten Engagements weiterhin auszuweisen.

Eine finanzielle Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn sie getilgt ist, d. h. wenn die mit ihr verbundenen Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind.

Bewertung der Portfolioinvestments

Soweit für ein Wertpapier ein Börsenkurs verfügbar ist, stellt dieser den beizulegenden Zeitwert dar. Aufgrund der Marktentwicklungen hat die IKB zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes für bestimmte Wertpapiere bzw. des Wertes für die eingebetteten Kreditderivate die von ihr verwendeten Bewertungsverfahren nochmals teilweise weiterentwickelt und dabei das Positionspapier des IDW zu Bilanzierungs- und Bewertungsfragen im Zusammenhang mit der Subprime-Krise vom 10. Dezember 2007 berücksichtigt. Zur Ableitung des beizulegenden Zeitwertes werden folgende Verfahren herangezogen:

Bewertung von Asset-Backed-Securities-Wertpapieren (ABS-Wertpapiere). Sofern für die betreffenden Papiere ein Kurs von einem externen Marktdatenlieferanten existiert, wird dieser zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes verwendet. Für die restlichen Wertpapiere wird ein Barwert auf der Grundlage vertraglich vereinbarter Cashflows mit Spreads für Wertpapiere mit vergleichbarem Risikoprofil ermittelt.

Bewertung von CDOs, die insbesondere auf ABS-Wertpapiere mit Subprime-Anteil referenzieren. Für diese Wertpapiere wird ein Barwert auf der Grundlage prognostizierter Cashflows ermittelt. Hierzu werden für die zugrunde liegenden Referenzportfolien Cashflows geschätzt, die insbesondere von den erwarteten Ausfallraten, den erwarteten Verlusthöhen bei Ausfall sowie von der Möglichkeit vorzeitiger Darlehensrückführungen beeinflusst werden. Dabei wird sowohl auf empirische Zeitreihen als auch auf veröffentlichte Schätzungen von Marktteilnehmern zurückgegriffen. Den aktuellen negativen Marktbedingungen wird dabei Rechnung getragen. Für die jeweils einer bestimmten CDO-Tranche zuzuordnenden erwarteten Zahlungen wurde angenommen, dass Tilgungen der ABS-Wertpapiere der jeweils ranghöchsten Tranche zugerechnet werden. In einem weiteren Schritt erfolgt für die einzelnen CDOs eine Verdichtung zu einem Gesamt-Cashflow. Hierbei werden vereinfachende Annahmen über die Rangverhältnisse im CDO-Vertrag („Wasserfall“) berücksichtigt. Im Rahmen der Barwertermittlung für diesen Gesamt-Cashflow werden zusätzlich Abschläge für mangelnde Marktliquidität dieser Titel vorgenommen.

Bewertung sonstiger CDOs, die überwiegend auf Wertpapiere mit Unternehmensrisiken referenzieren. Die Bewertung dieser CDOs beruht auf üblicherweise von Marktteilnehmern für CDOs verwendeten Bewertungsmethoden. Soweit CDOs auf andere CDOs referenzieren (CDO²), wurden diese zunächst in eine einstufige CDO überführt. Bestehende Sonderausstattungen wurden bei der Festlegung der unteren und oberen Schwelle der Verlustbeteiligung der einstufigen CDO berücksichtigt. Die wesentlichen Bewertungsparameter – CDS-Spreads und Korrelationen für die zugrunde liegenden Unternehmensrisiken – waren am Markt verfügbar bzw. wurden aus Marktdaten abgeleitet und gegebenenfalls den Besonderheiten der Portfoliostruktur angepasst.

Für Wertpapiere der Kategorie „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte“ (Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss) wurden die nach den oben genannten Verfahren ermittelten Werte als beizulegende Zeitwerte verwendet. Für Wertpapiere der Kategorie „Kredite und Forderungen“ (Loans and Receivables) wurde ausgehend von diesen Werten das Vorliegen von Gründen für eine Wertberichtigung geprüft und gegebenenfalls ein Impairment gebucht. Hierbei wurden wertaufhellende Erkenntnisse bis zum Aufstellungszeitpunkt des Konzernabschlusses berücksichtigt, soweit die Verlustereignisse nachweisbar schon zum Abschlussstichtag eingetreten waren.

Die beizulegenden Zeitwerte der von den Havenrock-Gesellschaften abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumente wurden vereinfachend nach folgender Bewertungsmethode bestimmt: Zunächst wurden mit einem Discounted-Cashflow-Modell und auf Basis von Spreads für Wertpapiere mit vergleichbarem Risikoprofil Barwerte ermittelt. In einem zweiten Schritt wurden die aus der Bewertung resultierenden Marktwertverluste der zugrunde liegenden Referenzpapiere gemäß Wasserfall auf die Havenrock Absicherungsinstrumente verteilt.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Die IKB setzt Derivate als Sicherungsinstrumente zur Reduzierung von Marktpreisrisiken (z. B. Zinsrisiken und Währungsrisiken) ein. Da nach IAS 39 Grundgeschäfte (z. B. Kreditforderungen und Verbindlichkeiten) und Sicherungsgeschäfte (Derivate) unterschiedlichen bilanziellen Wertansätzen unterliegen können, erlaubt IAS 39 mit dem sog. Hedge Accounting eine besondere Form der Bilanzierung, um eine periodengerechte Erfolgsermittlung sicherzustellen.

Um ökonomische Sicherungsbeziehungen auch bilanziell durch ein Hedge Accounting abbilden zu dürfen, muss eine Reihe restriktiver Bedingungen erfüllt werden. Neben einer formalen Dokumentation der Sicherungsbeziehung muss nachgewiesen werden, dass die Sicherungsbeziehung bei Hedge-Beginn und an den nachfolgenden Bilanzstichtagen eine effektive Risikokompensation erwarten lässt (prospektive Effektivität). Ferner muss dokumentiert werden, dass der Hedge während der Sicherungsdauer den Effektivitätskriterien genügt (retrospektive Effektivität). Im Wesentlichen ist zwischen Fair Value Hedge Accounting und Cashflow Hedge Accounting zu unterscheiden.

Fair Value Hedge Accounting. Bei einem Fair Value Hedge wird ein bestehender Vermögenswert, eine bestehende Verbindlichkeit oder eine feste vertragliche Verpflichtung (firm commitment) gegen Zeitwertänderungen aus bestimmten Risikofaktoren abgesichert (IAS 39.86). Die Absicherung kann auf Basis von 1:1-Beziehungen (Mikro Hedges) oder auf Portfolio-basis erfolgen, wodurch gleichartige Aktiva oder Passiva zu einer homogenen Gruppe zusammengefasst werden. Nur für den Fall einer Sicherung von festverzinslichen Aktiva und Passiva gegen zinsinduzierte Fair-Value-Änderungen ist auch ein Makro Hedge Accounting erlaubt, bei dem Aktiva und Passiva mit entgegengerichtetem Exposure in die Portfoliobildung einbezogen werden dürfen (IAS 39.81A).

Bei einem Fair Value Hedge Accounting werden sowohl die Marktwertänderungen der Sicherungsderivate als auch die risikobezogenen Wertänderungen der Grundgeschäfte kompensierend im Periodenergebnis vereinnahmt. Dadurch werden die Buchwerte der designierten Grundgeschäfte erfolgswirksam um die kumulierten Bewertungsergebnisse angepasst, die seit dem Zeitpunkt der Hedge-Designation auf eine Änderung der abgesicherten Risikofaktoren zurückzuführen sind. Bei Mikro-Hedge-Beziehungen sind diese Buchwertänderungen (Hedge Adjustments) beim jeweiligen Einzelgeschäft zu erfassen. Ausschließlich für den Fall eines Makro Hedge Accounting für Zinsrisiken erlaubt IAS 39.89A, die zinsinduzierten Wertänderungen der Grundgeschäfte in einer separaten Position („separate line item“) zu erfassen.

Die IKB wendet ein Makro Hedge Accounting für Zinsrisiken an. Die zinsinduzierten Wertänderungen aktiver (passiver) Grundgeschäfte werden in der jeweiligen Position des Grundgeschäftes ausgewiesen. Die in die Sicherungsbeziehung einbezogenen Wertänderungen der Grundgeschäfte werden ebenso wie die Fair-Value-Änderungen der Sicherungsderivate im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen (Fair-Value-Ergebnis) ausgewiesen.

Aufgrund der restriktiven Bedingungen für das Hedge Accounting ist es nicht möglich, für alle Sicherungsbeziehungen Hedge Accounting anzuwenden. Aus diesem Grunde wendet die IKB für Finanzinstrumente, die in einer wirtschaftlichen Sicherungsbeziehung stehen und für die eine Risikokompensation erwartet wird, zudem die Fair-Value-Option des IAS 39.9 an. Finanzinstrumente, die in diesem Rahmen einer vollständigen Fair-Value-Bewertung unterzogen werden, sind überwiegend festverzinsliche Finanzinstrumente, die in einer wirtschaftlichen Mikro Hedge-Beziehung stehen.

Cashflow Hedge Accounting. Für Derivate, die der Absicherung künftiger variabler Zahlungsströme dienen, sieht IAS 39 die Anwendung des Cashflow Hedge Accounting vor. Ein Risiko hinsichtlich der Höhe künftiger Cashflows besteht insbesondere für variabel verzinsliche Kredite, Wertpapiere und Verbindlichkeiten sowie erwartete Transaktionen (z. B. erwartete Geldaufnahmen oder Geldanlagen). Daneben sieht IAS 39 die Anwendung der Regelungen des Cashflow Hedge Accounting auch für die Absicherung künftiger Cashflows aus schwebenden Geschäften vor.

Derivate, die Absicherungsinstrumente in einem effektiven Cashflow Hedge darstellen, werden zum Marktwert (Fair value) bilanziert und in der Position „Positive/negative Marktwerte von Sicherungsderivaten“ in den Handelsaktiva/-passiva ausgewiesen. Das Bewertungsergebnis ist in einen effektiven und einen ineffektiven Teil zu zerlegen. Der effektive Teil ist der Teil des Bewertungsergebnisses, der eine wirksame Sicherung gegen das Cashflow-Risiko darstellt. Dieser wird erfolgsneutral in einer gesonderten Position „Cashflow-Hedge-Rücklage“ im Eigenkapital unter der Neubewertungsrücklage erfasst. Der ineffektive Teil des Bewertungsergebnisses wird hingegen in der Gewinn- und Verlustrechnung im „Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen“ erfasst.

Für die den gesicherten Zahlungsströmen zugrunde liegenden Geschäfte ändern sich die oben beschriebenen allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht.

Die Anwendung der Regeln des Hedge Accounting ist – neben den vorab dargestellten Voraussetzungen – an eine Reihe von zusätzlichen Bedingungen gebunden. Diese beziehen sich insbesondere auf die bereits erläuterten Anforderungen hinsichtlich der Dokumentation des Sicherungszusammenhangs sowie die Wirksamkeit der Absicherungsmaßnahme.

Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten

Die Bilanzierung von Finanzinstrumenten mit eingebetteten Derivaten hängt davon ab, ob die darin enthaltenen Derivate separat vom Basiskontrakt bilanziert werden müssen. Eine Separierungspflicht eingebetteter Derivate besteht insbesondere dann, wenn die ökonomischen Charakteristika von Basiskontrakt und eingebettetem Derivat nicht eng miteinander verbunden sind.

Liegt eine enge ökonomische Verbindung vor, d. h. unterliegen beide Instrumente den gleichen Risikofaktoren, so ist eine Trennung der Instrumente nicht gestattet. Die Bilanzierung des Gesamtinstruments folgt dann der Bilanzierung des Basiskontrakts. Unterliegen Basiskontrakt und Derivat unterschiedlichen Risikofaktoren, so ist eine Trennung der beiden Instrumente geboten, womit eine erfolgswirksame Bewertung des Derivats zum beizulegenden Zeitwert verbunden ist, es sei denn, das Gesamtinstrument wird erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Insbesondere Wertpapiere mit eingebetteten Derivaten werden bei der IKB nicht getrennt bilanziert, sondern unter Anwendung der Fair-Value-Option als ein Instrument in der Kategorie „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten“ erfasst. Nur in bestimmten Ausnahmefällen werden trennungspflichtige eingebettete Derivate separat bilanziert. Die entsprechenden Derivate werden in diesem Fall getrennt vom Basiskontrakt in den Handelsaktiva und -passiva zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Der Basiskontrakt wird entsprechend seiner Haltekategorie bilanziert.

Finanzgarantien

Nach IAS 39 handelt es sich bei einer Finanzgarantie um einen Vertrag, der den Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet. Diese Zahlungen stellen die Entschädigung für den Verlust dar, der dem Garantienehmer durch das nicht fristgemäße Begleichen von Zahlungsverpflichtungen eines Schuldners gemäß den geltenden Bedingungen eines Schuldinstruments entsteht.

Die Bewertung einer Finanzgarantie, die erstmalig zum Erfassungszeitpunkt vorgenommen wird, ist bei Vertragsabschluss grundsätzlich Null, da die Prämie bei marktgerechten Bedingungen mit dem Wert der Garantieverpflichtung identisch ist. Im Rahmen von Folgebewertungen ist zu prüfen, ob eine Verpflichtung zu bilanzieren ist.

Die Erfassung einer Finanzgarantie erfolgt zum Zeitpunkt der Annahme des Garantieangebots.

Wertpapierpensionsgeschäfte

Wertpapierpensionsgeschäfte sind Kombinationen aus Wertpapier-Kassageschäften und gleichzeitigen Wertpapier-Termingeschäften (Verkauf oder Rückkauf) mit demselben Kontrahenten (Repo-Geschäfte). Bei Repo-Geschäften sind die in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkauf) weiterhin in der Bilanz auszuweisen. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Reverse-Repo-Geschäfte (Kassa-Kauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Die erhaltene beziehungsweise zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig im Zinsergebnis erfasst.

(7) Klassenbildung von Finanzinstrumenten nach IFRS 7

Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten setzt die IKB wie folgt um:

Aktiva

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Held for Trading
	Handelsaktiva
	Fair-Value-Option
	Forderungen an Kreditinstitute
	Forderungen an Kunden
	Finanzanlagen
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Forderungen KfW Bankengruppe
	Sonstige Aktiva
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Handelsaktiva
	Available for Sale
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	Finanzanlagen
	Loans and Receivables
	Forderungen an Kreditinstitute
	Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)
Forderungen aus Finanzierungsleasing	Finanzanlagen
	Forderungen an Kunden
Sonstige Finanzinstrumente, die nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 fallen	Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen

Passiva

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Held for Trading
	Handelspassiva
	Fair-Value-Option
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
	Verbrieftete Verbindlichkeiten
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Nachrangkapital
	Handelspassiva
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	Other Financial Liabilities
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
	Verbrieftete Verbindlichkeiten (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)
	Nachrangkapital
Außerbilanzielles Geschäft	Eventualverbindlichkeiten
	Andere Verpflichtungen

Die Berichtsklasseneinteilung der entsprechenden Bilanzpositionen erfolgt grundsätzlich nach den IAS 39 Haltekategorien. Derivate in Sicherungsbeziehungen und Forderungen aus Finanzierungsleasing-Verträgen werden in gesonderten Berichtsklassen ausgewiesen, da diese keiner Haltekategorie nach IAS 39 zugeordnet werden können. Das außerbilanzielle Geschäft ist ebenfalls im Anwendungsbereich des IFRS 7 und erscheint daher in einer eigenen Berichtsklasse. Finanzinstrumente, die nach den Vorschriften des IAS 28 und IAS 31 at equity bilanziert werden, fallen nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 und werden daher in einer gesonderten Berichtsklasse abgegrenzt.

(8) Barreserve

Die Barreserve umfasst den Kassenbestand und das Guthaben bei Zentralnotenbanken. Die Bestände sind zum Nennwert bilanziert.

(9) Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten/Kunden

Die Bewertung von Forderungen und Verbindlichkeiten der IKB an bzw. gegenüber Kreditinstituten und Kunden, die nicht zu Handelszwecken gehalten und nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden, erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden unter der entsprechenden Bilanzposition ausgewiesen. Sie werden erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit amortisiert und im Zinsüberschuss erfasst. Zum Thema Wertberichtigungen (Impairment) sind weitere Erläuterungen dem Kapitel *Risikovorsorge im Kreditgeschäft* zu entnehmen.

Die in den Forderungen und Verbindlichkeiten eingebetteten Derivate (Embedded Derivatives) werden – sofern abspaltungspflichtig – getrennt bilanziert und zum beizulegenden Zeitwert unter den Handelsaktiva oder -passiva in Ansatz gebracht.

Finanzierungsleasing

Nach IAS 17 wird ein Leasinggeschäft als Finanzierungsleasing-Verhältnis klassifiziert, wenn es im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer überträgt. Im Rahmen des Finanzierungsleasings bilanziert die Bank als Leasinggeber Leasingforderungen zum Nettoinvestitionswert innerhalb des Bilanzpostens Forderungen an Kunden.

Bei den Finanzierungsleasing-Verträgen handelt es sich überwiegend um Teilamortisationsverträge, bei denen der Restwert mit dem Leasingnehmer vertraglich festgelegt ist. Während der unkündbaren Grundmietzeit werden die Anschaffungskosten nur zum Teil amortisiert. Die Amortisation erfolgt dabei auf Basis der impliziten Zinssätze. Zum Vertragsende wird kalkulatorisch ein Restwert bestimmt. Der Restwert orientiert sich an dem erwarteten beizulegenden Zeitwert des Leasingobjektes zum Vertragsende. Bei den Teilamortisationsverträgen werden Verträge mit Andienungsrecht für die IKB und Verträge ohne Andienungsrecht gegenüber dem Leasingnehmer unterschieden. Bei Verträgen ohne Andienungsrecht können aber Absicherungen in Form von Rückkaufvereinbarungen mit Dritten zum Tragen kommen. In den Auslandsgesellschaften werden bei diesem Vertragstyp den Kunden teilweise Kaufoptionen eingeräumt. Bei Verträgen ohne Andienungsrecht oder Verträgen mit Rückkaufvereinbarungen kann sich in Abhängigkeit von der Höhe des kalkulierten Restwertes auch eine bilanzielle Abbildung als Operating-Leasing-Verhältnis ergeben. Entsprechend hohe Restwerte treten beispielsweise im Bereich des Maschinenleasings auf.

Daneben werden auch Vollamortisationsverträge, kündbare Verträge und Mietkaufverträge vereinbart, die als Finanzierungsleasing-Verhältnisse bilanziert werden. Bei Vollamortisationsverträgen werden in der unkündbaren Grundmietzeit die gesamten Anschaffungskosten amortisiert. Diese Verträge werden bei solchen Leasinggegenständen verwandt, bei denen kein nennenswerter beizulegender Zeitwert zum Vertragsende zu erwarten ist. Kündbare Verträge haben eine unkündbare Grundmietzeit, der eine automatische Verlängerung folgt, sofern der Kunde keine Kündigung ausspricht. In dem Falle der Kündigung hat der Kunde eine Abschlusszahlung zu leisten. Im Ergebnis wird dadurch die Vollamortisation erreicht. Bei Mietkaufverträgen geht das juristische Eigentum mit Zahlung der letzten Rate auf den Kunden über.

Der Finanzierungsleasing-Vertrag endet nach vollständiger und vereinbarungsgemäßer Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen durch die Vertragsparteien.

(10) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Zur Beurteilung, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle für die Bank wesentlichen Kreditbeziehungen vierteljährlich dahin gehend kontrolliert, ob objektive Hinweise für eine Wertminderung vorliegen. Dabei werden Emittenten oder Schuldner auf etwaige finanzielle Schwierigkeiten untersucht.

Die Risikovorsorge wird aktivisch mit negativem Vorzeichen ausgewiesen. Der Posten enthält den Wertberichtigungsbedarf auf Forderungen an Kreditinstitute und Kunden. Finanzanlagen werden stets nach Abzug von Wertberichtigungen ausgewiesen. Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst. Entfällt die Grundlage einer direkten Abschreibung, wird maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten zugeschrieben.

Einzelwertberichtigungen werden in Höhe des potenziellen Ausfalls gebildet, sobald auf Basis konzerneinheitlicher Bewertungskriterien die Wahrscheinlichkeit des Ausfalls von Zins- und Tilgungsforderungen hinreichend groß ist. Ein Kredit wird auf das Vorliegen einer Wertminderung überprüft, wenn eines der folgenden Kriterien vorliegt: bereits bestehende Wertminderung, Insolvenz, Rückstände über 90 Tage oder Restrukturierungsmaßnahmen. Der potenzielle Ausfall wird aus der Differenz des aktuellen Buchwerts und des Barwerts der noch erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Der Diskontfaktor entspricht dem ursprünglichen Effektivzins der Forderung.

Für Kreditrisiken werden auf Basis historischer Ausfall-/Verlustquoten Portfoliowertberichtigungen gebildet, die eine Risikoabdeckung für die vorhandenen, aber noch nicht transparent gewordenen akuten Ausfallrisiken darstellen. Dem vorhandenen Zeitverzug bis zur Identifikation bzw. zum Bekanntwerden eines Ereignisses wird durch portfolioorientierte Parameter (Loss-Identification-Period-Faktor) Rechnung getragen.

Bei wertberichtigten Finanzinstrumenten wird der Zinsertrag unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes durch Aufzinsung zukünftig erwarteter Cashflows ermittelt. Somit werden nicht mehr die vertraglich vereinbarten Zinserträge erfasst, sondern die Fortschreibung des Barwerts zum nächsten Abschlussstichtag (Unwinding).

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen im Kreditgeschäft verwendet wird. Wertminderungsverluste werden in der Bilanz als Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft unter Sonstige Rückstellungen und in der Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

(11) Handelsaktiva/-passiva

Den Handelsaktiva und -passiva werden gemäß IAS 39 alle Derivate zugeordnet. Diese werden mit ihrem jeweiligen beizulegenden Zeitwert angesetzt. Darüber hinaus werden diesen Posten zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente, welche im Wesentlichen Bestände in Aktien und Schuldscheindarlehen sowie in Schuldverschreibungen mit Ausplatzierungsabsicht umfassen, zugewiesen.

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts wird auf Note (6) verwiesen. Das Bewertungsergebnis und realisierte Gewinne bzw. Verluste werden im Fair-Value-Ergebnis gezeigt. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(12) Finanzanlagen

Unter den Finanzanlagen werden alle nicht zu Handelszwecken gehaltenen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie sonstige Beteiligungen ausgewiesen.

Nicht an einem aktiven Markt gehandelte Bestände werden, sofern für diese nicht die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Eventuell vorhandene Agien und Disagien werden den entsprechenden Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt sowie im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Alle übrigen unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Bestände werden bei erstmaliger Erfassung sowie zu den jeweiligen Abschlussstichtagen zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Sofern der beizulegende Zeitwert von Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstigen Beteiligungen nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten. Bei den zu Anschaffungskosten bilanzierten Beteiligungen handelt es sich um Anteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Anteile an Personengesellschaften, bei denen die Schwankungsbreite von vernünftigen Schätzungen des beizulegenden Zeitwertes signifikant ist und die Eintrittswahrscheinlichkeiten der verschiedenen Schätzungen nicht auf angemessene Weise beurteilt werden können.

Die Gewinne und Verluste aus der Bewertung der Bestände der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ werden in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital ausgewiesen. Bei dauerhaften bzw. wesentlichen Wertminderungen werden erfolgswirksame Abschreibungen vorgenommen.

Das Bewertungsergebnis von Beständen, für welche die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, wird direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung im Fair-Value-Ergebnis erfasst.

(13) At equity bilanzierte Unternehmen

Unter der Position werden alle Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures ausgewiesen, sofern sie nach der Equity-Methode bilanziert werden.

Das Ergebnis wird gesondert in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung unter der Position „Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen“ ausgewiesen.

(14) Immaterielle Anlagewerte

Unter den Immateriellen Anlagewerten bilanziert die IKB neben selbst erstellten Immateriellen Anlagewerten, die im Wesentlichen aus direkt zurechenbaren Entwicklungskosten für selbst geschaffene Software resultieren, auch erworbene Software, welche nicht integraler Bestandteil der zugehörigen Hardware ist. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungs- und/oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen.

Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren. Sofern Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen, wird eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Dabei werden die Vermögenswerte mindestens zu jedem Bilanzstichtag auf ihre Werthaltigkeit und die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer überprüft. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

(15) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen werden alle Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen. Die Bewertung des Sachanlagevermögens erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Die planmäßigen Abschreibungen der Gebäude werden linear über eine Nutzungsdauer von 33 bis 50 Jahren, die der Betriebs- und Geschäftsausstattung über drei bis 20 Jahre vorgenommen. Der Ausweis erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen.

Liegen Anzeichen für eine Wertminderung aufgrund von technischer oder wirtschaftlicher Überalterung bzw. wegen Verfalls des Marktpreises vor, wird außerplanmäßig abgeschrieben.

Der Ausweis von Veräußerungsgewinnen erfolgt im Sonstigen betrieblichen Ertrag, und der von Veräußerungsverlusten erfolgt im Sonstigen betrieblichen Aufwand.

Operating Leasing

Nach IAS 17 wird ein Leasinggeschäft als Operating-Leasing-Verhältnis klassifiziert, wenn es nicht im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer überträgt. Leasinggegenstände, welche die IKB im Rahmen eines Operating-Leasing-Vertrages bilanziert, werden unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um die über die vertragliche Nutzungsdauer unter Berücksichtigung des vertraglichen Restwertes planmäßig vorgesehenen Abschreibungen oder die aufgrund von dauerhaften Wertminderungen erforderlichen außerplanmäßigen Abschreibungen.

Operating-Leasing-Verhältnisse können aus Teilamortisationsverträgen sowie aus kündbaren Verträgen, bei denen ein Restwert berücksichtigt wurde, resultieren. Bei den Teilamortisationsverträgen erfolgt zusätzlich zur Laufzeit eine Vereinbarung über den Restwert. Die Amortisation des Restwertes erfolgt zum Vertragsende aus der Veräußerung oder Weitervermietung des Leasinggegenstandes. Die IKB besitzt grundsätzlich hinsichtlich des Restwertes ein Andienungsrecht gemäß den Vertragsbedingungen. Bei Kfz-Teilamortisationsverträgen ist auch eine Mehrerlösbeteiligung des Leasingnehmers vertraglich möglich, sofern der Verwertungserlös über dem Restwert liegt. Die kündbaren Verträge werden auf eine unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die kalkulatorische Laufzeit, die Kündigungsmöglichkeiten sowie die entsprechenden Ausgleichzahlungen sind individuell vereinbart.

(16) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen/Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

Die Ermittlung der tatsächlichen Ertragsteuern erfolgt für die einzelnen Konzernunternehmen gemäß den steuerrechtlichen Bestimmungen der jeweiligen Länder. Die zahlungswirksamen Ertragsteueraufwendungen sowie die Aufwendungen und Erträge aus der Veränderung aktiver bzw. passiver Latenter Steuern werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ausgewiesen.

Der Ausweis in der Bilanz wird für tatsächliche sowie für Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen getrennt als Aktiv- bzw. als Passivposten vorgenommen. Unter dem Posten „Laufende Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen“ werden die tatsächlichen Ertragsteuern, in deren Höhe eine Erstattung von den bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörden erfolgen wird, ausgewiesen. Die Latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden unter dem Posten „Latente Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen“ gezeigt.

Latente Steueransprüche und -verpflichtungen werden entsprechend IAS 12 auf Basis der bilanzorientierten Methode ermittelt. Sie ergeben sich aus Differenzen zwischen dem im Konzernabschluss angesetzten Buchwert der Vermögenswerte/Verpflichtungen und deren steuerlichen Wertansätzen, soweit aus ihnen in der Zukunft voraussichtliche Ertragsteuerbelastungen bzw. -entlastungen entstehen (temporäre Differenzen). Die temporären Differenzen wurden unter Berücksichtigung der länderspezifischen Ertragsteuersätze, die im Zeitpunkt des Ausgleichs der Differenzen erwartet werden, bewertet.

Aktive Latente Steuern auf steuerlich noch nicht genutzte Verlustvorträge eines Steuersubjektes werden angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, dass das betreffende Steuersubjekt in den kommenden fünf Jahren ausreichend steuerpflichtiges Einkommen zur Nutzung des Verlustvortrags erzielen wird.

Eine Abzinsung der Latenten Steuern wird nicht vorgenommen. Steuersatzänderungen werden bei der Berechnung der Latenten Steueransprüche und -verpflichtungen berücksichtigt, soweit zum Bilanzstichtag ihr Inkrafttreten sicher ist.

Die Bildung und Auflösung der Latenten Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen erfolgt – in Abhängigkeit des zugrunde liegenden Sachverhalts – entweder in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam als Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral im Eigenkapital.

Sonstige nicht ertragsabhängige Steuern werden in der Gewinn- und Verlustrechnung separat ausgewiesen.

(17) Sonstige Aktiva/Passiva

Unter den Sonstigen Aktiva/Passiva werden im Wesentlichen Forderungen aus dem Leasinggeschäft, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

(18) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere (z. B. Certificates of Deposit, Euro-Notes, Commercial Papers) ausgewiesen. Diese Finanzinstrumente werden entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten (*Sonstige Finanzielle Verbindlichkeiten*) oder zum beizulegenden Zeitwert bilanziert, sofern für diese die Fair-Value-Option ausgeübt wurde.

(19) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Für Pensionszusagen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IKB AG und der Tochterunternehmen IKB Leasing GmbH, IKB Leasing Berlin GmbH, IKB Immobilien Management GmbH, IKB Private Equity GmbH, IKB Equity Finance GmbH, IKB Data GmbH und IKB International S.A werden Rückstellungen gebildet. Die Altersvorsorge erfolgt im Rahmen von leistungsorientierten Pensionsplänen (Defined Benefit Plans).

Mit den Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen deckt die IKB vor allem Leistungen von betrieblichen Ruhegeldern aufgrund unmittelbarer Versorgungszusagen ab. Danach werden Pensionen mit Beginn des Ruhestands wegen Erreichen der Altersgrenze bzw. vorzeitig bei Invalidität oder im Todesfall an die Hinterbliebenen gezahlt. Dabei ist die Höhe der Rückstellungen für die leistungsorientierte Altersversorgung abhängig von der jeweils anzuwendenden Versorgungsordnung. Während die Versorgungsordnung des Jahres 1979 (VO 79) im Wesentlichen auf Faktoren wie rentenfähige Dienstzeit und rentenfähiger Arbeitsverdienst basiert, beinhaltet die Versorgungsordnung des Jahres 1994 (VO 94) dagegen ein sogenanntes Eckwertmodell und ein Rentenbausteinsystem. Nach der VO 94 bestimmt sich die Höhe der passivierten Verpflichtungen für die Einkommensbestandteile unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze (gemäß RV-Bezugsgrößenverordnung) nach dem Endgehalt sowie dem Renteneckwert und für Vergütungsbestandteile oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze nach der Höhe des auf Jahresbasis erdienten Rentenbausteins.

Mit Neueinführung der Versorgungsordnung 2006 (VO 06) folgte die IKB dem am Markt beobachtbaren Trend, die Altersvorsorge stärker an die Entwicklung der korrespondierenden Vermögensanlage anzulehnen. Bei der VO 06 handelt es sich um ein cash-balance-orientiertes Versorgungssystem, das performanceabhängig, aber mit einer Mindestverzinsung und besonderen Zusatzleistungen bei Erwerbsminderung und Tod versehen ist. Die VO 06 ist für ab dem Geschäftsjahr 2006/07 neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IKB AG, der IKB Data GmbH, IKB Leasing GmbH und der IKB Private Equity GmbH gültig.

Alle Pensionsverpflichtungen werden gemäß IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Den Wertansätzen der zukünftigen Verpflichtungen liegen versicherungsmathematische Gutachten zugrunde, die von unabhängigen Aktuaren erstellt wurden. Dabei werden nicht nur die am Bilanzstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften berücksichtigt, sondern auch künftig zu erwartende Steigerungsraten der ruhegeldfähigen Gehälter und Renten sowie Fluktuationsraten in die Berechnung einbezogen. Zur Ermittlung des Barwerts der Pensionsverpflichtung wird der aktuelle Marktzins für langfristige Kapitalanlagen herangezogen.

Der erfolgswirksam zu erfassende Aufwand aus den Direktzusagen teilt sich grundsätzlich in die wesentlichen Bestandteile Zins- und Dienstzeitaufwand auf. Ersterer wird im Zinsüberschuss, der Dienstzeitaufwand in den Personalaufwendungen ausgewiesen. Sich ergebende versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste resultieren aus der Veränderung der den Pensionsgutachten ursprünglich zugrunde gelegten versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen sowie aus Bestandsänderungen. Diese Mehr- oder Minderverpflichtungen, damit also die Differenz zur ursprünglich geschätzten Verpflichtung, werden im Jahr ihrer Entstehung in voller Höhe erfolgsneutral über die Gewinnrücklage erfasst.

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Vorruhestandsverpflichtungen und Verpflichtungen aus Versorgungszusagen aufgrund von umgewandelten Tantiemeansprüchen (Deferred Compensation), die nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelt wurden.

Rückstellungen für Zahlungen anlässlich von Dienstjubiläen, die ebenfalls auf Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten bestimmt werden, werden nach IFRS unter den Sonstigen Rückstellungen bilanziert.

Zudem wurde bei der IKB in 2006 ein Wertkontenplan eingeführt, der ebenfalls unter den pensionsähnlichen Verpflichtungen ausgewiesen wird. Basierend auf dem Gesetz zur sozialrechtlichen Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen (FlexiGesetz), können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen dieses Modells auf den sofortigen Zufluss von Entgeltbestandteilen, die nicht das reguläre Monatsgehalt betreffen, verzichten und stattdessen diese Gelder individualisiert in Renten- und Aktienfonds investieren. Durch den erst in der Zukunft stattfindenden Zufluss des mit einem Garantiezins in Höhe von 2,25 % versehenen Investments ergänzt dieses Modell die bestehenden Versorgungsregelungen der IKB und bietet somit eine weitere attraktive Möglichkeit zur Entgeltumwandlung sowie ein Instrumentarium zur flexiblen Gestaltung des Übergangs in den Ruhestand. Der Wertkontenplan ist für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IKB AG und der Tochterunternehmen IKB Leasing GmbH, IKB Leasing Berlin GmbH, IKB Immobilien Management GmbH, IKB Private Equity GmbH und der IKB Data GmbH gültig.

In den vergangenen beiden Geschäftsjahren wurden bereits die Pensionsverpflichtungen aus den Versorgungsordnungen VO 79 und 94, die Verpflichtungen aus Deferred Compensation und die Vorruhestandsverpflichtungen absichernden Vermögenswerte sowie die Vermögenswerte des Wertkontenplans ausgelagert. Eine entsprechende Auslagerung der Vermögenswerte der Versorgungsordnung 2006 erfolgte Anfang des Geschäftsjahres 2008/09. Im Rahmen von Contractual Trust Arrangements (CTA) haben die IKB AG und die einbezogenen Tochtergesellschaften dabei die erforderlichen Vermögensmittel zur Erfüllung der Pensionsansprüche von ihrem übrigen Unternehmensvermögen separiert und diese auf einen Unternehmenstreuhänder übertragen.

Das von der IKB in die CTAs eingebrachte Vermögen stellt Planvermögen im Sinne des IAS 19 dar und wird daher mit den entsprechenden Verpflichtungen saldiert. Die Bewertung des Planvermögens erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Abweichungen zwischen dem in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Planertrag und dem tatsächlichen Ertrag werden erfolgsneutral als versicherungsmathematische Gewinne und Verluste in der Gewinnrücklage erfasst. Der erwartete Ertrag auf das Planvermögen wird – zusammen mit dem Aufwand aus der Aufzinsung der Verpflichtungen – im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(20) Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen werden für gegenwärtige, rechtliche und faktische Verpflichtungen, deren Fälligkeit oder Höhe ungewiss und deren Erfüllung wahrscheinlich mit einem Ressourcenabfluss verbunden ist, gebildet. Der für die Rückstellung angesetzte Betrag entspricht dem bestmöglichen Schätzwert, der bereitgestellt werden müsste, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu erfüllen, wobei Risiken und Unsicherheiten der Verpflichtungen mit berücksichtigt werden. Die Bewertung erfolgt in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme. Rückstellungen sind mit Ihrem Barwert angesetzt, soweit der Zins-effekt wesentlich ist. Dieser wird im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(21) Nachrangkapital

Nachrangige Verbindlichkeiten

Unter Nachrangigen Verbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten ausgewiesen, die im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Nachrangige Verbindlichkeiten sind Eigenmittel im Sinne des Kreditwesengesetzes und zählen unter bestimmten Voraussetzungen zum haftenden Eigenkapital. Bei einer Restlaufzeit von weniger als zwei Jahren erfolgt nur eine anteilige Zurechnung zum haftenden Eigenkapital. Eine Beteiligung an Verlusten aus dem laufenden Geschäft ist hier nicht vorgesehen; Zinsen werden unabhängig vom Jahresergebnis der Bank geschuldet und gezahlt.

Genussrechtskapital

Genussrechtskapital nimmt in voller Höhe am Verlust der Gesellschaft teil. Zinszahlungen erfolgen nur im Falle eines Jahresüberschusses. Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber denen der anderen Gläubiger nachrangig. Das Genussrechtskapital dient der Stärkung des haftenden Eigenkapitals entsprechend den Vorschriften des Kreditwesengesetzes. Im Falle eines Jahresfehlbetrags bzw. eines Bilanzverlustes der IKB AG (nach HGB) nehmen die Genussscheine in voller Höhe durch Verminderung ihrer Rückzahlungsbeträge teil, und zwar im Verhältnis ihres Buchwertes zu dem im Jahresabschluss der IKB AG ausgewiesenen Eigenkapital (inkl. Genussscheinkapital, jedoch ohne andere nachrangige Verbindlichkeiten).

Stille Einlagen/Preferred Shares

Unter die Stillen Einlagen fallen Emissionen in Form von Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter. Darüber hinaus weist die IKB hier Vorzugsaktien (Preferred Shares) zweier amerikanischer Tochterunternehmen aus.

Diese Verbindlichkeiten werden entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten (*Sonstige Finanzielle Verbindlichkeiten*) oder zum beizulegenden Zeitwert, sofern für diese die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, bilanziert.

Die Stillen Einlagen nehmen am Bilanzverlust der IKB AG (nach HGB) teil, und zwar im Verhältnis der Stillen Einlage zum Gesamtbuchwert des haftenden Eigenkapitals der Bank, das am Verlust teilnimmt.

Die von der IKB International S.A. emittierten Stillen Beteiligungsscheine nehmen insoweit anteilig an den Verlusten der IKB International S.A. teil, als diese Verluste die ausschüttungsfähigen Rücklagen übersteigen.

Bei einem Bilanzverlust der IKB AG nehmen die Preferred Shares nur durch Ausfall der Vergütung im darauf folgenden Geschäftsjahr teil.

(22) Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital

Im Gezeichneten Kapital wird das Grundkapital der IKB AG abzüglich des Nennwertes der zu Kurspflegezwecken im Bestand befindlichen eigenen Aktien ausgewiesen.

Kapitalrücklage

Unter der Kapitalrücklage wird der Betrag ausgewiesen, der bei der Ausgabe von Aktien über dem Nennwert erzielt wird. Aus Transaktionen in eigenen Aktien resultierende Gewinne oder Verluste werden ergebnisneutral ebenfalls mit der Kapitalrücklage verrechnet.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen setzen sich aus den Gesetzlichen Rücklagen und den Anderen Rücklagen zusammen. In den Anderen Gewinnrücklagen werden u. a. versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste gemäß IAS 19 erfasst, die sich u. a. aus Änderungen der Berechnungsparameter sowie aus Abweichungen im Risikoverlauf (bzw. Invaliditäts- oder Todesfälle) im Vergleich der Situation zum Stichtag zu den Erwartungswerten ergeben.

Rücklage aus der Währungsumrechnung

Die Rücklage aus der Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Währungsumrechnung des Eigenkapitals von Tochterunternehmen in fremder Währung entstehen.

Neubewertungsrücklage

Die Neubewertungsrücklage enthält zum einen die Bewertungsergebnisse der „zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte“ (Available for Sale); zum anderen werden hier Bewertungseffekte aus Cashflow-Hedge-Beziehungen gezeigt. Für die aufgeführten Posten werden jeweils Latente Steuern berechnet und ebenfalls in der Neubewertungsrücklage berücksichtigt.

Anteile in Fremdbesitz

Die Anteile Konzernfremder am Eigenkapital von Tochtergesellschaften werden in einem gesonderten Posten innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(23) Zinsüberschuss

Im Zinsüberschuss werden neben Zinserträgen und -aufwendungen Dividenden aus Wertpapieren, laufende Erträge aus Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie die Erträge und Aufwendungen aus dem Finanzierungsleasinggeschäft ausgewiesen. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden nach der Effektivzinsmethode periodengerecht abgegrenzt. Zinserträge aus Finanzierungsleasing-Verträgen werden so über die Grundmietzeit vereinnahmt, dass eine konstante periodische Verzinsung aus dem Nettoinvestitionswert erzielt wird.

	2008/09 in Mio. €	2007/08 in Mio. €* in Mio. €*	Veränderung in %
Zinserträge aus Derivaten	257,8	315,6	-18,3
Zinserträge aus Finanzinstrumenten, für die die Fair-Value-Option angewandt wurde	195,7	340,6	-42,5
Zinserträge aus zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren	31,2	47,5	-34,3
Summe Zinserträge aus ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	484,7	703,7	-31,1
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1 542,5	1 654,6	-6,8
Zinserträge aus fest- und variabel verzinslichen Wertpapieren	311,0	718,6	-56,7
Amortisation aus aufgelösten Sicherungsbeziehungen IFRS 1 IG 60B	37,4	74,8	-50,0
Erträge aus dem Leasinggeschäft	171,1	156,1	9,6
Erträge aus Beteiligungen	13,6	6,7	>100,0
Dividenden	0,4	1,1	-63,6
Summe Zinserträge aus sonstigen Kategorien	2 076,0	2 611,9	-20,5
Summe Zinserträge	2 560,7	3 315,6	-22,8
Zinsaufwendungen für Derivate	280,9	316,5	-11,2
Amortisation aus aufgelösten Sicherungsbeziehungen IFRS 1 IG 60A	86,0	168,1	-48,8
Zinsaufwendungen für finanzielle Verbindlichkeiten, für die die Fair-Value-Option angewandt wurde	237,9	346,1	-31,3
Summe Zinsaufwendungen für ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	604,8	830,7	-27,2
Zinsaufwendungen für Verbriefte Verbindlichkeiten	548,3	1 090,1	-49,7
Zinsaufwendungen für sonstige Verbindlichkeiten	933,3	774,6	20,5
Zinsaufwendungen für Nachrangkapital	56,5	59,6	-5,2
Zinsähnliche Aufwendungen inkl. Zinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen	75,3	68,2	10,4
Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft	39,9	40,8	-2,2
Summe Zinsaufwendungen aus sonstigen Kategorien	1 653,3	2 033,3	-18,7
Summe Zinsaufwendungen	2 258,1	2 864,0	-21,2
Zinsüberschuss	302,6	451,6	-33,0

* Zahlen angepasst

Für wertgeminderte Forderungen und Wertpapiere werden keine laufenden Zinsen vereinnahmt, sondern die durch Zeitablauf eintretende Steigerung des Barwerts zukünftiger Zahlungen (Unwinding) als Zinsertrag erfasst. Der aus dem Unwinding-Effekt resultierende Zinsertrag beträgt 40,7 Mio. € (Vorjahr: 32,1 Mio. €).

Sowohl die im Rahmen der IFRS-Erstanwendung entstehende Anpassung aus Fair-Value-Hedges als auch die Beträge aus den aufzulösenden Cashflow-Hedges werden entsprechend der Restlaufzeit der Grundgeschäfte unter Berücksichtigung von vorzeitigen Rückzahlungen über das Zinsergebnis amortisiert.

(24) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert			Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Forderungen aus Finanzierungsleasing	Rückstellungen für das außerbilanzielle Geschäft	Gesamt
	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen				
2008/09 in Mio. €							
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen	–	493,3	–	–	8,0	47,7	549,0
Direktabschreibungen	–	11,9	–	–	–	–	11,9
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	–	7,9	–	–	–	–	7,9
Zuführung zu/Auflösung von Portfoliowertberichtigungen	–	97,8	–	–	2,0	–	99,8
Auflösung von Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen	–	49,8	–	–	2,7	10,7	63,2
Umgliederung	–	–	–	–	–	–	–
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	545,3	–	–	7,3	37,0	589,6
Zuführung zu/Auflösung von Wertberichtigungen auf Finanzanlagen (Ergebnis aus Finanzanlagen)	–	–	294,0	32,6	–	–	326,6
Gesamt	–	545,3	294,0	32,6	7,3	37,0	916,2

2007/08 in Mio. €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert			Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Forderungen aus Finanzierungsleasing	Rückstellungen für das außerbilanzielle Geschäft	Gesamt
	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen	Finanzanlagen	Forderungen an Kunden		
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen	–	355,2	–	–	3,6	32,8	391,6
Direktabschreibungen	–	11,5	–	–	–	–	11,5
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	–	6,8	–	–	–	–	6,8
Zuführung zu/Auflösung von Portfoliowertberichtigungen	–	–19,7	–	–	–	–	–19,7
Auflösung von Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen	–	86,7	–	–	2,3	32,4	121,4
Umgliederung	–	–	–	–	–	–	–
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	253,5	–	–	1,3	0,4	255,2
Zuführung zu/Auflösung von Wertberichtigungen auf Finanzanlagen (Ergebnis aus Finanzanlagen)	–	–	966,7	–	–	–	966,7
Gesamt	–	253,5	966,7	–	1,3	0,4	1 221,9

(25) Provisionsüberschuss

	2008/09 in Mio. €	2007/08 in Mio. €	Veränderung in %
Provisionsüberschuss im Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft	33,0	43,6	–24,3
Provisionsüberschuss im Zusammenhang mit Verbriefungen	–0,2	6,1	
Sonstige	0,4	5,0	–92,0
Gesamt	33,2	54,7	–39,3

(26) Fair-Value-Ergebnis

	2008/09 in Mio. €	2007/08* in Mio. €	Veränderung in %
Handelsergebnis	–291,0	–666,4	–56,3
Ergebnis aus Anwendung der Fair-Value-Option	123,1	–905,3	
Ergebnis aus Rhinebridge	12,5	–244,3	
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	–6,7	–14,2	–52,8
Gesamt	–162,1	–1 830,2	–91,1

* Zahlen angepasst

Die negativen Effekte im Handelsergebnis betreffen im Wesentlichen das Derivateergebnis in Höhe von –209,8 Mio. € (Vorjahr: –640,4 Mio. €), das Ergebnis aus dem Handel mit Wertpapieren in Höhe von –30,9 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €) sowie das Devisenergebnis in Höhe von –44,0 Mio. € (Vorjahr –24,9 Mio. €).

Unter die Anwendung der Fair-Value-Option fallen ein Teil der Investments in internationale Kreditportfolien sowie Finanzinstrumente, die trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten. Darüber hinaus wendet die IKB diese Kategorie auch im Rahmen von risikomindernden Sicherungsstrategien gemäß IAS 39 an. Die Marktwertänderungen aus Sicherungsswaps werden zusammen mit den Wertänderungen der Grundgeschäfte in dieser Position erfasst.

Das Ergebnis aus der Anwendung der Fair-Value-Option ist zum einen auf Marktwertverluste auf die oben genannten Finanzinstrumente zurückzuführen. Hiervon entfallen ca. –380 Mio. € auf Marktwertverluste aus langfristigen Anlagen, per saldo +19 Mio. € auf Portfolioinvestments sowie –23 Mio. € auf Wertminderungen aus den Direktbeteiligungen der IKB Private Equity-Gruppe. Auf Marktwertveränderungen aus Sicherungsswaps sind –76 Mio. €, die zusammen mit den Wertänderungen der Grundgeschäfte ausgewiesen werden, zurückzuführen.

Darüber hinaus werden die eigenen Emissionen der IKB zum 31. März 2009 mit einem bonitätsbedingten Abschlag am Kapitalmarkt gehandelt. Zur Bewertung erstrangiger Emissionen der IKB wird eine Bewertungskurve verwendet, die für Restlaufzeiten bis zu 3 Jahren aus dem sogenannten „Rückhandel-Spread“ (Rückkauf eigener Emissionen), für Restlaufzeiten ab 5 Jahren aus den IKB CDS Spreads für Senior-Unsecured-Emissionen und für dazwischen liegende Fälligkeitstermine über eine lineare Interpolation ermittelt wird. Für Nachrangemissionen wird eine Bewertungskurve auf Basis nachrangiger IKB CDS Spreads gebildet. Die Emissionen von hybriden Eigenmitteln werden auf Basis von beobachtbaren Marktkursen bewertet.

Da für einen Teil dieser Emissionen die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, hat dies zu einem bonitätsinduzierten Ertrag innerhalb des Fair-Value-Ergebnisses von 583,5 Mio. € (Vorjahr 1.734,8 Mio. €) geführt. Bis zur planmäßigen Tilgung dieser Finanzinstrumente können diese Effekte das Fair-Value-Ergebnis in künftigen Perioden zu einem Teil wieder belasten. Die bonitätsinduzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwertes eigener Emissionen verteilen sich dabei auf folgende Bilanzpositionen:

in Mio. €	Kumulative Änderung beizulegender Zeitwerte, die auf veränderte Ausfallrisiken zurückzuführen sind		Änderung beizulegender Zeitwerte innerhalb der Periode, die auf veränderte Ausfallrisiken zurückzuführen sind	
	31.3.2009	31.3.2008*	2008/09	2007/08*
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	63,5	109,4	32,3	109,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	846,6	736,3	170,2	735,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	130,9	34,8	75,9	34,8
Nachrangkapital	1 093,5	854,9	305,1	854,9
Gesamt	2 134,5	1 735,4	583,5	1 734,8

* Zahlen angepasst

Im Konzernabschluss zum 31. März 2008 war die Zuordnung der Effekte zwischen den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und den Verbrieften Verbindlichkeiten versehentlich vertauscht. Für die zutreffende Darstellung wurden die Positionen korrigiert.

Das Kreditrisiko des Konzerns findet jedoch keine Berücksichtigung, wenn finanzielle Verpflichtungen von Zweckgesellschaften begeben werden, deren Kreditrisiko von den Sicherheiten, die der rechtlich eigenständigen Zweckgesellschaft zur Verfügung stehen, abhängig ist. Die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts des Kreditrisikos der Zweckgesellschaft ist insoweit unabhängig von dem Bonitätsrisiko der IKB.

Zum Bilanzstichtag befinden sich keine (Vorjahr: eine) mit der Fair-Value-Option bewertete Forderungen an Kreditinstitute im Bestand. Das Ergebnis aus Anwendung der Fair-Value-Option enthält hieraus kein Ergebnis (Vorjahr: –74,5 Mio. €) aus bonitätsinduzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Das Ergebnis aus Rhinebridge resultiert insbesondere aus dem Verkauf der Investments im Rahmen des Ende Juli 2008 durchgeführten Auktionsverfahrens. Danach hält Rhinebridge keine weiteren Investments mehr. Weitere Ergebnisbeiträge aus Investments sind nicht zu erwarten. Unter Wesentlichkeitsgesichtspunkten wurde Rhinebridge zum 30. September 2008 entkonsolidiert.

Das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen aus Fair Value Hedges enthält das Ergebnis aus Grundgeschäften 259,0 Mio. € (Vorjahr 51,4 Mio. €) und aus Sicherungsderivaten –265,7 Mio. € (–65,6 Mio. €). Das Ergebnis aus Cashflow Hedges enthält keinen Ergebnisbetrag.

(27) Ergebnis aus Finanzanlagen

	2008/09 in Mio. €	2007/08 in Mio. €	Veränderung in %
Ergebnis aus Wertpapieren	–280,6	–975,7	–71,2
Ergebnis aus Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	–1,5	–4,2	–64,3
Gesamt	–282,1	–979,9	–71,2

Das Ergebnis aus Wertpapieren beinhaltet per saldo Bewertungsverluste in Höhe von 294,0 Mio. € (Vorjahr: 966,7 Mio. €) auf Wertpapiere der IAS-39-Kategorie „Kredite und Forderungen“ sowie in Höhe von 32,6 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) aus Wertpapieren der IAS-39-Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“. Den Bewertungsverlusten stehen im Wesentlichen per saldo Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren in Höhe von 46,1 Mio. € (Vorjahr: –9,1 Mio. €) gegenüber.

Für Beteiligungen wurden erfolgswirksame Wertminderungen in Höhe von 1,5 Mio. € (Vorjahr: 7,0 Mio. €) vorgenommen.

(28) Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen

Das Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen betrifft die Movesta Lease and Finance GmbH (Movesta) und die Linde Leasing GmbH (Linde Leasing); es beträgt zum 31. März 2009 –8,4 Mio. € (Vorjahr: 1,7 Mio. €).

Das negative Ergebnis entfällt in Höhe von –1,8 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €) auf die Linde Leasing sowie in Höhe von –6,6 Mio. € (Vorjahr: 1,3 Mio. €) auf die Movesta.

(29) Verwaltungsaufwendungen

	2008/09 in Mio. €	2007/08 in Mio. €*	Veränderung in %
Personalaufwendungen	179,4	190,7	–5,9
Übrige Verwaltungsaufwendungen	174,9	168,4	3,9
Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Immaterielle Anlagewerte	21,0	26,9	–21,9
Gesamt	375,3	386,0	–2,8

* Zahlen angepasst

Die einzelnen Aufwandskategorien gliedern sich wie folgt auf:

Personalaufwendungen

	2008/09 in Mio. €	2007/08 in Mio. €*	Veränderung in %
Löhne und Gehälter	156,2	160,5	–2,7
Soziale Abgaben	19,2	20,7	–7,2
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	4,0	9,5	–57,9
Gesamt	179,4	190,7	–5,9

* Zahlen angepasst

Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die gesunkene Mitarbeiteranzahl bzw. auf den geplanten Mitarbeiterabbau zurückzuführen.

Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung belaufen sich auf 10,8 Mio. € (Vorjahr: 11,2 Mio. €).

Die Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung beinhalten den laufenden Dienstzeitaufwand und die Beiträge zur Insolvenzversicherung an den PSVaG.

Übrige Verwaltungsaufwendungen

	2008/09 in Mio. €	2007/08 in Mio. €	Veränderung in %
EDV-Aufwand	31,5	44,4	-29,1
Beratungsaufwendungen	45,3	48,2	-6,0
Pflichtbeiträge (Einlagensicherung), andere Verwaltungsaufwendungen und gesellschaftsrechtliche Aufwendungen	17,6	6,9	>100,0
Raumaufwand	20,2	20,5	-1,5
Reiseaufwand und Kfz-Aufwand	9,6	11,9	-19,3
Arbeitsplatzaufwand	16,1	13,7	17,5
Aufwand für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	3,7	5,7	-35,1
Sonstige Verwaltungsaufwendungen (inkl. Prüfungsaufwendungen)	30,9	17,1	80,7
Gesamt Übrige Verwaltungsaufwendungen	174,9	168,4	3,9

In den Übrigen Verwaltungsaufwendungen sind Aufwendungen für Beratungs- und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Krise in Höhe von 57,3 Mio. € (Vorjahr: 36,8 Mio. €) enthalten.

Aus den in den Sonstigen Verwaltungsaufwendungen enthaltenen Prüfungsaufwendungen entfallen folgende Aufwendungen auf den inländischen Abschlussprüfer:

	2008/09 in Mio. €	2007/08 in Mio. €	Veränderung in %
Abschlussprüfung	5,6	3,7	51,4
davon ehemaliger Abschlussprüfer	–	1,3	-100,0
Sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen*	2,6	8,0	-67,5
davon ehemaliger Abschlussprüfer	–	0,3	-100,0
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,1	0,0
davon ehemaliger Abschlussprüfer	–	0,1	-100,0
Sonstige Leistungen	0,4	0,6	-33,3
davon ehemaliger Abschlussprüfer	–	0,1	-100,0
Gesamt	8,7	12,4	-29,8

* Betrag in 2007/08 inklusive Honorar für die Sonderprüfung

Der Anstieg der Aufwendungen für die Abschlussprüfung ist im Wesentlichen auf Nachbelastungen für Vorjahre (rd. 1,7 Mio. €) zurückzuführen.

Daneben werden in den Verwaltungsaufwendungen Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Immaterielle Anlagewerte ausgewiesen:

	2008/09 in Mio. €	2007/08 in Mio. €	Veränderung in %
Betriebs- und Geschäftsausstattung	8,4	7,9	6,3
Bankbetrieblich genutzte Immobilien	1,3	1,6	-18,8
Immaterielle Anlagewerte	11,3	17,4	-35,1
Gesamt	21,0	26,9	-21,9

(30) Sonstiges betriebliches Ergebnis

	2008/09 in Mio. €	2007/08 in Mio. €*	Veränderung in %
Sonstige betriebliche Erträge	491,3	866,3	-43,3
Erträge aus der Neubewertung der Besserungsabrede sowie hybrider Finanzinstrumente	254,6	648,7	-60,8
Erträge aus Operate-Leasing-Verträgen	121,2	116,8	3,8
Erträge aus der Vereinnahmung von negativen Unterschiedsbeträgen	–	50,2	-100,0
Rückkauf von Eigenemissionen	72,0	17,5	>100,0
Kostenumlagen	8,3	9,9	-16,2
Auflösungen von Rückstellungen/ Wertberichtigungen von sonstigen Forderungen	12,5	7,7	62,3
Erträge für nicht bankbetrieblich genutzte Gebäude	2,8	3,1	-9,7
Ertrag aus dem Verkauf von nicht finanziellen Vermögenswerten	3,6	0,2	>100,0
Übrige Sonstige betriebliche Erträge	16,3	12,2	33,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	360,0	200,0	80,0
Aufwand aus Operate-Leasing-Verträgen	112,1	112,7	-0,5
Abschreibung Firmenwert	186,2	–	
Aufwendungen für nicht bankbetrieblich genutzte Gebäude (inkl. Abschreibungen)	5,7	5,0	14,0
Zuführung zu Rückstellungen/ Wertberichtigungen von sonstigen Forderungen	19,4	35,4	-45,2
Freiwillige soziale Aufwendungen (inkl. Spenden)	1,9	3,0	-36,7
Aufwendungen aus dem Verkauf von nicht finanziellen Vermögenswerten	0,4	1,3	-69,2
Übrige Sonstige betriebliche Aufwendungen	34,3	42,6	-19,5
Gesamt	131,3	666,3	-80,3

* Zahlen angepasst

Die Erträge aus der Neubewertung hybrider Finanzinstrumente (IAS 39 AG8) werden in Note (48) „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ und in Note (56) „Nachrangkapital“ erläutert.

Die Abschreibung des Firmenwertes in Höhe von 186,2 Mio. € ist im Zusammenhang mit der Auflösung der Steuer-rückstellung im Rahmen der Verschmelzung der IVG Kavernen GmbH auf die IKB Beteiligungen zu sehen (Note (3)).

(31) Ergebnis aus Risikoübernahme

	2008/09 in Mio. €	2007/08 in Mio. €	Veränderung in %
Ergebnis aus Absicherung für IKB Portfolioinvestments	–	942,0	–100,0
Ergebnis aus Absicherung auf Havenrock	–	911,8	–100,0
Entkonsolidierungseffekt Rhineland Funding	–	547,2	–100,0
Gesamt	–	2 401,0	–100,0

Siehe Grundlagen der Konzernrechnungslegung, Abschnitt Sondersachverhalte, Unterabschnitt Auflösung des Risikoschirms.

(32) Restrukturierungsaufwand

	2008/09 in Mio. €	2007/08 in Mio. €	Veränderung in %
Restrukturierungsaufwand für Arbeitsplatzveränderungen	41,5	–	
Restrukturierungsaufwand aus Dauerschuldverhältnissen	9,0	–	
Sonstiger Restrukturierungsaufwand	1,3	–	
Gesamt	51,8	–	

Siehe Grundlagen der Konzernrechnungslegung, Abschnitt Sondersachverhalte, Unterabschnitt Bilanzierung von Restrukturierungsmaßnahmen.

(33) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2008/09 in Mio. €	2007/08 in Mio. €* in Mio. €*	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	–375,8	–13,5	>100,0
des laufenden Jahres	–5,8	11,1	
aus früheren Jahren	–370,0	–24,6	>100,0
Latente Steuern	–50,7	142,3	
Gesamt	–426,5	128,8	

* Zahlen angepasst

Die Erträge aus tatsächlichen Steuern vom Einkommen und vom Ertrag aus früheren Jahren stehen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Anteile an der IVG Kavernen GmbH (Note (3)).

Nach dem Operativen Ergebnis des Konzerns 2008/09 wäre – unter Berücksichtigung der Gewerbesteuer – bei Anwendung des in Deutschland gültigen Körperschaftsteuersatzes inklusive Solidaritätszuschlag ein Steuerertrag von 315,4 Mio. € (Steueraufwand Vorjahr: 37,1 Mio. €) zu erwarten gewesen. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Überleitung des erwarteten Steueraufwands auf den ausgewiesenen Steueraufwand:

	2008/09 in Mio. €	2007/08 in Mio. €* in Mio. €*	Veränderung in %
Ergebnis vor Ertragsteuern	-1 006,8	118,2	
Anzuwendender Steuersatz in %	31,4	31,4	0,0
Rechnerische Ertragsteuern	-315,4	37,1	
Steuereffekte			
aus Vorjahren	-330,0	-22,9	>100,0
aus Steuersatzänderungen	0,7	34,3	-98,0
abweichende Steuersätze im In- und Ausland	-54,2	86,9	
aus steuerfreien Erträgen	-555,8	-116,4	>100,0
aus nicht abziehbaren Aufwendungen	413,8	140,6	>100,0
aus nicht angesetzten Latenten Steuern	-81,2	514,7	
aus Veränderung permanenter Effekte bilanzieller Natur	520,4	-515,3	
aus sonstigen Unterschieden	-24,8	-30,2	-17,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-426,5	128,8	

* Zahlen angepasst

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte anzuwendende Ertragsteuersatz setzt sich zusammen aus dem in Deutschland ab 2008 geltenden Körperschaftsteuersatz von 15,0 % (Vorjahr: 15,0 %) zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % (Vorjahr: 5,5 %) auf die Körperschaftsteuer und einem durchschnittlichen Steuersatz für die Gewerbesteuer von 15,5 % (Vorjahr: 15,6 %). Insgesamt ergibt sich ein inländischer Ertragsteuersatz von 31,3 % (Vorjahr: 31,4 %).

Ertragsteuereffekte wegen abweichender Steuersätze entstehen aufgrund der – im Vergleich zum Inland – abweichenden Ertragsteuersätze der einzelnen Sitzländer ausländischer Konzerngesellschaften und Konzerneinheiten, die unverändert zwischen 12,5 % und 46,2 % liegen, sowie unterschiedlicher Gewerbesteuerhebesätze im Inland.

Für temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Anteilen an Tochterunternehmen, ausländischen Niederlassungen und assoziierten Unternehmen sowie Anteilen an Joint Ventures wurden Latente Steuern, soweit dies nach IAS 12 zulässig ist, abgegrenzt.

Der wesentliche Steuereffekt aus Vorjahren ergibt sich im Zusammenhang mit der Auflösung von Steuerrückstellungen der IVG Kavernen GmbH. Ebenso beruhen die nicht abziehbaren Aufwendungen im Wesentlichen auf der Verschmelzung mit der IVG Kavernen GmbH (Note (3)).

Die steuerfreien Erträge resultieren aus der Abrechnung des Risikoschirms mit der KfW. Diese Zahlungen der KfW werden steuerlich zum überwiegenden Teil als Einlage behandelt.

Der Steuereffekt in Höhe von 81,2 Mio. € für nicht angesetzte Latente Steuern entfällt im Wesentlichen auf die nachträglich angesetzten Latenten Ertragsteueransprüche für Verlustvorträge des Organkreises Luxemburg.

Die Steuereffekte aus den Veränderungen permanenter Effekte bilanzieller Natur resultieren hauptsächlich aus Sachverhalten im Zusammenhang mit Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, dem abgerechneten Risikoschirm sowie Effekten aus Darlehen mit Besserungsschein.

Erläuterungen zur Aktivseite

(34) Barreserve

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Kassenbestand	0,0	0,1	-100,0
Guthaben bei Zentralnotenbanken	4,0	308,5	-98,7
Sonstige	0,2	0,2	0,0
Gesamt	4,2	308,8	-98,6

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen zum Bilanzstichtag mit 3,6 Mio. € (Vorjahr: 308,3 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(35) Forderungen an Kreditinstitute

	Gesamt			Inland		Ausland	
	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €
Täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute	2 186,5	1 462,0	49,6	585,3	332,0	1 601,2	1 130,0
Forderungen an Kreditinstitute < 4 Jahre Ursprungslaufzeit	698,6	1 126,3	-38,0	50,0	87,3	648,6	1 038,9
Forderungen an Kreditinstitute >= 4 Jahre Ursprungslaufzeit	94,4	262,0	-64,0	0,0	3,6	94,4	258,4
Gesamt	2 979,5	2 850,3	4,5	635,3	422,9	2 344,2	2 427,3

(36) Forderungen an Kunden

	Gesamt			Inland		Ausland	
	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €*	Veränderung in %	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €*	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €
Forderungen an Kunden < 4 Jahre Ursprungslaufzeit	3 684,2	4 747,8	-22,4	2 695,1	3 092,8	989,1	1 655,0
Forderungen an Kunden >= 4 Jahre Ursprungslaufzeit	22 292,5	22 255,2	0,2	16 259,2	17 503,4	6 033,3	4 751,8
Forderungen aus Finanzierungsleasing-Verträgen	1 951,2	1 840,6	6,0	1 477,6	1 532,2	473,6	308,4
Gesamt	27 927,9	28 843,6	-3,2	20 431,9	22 128,4	7 496,0	6 715,2

* Zahlen angepasst

Die Forderungen an Kunden beinhalten noch nicht amortisierte Wertaufholungen aus Sicherungsbeziehungen gemäß IFRS 1 von 111,0 Mio. € (Vorjahr: 197,0 Mio. €).

Die Forderungen an Kunden berücksichtigen Wertänderungen von 187,6 Mio. € (Vorjahr: -11,1 Mio. €) aus gesicherten Grundgeschäften des Hedge-Accounting.

(37) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Zur Absicherung erkennbarer Risiken aus dem Kreditgeschäft werden Einzelwertberichtigungen gebildet.

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen			Portfolio- wertberich- tigungen	Rück- stellungen für das außer- bilanzielle Geschäft	Gesamt
	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert		Forderungen aus Finanzie- rungsleasing			
	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kunden			
Anfangsbestand zum 1.4.2008	0,0	775,9	2,3	83,0	23,3	884,5
Inanspruchnahmen	0,0	397,9	0,0	0,0	2,0	399,9
Auflösung	0,0	49,8	2,7	0,4	10,7	63,6
Unwinding	0,0	21,0	0,0	0,0	0,1	21,1
Zuführung	0,0	493,3	8,0	100,2	47,7	649,2
Umgliederung	0,0	0,0	-0,8	0,0	0,0	-0,8
Fremdwährungskursänderung	0,0	5,9	-0,1	1,8	0,0	7,6
Endbestand zum 31.3.2009	0,0	806,4	6,7	184,6	58,2	1 055,9
abzüglich Rückstellungen	-	-	-	-	58,2	58,2
Bilanzausweis Risikovorsorge zum 31.3.2009	0,0	806,4	6,7	184,6	-	997,7

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen			Portfolio- wertberich- tigungen	Rück- stellungen für das außer- bilanzielle Geschäft	Gesamt
	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert		Forderungen aus Finanzie- rungsleasing			
	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kunden			
Anfangsbestand zum 1.4.2007	0,0	989,3	1,8	103,6	28,2	1 122,9
Inanspruchnahmen	0,0	448,9	0,0	0,0	4,5	453,4
Auflösung	0,0	86,7	2,3	23,2	32,4	144,6
Unwinding	0,0	32,1	0,0	0,0	0,8	32,9
Zuführung	0,0	355,2	3,6	3,5	32,8	395,1
Umgliederung	0,0	0,0	-0,8	0,0	0,0	-0,8
Fremdwährungskursänderung	0,0	-0,9	0,0	-0,9	0,0	-1,8
Endbestand zum 31.3.2008	0,0	775,9	2,3	83,0	23,3	884,5
abzüglich Rückstellungen	-	-	-	-	23,3	23,3
Bilanzausweis Risikovorsorge zum 31.3.2008	0,0	775,9	2,3	83,0	-	861,2

Der Risikovorsorgebestand aus Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen beläuft sich auf 871,3 Mio. € (Vorjahr: 801,5 Mio. €).

Darüber hinaus wird für nicht eindeutig identifizierbare Risiken, die nicht bereits durch eine Einzelwertberichtigung abgedeckt wurden, durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen Vorsorge getroffen. Die Portfoliowertberichtigungen betragen zum 31. März 2009 184,6 Mio. € (Vorjahr: 83,0 Mio. €).

Die Risikovorsorge für Adressenrisiken nach Kundengruppen gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen (Forderungen und Kredite) und PoWB-Bestand		Inanspruchnahme Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen		Risikovorsorge im Kreditgeschäft (GuV)	
	2008/09	2007/08	2008/09	2007/08	2008/09	2007/08
Inländische Kunden	622,0	755,1	376,9	424,2	267,4	233,8
Produktion	231,1	203,0	109,7	121,5	153,8	80,2
Handel	22,2	32,2	18,0	43,2	9,8	12,3
Dienstleistung	346,1	480,1	224,0	244,6	93,2	135,2
Verkehr	13,5	24,9	13,3	5,0	2,4	9,2
Sonstiges	9,1	14,9	11,9	9,8	8,2	-3,1
Ausländische Kunden	249,3	46,5	23,0	29,2	222,4	41,1
Produktion	167,6	26,2	12,5	15,0	150,0	22,8
Handel	15,4	6,5	2,3	0,0	11,4	8,2
Dienstleistung	50,1	8,6	7,4	12,4	48,5	8,8
Verkehr	5,7	4,0	0,7	1,3	1,7	1,2
Sonstiges	10,6	1,1	0,1	0,5	10,8	0,1
Segment Portfolio Investments					0,0	0,0
Portfoliowertberichtigungen	184,6	83,0			99,8	-19,7
Gesamt	1 055,9	884,5	399,9	453,4	589,6	255,2

Kennziffern zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft:

	2008/09 in %	2007/08 in %	Veränderung absolut
Zuführung	1,8	0,7	1,1
Inanspruchnahme	1,2	1,2	0,0
Bestand	3,2	2,3	0,8

Die Kennziffern der Risikovorsorge definieren sich wie folgt:

- Zuführung = Nettorisikovorsorge in Relation zum Kreditvolumen
- Inanspruchnahme = Kreditausfälle in Relation zum Kreditvolumen
- Bestand = Risikovorsorgebestand in Relation zum Kreditvolumen

(38) Handelsaktiva

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5,6	33,2	-83,1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–	0,1	-100,0
Schuldscheindarlehen des Handelsbestandes	54,1	67,8	-20,2
Positive beizulegende Zeitwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	3 646,1	3 502,9	4,1
Positive beizulegende Zeitwerte aus Sicherungsderivaten	27,0	33,7	-19,9
Gesamt	3 732,8	3 637,7	2,6

Die in den Handelsaktiva ausgewiesenen Wertpapiere sind in voller Höhe börsenfähig und börsennotiert.

(39) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen beinhalten die nachfolgend genannten Bestände:

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €*	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10 063,6	12 581,0	-20,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,3	11,5	-97,4
Beteiligungen	172,2	247,1	-30,3
davon an Kreditinstituten	5,6	44,1	-87,3
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,2	0,1	100,0
Gesamt	10 236,3	12 839,7	-20,3

* Zahlen angepasst

Die Veränderung der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren resultiert im Wesentlichen aus Fälligkeiten, Verkäufen und Bewertungsverlusten.

Die Finanzanlagen gliedern sich in folgende Haltekategorien gemäß IAS 39:

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €* in Mio. €*	Veränderung in %
Finanzanlagen, für die die Fair-Value-Option ausgeübt wurde	3 137,8	4 709,8	-33,4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3 002,6	4 543,1	-33,9
Beteiligungen	135,2	166,7	-18,9
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1 901,1	1 709,1	11,2
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 863,6	1 617,1	15,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,3	11,5	-97,4
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,2	0,1	100,0
Beteiligungen	37,0	80,4	-54,0
davon zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	31,4	36,3	-13,5
Kredite und Forderungen	5 197,4	6 420,8	-19,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5 197,4	6 420,8	-19,1
Gesamt	10 263,3	12 839,7	-20,3

* Zahlen angepasst

Der Buchwert aller unter den Finanzanlagen ausgewiesenen börsenfähigen Wertpapiere verteilt sich wie folgt:

31.3.2009 in Mio. €	insgesamt börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9 690,9	9 464,2	226,7
Beteiligungen	64,4	8,6	55,8

Zum 31. März 2009 waren keine börsenfähigen Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen im Bestand.

(40) At equity bilanzierte Unternehmen

Auf die Position „At equity bilanzierte Unternehmen“ entfallen 7,5 Mio. € (Vorjahr: 14,7 Mio. €).

Zum 31. März 2009 waren keine börsenfähigen Beteiligungen an At equity bilanzierten Unternehmen im Bestand.

(41) Immaterielle Anlagewerte

Die Immateriellen Anlagewerte enthalten keine Geschäfts- oder Firmenwerte.

Unter den Immateriellen Anlagewerten wurde selbstgeschaffene Software in Höhe von 5,0 Mio. € (Vorjahr: 6,3 Mio. €) bilanziert.

(42) Sachanlagen

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Operating-Leasing-Vermögenswerte	149,6	112,2	33,3
Grundstücke und Gebäude inklusive geleisteter Anzahlungen und Anlagen im Bau	86,3	83,3	3,6
Betriebs- und Geschäftsausstattung	20,2	23,3	-13,3
Gesamt	256,1	218,8	17,0

(43) Laufende Ertragsteueransprüche

Die laufenden Ertragsteueransprüche verteilen sich wie folgt:

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Inland	48,8	36,8	32,6
Ausland	8,9	8,0	11,3
Gesamt	57,7	44,8	28,8

(44) Latente Ertragsteueransprüche

Die Latenten Ertragsteueransprüche stehen mit folgenden Sachverhalten im Zusammenhang:

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €* in Mio. €*	Veränderung in %
Forderungen an Kunden/Risikovorsorge im Kreditgeschäft	119,5	78,4	52,4
Handelsaktiva	9,8	22,9	-57,2
Finanzanlagen	345,2	405,0	-14,8
Sachanlagen	4,2	6,6	-36,4
Verlustvorträge	129,0	27,0	>100,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34,6	40,3	-14,1
Handelspassiva	889,4	443,2	>100,0
Pensionsrückstellungen	13,8	10,0	38,0
Nachrangkapital	12,3	1,0	>100,0
Übrige Bilanzposten	56,6	73,1	-22,6
Zwischensumme	1 614,4	1 107,5	45,8
Saldierung mit passiven Latenten Steuern	-1 358,2	-923,9	47,0
Gesamt	256,2	183,6	39,5

* Zahlen angepasst

Die Latenten Steueransprüche und die Latenten Steuerschulden wurden gemäß IAS 12 organkreis- bzw. gesellschaftsbezogen unter Beachtung der Fristigkeit saldiert.

Der starke Anstieg der Latenten Ertragsteueransprüche bei den Handelspassiva resultiert im Wesentlichen aus negativen beizulegenden Zeitwerten derivativer Finanzinstrumente im Inland.

Aufgrund des Übergangs der Anteilsmehrheit im Oktober 2008 ist der inländische steuerliche Verlustvortrag gemäß § 8c KStG sowie § 10a GewStG verloren gegangen. Die aktiven Latenten Steuern auf inländische Verlustvorträge in Höhe von 125 Mio. € wurden bereits im Vorjahr vollständig abgeschrieben. Der inländische Verlust des Berichtsjahres ist ebenso nur zeitanteilig nutzbar. Der bis zum Übergang der Anteilsmehrheit angefallene Verlust geht voraussichtlich verloren. Auf die nutzbaren Verluste im Inland wurden aktive Latente Steuern in Höhe von 7,9 Mio. € gebildet.

Ebenso sind bei der IKB Capital Corporation aufgrund des Übergangs der Anteilsmehrheit die vorhandenen Verlustvorträge in der Zukunft überwiegend (bis auf 46,6 Mio. US\$) nicht mehr nutzbar, was zu einem erheblichen Steueraufwand aus der Auflösung von aktiven Latenten Steuern des Vorjahres (60 Mio. US\$) geführt hat. Die bis zum Übergang der Anteilsmehrheit angefallenen steuerlichen Verluste gehen ebenfalls verloren.

Auf Basis von Planungsrechnungen angesetzte Latente Steuern betragen im Inland 67,8 Mio. € und im Ausland 92,6 Mio. €.

Für temporäre Differenzen in Höhe von 77,2 Mio. € sind keine Latenten Steueransprüche angesetzt worden.

Insgesamt sind 669,5 Mio. € KSt-Verlustvorträge sowie 540,6 Mio. € GewSt-Verlustvorträge nicht angesetzt worden; die Einzelheiten ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Körperschaftsteuer – nicht angesetzte Verlustvorträge zum Berichtsstichtag	669,5	868,1	-22,9
davon verfallen in 2009/10	–	–	-100,0
davon verfallen in 2010/11	–	0,5	-100,0
davon verfallen in 2011/12	–	1,3	-100,0
davon verfallen in 2012/13	–	0,8	-100,0
davon verfallen in 2013/14	–	1,5	-100,0
davon verfallen nach 2013/14	5,0	–	
davon unverfallbar	664,5	738,9	-10,1
Gewerbesteuer – nicht angesetzte Verlustvorträge zum Berichtsstichtag	540,6	829,5	-34,8
davon unverfallbar	540,6	704,5	-23,3

(45) Sonstige Aktiva

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Forderungen KfW Bankengruppe	–	1 829,7	-100,0
Forderungen aus dem Leasinggeschäft	115,0	119,4	-3,7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	41,5	74,8	-44,5
Rechnungsabgrenzungsposten	41,0	35,4	15,8
Übrige Forderungen	30,7	51,8	-40,7
Gesamt	228,2	2 111,1	-89,2

Erläuterungen bezüglich der Ablösung der Forderungen aus Risikoübernahme siehe Kapitel Grundlagen der Konzernrechnungslage, Abschnitt Sondersachverhalte, Unterabschnitt Auflösung des Risikoschirms.

(46) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Die Position Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte beinhaltet mit 3,1 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) die Anteile der Movesta, deren Veräußerung innerhalb des zweiten Quartals des Geschäftsjahres 2009/10 beabsichtigt ist.

Das Ergebnis aus der Movesta beträgt –6,6 Mio. € und ist im Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen enthalten.

Erläuterungen zur Passivseite

(47) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	Gesamt			Inland		Ausland	
	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	88,7	107,0	-17,1	32,7	46,3	56,0	60,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten < 4 Jahre Ursprungslaufzeit	5 626,7	7 431,1	-24,3	4 833,1	5 308,9	793,6	2 122,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten >= 4 Jahre Ursprungslaufzeit	9 603,3	9 911,2	-3,1	9 485,6	9 749,7	117,7	161,5
Gesamt	15 318,7	17 449,3	-12,2	14 351,4	15 104,9	967,3	2 344,4

Festverzinsliche Verbindlichkeiten werden teilweise mit Hilfe von Derivaten (Zinsswaps) gegen Zinsänderungsrisiken gesichert. Um einen sachgerechten Bilanz- und Erfolgsausweis zu erhalten, wird für entsprechende festverzinsliche Verbindlichkeiten im Zugangszeitpunkt die Fair-Value-Option angewandt.

Die von der KfW zur Verfügung gestellten Darlehen mit Forderungsverzicht und Besserungsabrede wurden im Rahmen der Verkaufstransaktion der IKB-AG-Anteile der KfW an die LSF6 Europe Financial Holdings L.P. per 29. Oktober 2008 übertragen und anschließend an die Gesellschaft LSF6 Rio (Ireland) Limited mit Sitz in Dublin abgetreten. Durch den Gläubigerwechsel erfolgt der Ausweis unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

(48) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	Gesamt			Inland		Ausland	
	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	605,4	24,7	>100,0	605,4	21,7	0,0	3,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden < 4 Jahre Ursprungslaufzeit	1 651,9	2 710,6	-39,1	1 595,7	2 673,8	56,2	36,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden >= 4 Jahre Ursprungslaufzeit	3 561,5	3 016,2	18,1	2 984,8	3 015,8	576,7	0,4
Gesamt	5 818,8	5 751,5	1,2	5 185,9	5 711,3	632,9	40,2

Für die per 29. Oktober 2008 von der KfW an LSF6 Europe Financial Holdings L.P. und anschließend an die LSF6 Rio (Ireland) Limited mit Sitz in Dublin abgetretenen Darlehen mit Forderungsverzicht und Besserungsabrede greift im Konzernabschluss für die Kategorie „Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten“ die Bewertung gemäß IAS 39 AG8. Diese Geschäfte werden zu jedem Bilanzstichtag mit ihrem Barwert bilanziert. Dieser resultiert aus einer Neuschätzung des zugrunde liegenden Zins- und Tilgungs-Cashflow, diskontiert mit der Ursprungsrendite des Instruments (Effektivzins am Emissionstag). Die Prognose der zukünftig für diese Instrumente zu leistenden Zins- und Tilgungszahlungen basiert auf dem geplanten Operativen

Ergebnis der IKB für die nächsten Geschäftsjahre. Der Ertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung in Höhe von 138,5 Mio. € (Vorjahr: 362,7 Mio. €) resultiert aus einem Unwinding-Aufwand in Höhe von 48,9 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) und aus einem Sonstigen betrieblichen Ertrag in Höhe von 187,4 Mio. € (Vorjahr: 362,7 Mio. €). Zum 31. März 2009 beträgt damit der Buchwert 548,8 Mio. € (Vorjahr: 687,3 Mio. €).

(49) Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Begebene Schuldverschreibungen (Ursprungslaufzeit < 4 Jahre)	9 996,5	10 756,0	-7,1
abzüglich eigene Schuldverschreibungen (Ursprungslaufzeit < 4 Jahre)	–	893,5	-100,0
Zwischensumme (Ursprungslaufzeit < 4 Jahre)	9 996,5	9 862,5	1,4
Begebene Schuldverschreibungen (Ursprungslaufzeit >= 4 Jahre)	4 029,4	8 680,3	-53,6
abzüglich eigene Schuldverschreibungen (Ursprungslaufzeit >= 4 Jahre)	–	358,0	-100,0
Zwischensumme (Ursprungslaufzeit >= 4 Jahre)	4 029,4	8 322,3	-51,6
Gesamt	14 025,9	18 184,8	-22,9

Der Veränderung der Verbrieften Verbindlichkeiten ist im Wesentlichen begründet durch Tilgungen in Höhe von 8,6 Mrd. €, Emissionen in Höhe von 4,0 Mrd. € aus SoFFin-besicherten Schuldverschreibungen sowie 0,5 Mrd. € aus Fremdwährungs- und Aufzinsungseffekten.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten berücksichtigen Wertänderungen von 18,1 Mio. € (Vorjahr: -0,8 Mio. €) aus gesicherten Grundgeschäften des Hedge-Accounting.

(50) Handelspassiva

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Derivate mit negativem beizulegenden Zeitwert	5 242,0	5 345,3	-1,9
Negative beizulegende Zeitwerte aus Sicherungsderivaten	238,0	65,6	>100,0
Gesamt	5 480,0	5 410,9	1,3

(51) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Art und die Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richten sich nach den jeweils zugrunde liegenden Versorgungsregelungen (siehe Note (19)).

Der Verpflichtungsumfang wird jährlich durch einen unabhängigen Aktuar unter Verwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens ermittelt. Der Unterschied zu den bilanziell erfassten Positionen (Pensionsrückstellungen sowie aktivierter Vermögensüberhang) resultiert aus dem beizulegenden Zeitwert des Planvermögens. Die Pensionsverpflichtung sowie das Planvermögen für leistungsorientierte Versorgungspläne haben sich in den vergangenen Jahren wie folgt entwickelt:

in Mio. €	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2006
Pensionsverpflichtung (Anwartschaftsbarwert)	223,4	204,9	218,6	227,4
– beizulegender Zeitwert des Planvermögens	206,8	206,5	215,9	
= Über- (+) bzw. Unterdeckung (–)	–16,6	1,6	–2,7	–227,4
davon als Vermögenswert aktiviert	0,1	5,1	0,0	
davon als Verpflichtung passiviert	16,7	3,5	2,7	227,4

Der Anwartschaftsbarwert der Pensionsverpflichtungen zum 31. März 2009 beträgt 223,4 Mio. € (Vorjahr: 204,9 Mio. €). Davon entfallen 221,8 Mio. € (Vorjahr: 202,7 Mio. €) auf fondsgedeckte Verpflichtungen und 1,6 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €) auf nicht fondsgedeckte Verpflichtungen.

Die fondsgedeckten Pensionsverpflichtungen sind am Bilanzstichtag derzeit nicht mehr vollständig durch die Vermögenswerte in den CTAs gedeckt. Diese Unterdeckung ist u. a. der allgemeinen Wertentwicklung an den Finanzmärkten geschuldet. Gemäß IAS 19 reduziert sich der Ausweis der Pensionsrückstellung auf die nicht durch entsprechende Vermögenswerte gedeckten Pensionsverpflichtungen, diese belaufen sich zum 31. März 2009 auf 16,7 Mio. €.

Die Pensionsverpflichtungen haben sich in den beiden abgelaufenen Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

in Mio. €	2008/09	2007/08
Anfangsbestand der Pensionsverpflichtungen zum 1.4.	204,9	218,6
Pensionszahlungen	9,9	9,9
Beitragszahlungen der Arbeitnehmer	0,7	0,8
Zuführungen	17,3	19,6
davon laufender Dienstzeitaufwand	5,8	9,5
davon Zinsaufwand	11,5	10,1
–/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	14,4	–24,2
Aufwand Restrukturierungsmaßnahmen (Curtailment)	4,0	0,0
Endbestand der Pensionsverpflichtungen zum 31.3.	223,4	204,9
Planvermögen gem. IAS 19	206,8	206,5
Bilanzielle Nettoposition zum 31.3.	–16,6	1,6

Die unter „Grundlagen der Konzernrechnungslegung“, Abschnitt Sondersachverhalte, Unterabschnitt Bilanzierung von Restrukturierungsmaßnahmen erläuterten Maßnahmen aus dem Restrukturierungsprogramm haben ebenfalls Einfluss auf die Pensionsverpflichtungen und mindern diese zum 31. März 2009 in Höhe von 4,0 Mio. €; dieser Betrag wird zusammen mit dem Dienstzeitaufwand der Periode in den Verwaltungsaufwendungen verrechnet.

Der gesamte Pensionsaufwand setzt sich aus den folgenden Komponenten zusammen:

in Mio. €	2008/09	2007/08
Laufender Dienstzeitaufwand	5,8	9,5
Zinsaufwand	11,5	10,1
Planerträge	-10,9	-11,0
Kürzungen aufgrund des Restrukturierungsprogramms	-4,0	0,0
Pensionsaufwand	2,4	8,6

Die Pensionsverpflichtungen weisen am 31. März 2009 einen Gesamtwert in Höhe von 223,4 Mio. € auf (Vorjahr: 204,9 Mio. €). Der Anstieg der Pensionsverpflichtung im Vergleich zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf versicherungsmathematischen Verlusten in Höhe von 14,4 Mio. € (Vorjahr: versicherungsmathematische Gewinne in Höhe von -24,2 Mio. €), die mit 5,3 Mio. € (Vorjahr: 7,4 Mio. €) auf Bestandsänderungen entfallen. Als hauptmaßgeblicher Verursachungsfaktor für die auf der Verpflichtungsseite aufgetretenen versicherungsmathematischen Verluste ist vor allem der Anstieg der erwarteten Rentensteigerungen zu nennen.

Die im Geschäftsjahr insgesamt entstandenen versicherungsmathematischen Verluste (inklusive Verluste auf Planvermögen) belaufen sich am Bilanzstichtag auf 27,2 Mio. €.

Die Entwicklung der erfolgsneutral erfassten versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste stellt für die abgelaufenen Geschäftsjahre wie folgt dar:

in Mio. €	Pensions- verpflichtung	Planvermögen	Summe
kumulierte im SORIE erfasste Gewinne/Verluste zum 31.3.2005	16,6	0,0	16,6
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	19,0	0,0	19,0
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	14,0	0,0	14,0
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	5,0	0,0	5,0
kumulierte im SORIE erfasste Gewinne/Verluste zum 31.3.2006	35,6	0,0	35,6
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-20,3	0,0	-20,3
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	-21,9	0,0	-21,9
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	1,6	0,0	1,6
kumulierte im SORIE erfasste Gewinne/Verluste zum 31.3.2007	15,3	0,0	15,3
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-24,2	21,5	-2,7
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	-31,6	0,0	-31,6
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	7,4	0,0	7,4
kumulierte im SORIE erfasste Gewinne/Verluste zum 31.3.2008	-8,9	21,5	12,6
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	14,4	12,8	27,2
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	9,1	0,0	9,1
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	5,3	0,0	5,3
kumulierte im SORIE erfasste Gewinne/Verluste zum 31.3.2009	5,5	34,3	39,8

Das den Verpflichtungen gegenüberstehende Planvermögen hat sich in den abgelaufenen beiden Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

in Mio. €	2008/09	2007/08
Anfangsbestand des Planvermögens zum 1.4.	206,5	215,9
erwarteter Ertrag des Planvermögens	10,9	11,0
+/- versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-12,8	-21,5
Beitragszuführungen der IKB	1,5	0,3
Beitragszahlungen der Arbeitnehmer	0,7	0,8
Pensionszahlungen	0,0	0,0
Endbestand des Planvermögens zum 31.3.	206,8	206,5

Das Planvermögen hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2008/09 einen Verlust in Höhe von 1,9 Mio. € verursacht. Am aktuellen sowie am vorangegangenen Stichtag setzte sich das Planvermögen wie folgt zusammen:

in %	31.3.2009	31.3.2008
Liquide Mittel	19,5	8,7
Aktien	7,1	21,9
Festverzinsliche Wertpapiere	68,5	66,6
Immobilien	4,8	2,4
Sonstige	0,1	0,4

Folgende versicherungsmathematische Annahmen wurden den Berechnungen zugrunde gelegt:

	31.3.2009	31.3.2008
Zinssatz für die Abzinsung	6,00	5,75
Erwartete Steigerung der ruhegehaltstfähigen Bezüge	3,00	3,00
Erwartete Rentensteigerung (inklusive Inflationsrate)	2,25	1,50
Fluktuationsrate (differenziert nach Altersgruppen)	1,00-6,50	1,00-6,50
Erwartete Rendite des Planvermögens der VO 79+94, Deferred Compensation und Vorruhestand	5,25	5,25
Erwartete Rendite des Planvermögens der VO 2006 und des Wertkontenplans	5,00	5,00

Der erwartete Vermögensertrag aus dem Planvermögen für das kommende Geschäftsjahr basiert auf der Zielallokation und den langfristig erwarteten Vermögensrenditen je Anlageklasse. Bei den Performanceannahmen handelt es sich nicht um eine historische Betrachtung, sondern um eine Prognose auf der Basis eines Kapitalmarktmodells, bei dem die Entwicklung einer Vielzahl von Anlageklassen in die Zukunft über Simulationsmodelle fortgeschrieben wird.

Die zu erwartenden Beiträge an das Planvermögen orientieren sich an der zukünftigen Veränderung des Anwartschaftsbarwertes der Pensionsverpflichtungen. Grundsätzlich wird (weiterhin) eine vollständige Deckung der Verpflichtungen durch das Planvermögen angestrebt.

Für das Geschäftsjahr 2009/10 wird keine Einstellung in das Planvermögen erwartet. Die erwarteten Pensionszahlungen haben eine Höhe von 9,7 Mio. €.

Im Rahmen der Kapitalmarktkrise ist auch der Zinssatz für die Abzinsung der Verpflichtungen deutlich angestiegen, da sich der Risikoaufschlag (Credit Spread) zwischen risikolosen Papieren (Staatsanleihen) und den für die Ermittlung des Abzinsungssatzes heranzuziehenden Unternehmensanleihen mit AA-Rating von in der Vergangenheit relativ statischen 50 Basispunkten auf nunmehr 150 und mehr Basispunkte erhöht hat.

Die nachfolgende Übersicht zeigt daher die Sensitivität der Pensionsverpflichtung zum 31. März 2009. Dabei hätte eine Änderung des Rechnungszinses um 25 Basispunkte bei ansonsten konstant gehaltenen Annahmen folgende Auswirkungen auf die Versorgungsverpflichtungen:

in Mio. €	
Erhöhung der Defined Benefit Obligation (DBO) bei Veränderung des Zinssatzes um 25 Basispunkte	8,2

(52) Sonstige Rückstellungen

in Mio. €	Anfangsbestand zum 31.3.2008	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	Endbestand zum 31.3.2009
Risiken aus dem Kreditgeschäft	23,3	2,0	10,8	47,7	58,2
Rückstellungen für Zinsen auf Steuern	12,1	–	10,0	7,7	9,8
Jubiläumsrückstellungen	4,3	0,6	0,1	0,9	4,5
Steuerrückstellungen ohne Ertragsteuern	3,1	2,7	0,1	1,4	1,7
Prozesse und Regresse	18,1	1,0	1,2	–	15,9
Restrukturierung	–	–	–	48,7	48,7
Sonstige	19,3	2,8	10,9	11,2	16,8
Gesamt	80,2	9,1	33,1	117,6	155,6

Die Jubiläumsrückstellungen wurden analog der Pensionsverpflichtungen mittels versicherungsmathematischer Gutachten von unabhängigen Aktuaren – in Höhe des in Note (51) angegebenen Zinssatzes – ermittelt.

Unter den Risiken aus dem Kreditgeschäft wird die Vorsorge auf Risiken außerbilanzieller Posten wie beispielsweise Bürgschaften subsumiert.

Im Zeitpunkt des Abschlusses lagen uns keine Informationen vor, die auf eine zeitliche Kumulation der Inanspruchnahmen hindeuteten.

Zur den Restrukturierungen siehe Sondersachverhalte, Bilanzierung von Restrukturierungsmaßnahmen.

(53) Laufende Ertragsteuerverpflichtungen

Die laufenden Ertragsteuerverpflichtungen verteilen sich wie folgt:

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Inland	93,3	87,3	6,9
Ausland	1,5	0,8	87,5
Gesamt	94,8	88,1	7,6

(54) Latente Ertragsteuerverpflichtungen

Die Latenten Ertragsteuerverpflichtungen stehen mit folgenden Sachverhalten im Zusammenhang:

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Forderungen an Kunden/Risikovorsorge im Kreditgeschäft	455,3	185,2	>100,0
Handelsaktiva	326,9	118,0	>100,0
Finanzanlagen	65,3	51,6	26,6
Sachanlagen	9,9	2,7	>100,0
Verbindlichkeiten	313,3	326,8	-4,1
Handelspassiva	5,5	22,8	-75,9
Pensionsrückstellungen	0,1	6,5	-98,5
Sonstige Verbindlichkeiten	79,1	10,9	>100,0
Nachrangkapital	208,7	199,8	4,5
Übrige Bilanzposten	33,7	148,8	-77,4
Zwischensumme	1 497,8	1 073,1	39,6
Saldierung mit aktiven Latenten Steuern	-1 358,2	-923,9	47,0
Gesamt	139,6	149,2	-6,4

Die Latenten Steueransprüche und die Latenten Steuerschulden wurden gemäß IAS 12 organkreis- bzw. gesellschaftsbezogen unter Beachtung der Fristigkeit saldiert.

Der starke Anstieg der Latenten Ertragsteuerverpflichtungen resultiert bei den Forderungen an Kunden/Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Wesentlichen aus Abschreibungen auf Forderungen und bei den Handelsaktiva aus positiven beizulegenden Zeitwerten bei derivativen Finanzinstrumenten im Inland.

(55) Sonstige Passiva

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	139,0	123,1	12,9
Rechnungsabgrenzungsposten	18,8	13,9	35,3
Verbindlichkeiten aus Restrukturierung	2,2	–	
Übrige Verbindlichkeiten	354,1	26,4	>100,0
Gesamt	514,1	163,4	>100,0

Der Anstieg in den Übrigen Verbindlichkeiten resultiert aus einer ABS-Transaktion, bei der Leasingforderungen an eine nicht konsolidierte Zweckgesellschaft verkauft wurden. Aufgrund eines nicht bilanziellen Abgangs von Leasingforderungen weist die IKB in Höhe von 255,1 Mio. € eine Sonstige Verbindlichkeit gegenüber dem Erwerber aus.

(56) Nachrangkapital

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Nachrangige Verbindlichkeiten	1 171,8	1 228,5	–4,6
Genussrechtskapital	113,1	187,5	–39,7
Stille Einlagen/Preferred Shares	106,8	363,7	–70,6
Gesamt	1 391,7	1 779,7	–21,8

Neben den Nachrangigen Verbindlichkeiten sind im Nachrangkapital Genussrechtsverbindlichkeiten, Stille Beteiligungen und Vorzugsaktien der Kategorie „Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten“ enthalten, bei denen die Regelungen des IAS 39 AG8 zu beachten sind. Diese Geschäfte werden zu jedem Bilanzstichtag mit ihrem Barwert bilanziert. Dieser resultiert aus einer Neueinschätzung des zugrundeliegenden Zins- und Tilgungs-Cashflows, diskontiert mit der Ursprungsrendite des Instruments (Effektivzins am Emissionstag). Die Prognose der zukünftig für diese Instrumente zu leistenden Zins- und Tilgungszahlungen basiert auf dem geplanten Jahresüberschuss der IKB AG bzw. der IKB International S.A. der nächsten Jahre. Die aus IAS 39 AG8 resultierenden Buchwertänderungen betragen per saldo 57,4 Mio. € (Vorjahr: 286 Mio. €). Eventuelle Verlustteilnahmen oder Aussetzungen von Zinszahlungen sind damit im Barwert enthalten. Der per saldo ausgewiesene Buchwertgewinn resultiert aus im Zinsüberschuss enthaltenen Unwinding-Aufwendungen in Höhe von 11,9 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) und aus den im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesenen Veränderungen der Zins- und Tilgungs-Cashflows in Höhe von 67,2 Mio. € (Vorjahr: 286,0 Mio. €).

Nachrangige Verbindlichkeiten

Von den Nachrangigen Verbindlichkeiten sind 8,4 Mio. € (Vorjahr: 235,0 Mio. €) vor Ablauf von zwei Jahren fällig. Drittrangmittel im Sinne des § 10 KWG bestehen in Höhe von 35,0 Mio. € (Vorjahr: 45,0 Mio. €).

Zum 31. März 2009 bestanden die folgenden wesentlichen Nachrangigen Verbindlichkeiten ab einer Größenordnung von über 100,0 Mio. €:

Laufzeitbeginn	ursprünglicher Nominalbetrag in Mio. €	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2003/2004	310,0	EUR	4,50	9.7.2013
2006/2007	128,6	EUR	2,56	23.1.2017
2008/2009	101,3	EUR	12,00	27.11.2018
2008/2009	104,7	EUR	9,50	11.4.2014

Die Zinsaufwendungen für die Nachrangigen Verbindlichkeiten betragen im Geschäftsjahr 2008/09 68,5 Mio. € (Vorjahr: 74,6 Mio. €) davon entfallen auf Unwinding-Aufwendungen 2,1 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €).

Genussrechtskapital

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Gesamt	113,1	187,5	-39,7
darunter: Voraussetzungen des § 10 KWG	73,9	140,9	-47,6
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren	39,2	45,4	-13,7

Das Genussrechtskapital setzt sich wie folgt zusammen:

Emissionsjahr	ursprünglicher Nominalbetrag in Mio. €	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
1997/1998	102,3	DM	7,05	31.3.2009
1999/2000	20,0	EUR	7,23	31.3.2010
2001/2002	100,0	EUR	6,50	31.3.2012
2001/2002	74,5	EUR	6,55	31.3.2012
2004/2005	30,0	EUR	4,50	31.3.2015
2005/2006	150,0	EUR	3,86	31.3.2015
2006/2007	50,0	EUR	4,70	31.3.2017
2007/2008	70,0	EUR	5,63	31.3.2017

Der Zinsaufwand auf das Genussrechtskapital in Höhe von 5,2 Mio. € (Vorjahr: 2,3 Mio. €) resultiert im Geschäftsjahr 2008/09 aus dem Unwinding.

Aus der Neubewertung (IAS 39 AG8) ergibt sich ein Ertrag in Höhe von 35,2 (Vorjahr: 131,9 Mio. €), der im Sonstigen betrieblichen Ergebnis (Note (30)) ausgewiesen wird.

Stille Einlagen/Preferred Shares

Zum 31. März 2009 beträgt der Buchwert der Stillen Einlagen 106,8 Mio. € (Vorjahr: 363,7 Mio. €). Darin enthalten sind Preferred Shares mit einem Buchwert nach Verlustteilnahme von 47,7 Mio. € (Vorjahr: 208,5 Mio. €), die durch zwei eigens für diesen Zweck gegründete Tochtergesellschaften in den USA begeben wurden, sowie Stille Einlagen in Höhe von 59,1 Mio. € (Vorjahr: 155,2 Mio. €).

Die Stillen Einlagen werden nach § 10 KWG dem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital zugeordnet. Nach IFRS gelten sie als Fremdkapital.

Der Zinsaufwand für die Stillen Einlagen/Preferred Shares beträgt im Konzern 4,6 Mio. € (Vorjahr: 40,9 Mio. €) und resultieren im Geschäftsjahr 2008/09 aus dem Unwinding. Wegen der Verlustteilnahme siehe Note (6) „Finanzielle Verbindlichkeiten“.

Aus der Neubewertung (IAS 39 AG8) ergibt sich ein Ertrag in Höhe von 32,0 Mio. € (Vorjahr: 154,1 Mio. €), der im Sonstigen betrieblichen Ergebnis (Note (30)) ausgewiesen wird.

(57) Eigenkapital

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €* in Mio. €*	Veränderung in %
Gezeichnetes Kapital	1 497,8	247,8	>100,0
Kapitalrücklage	597,8	597,8	–
Gewinnrücklagen	–206,8	318,3	
Gesetzliche Rücklage	10,2	2,4	>100,0
Andere Gewinnrücklagen	–217,0	315,9	
Rücklage aus der Währungsumrechnung	–20,5	7,0	
Neubewertungsrücklage	–35,9	2,8	
Anteile in Fremdbesitz	0,1	0,4	–75,0
Konzernbilanzverlust	–77,5	–10,7	>100,0
Gesamt	1 755,0	1 163,4	50,9

* Zahlen angepasst

Gezeichnetes Kapital

Die Hauptversammlung der IKB AG hat am 27. März 2008 eine Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen von 247.794.332,16 € um bis zu 1.486.765.992,96 € auf bis zu 1.734.560.325,12 € unter Gewährung von Bezugsrechten an die Aktionäre beschlossen. Die neuen Aktien wurden den Aktionären der Gesellschaft in der Zeit vom 29. Juli 2008 bis 11. August 2008 für 2,56 € je neue Aktien zum Bezug angeboten. Von der KfW Bankengruppe sind insgesamt 487.288.757 und von sonstigen Aktionären 992.493 neue Aktien für jeweils 2,56 € bezogen worden. Die Anzahl der neu ausgegebenen Aktien beträgt somit 488.281.250 Stück.

Die beschlossene und durchgeführte Kapitalerhöhung wurde am 24. Oktober 2008 in das Handelsregister eingetragen. Hierdurch erhöhte sich das gezeichnete Kapital (Grundkapital) im Geschäftsjahr 2008/09 von 247.794.332,16 € um 1.250.000.000,00 € auf 1.497.794.332,16 €. Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) ist in 585.075.911 (vorher 96.794.661) auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. August 2013 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 500.000.000,00 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 195.312.500 neuen Aktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2008/09 kein Gebrauch gemacht. Die Eintragung des genehmigten Kapitals im Handelsregister ist am 3. November 2008 erfolgt.

Der Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 hat die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 27. Februar 2010 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2008/09 kein Gebrauch gemacht.

In der Hauptversammlung am 28. August 2008 wurde die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 27. Februar 2010 eigene Aktien in Höhe von bis zu 10 % des Grundkapitals zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots, beschränkt auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen, erfolgen. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Die erworbenen Aktien dürfen nach Wahl des Vorstands über die Börse oder in anderer Weise veräußert bzw. zu einem Teil oder insgesamt eingezogen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2008/09 kein Gebrauch gemacht.

Im Geschäftsjahr 2008/09 hat es keinen Bestand, weder Zugänge noch Verwertung von eigenen Aktien gegeben.

Im Berichtsjahr wurden keine Belegschaftsaktien ausgegeben.

Eigenkapitalentwicklung

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Eigene Aktien	Gewinnrücklagen	Rücklage aus der Währungsumrechnung	Neubewertungsrücklage	Anteile in Fremdbesitz	Konzernbilanzgewinn/-verlust	Gesamt
Eigenkapital 1.4.2007	225,3	568,2	–	330,6	–15,2	88,4	0,2	–	1 197,5
Pflichtwandelanleihe	22,5	31,8							54,3
Ausgabe/Rückgabe von Anteilen		–2,2							–2,2
Gezahlte Dividenden									0,0
Änderungen: Konsolidierungskreis/Sonstige				2,1					2,1
Konzernfehlbetrag vom 1.4.2007 bis 31.3.2008								–32,0	–32,0
Veränderung aus Währungsumrechnung					22,2				22,2
Erfolgsneutrale Wertänderung				0,4		–58,5	0,2		–57,9
Eigenkapital 31.3.2008 vor Änderungen	247,8	597,8	–	333,1	7,0	29,9	0,4	–32,0	1 184,0
Änderungen gemäß IAS 8				–14,8		–27,1		21,3	–20,6
Eigenkapital 31.3.2008 nach Änderungen	247,8	597,8	–	318,3	7,0	2,8	0,4	–10,7	1 163,4
Kapitalerhöhung	1 250,0								1 250,0
Ausgabe/Rückgabe von Anteilen									0,0
Gezahlte Dividenden									0,0
Änderungen: Konsolidierungskreis/Sonstige				6,3					6,3
Verrechnung Konzernfehlbetrag 1.4.2007 bis 31.3.2008				–10,7				10,7	0,0
Konzernfehlbetrag vom 1.4.2008 bis 31.3.2009							–0,3	–580,0	–580,3
Entnahme aus der Gewinnrücklage				–502,5				502,5	0,0
Veränderung aus Währungsumrechnung					–27,5				–27,5
Erfolgsneutrale Wertänderung				–18,2		–38,7			–56,9
Eigenkapital 31.3.2009	1 497,8	597,8	–	–206,8	–20,5	–35,9	0,1	–77,5	1 755,0

Neubewertungsrücklage

	2008/09 in Mio. €	2007/08 in Mio. €* in Mio. €*
Anfangsbestand zum 1.4.	2,8	88,4
Nicht realisiertes Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren Finanzanlagen	-59,5	-20,2
Umbuchungen in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen zur Veräußerung verfügbarer Finanzanlagen	46,1	-33,7
In die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellte Wertänderungen aus aufgelösten Sicherungsbeziehungen gemäß IFRS 1	-37,4	-74,8
Unrealisierte Gewinne/Verluste aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern: Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode, vor Steuern	-12,1	-
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen	24,2	43,1
Endbestand zum 31.3.	-35,9	2,8

* Zahlen angepasst

Die Neubewertungsrücklage beinhaltet gemäß IFRS 1 keine Cashflow-Hedge-Rücklage aus dem Übergang der Rechnungslegung von HGB auf IFRS (Vorjahr: 37,4 Mio. €).

Zum 31. März 2009 waren in der Neubewertungsrücklage aus dem effektiven Cashflow-Hedge-Bewertungsergebnisse in Höhe von -12,1 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) enthalten.

Bedingtes Kapital/Genehmigtes Kapital

Durch den Beschluss der Hauptversammlung vom 9. September 2004 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 8. September 2009 Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 300.000.000,00 € zu begeben und den Inhabern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- und Optionsrechte auf Aktien der IKB mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 22.528.000,00 € zu gewähren. Diese Ermächtigung sowie das dazugehörige bedingte Kapital sind im Geschäftsjahr 2008/09 ausgenutzt worden.

Weiterhin wurde der Vorstand durch Beschluss der Hauptversammlung am 28. August 2008 ermächtigt, bis zum 27. August 2013 Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € mit einer Laufzeit von max. 20 Jahren zu begeben und den Inhabern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 123.749.998,08 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Die verbleibende Ermächtigung zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen von bis zu 245.700.000,00 € sowie das dazugehörige bedingte Kapital von bis zu 13.667,84 € wurden durch Beschluss der Hauptversammlung am 28. August 2008 aufgehoben.

In Ausnutzung der Ermächtigung vom 28. August 2008 hat der Vorstand der Gesellschaft am 19. November 2008 beschlossen, nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 123.671.070,72 € mit bedingter Wandlungspflicht und bedingtem Wandlungsrecht auf bis zu 48.339.843 Aktien der Gesellschaft aus dem bedingten Kapital mit Bezugsrecht der Aktionäre zu begeben. Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht sind, dass gegen die Ermächtigung vom 28. August 2008 gerichtete Anfechtungsklage erledigt wird und das zu der Ermächtigung gehörende Bedingte Kapital bestandskräftig im Handelsregister der Gesellschaft eingetragen ist. Die Wandlungsschuldverschreibungen wurden den Aktionären der Gesellschaft in einem öffentlichen Bezugsangebot in der Zeit vom 24. November bis 8. Dezember 2008 zum Bezug angeboten. Eine Tochtergesellschaft der Unternehmensgruppe Lone Star, die LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, hatte sich verpflichtet, alle Schuldverschreibungen zu übernehmen, die nicht von anderen Aktionären gezeichnet wurden. Von Aktionären der Gesellschaft sind Schuldverschreibungen über insgesamt 150.174,72 € und von Lone Star der Restbetrag von 123.520.896,00 € bezogen bzw. übernommen worden. Eine Schuldverschreibung von nom. 23,04 € berechtigt zum Bezug von 9 neuen Aktien aus dem bedingten Kapital zu einem Wandlungspreis von 2,56 € je Aktie. Die Bedingungen für das Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht sind seit dem 1. Juli 2009 erfüllt, sodass seit diesem Zeitpunkt ein jederzeitiges Wandlungsrecht besteht. Eine Wandlungspflicht besteht spätestens am 11. April 2012 oder früher, wenn bestimmte aufsichtsrechtliche Kennziffern der Gesellschaft unterschritten werden.

Durch einen weiteren Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 24. März 2014 Wandel- bzw. Optionsgenussscheine sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € zu begeben und den Inhabern der Genussscheine oder Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 618.749.990,40 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2008/09 kein Gebrauch gemacht. Die Restermächtigung zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsverschreibungen gem. Beschluss vom 28. August 2008 von bis zu 776.328.929,28 € ist durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung am 25. März 2009 aufgehoben worden.

Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen

Der Kapitalsteuerungsprozess im IKB Konzern knüpft an die für deutsche Institute und Institutsgruppen geltenden Vorschriften der §§ 10 bzw. 10a KWG an. Danach sind in der Institutsgruppe ausreichende regulatorische Eigenmittel vorzuhalten. Konkret sind die gewichteten Risikoaktiva mit mindestens 8 % Eigenmitteln zu unterlegen (Solvabilitätskennziffer). Für die Unterlegung der gewichteten Risikoaktiva mit Kernkapital ist eine Mindestquote von 4 % einzuhalten (Kernkapitalquote). Eine Übersicht der Eigenmittelkomponenten der IKB-Gruppe findet sich in nachstehender Tabelle:

in Mio. €	31.3.2009	31.3.2008
Anrechnungsbetrag Kreditrisiko	24 718,0	30 269,0
Anrechnungsbetrag Marktpreisrisiko	613,0	795,0
Anrechnungsbetrag Operationelles Risiko	1 324,0	1 330,0
Summe der anrechnungspflichtigen Positionen	26 655,0	32 394,0
Kernkapital	2 276,0	1 941,0
Gezeichnetes Kapital	2 807,0	1 265,0
Sonstige Rücklagen	2 719,0	3 433,0
Anteile in Fremdbesitz	0,0	0,0
Sonstiges	968,0	1 146,0
Abzugspositionen	-4 218,0	-3 903,0
Ergänzungskapital	1 245,0	1 191,0
Nicht realisierte Reserven in Wertpapieren und Immobilien	0,0	0,0
Genussrechtsverbindlichkeiten	142,0	248,0
Weitere langfristige nachrangige Verbindlichkeiten, sofern nach BIZ anrechenbar	1 274,0	1 170,0
Sonstiges	-171,0	-227,0
Abzugspositionen	-236,0	-18,0
Zusammengefasstes haftendes Eigenkapital	3 285,0	3 114,0
Drittrangmittel	35,0	45,0
Anrechenbare Eigenmittel	3 320,0	3 159,0
Kernkapitalquote	8,1 %	6,0 %
Gesamtkennziffer	12,5 %	9,8 %

Die Eigenmittel setzen sich aus dem haftenden Eigenkapital, das wiederum aus Kern- und Ergänzungskapital besteht, sowie den Drittrangmitteln zusammen. Das Kernkapital (Tier I) besteht im Wesentlichen aus dem Gezeichneten Kapital sowie den Rücklagen (Core bzw. True Tier I) und den als Kernkapital anrechenbaren Hybridmitteln (Hybrid Tier I). Dem Ergänzungskapital (Tier II) sind die Genussrechtsverbindlichkeiten (Upper Tier II) sowie die langfristigen Nachrangverbindlichkeiten (Lower Tier II) zuzurechnen. Unter den Drittrangmitteln sind u. a. kurzfristige Nachrangverbindlichkeiten bzw. die Nachrangverbindlichkeiten, die aufgrund der Begrenzungsnorm bei 50 % des Kernkapitals gekappt wurden, auszuweisen.

Die Berechnung der Angemessenheit der Eigenmittel wurde von der IKB unter Ausnutzung der im § 339 Abs. 9 Solvabilitätsverordnung (SolV) vorgesehenen Übergangsregelung bis zum 31. Dezember 2007 nach den Regelungen des alten Grundsatz I durchgeführt. Seit dem 1. Januar 2008 kommen die mit Basel II eingeführten neuen Regelungen der SolV zur Anwendung. Die Berechnung der risikogewichteten Aktiva wird dabei nach dem sog. Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) vorgenommen. Dabei macht die Bank von dem Wahlrecht des § 64h KWG i. V. m. § 10a Abs. 6 und 7 dahingehend Gebrauch, dass für die Zwecke der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelberechnung weiterhin das Aggregationsverfahren auf der Basis von HGB-Bemessungsgrundlagen zur Anwendung kommt. Die IKB AG ist ein Handelsbuchinstitut und wendet für die operationalen Risiken den Basisindikatoransatz an.

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Gemäß IAS 7 wird in der Kapitalflussrechnung die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes in seinen Komponenten operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit analysiert.

Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit

Hierzu gehören Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, aus Wertpapieren des Handelsbestandes und aus anderen Aktiva der operativen Geschäftstätigkeit. Veränderungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva der operativen Geschäftstätigkeit werden in dieser Position ebenfalls wie die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen aufgeführt.

Daneben werden auch alle übrigen Zahlungsströme, die nicht unter dem Cashflow aus Investitionstätigkeit oder dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden, unter dem Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit abgebildet.

Cashflow aus Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit berücksichtigt Ein- und Auszahlungen für Erwerbe und Veräußerungen im Beteiligungs- und Wertpapierbestand sowie Sachanlagen. Zudem werden hier Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises gezeigt.

Cashflow aus Finanzierungstätigkeit

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit enthält Zahlungsströme aus Kapitalerhöhungen, ausgeschütteten Dividenden und Nachrangkapital sowie zahlungswirksamen Veränderungen von Rücklagen und Anteilen.

Der Zahlungsmittelbestand setzt sich in der Berichtsperiode im Wesentlichen aus Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammen.

Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

(58) Segmentberichterstattung

Grundlage der Segmentberichterstattung ist die interne, steuerungsorientierte Geschäftsfeldrechnung, die Teil des Management-Information-Systems der IKB ist. Die Darstellung des primären Berichtsformates erfolgt auf Basis der internen Organisationsstruktur und der jeweiligen Managementverantwortlichkeit. Die Segmentberichterstattung wird gemäß den Vorschriften des IAS 14 erstellt.

Die Segmentberichterstattung im primären Berichtsformat ist nach den Geschäftsfeldern der Bank ausgerichtet. Methodisch ist die Rechnung so aufgebaut, dass die Geschäftsfelder wie selbstständige Unternehmen mit eigener Ergebnis- und Kostenverantwortung sowie der erforderlichen Eigenkapitalausstattung abgebildet werden.

Die operativen Geschäftsfelder sind:

- Firmenkunden
- Immobilienkunden
- Strukturierte Finanzierung und
- Portfolio Investments

Im Segment **Firmenkunden** weist die IKB die Erträge und Aufwendungen aus dem Marktantritt im Firmenkundengeschäft aus. Dazu gehören neben dem traditionellen Kreditgeschäft mit inländischen Firmenkunden die Aktivitäten in den Bereichen Mobilien-Leasing, Private Equity und Kapitalmarktprodukte für Kunden (ABS-Verbriefungen, Schuldscheindarlehen und Corporate Bonds).

Dem Segment **Immobilienkunden** sind alle Leistungen des Finanzierungs- und Dienstleistungsangebotes rund um die Immobilie zugeordnet. Dazu gehören die klassischen Immobilienfinanzierungen sowie die Aktivitäten der Tochtergesellschaften IKB Immobilien Management GmbH und IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG.

Die Tätigkeiten der IKB im Bereich der Akquisitions- und Projektfinanzierung bei in- und ausländischen Adressen werden im Segment **Strukturierte Finanzierung** zusammengefasst. Hierzu gehört auch die Tochtergesellschaft IKB Capital Corporation, New York.

Das Segment **Portfolio Investments** weist die Investitionen in Verbriefungsprodukte (inklusive der konsolidierten Zweckgesellschaften) aus. Darunter fallen auch die Ergebnis- und Volumenkomponenten aus den Zweckgesellschaften Rio Debt Holdings (Ireland) Limited, Havenrock, Rhinebridge und Rhineland Funding Capital Corporation (Vorjahr).

In der Spalte **Zentrale/Konsolidierung** weist die IKB die Ergebnisbestandteile aus, die aus den Dispositionsentscheidungen des Treasury im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung resultieren. Dazu gehören Investments in Anleihen und Schuldscheindarlehen, die nicht im Verantwortungsbereich der operativen Geschäftsfelder stehen, sowie die ELAN-Transaktionen. Außerdem werden die Ergebnisse aus den nicht mehr zum strategischen Bestand gehörenden Kreditengagements sowie die aus der Überleitung der Ergebnisse der operativen Geschäftsfelder auf die Ergebnisgrößen der externen Rechnungslegung resultierenden Konsolidierungswerte ausgewiesen.

Den Geschäftsfeldern werden Erträge und Kosten gemäß ihrer Ergebnisverantwortung zugeordnet. Der Zinsüberschuss aus dem Kreditgeschäft wird nach der Marktzinsmethode ermittelt und den Geschäftsfeldern kalkulatorisch zugewiesen. Die Geschäftsfelder werden wie eigenständige, mit eigenem Kapital ausgestattete Unternehmen betrachtet. Die Kapitalzuweisung auf die Geschäftsfelder erfolgt auf Basis der Risikoaktiva (gem. Basel II Standard-Ansatz) mit einer Eigenkapitalquote von 6,5 % und unter Berücksichtigung der vorhandenen Hybridmittel. Der Zinsüberschuss enthält neben dem Anlageertrag aus diesen wirtschaftlichen Eigenmitteln auch den Aufwand für die Hybrid- und Nachrangmittel. Der Zinssatz für die Eigenmittelanlage entspricht dem Zinssatz einer risikofreien Verzinsung auf dem langfristigen Kapitalmarkt. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Der Ausweis der Risikovorsorge in den Segmenten und in der Zentrale entspricht dem Saldo aus den Zuführungen und Auflösungen zu bzw. von Wertberichtigungen für Kreditausfälle und den Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen.

Die Personal- und Sachkosten der Zentrale werden, soweit verursachungsgerecht zurechenbar, auf die Geschäftsfelder verrechnet. Projektkosten werden den Geschäftsfeldern zugerechnet, sofern die Projekte in einem unmittelbaren Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern stehen. Verwaltungsaufwendungen von Projekten und Konzernfunktionen mit aufsichtsrechtlichem Hintergrund werden in der Spalte Zentrale/Konsolidierung gezeigt.

Der Segmenterfolg ist durch das Operative Ergebnis des jeweiligen Geschäftsfeldes gekennzeichnet. Darüber hinaus misst die IKB das Ergebnis der Geschäftsfelder anhand der Kennziffern Eigenkapital-Rentabilität und der Kosten-Ertrags-Relation. Die Eigenkapital-Rendite errechnet sich aus dem Verhältnis des Operativen Ergebnisses zum durchschnittlich zugeordneten Eigenkapital. Die Kosten-Ertrags-Relation ermitteln wir aus dem Quotienten Verwaltungsaufwendungen zu Erträgen.

Die Refinanzierung des IKB Konzerns erfolgt durch das Treasury. Insofern erfolgt keine direkte Zuordnung von Verbindlichkeiten auf die Segmente. Auf eine rechnerische Verteilung der Verbindlichkeiten wird nach IAS 14.20 verzichtet.

Segmentberichterstattung primäres Berichtsformat

in Mio. €	Firmenkunden		Immobilienkunden		Strukturierte Finanzierung		Portfolio Investments		Zentrale/Konsolidierung		Gesamt	
	2008/09	2007/08*	2008/09	2007/08	2008/09	2007/08	2008/09	2007/08*	2008/09	2007/08*	2008/09	2007/08*
Zinsüberschuss	203,3	228,4	60,3	62,0	119,4	124,9	-2,4	103,2	-78,0	-66,9	302,6	451,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	126,3	66,0	68,0	23,0	324,1	63,4	0,0	0,0	71,2	102,8	589,6	255,2
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	77,0	162,4	-7,7	39,0	-204,7	61,5	-2,4	103,2	-149,2	-169,7	-287,0	196,4
Provisionsüberschuss	6,5	6,7	8,2	7,7	33,7	35,8	-3,5	5,9	-11,7	-1,4	33,2	54,7
Fair-Value-Ergebnis	-9,6	-8,1	3,9	3,5	-7,0	2,0	64,0	-3 246,0	-213,4	1 418,4	-162,1	-1 830,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	-30,5	-6,0	-0,9	0,8	-18,0	-33,7	-188,0	-904,1	-44,7	-36,9	-282,1	-979,9
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	-1,9	0,5	-	-	-	-	-	-	-6,5	1,2	-8,4	1,7
Verwaltungsaufwendungen	151,8	140,7	39,9	41,9	70,3	69,2	25,2	43,2	88,1	91,0	375,3	386,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	16,0	6,4	0,0	1,8	0,0	0,4	-24,5	-0,3	139,8	658,0	131,3	666,3
Ergebnis aus Risikoübernahme	-	0,0	-	0,0	-	0,0	-	2 401,0	-	0,0	-	2 401,0
Restrukturierungsaufwand	11,5	-	11,7	-	1,9	-	0,0	-	26,7	-	51,8	-
Operatives Ergebnis	-105,8	21,2	-48,1	10,9	-268,2	-3,2	-179,6	-1 683,5	-400,5	1 778,6	-1 002,2	124,0
Kosten/Ertrags-Relation in %	88,8	61,7	72,2	55,3	56,4	53,5	<0	<0	-	-	>100	50,4
Eigenkapitalrendite in %	-15,5	3,1	-24,7	5,1	-75,3	-0,9	-211,3	-910,0	-	-	-84,6	10,4
Durchschnittlich zugeordnetes Eigenkapital	683	677	195	213	356	370	85	185	-135	-254	1 184	1 191
Kreditvolumen	15 982	16 741	4 355	4 886	8 022	7 551	1 329	4 366	3 598	4 072	33 286	37 616
Neugeschäftsvolumen	3 515	4 630	586	1 412	1 821	3 804	0	283	0	1 664	5 922	11 793

* Zahlen angepasst

Das sekundäre Berichtsformat wird gemäß der geografischen Verteilung nach dem jeweiligen Sitz unserer Betriebsstätten oder Konzernunternehmen erstellt.

Segmentberichterstattung sekundäres Berichtsformat

in Mio. €	Deutschland		Übriges Europa		Amerika		Zentrale/Konsolidierung		Gesamt	
	2008/09	2007/08*	2008/09	2007/08	2008/09	2007/08	2008/09	2007/08*	2008/09	2007/08*
Zinsüberschuss	241,7	301,5	122,9	181,2	16,0	35,8	-78,0	-66,9	302,6	451,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	301,4	97,7	126,2	49,6	90,8	5,1	71,2	102,8	589,6	255,2
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	-59,7	203,8	-3,3	131,6	-74,8	30,7	-149,2	-169,7	-287,0	196,4
Provisionsüberschuss	51,4	54,1	-8,5	18,7	2,0	-16,7	-11,7	-1,4	33,2	54,7
Fair-Value-Ergebnis	114,6	-1 444,7	-56,9	-1 189,7	-6,4	-614,2	-213,4	1 418,4	-162,1	-1 830,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	-124,1	-322,7	-96,2	-609,3	-17,1	-11,0	-44,7	-36,9	-282,1	-979,9
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	-1,9	0,5	-	-	-	-	-6,5	1,2	-8,4	1,7
Verwaltungsaufwendungen	230,5	231,4	50,9	57,6	5,8	6,0	88,1	91,0	375,3	386,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-37,0	5,4	28,5	3,9	0,0	-1,0	139,8	658,0	131,3	666,3
Ergebnis aus Risikoübernahme	-	619,9	-	1 233,9	-	547,2	-	0,0	-	2 401,0
Restrukturierungsaufwand	9,8	-	15,3	-	0,0	-	26,7	-	51,8	-
Operatives Ergebnis	-297,0	-1 115,1	-202,6	-468,5	-102,1	-71,0	-400,5	1 778,6	-1 002,2	124,0
Kosten/Ertrags-Relation in %	94,2	<0	<0	<0	<0	<0	-	-	>100	50,4
Kreditvolumen	22 085	23 046	6 673	9 585	930	913	3 598	4 072	33 286	37 616

* Zahlen angepasst

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(59) Ergebnis nach Haltekategorien und Überleitung zur Gewinn- und Verlustrechnung

	IAS 39 - Kategorie					Forderungen aus Finanzierungsleasing	Außerbilanzielles Geschäft	Ergebnis aus Finanzinstrumenten nach IFRS 7 Gesamt	Übriges Ergebnis außerhalb Anwendungsbereich IFRS 7	Gesamt
	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair-Value-Option	Other Financial Liabilities					
31.3.2009 in Mio €										
Zinsüberschuss	1 775,0	90,3	-72,2	-85,1	-1 538,6	136,9	0,0	306,3	-3,7	302,6
Zinserträge	1 775,0	90,3	243,7	249,7	-	140,7	0,0	2 499,4	61,3	2 560,7
Zinsaufwendungen	-	-	315,9	334,8	1 538,6	3,8	0,0	2 193,1	65,0	2 258,1
Provisionsüberschuss	28,5	0,0	0,0	-0,5	-0,9	-2,1	0,0	25,0	8,2	33,2
Provisionserträge	29,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	29,7	24,0	53,7
Provisionsaufwendungen	1,2	0,0	0,0	0,5	0,9	2,1	0,0	4,7	15,8	20,5
Nettogewinne/-verluste	-956,2	128,8	-333,5	171,4	333,6	-7,3	0,0	-663,5	-239,0	-902,5
Fair-Value-Ergebnis	-	-	-333,5	171,4	-	-	-	-162,1	-	-162,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	-410,9	128,8	-	-	-	-	-	-282,1	-	-282,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	545,3	-	-	-	-	7,3	0,0	552,6	37,0	589,6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-	-	-	-0,3	333,6	-	-	333,3	-202,0	131,3
Ergebnis aus Risikoübernahme	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,0
Gesamt	847,3	219,1	-405,7	85,8	-1 205,9	127,5	0,0	-332,2	-234,5	-566,7

31.3.2008 in Mio. €	IAS 39 - Kategorie					Forderungen aus Finanzierungsleasing	Außerbilanzielles Geschäft	Ergebnis aus Finanzinstrumenten nach IFRS 7 Gesamt	Übriges Ergebnis außerhalb Anwendungsbereich IFRS 7	Gesamt
	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair-Value-Option	Other Financial Liabilities					
Zinsüberschuss	2 363,0	83,3	46,6	-173,6	-1 997,1	120,2	0,0	442,4	9,2	451,6
Zinserträge	2 363,0	83,3	363,1	340,6	–	156,1	0,0	3 306,1	9,5	3 315,6
Zinsaufwendungen	–	–	316,5	514,2	1 997,1	35,9	0,0	2 863,7	0,3	2 864,0
Provisionsüberschuss	45,0	0,0	0,0	-1,0	0,0	-1,5	0,0	42,5	12,2	54,7
Provisionserträge	54,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	54,8	12,2	67,0
Provisionsaufwendungen	9,8	0,0	0,0	1,0	0,0	1,5	0,0	12,3	0,0	12,3
Nettogewinne/-verluste	-1 277,5	44,1	-668,8	-1 161,4	666,2	-1,3	0,0	2,3	-0,3	2,0
Fair-Value-Ergebnis	–	–	-668,8	-1 161,4	–	–	–	-1 830,2	–	-1 830,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	-1 024,0	44,1	–	–	–	–	–	-979,9	–	-979,9
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	253,5	–	–	–	–	1,3	–	254,8	0,4	255,2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	–	–	–	0,0	666,2	–	–	666,2	0,1	666,3
Ergebnis aus Risikoübernahme	–	–	–	–	–	–	–	2 401,0	–	2 401,0
Gesamt	1 130,5	127,4	-622,2	-1 336,0	-1 330,9	117,4	0,0	487,2	21,1	508,3

* Zahlen angepasst

In der Überleitung zur Gewinn- und Verlustrechnung sind Erträge und Aufwendungen enthalten, die nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 fallen.

Das in den Nettogewinnen und -verlusten ausgewiesene Ergebnis aus Finanzanlagen umfasst Erträge und Verluste aus dem Abgang sowie der Bewertung von Finanzanlagen. Das Fair-Value-Ergebnis beinhaltet neben Abgangs- und Bewertungserfolg zusätzlich das Zinsergebnis von Grund- und Sicherungsgeschäften in Höhe von –18,6 Mio. €. Im Sonstigen betrieblichen Ergebnis werden Erträge und Aufwendungen, die aus dem Rückkauf eigener Emissionen entstanden sind, ausgewiesen. Das Zins- und Dividendenergebnis ist, mit Ausnahme des Hedge-Accounting-Zinsergebnisses, nicht in den Nettogewinnen und -verlusten enthalten, sondern wird für sämtliche IAS 39 Haltekategorien im Zinsergebnis ausgewiesen.

Das im Vorjahr aus der Risikoübernahme der KfW Bankengruppe vereinnahmte Ergebnis wird innerhalb der Nettogewinne als gesonderte Position ausgewiesen.

(60) Klasseneinteilung von Finanzinstrumenten nach IFRS 7

Die folgende Tabelle enthält die Buchwerte der Finanzinstrumente (vor Abzug der Risikovorsorge) nach IFRS 7-Berichtsklassen:

IFRS 7 Berichtsklassen für Finanzinstrumente	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €*
Aktiva		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert		
Held for Trading	3 705,8	3 604,0
Handelsaktiva	3 705,8	3 604,0
Fair-Value-Option	3 137,8	4 798,6
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	88,8
Forderungen an Kunden	0,0	0,0
Finanzanlagen	3 137,8	4 709,8
Forderungen KfW Bankengruppe	0,0	1 829,7
Sonstige Aktiva	0,0	1 829,7
Derivate in Sicherungsbeziehungen		
Handelsaktiva	27,0	33,7
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert		
Available for Sale	1 901,1	1 709,1
Finanzanlagen	1 901,1	1 709,1
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert		
Loans and Receivables	34 153,6	36 183,4
Forderungen an Kreditinstitute	2 979,5	2 761,5
Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)	25 976,7	27 001,1
Finanzanlagen	5 197,4	6 420,8
Forderungen aus Finanzierungsleasing		
Forderungen an Kunden	1 951,2	1 842,5
Sonstige Finanzinstrumente, die nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 fallen		
Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen	7,5	14,7
Gesamt	44 884,0	50 015,7
Passiva		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert		
Held for Trading	5 242,0	5 345,3
Handelsspassiva	5 242,0	5 345,3
Fair-Value-Option	7 773,3	5 349,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 120,9	647,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 303,0	1 222,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	5 162,3	2 760,1
Nachrangkapital	187,1	719,5
Derivate in Sicherungsbeziehungen		
Handelsspassiva	238,0	65,6
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert		
Other Financial Liabilities	28 781,8	37 815,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14 197,8	16 802,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 515,8	4 528,6
Verbriefte Verbindlichkeiten (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)	8 863,6	15 424,7
Nachrangkapital	1 204,6	1 060,2
Gesamt	42 035,1	48 576,2
Außerbilanzielles Geschäft		
Eventualverbindlichkeiten	876,1	1 482,5
Andere Verpflichtungen	2 932,3	4 436,0
Gesamt	3 808,4	5 918,5

* Zahlen angepasst

(61) Beizulegende Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Der beizulegende Zeitwert eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit ist gemäß IAS 32 der Betrag, zu dem zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Vertragspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Bei Finanzinstrumenten, für die ein aktiver Markt existiert, ergibt sich der beizulegende Zeitwert aus dem Börsen- oder Marktpreis am Bilanzstichtag. Liegen keine Preisnotierungen vor, wird der beizulegende Zeitwert auf Basis eines Vergleichs mit ähnlichen Markttransaktionen ermittelt. Sofern kein Vergleich mit ähnlichen Markttransaktionen möglich ist, werden geeignete Bewertungsmodelle (u. a. Discounted-Cashflow-Methode und Optionspreismodelle) zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes verwendet, wobei in die Modelle Annahmen und Schätzungen des Managements mit einfließen. Die Discounted-Cashflow-Methode beruht dabei auf zukünftigen Zahlungsströmen und entsprechenden Abzinsungsfaktoren. In die Bewertungsmodelle gehen Parameter wie Zinsstrukturkurven, Spread-Kurven und Volatilitätsfaktoren ein, die von beobachtbaren Marktdaten abgeleitet werden. Die errechneten beizulegenden Zeitwerte werden – den Marktusancen folgend – um die Stückzinsen bereinigt.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute erfolgt grundsätzlich auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode. Dabei wird je Kredit ein risiko- adäquater Credit Spread zugrunde gelegt. Die Diskontierung wird über die laufzeitdifferenzierten Swapsätze zuzüglich des risikoadäquaten Credit Spread vorgenommen. Der Swapsatz ergibt sich aus den jeweils zu den Bewertungsstichtagen aktuell geltenden Marktkonditionen. Der Credit Spread des Kredites schwankt entsprechend der Veränderung der gemessenen Standardrisikokosten, die sich aus dem Kunden-Rating, der Besicherungssituation und der Restlaufzeit des Kredites am Bewertungsstichtag ermitteln. Ferner wirken die Eigenkapital- und die Fundingkosten auf den Credit Spread. Jeweilige Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte gegenüber den Buchwerten können somit funding-, zins- und bonitätsgetrieben sein.

Für die Barreserve sowie für kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten, bei denen der Buchwert einen hinreichenden Näherungswert des beizulegenden Zeitwerts darstellt, wurde auf dessen separate Ermittlung verzichtet und der aktuelle Buchwert herangezogen.

Die Bewertung von Finanzanlagen und Handelsaktiva bzw. Handelspassiva erfolgt, soweit keine notierten Preise auf aktiven Märkten vorhanden sind, auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle. Dabei wird zur Berücksichtigung der Bid-Mid-Spanne ein vereinfachter einheitlicher Ansatz für alle Derivate und Wertpapiere gewählt, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, soweit nicht bereits die Bid- bzw. Ask-Preise am Einzelgeschäft berücksichtigt werden. Hierbei werden die durchschnittlichen Marktquotierungen für Bid-Ask-Abschläge der aktivischen Wertpapiere zugrunde gelegt.

Die Bewertung der Portfolioinvestments ist in Note (6) dargestellt.

Die beizulegenden Zeitwerte der bilanzierten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden werden grundsätzlich auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Die Diskontierung wird über laufzeitdifferenzierte risikolose Swapsätze sowie Markt-Spreads vorgenommen. Die Verbindlichkeiten der IKB werden über Modelle bepreist, für die ein wesentlicher Einflussfaktor der Markt-Spread ist. Die kurzfristigen erstrangigen Verbindlichkeiten orientieren sich dabei an den im Rahmen der Marktpflege getätigten Rückkauf-Spreads. Für die längerfristigen erstrangigen Verbindlichkeiten sowie nachrangige Emissionen werden CDS Spreads zugrunde gelegt. Bei Schuldscheindarlehen, die von Nicht-Kreditinstituten

gehalten werden, wird berücksichtigt, dass die Spreads geringer sind als bei den von Kreditinstituten erworbenen Schuldscheindarlehen, da der Einlagensicherungsfonds hier eine Deckung bietet. Bei erstrangigen Emissionen werden zusätzlich individuelle Spreads berücksichtigt, die strukturelle Unterschiede der Emissionen abbilden. Analog wird bei der Diskontierung der Globaldarlehen vorgegangen.

Für Genussrechte und Tier-I-Emissionen in der Fair-Value-Option werden zunächst am Markt beobachtbare Preise verwendet. Nicht quotierte Geschäfte werden mit den hieraus interpolierten Spreads angesetzt. Für Genussrechte und Tier-I-Geschäfte zu fortgeführten Anschaffungskosten werden die prognostizierten Zins- und Tilgungszahlen mit den jeweiligen Emissionsrenditen abgezinst (zur näheren Erläuterung der Bilanzierung und Bewertung nach IAS 39 AG8 dieser Geschäfte vgl. Note (6) sowie Note (47) „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ und Note (56) „Nachrangkapital“).

In der folgenden Tabelle erfolgt eine Gegenüberstellung der beizulegenden Zeitwerte und der entsprechenden Buchwerte.

in Mio. €	Beizulegender Zeitwert		Buchwert		Unterschied	
	31.3.2009	31.3.2008*	31.3.2009	31.3.2008*	31.3.2009	31.3.2008*
Aktiva						
Loans and Receivables	31 842,6	34 401,2	33 347,2	35 407,5	-1 504,6	-1 006,3
Forderungen an Kreditinstitute	2 978,2	2 767,2	2 979,5	2 761,5	-1,3	5,7
Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value- Änderungen)**	23 886,3	25 423,4	25 170,3	26 225,2	-1 284,0	-801,8
Finanzanlagen	4 978,1	6 210,6	5 197,4	6 420,8	-219,3	-210,2
Forderung aus Finanzierungsleasing	1 944,3	1 839,0	1 944,5	1 840,2	-0,2	-1,2
Forderungen Kunden**	1 944,3	1 839,0	1 944,5	1 840,2	-0,2	-1,2
Aktiva nach Risikovorsorge	33 786,9	36 240,2	35 291,7	37 247,7	-1 504,8	-1 007,5
Passiva						
Other Financial Liabilities	27 444,5	36 392,6	28 781,8	37 815,7	-1 337,3	-1 423,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14 291,1	16 593,8	14 197,8	16 802,2	93,3	-208,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 334,1	4 192,0	4 515,8	4 528,6	-181,7	-336,6
Verbriefte Verbindlichkeiten (inklusive Hedge-Fair-Value- Änderungen)	8 149,2	14 778,2	8 863,6	15 424,7	-714,4	-646,5
Nachrangkapital	670,1	828,6	1 204,6	1 060,2	-534,5	-231,6
Passiva	27 444,5	36 392,6	28 781,8	37 815,7	-1 337,3	-1 423,1

* Zahlen angepasst

** Der Buchwert der Position Forderungen an Kunden wird abzüglich Einzelwertberichtigungen in Höhe von 813,1 Mio. € (31. März 2008: 778,2 Mio. €) dargestellt.

Es befinden sich Geschäfte im Bestand, bei denen Parameter in die Bewertung einfließen, die nicht am Markt beobachtbar sind. Bei diesem Parameter handelt es sich in der Regel um Korrelationen zwischen Zinssätzen. Diese Korrelationen lassen sich indirekt über historische Zeitreihen abschätzen, die auch als Basis für die hier verwendeten Grenzparameter der Sensitivitäten herangezogen wurden.

Die bei der Bewertung der Portfolioinvestments verwendeten Parameter sind in Note (6) dargestellt.

in Mio. €	Beizulegender Zeitwert		Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes auf Basis nicht am Markt beobachtbarer Parameter			
	31.3.2009	31.3.2008*	Volumen		Im Periodenergebnis erfasste Änderungen des beizulegenden Zeitwertes	
			31.3.2009	31.3.2008*	31.3.2009	31.3.2008*
Aktiva						
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert						
Held for Trading	3 705,8	3 604,0	0,0	6,5	0,0	-3,0
Handelsaktiva	3 705,8	3 604,0	0,0	6,5	0,0	-3,0
Fair-Value-Option	3 137,8	4 798,6	295,1	347,6	-95,3	-0,3
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	88,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	3 137,8	4 709,8	295,1	347,6	-95,3	-0,3
Forderungen KfW Bankengruppe	0,0	1 829,7	0,0	1 829,7	0,0	0,0
Sonstige Aktiva	0,0	1 829,7	0,0	1 829,7	0,0	0,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen						
Handelsaktiva	27,0	33,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert						
Available for Sale	1 901,1	1 709,1	76,1	0,0	-0,4	0,0
Finanzanlagen	1 901,1	1 709,1	76,1	0,0	-0,4	0,0
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert						
Loans and Receivables	31 842,6	34 401,2	25 685,2	27 778,6	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	2 978,2	2 767,2	2 135,2	2 290,3	-	-
Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)	23 886,3	25 423,4	22 300,1	25 174,7	-	-
Finanzanlagen	4 978,1	6 210,6	1 249,9	313,6	-	-
Forderungen aus Finanzierungsleasing						
Forderungen an Kunden	1 944,3	1 839,0	1 100,5	1 839,0	-	-
Passiva						
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert						
Held for Trading	5 242,0	5 345,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Handelspassiva	5 242,0	5 345,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Fair-Value-Option	7 773,3	5 349,6	883,0	0,0	223,4	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 120,9	647,1	564,2	0,0	124,2	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 303,0	1 222,9	318,8	0,0	81,7	0,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	5 162,3	2 760,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Nachrangkapital	187,1	719,5	0,0	0,0	17,5	0,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen						
Handelspassiva	238,0	65,6	12,1	0,0	0,0	0,0
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert						
Other Financial Liabilities	27 444,5	36 392,6	17 601,2	7 806,1	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14 291,1	16 593,8	8 807,2	7 731,5	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 334,1	4 192,0	48,2	74,6	-	-
Verbriefte Verbindlichkeiten (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)	8 149,2	14 778,2	8 149,9	0,0	-	-
Nachrangkapital	670,1	828,6	595,9	0,0	-	-

* Zahlen angepasst

Bei den zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Geschäften, deren Ermittlung nicht auf am Markt beobachtbaren Parametern basiert, liegt bei einer Parametervariation im positiven Fall eine kumulierte Unterschätzung des beizulegenden Zeitwertes von 38,4 Mio. € (Vorjahr: 1,8 Mio. €) vor und im negativen Fall eine kumulierte Überschätzung von 38,0 Mio. € (Vorjahr: 1,3 Mio. €).

Es gab keine Geschäfte, bei denen Differenzen zwischen Transaktionspreis und auf Modellbasis ermitteltem beizulegenden Zeitwert aufgetreten sind.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten und dem Rückzahlungsbetrag beläuft sich auf –2.301,5 Mio. € (Vorjahr: –1.337,3 Mio. €) und resultiert aus folgenden Bilanzpositionen:

in Mio. €	Buchwert		Differenz zwischen Buchwert und Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	
	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 120,9	647,1	–125,4	–34,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 303,0	1 222,9	–868,8	–776,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	5 162,3	2 760,1	–80,1	–99,6
Nachrangkapital	187,1	719,5	–1 227,2	–426,8
Gesamt	7 773,3	5 349,6	–2 301,5	–1 337,3

(62) Derivative Geschäfte

Die IKB schließt Termingeschäfte ab, die im Wesentlichen der Steuerung und Begrenzung von Zinsänderungsrisiken, Kreditrisiken und Währungsrisiken dienen. Ein Handel in diesen Instrumenten wird nur in eingeschränktem Umfang betrieben.

Die nachstehende Tabelle stellt das Geschäft des IKB-Konzerns mit derivativen Finanzinstrumenten zum Bilanzstichtag dar. Derivative Finanzinstrumente, die die Übertragung von Markt- und Kreditrisiken zwischen verschiedenen Parteien ermöglichen, leiten ihren Wert unter anderem von Zinssätzen und Indizes sowie Aktien- und Devisenkursen ab. Die wichtigsten derivativen Produkte umfassen Swaps, Zins- und Devisentermingeschäfte, Aktienoptionen und Kreditderivate. Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder als OTC-Derivate, bei denen Nominalbetrag, Laufzeit und Preis jeweils individuell zwischen der Bank und einer Vertragspartei ausgehandelt werden.

Der Nominalbetrag gibt das von der Bank gehandelte Geschäftsvolumen an und dient als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen wie beispielsweise Zinsansprüche und/oder -verbindlichkeiten für Zinsswaps. Ferner weist die folgende Tabelle die positiven und negativen Marktwerte (Fair Values) der abgeschlossenen derivativen Geschäfte aus, die die Aufwendungen der Bank beziehungsweise dem Vertragspartner ausweisen, die für den Ersatz der ursprünglich geschlossenen Kontrakte durch wirtschaftlich gleichwertige Geschäfte entstehen würden. Dabei zeigt der positive Marktwert das für die Bank am Bilanzstichtag bestehende maximale kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiko.

Die beizulegenden Zeitwerte werden, soweit möglich, mittels Börsenkursen ermittelt. Falls Börsenkurse nicht verfügbar sind, werden die beizulegenden Zeitwerte nach der Discounted-Cashflow-Methode, auf Basis eines Vergleichs mit ähnlichen Markttransaktionen oder anderen Bewertungsmodellen (z. B. Optionspreismodell), ermittelt. Die Discounted-Cashflow-Methode beruht auf geschätzten zukünftigen Zahlungsströmen und entsprechenden Abzinsungsfaktoren. In die Bewertungsmodelle gehen Parameter wie Zinsstrukturkurven, Spread-Kurven und Volatilitätsfaktoren ein. Die beizulegenden Zeitwerte enthalten – den Marktusancen folgend – die abzugrenzenden Stückzinsen.

	Nominalbetrag			Beizulegender Zeitwert					
	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %	Positiv		Negativ		Gesamt	
				31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €
Zinsderivate	53 151,9	46 973,8	13,2	1 225,1	301,8	2 450,2	1 106,9	-1 225,1	-805,1
Restlaufzeit bis 1 Jahr				175,5	42,5	259,5	118,7	-84,0	-76,2
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre				261,1	93,5	374,1	179,4	-113,0	-85,9
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre				788,5	165,8	1 816,6	808,8	-1 028,1	-643,0
Kreditderivate	6 711,6	9 323,8	-28,0	2 314,4	2 926,5	2 952,1	4 083,7	-637,7	-1 157,2
Restlaufzeit bis 1 Jahr				71,5	1,1	74,9	5,4	-3,4	-4,3
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre				144,5	8,1	120,2	242,6	24,3	-234,5
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre				2 098,4	2 917,3	2 757,0	3 835,7	-658,6	-918,4
Währungsderivate	3 503,0	7 551,2	-53,6	133,5	307,8	77,7	220,3	55,8	87,5
Restlaufzeit bis 1 Jahr				50,0	253,0	59,9	97,3	-9,9	155,7
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre				64,5	46,6	13,8	121,2	50,7	-74,6
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre				19,0	8,2	4,0	1,8	15,0	6,4
Aktienderivate	-	-	-	-	0,5	-	-	-	0,5
Restlaufzeit bis 1 Jahr				-	-	-	-	-	-
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre				-	0,5	-	-	-	0,5
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre				-	-	-	-	-	-
Gesamt	63 366,5	63 848,8	-0,8	3 673,0	3 536,6	5 480,0	5 410,9	-1 807,0	-1 874,3

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der derivativen Geschäfte nach Kontrahenten.

in Mio. €	beizulegende Zeitwerte zum 31.3.2009		beizulegende Zeitwerte zum 31.3.2008	
	Positiv	Negativ	Positiv	Negativ
OECD-Banken	1 287,4	5 254,0	669,2	5 020,5
Sonstige OECD-Unternehmen und OECD-Privatpersonen	2 385,6	214,8	2 867,3	381,4
Nicht-OECD	–	11,2	0,1	9,0
Gesamt	3 673,0	5 480,0	3 536,6	5 410,9

Das Kreditderivat, das im Vorjahr Teil der Risikoübernahme durch die KfW Bankengruppe war, ist in diesen Darstellungen nicht enthalten.

(63) Kreditrisikoangaben

In folgender Tabelle wird der maximale Kreditrisikobetrag gemäß IFRS 7.36 (a) dargestellt. Der maximale Kreditrisikobetrag setzt sich aus bilanziellen und außerbilanziellen Finanzinstrumenten zusammen. Die in der Bilanz angesetzten Finanzinstrumente werden mit ihren Buchwerten nach Abzug von Wertberichtigungen angesetzt, das außerbilanzielle Geschäft ist in Höhe der maximalen Inanspruchnahme nach Abzug von Rückstellungen für das Kreditgeschäft enthalten. Sicherheiten und sonstige Kreditverbesserungen bleiben bei der Ermittlung unberücksichtigt. Im maximalen Kreditrisikobetrag sind in geringem Umfang Aktien und ähnliche Eigenkapitalinstrumente enthalten, aus denen kein Kreditrisiko resultiert.

Der maximale Kreditrisikobetrag stellt sich zum 31. März 2009 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Maximales Kreditrisikoexposition		Weder überfälliges noch wertgemindertes Kreditrisikoexposition		Kreditrisikoexposition mit nachverhandelten Konditionen		Überfälliges, aber nicht wertgemindertes Kreditrisikoexposition		Wertgemindertes Kreditrisikoexposition	
	31.3.2009	31.3.2008*	31.3.2009	31.3.2008*	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008
in Mio. €										
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert										
Held for Trading	3 705,8	3 604,0	3 705,8	3 604,0	–	–	–	–	–	–
Handelsaktiva	3 705,8	3 604,0	3 705,8	3 604,0	–	–	–	–	–	–
Fair-Value-Option	3 137,8	4 798,6	3 137,8	4 798,6	–	–	–	–	–	–
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	88,8	0,0	88,8	–	–	–	–	–	–
Forderungen an Kunden	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Finanzanlagen	3 137,8	4 709,8	3 137,8	4 709,8	–	–	–	–	–	–
Forderungen KfW Bankengruppe	0,0	1 829,7	0,0	1 829,7	–	–	–	–	–	–
Sonstige Aktiva	0,0	1 829,7	0,0	1 829,7	–	–	–	–	–	–
Derivate in Sicherungsbeziehungen										
Held for Trading	27,0	33,7	27,0	33,7	–	–	–	–	–	–
Handelsaktiva	27,0	33,7	27,0	33,7	–	–	–	–	–	–
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert										
Available for Sale	1 901,1	1 709,1	1 901,1	1 709,1	–	–	–	–	–	–
Finanzanlagen	1 901,1	1 709,1	1 901,1	1 709,1	–	–	–	–	–	–
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert										
Loans and Receivables	33 347,2	35 407,5	30 084,3	32 648,1	483,5	223,5	1 076,9	1 312,2	1 702,5	1 223,7
Forderungen an Kreditinstitute	2 979,5	2 761,5	2 979,5	2 761,5	–	–	–	–	–	–
Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)	25 170,3	26 225,2	22 300,7	24 011,2	483,5	223,5	1 076,9	1 312,2	1 309,2	678,3
Finanzanlagen	5 197,4	6 420,8	4 804,1	5 875,4	–	–	–	–	393,3	545,4
Forderungen aus Finanzierungsleasing										
Forderungen an Kunden	1 944,5	1 840,2	1 720,0	1 825,4	–	–	159,1	–	65,4	14,8
abzüglich Portfoliowertberichtigung	184,6	83,0	–	–	–	–	–	–	–	–
Außerbilanzielles Geschäft										
Eventualverbindlichkeiten	876,1	1 482,5	–	–	–	–	–	–	–	–
Andere Verpflichtungen	2 932,3	4 436,0	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt	47 687,2	55 058,3	–	–	–	–	–	–	–	–

* Zahlen angepasst

Der maximale Kreditrisikobetrag des Vorjahres beinhaltet den von der KfW zur Verfügung gestellten Risikoschirm. Die beiden Komponenten der Risikoabsicherung waren gebündelt unter den Sonstigen Aktiva erfasst und wurden im maximalen Kreditrisikobetrag gesondert als „Forderung KfW Bankengruppe“ ausgewiesen.

Zur Absicherung von Kreditrisiken werden bei der IKB von Kreditnehmern gestellte Sicherheiten hereingenommen, die bei einem Ausfall in Anspruch genommen oder verwertet werden. Als Sicherheiten werden grundsätzlich Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und Bürgschaften nach entsprechender Prüfung akzeptiert. Der Anteil je Sicherheitenart beträgt für Bürgschaften 33,6 % (Vorjahr: 36,3 %), Grundpfandrechte 36,2 % (Vorjahr: 30,1 %), Sicherungsübereignungen 3,9 % (Vorjahr: 1,9 %) und sonstige Sicherheiten 26,3 % (Vorjahr: 31,7 %). Neben den genannten Sicherheiten tragen Kreditderivate und ähnliche Instrumente zur Minderung des Kreditrisikos bei. Angaben zu Kreditderivaten und ähnlichen Instrumenten, die im Zusammenhang mit Forderungen, für die die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, stehen, sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

	Maximales Ausfallrisiko (Kreditrisiko)		Betrag der Minderung des maximalen Ausfallrisikos durch ein zugehöriges Kreditderivat oder ähnliches Instrument		Kumulative Änderung beizulegender Zeitwerte von zugehörigen Kreditderivaten oder ähnlichen Instrumenten		Änderung beizulegender Zeitwerte innerhalb der Periode von zugehörigen Kreditderivaten oder ähnlichen Instrumenten	
	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008
in Mio. €								
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	88,8	0,0	150,0	0,0	74,5	0,0	74,5
Forderungen an Kunden	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt	0,0	88,8	0,0	150,0	0,0	74,5	0,0	74,5

Die Risikoentlastung durch Sicherheiten ist insbesondere von der jeweiligen Sicherheitenart abhängig. Bei der IKB werden deshalb individuelle Parameter und standardisierte Prozesse bei der Bewertung hereingenommener Sicherheiten verwendet. Neben der Eingangsbewertung der Sicherheiten spielt der nachhaltige Wert eine entscheidende Rolle. Zur Gewährleistung einer nachhaltigen Risikoentlastung durch Sicherheiten werden diese, in Abhängigkeit ihrer Art, einer kontinuierlichen Überwachung unterzogen, die eine zyklische Werthaltigkeitsprüfung und -aktualisierung beinhaltet.

		Kreditqualität des weder überfälligen noch wertgeminderten Kreditrisikoexposures													
		Bonitätsstufe 1 bis 1,5		Bonitätsstufe 2 bis 2,5		Bonitätsstufe 3 bis 3,5		Bonitätsstufe 4 bis 4,5		Bonitätsstufe 5 und schlechter		Kein Rating vorhanden		Gesamt	
in Mio. €		31.3.2009	31.3.2008*	31.3.2009	31.3.2008*	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008*
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert															
Held for Trading		3 413,9	3 320,1	176,0	171,2	71,5	69,6	18,1	17,6	26,1	25,4	0,1	0,1	3 705,8	3 604,0
Handelsaktiva		3 413,9	3 320,1	176,0	171,2	71,5	69,6	18,1	17,6	26,1	25,4	0,1	0,1	3 705,8	3 604,0
Fair-Value-Option		1 450,1	3 637,6	691,8	833,7	137,9	166,4	89,8	0,6	768,2	15,0	0,0	145,4	3 137,8	4 798,6
Forderungen an Kreditinstitute		–	66,0	–	–	–	–	–	–	–	–	–	22,8	0,0	88,8
Forderungen an Kunden		–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Finanzanlagen		1 450,1	3 571,6	691,8	833,7	137,9	166,4	89,8	0,6	768,2	15,0	0,0	122,6	3 137,8	4 709,8
Forderungen KfW Bankengruppe		0,0	1 829,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1 829,7
Sonstige Aktiva		–	1 829,7	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0	1 829,7
Derivate in Sicherungsbeziehungen															
Held for Trading		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	27,0	33,7	27,0	33,7
Handelsaktiva		–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	27,0	33,7	27,0	33,7
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert															
Available for Sale		1 576,4	1 417,2	180,9	162,7	57,8	51,9	18,5	16,7	0,0	0,0	67,5	60,7	1 901,1	1 709,1
Finanzanlagen		1 576,4	1 417,2	180,9	162,7	57,8	51,9	18,5	16,7	–	0,0	67,5	60,7	1 901,1	1 709,1
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert															
Loans and Receivables		12 190,8	14 033,2	9 972,7	10 479,6	5 448,1	5 612,7	1 824,7	1 762,9	249,9	470,7	398,0	289,0	30 084,3	32 648,1
Forderungen an Kreditinstitute		2 877,7	2 667,1	15,8	14,6	–	–	–	–	–	–	86,0	79,7	2 979,5	2 761,5
Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)		4 737,0	5 769,6	9 827,8	10 307,1	5 376,4	5 524,9	1 824,7	1 762,9	232,6	449,6	302,0	197,1	22 300,7	24 011,2
Finanzanlagen		4 576,0	5 596,5	129,1	157,9	71,7	87,7	–	–	17,3	21,1	10,0	12,2	4 804,1	5 875,4
Forderungen aus Finanzierungsleasing															
Forderungen an Kunden		246,5	261,6	658,3	698,6	397,6	422,0	299,7	318,1	90,1	95,6	27,8	29,5	1 720,0	1 825,4

* Zahlen angepasst

Die in der IKB implementierten Ratingverfahren und Ratingprozesse werden im Konzernlagebericht erläutert.

Alle Finanzinstrumente werden einem kontinuierlichen Prüfungs- und Reportingprozess unterzogen. Hierzu hat die IKB für die Berichterstattung das sogenannte Kreditvolumen definiert. Das Kreditvolumen ist anhand des Geschäftsmodells der IKB konzipiert und eignet sich zur adäquaten Darstellung des Kreditrisikos. Nicht im Kreditvolumen enthaltene Finanzinstrumente bestehen zum überwiegenden Teil aus kurzfristigen Forderungen an Kreditinstitute und Hypothekenpfandbriefen. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Kontrahenten wie OECD-Banken und Kreditversicherer mit einem externen Rating im Investment-Grade-Bereich. Davon ausgenommen war eine derivative Position in den Handelsaktiva gegen den Kreditversicherer FGIC Financial Guaranty Insurance Company (BB; Standard & Poor's) in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr: 1.127,2 Mio. €). Die Darstellung der Kreditqualität u. a. nach der Bonitätsstruktur erfolgt für die Marktsegmente der IKB, zu den strukturierten Wertpapierportfolios und Portfolioinvestments im Konzernlagebericht.

Die in der Tabelle zum maximalen Kreditrisikobetrag dargestellten nachverhandelten Kredite sind weder überfällig noch liegt eine nachhaltige Wertminderung vor, weil die Kapitaldienstfähigkeit oder eine ausreichende Besicherung gegeben ist. Eine intensivere Betrachtung ist aber dennoch geboten, da bei diesen Krediten die Vereinbarungen mit dem Kreditnehmer nachträglich geändert wurden. Ein solcher Fall tritt zumeist im Rahmen von Restrukturierungen auf. Hierbei werden hauptsächlich Modifikationen der Zins- und Tilgungsstruktur vorgenommen, um die zukünftige Erfüllung der Kreditverpflichtungen durch den Kreditnehmer nicht zu gefährden. Für die nachverhandelten sowie die im Folgenden dargestellten rückständigen Kredite ist die Bildung einer Einzelwertberichtigung nicht erforderlich. Allerdings gehen diese Kredite in die Ermittlung der Portfoliowertberichtigungen ein. Zu den Einzelheiten der Ermittlung der Portfoliowertberichtigungen wird auf den im Konzernlagebericht verwiesen.

Zum Bilanzstichtag 31. März 2009 befinden sich folgende finanzielle Vermögenswerte im Verzug:

31.3.2009 in Mio. €	Überfällige, aber nicht wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte						Gesamt	Beizulegender Zeitwert korrespondierender Sicherheiten
	1 Tag bis 5 Tage	mehr als 5 Tage bis 30 Tage	mehr als 30 Tage bis 90 Tage	mehr als 90 Tage bis 180 Tage	mehr als 180 Tage bis 360 Tage	mehr als 360 Tage		
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert								
Loans and Receivables	878,5	66,7	32,2	50,5	13,8	35,1	1 076,9	573,2
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	–	–	–	–	–	–
Forderungen Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)	878,5	66,7	32,2	50,5	13,8	35,1	1 076,9	573,2
Finanzanlagen	–	–	–	–	–	–	–	–
Forderungen aus Finanzierungsleasing								
Forderungen an Kunden	50,8	51,1	42,6	9,7	4,7	0,2	159,1	122,5
Gesamt	929,3	117,8	74,8	60,2	18,5	35,3	1 236,0	695,8

31.3.2008 in Mio. €	Überfällige, aber nicht wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte						Gesamt	Beizulegender Zeitwert korrespondierender Sicherheiten
	1 Tag bis 5 Tage	mehr als 5 Tage bis 30 Tage	mehr als 30 Tage bis 90 Tage	mehr als 90 Tage bis 180 Tage	mehr als 180 Tage bis 360 Tage	mehr als 360 Tage		
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert								
Loans and Receivables	981,8	140,5	40,2	71,6	18,7	59,4	1 312,2	559,2
Forderungen Kreditinstitute	–	–	–	–	–	–	–	–
Forderungen Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)	981,8	140,5	40,2	71,6	18,7	59,4	1 312,2	559,2
Finanzanlagen	–	–	–	–	–	–	–	–
Forderungen aus Finanzierungsleasing								
Forderungen an Kunden	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt	981,8	140,5	40,2	71,6	18,7	59,4	1 312,2	559,2

Finanzinstrumente, die einen Tag oder mehr Tage im Verzug sind, gelten als überfällig im Sinne des IFRS 7. Das erste Laufzeitband (1 bis 5 Tage Verzug) ist jedoch unter anderem wegen abwicklungsbedingten Verzögerungen seitens der Kreditnehmer als wenig aussagekräftig einzustufen. Bei den hier dargestellten überfälligen Finanzinstrumenten liegt kein Wertberichtigungsbedarf vor.

Folgende finanzielle Vermögenswerte unterliegen zum Bilanzstichtag einer Einzelwertberichtigung:

in Mio. €	Buchwert der einzelwertberechtigten Vermögenswerte vor Wertberichtigung		Umfang der Wertberichtigung		Buchwert der einzelwertberechtigten Vermögenswerte nach Wertberichtigung		Beizulegender Zeitwert korrespondierender Sicherheiten	
	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert								
Loans and Receivables	3 726,3	2 966,3	2 023,8	1 742,6	1 702,5	1 223,7	1 143,8	642,9
Forderungen Kreditinstitute	–	–	–	–	–	–	–	–
Forderungen Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)	2 115,6	1 454,2	806,4	775,9	1 309,2	678,3	1 143,8	642,9
Finanzanlagen	1 610,7	1 512,1	1 217,4	966,7	393,3	545,4	0,0	0,0
Forderungen aus Finanzierungsleasing								
Forderungen an Kunden	72,1	17,1	6,7	2,3	65,4	14,8	0,0	0,0
Gesamt	3 798,4	2 983,4	2 030,5	1 744,9	1 767,9	1 238,5	1 143,8	642,9

Der Anstieg des Buchwertes der einzelwertberechtigten Vermögenswerte der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Kundenforderungen von 678,3 Mio. € auf 1.309,2 Mio. € ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass per 31. März 2009 ein Volumen von 428 Mio. € der IKB Capital Corporation enthalten ist. Dieses Volumen wurde aufgrund von Veräußerungsabsichten auf Grundlage aktueller Marktwerte in Höhe von 28 Mio. € einzelwertberichtigt.

Im Rahmen der Sicherheitenverwertung sind der IKB während des Geschäftsjahres Sicherheitenerlöse in Höhe von 434,7 Mio. € (Vorjahr: 599,7 Mio. €) zugeflossen.

Weitere ausführliche Angaben zu den Risiken befinden sich im Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts.

Sonstige Erläuterungen

(64) Eventualforderungen/-verbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden u. a. potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns ausgewiesen, die den Kunden eingeräumt, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen und aus terminlich begrenzten Kreditlinien erwachsen.

Die Erträge aus Bürgschaften werden im Provisionsergebnis erfasst, wobei die Höhe durch Anwendung vereinbarter Sätze auf den Nominalbetrag der Bürgschaften bestimmt wird.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen der IKB setzen sich wie folgt zusammen:

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €*	Veränderung in %
Eventualverbindlichkeiten	876,1	1 482,5	-40,9
Bürgschaften, Garantien, Sonstige	554,7	1 329,1	-58,3
Haftungsübernahmen	321,4	153,4	109,5
Andere Verpflichtungen	2 932,3	4 436,0	-33,9
Kreditzusagen bis zu einem Jahr	1 372,4	2 161,0	-36,5
Kreditzusagen von mehr als einem Jahr	1 559,9	2 275,0	-31,4
Gesamt	3 808,4	5 918,5	-35,7

* Zahlen angepasst

Den Eventualverbindlichkeiten stehen grundsätzlich Eventualforderungen in gleicher Höhe gegenüber. Innerhalb der Eventualverbindlichkeiten sind zum 31. März 2009 Haftungsübernahmen in Höhe von 149,7 Mio. € berücksichtigt, die zum 31. März 2008 unter den Bürgschaften, Garantien, Sonstige ausgewiesen wurden.

In dem Posten Andere Verpflichtungen sind Kreditzusagen an Spezialgesellschaften über insgesamt 125,1 Mio. € (Vorjahr: 17,4 Mio. €) enthalten, die im Falle von kurzfristigen Liquiditätsengpässen bzw. vertraglich definierten Kreditausfallereignissen von diesen in Anspruch genommen werden können.

Die dargestellten Zahlen reflektieren die um Rückstellungen korrigierten Beträge, die im Falle der vollständigen Ausnutzung der Fazilitäten an den Kunden ausgezahlt werden müssten.

(65) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und Anteilen an verbunden Unternehmen sowie aus dem von der IKB Private Equity GmbH gehaltenen Anteilsbesitz und den Nachrangdarlehen belaufen sich am Bilanzstichtag im Konzern auf 22,9 Mio. € (Vorjahr: 32,6 Mio. €).

Es besteht eine anteilige Nachschusspflicht gemäß § 26 GmbHG für die Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main. Daneben trägt die IKB eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer, dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehörender Gesellschafter. Ferner hat sich die IKB AG gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten frei zu halten, die durch Maßnahmen zu Gunsten von in ihrem Mehrheitsbesitz stehenden Kreditinstituten anfallen. Für weitere Informationen siehe Jahresabschluss und Lagebericht der IKB AG zum 31. März 2009.

(66) Leasing

Finanzierungsleasing

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Forderungen aus dem Leasinggeschäft			
Bruttoinvestitionswert (Restlaufzeiten)			
bis 1 Jahr	608,6	579,2	5,1
über 1 Jahr bis 5 Jahre	1 487,8	1 247,5	19,3
über 5 Jahre	148,7	106,9	39,1
Bruttoinvestitionswert gesamt	2 245,1	1 933,6	16,1
darunter:			
Nicht garantierte Restwerte	34,2	32,8	4,3
Unrealisierter Finanzertrag (Restlaufzeiten)			
bis 1 Jahr	104,4	92,1	13,4
über 1 Jahr bis 5 Jahre	177,9	138,8	28,2
über 5 Jahre	11,6	7,1	63,4
Unrealisierter Finanzertrag gesamt	293,9	238,0	23,5
Nettoinvestitionswert (Restlaufzeiten)			
bis 1 Jahr	504,2	487,0	3,5
über 1 Jahr bis 5 Jahre	1 309,9	1 108,9	18,1
über 5 Jahre	137,1	99,7	37,5
Nettoinvestitionswert gesamt	1 951,2	1 695,6	15,1
Erfolgswirksam erfasste bedingte Mietzahlungen	0,0	8,7	-100,0
Kumulierte Wertberichtigungen für uneinbringlich ausstehende Mindestleasingzahlungen	3,3	0,8	

Zukünftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Finanzierungsleasing-Verträgen teilen sich nach Laufzeiten wie folgt auf:

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
bis 1 Jahr	628,7	574,3	9,5
über 1 Jahr bis 5 Jahre	1 480,0	1 225,0	20,8
über 5 Jahre	139,7	101,2	38,0
Gesamt	2 248,4	1 900,5	18,3

Operating Leasing

Zukünftige zu erhaltende Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating-Leasing-Verträgen teilen sich nach Laufzeiten wie folgt auf:

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
bis 1 Jahr	38,9	32,3	20,4
über 1 Jahr bis 5 Jahre	104,0	53,8	93,3
über 5 Jahre	5,8	0,4	>100,0
Gesamt	148,7	86,5	71,9

Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen erfolgswirksam erfasst.

Bei der IKB Leasing GmbH, Hamburg, bestehen keine Verpflichtungen aus Sale-and-Lease-Back-Geschäften (Vorjahr: 2,2 Mio. €) mehr. Diesen Verpflichtungen standen im Vorjahr entsprechende Ansprüche an Leasingnehmer gegenüber.

Im Rahmen eines Operating-Leasing-Vertrages wurden die zwei Verwaltungsgebäude in Düsseldorf für eine Festmietzeit von 20 Jahren angemietet. Es besteht eine zweimalige Mietverlängerungsoption über jeweils fünf Jahre zu dann gültigen Marktkonditionen. Zusätzlich wurde der IKB ein Vorkaufs- und Vormietrecht eingeräumt. Für die ersten drei Jahre des Mietvertrages wurde eine Preisanpassungsklausel mit 1 % p.a. vereinbart, ab dem vierten Jahr besteht eine Regelung zu einer bedingten Mietzahlung durch die Kopplung der Mieterhöhung an die Veränderung des Verbraucherpreisindexes.

Von der IKB aus unkündbaren Operating-Leasing-Verträgen zu leistende Mindestleasingzahlungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.3.2009 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	Veränderung in %
bis 1 Jahr	13,1	13,0	0,9
über 1 Jahr bis 5 Jahre	53,7	52,9	1,4
über 5 Jahre	162,2	172,2	-5,8
Gesamt	228,9	238,1	-3,8

Aus der Untervermietung von Teilen der Verwaltungsgebäude an konzernfremde Mieter erwartet die IKB Mietzahlungen von unverändert mindestens 2,0 Mio. € p.a. (Vorjahr: 1,7 Mio. €).

(67) Angaben zu Sicherheiten

Angaben zu gestellten Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten

Sicherheiten stellt die IKB vor allem im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der Europäischen Zentralbank. Es sind finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 7,1 Mrd. € (Vorjahr: 8,1 Mrd. €) als Sicherheiten für das Tenderverfahren und Krediteinreichungsverfahren bei der Europäischen Zentralbank (Sicherheitenpool) hinterlegt. Am Bilanzstichtag waren Kreditfazilitäten in Höhe von 2,9 Mrd. € (Vorjahr: 3,1 Mrd. €) in Anspruch genommen.

in Mio. €	Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte im Rahmen von Refinanzierungsgeschäften mit der Europäischen Zentralbank	
	31.3.2009	31.3.2008
Handelsaktiva		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	13,3	19,7
Finanzanlagen		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	1 300,6	1 495,3
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	904,2	414,7
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	4 159,8	4 577,0
Forderungen Kunden		
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	731,1	1 631,9
Gesamt	7 109,0	8 138,6

Die IKB hat bei Kreditinstituten Barsicherheitenleistungen (Cash Collaterals) im Zusammenhang mit Kreditderivatgeschäften in Höhe von 5,8 Mio. € (Vorjahr: 294,7 Mio. €) erbracht.

Im Rahmen des Sicherheitenverwaltungs-Managements (Collateral Management) wurden für Zinsderivate Barsicherheiten in Höhe von 1.627 Mio. € (Vorjahr: 685,0 Mio. €) gegeben.

Für die Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen bei Wertpapiertransaktionen sind Wertpapierbestände mit einem Nominalwert in Höhe von 19,0 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €) gegenüber der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, und ein Wertpapier mit einem Nominalwert in Höhe von 7,0 Mio. € (Vorjahr: 7,0 Mio. €) bei der Clearstream Banking S.A., Luxemburg, als Sicherheit hinterlegt. Im Rahmen des Futures-Handels an der EUREX Deutschland sind für Marginverpflichtungen gegenüber der BHF-Bank AG, Frankfurt am Main, mit einem Nominalwert in Höhe von 5,0 Mio. € (Vorjahr: 5,0 Mio. €) sowie der Citigroup, London, Wertpapiere mit einem Nominalwert in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr: 15,0 Mio. €) verpfändet.

Der KfW, Frankfurt am Main, sind zur begleitenden Absicherung gemeinsamer Geschäftskonzepte Wertpapiere in Höhe von 158,0 Mio. € (Vorjahr: 246,7 Mio. €) verpfändet und Barsicherheiten in Höhe von 170,0 Mio. € gestellt worden.

Für die als Sicherheiten hinterlegten Vermögenswerte existiert bis auf die Barsicherheitenleistungen (Cash Collaterals) kein Recht auf Weiterveräußerbarkeit.

(68) Wertpapierpensionsgeschäfte

Die IKB hat im Geschäftsjahr 2008/09 den Umfang echter Wertpapierpensionsgeschäfte reduziert. Als Pensionsgeber hat die IKB zum Stichtag Finanzanlagen mit einem Buchwert von 631,4 Mio. € (Vorjahr: 1.957,0 Mio. €) übertragen (Repo-Geschäfte). Dabei handelt es sich um Sicherheiten, die vom Empfänger weiterveräußert und weiterverpfändet werden dürfen. Aus den Repo-Geschäften resultieren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 585,8 Mio. € (Vorjahr: 1.589,3 Mio. €).

in Mio. €	In Pension gegebene finanzielle Vermögenswerte		Korrespondierende Kaufpreisverbindlichkeiten (Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten)	
	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008
Finanzanlagen				
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	0,0	334,8	0,0	264,1
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	0,0	236,4	0,0	201,8
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	631,4	1 385,8	585,8	1 123,4
Gesamt	631,4	1 957,0	585,8	1 589,3

Zum 31. März 2009 bestehen keine Geschäfte, in denen die IKB als Pensionsnehmer die erhaltenen Sicherheiten weiterverpfändet hat (Reverse-Repo-Geschäfte). Im Vorjahr wurden Staatsanleihen mit einem beizulegenden Zeitwert von 229,5 Mio. € im Rahmen von Pensionsgeschäften weiterverpfändet, für die die Erlaubnis zu Weiterveräußerung oder Weiterverpfändung bestand. Hieraus resultierten zum Vorjahresstichtag Forderungen an Kreditinstitute mit einem Buchwert von 230,8 Mio. €. Für die erhaltenen Staatsanleihen bestand nach den üblichen Bedingungen im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften eine Rückgabeverpflichtung in gleicher Höhe.

(69) Anlagespiegel

Das Anlagevermögen hat sich im vergangenen Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Sachanlagen			Immaterielle Anlagewerte	Gesamt
	Leasing- gegenstände aus Operating- Leasing- Verträgen	Grundstücke und Gebäude sowie Gebäude im Bau ohne als Finanz- investition zur Veräußerung gehaltene Immobilien	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung inkl. Geringwertige Wirtschaftsgüter		
in Mio. €					
Anschaffungs- und Herstellungskosten					
Bestand zum 31.3.2008	179,3	112,3	69,7	88,4	449,7
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Veränderungen aus Währungsumrechnungen	–0,6	–	–0,1	0,1	–0,6
Zugänge	96,7	12,6	5,8	2,5	117,6
Umbuchungen	–3,4	–	–	–	–3,4
Abgänge	61,5	0,9	4,5	13,3	80,2
Bestand zum 31.3.2009	210,5	124,0	70,9	77,7	483,1
Kumulierte Veränderung aus der at-equity-Bewertung	–	–	–	–	–
Ab- und Zuschreibungen					
Bestand zum 31.3.2008	67,1	29,0	46,4	56,3	198,8
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Veränderungen aus Währungsumrechnung	–0,5	–	0,1	–	–0,4
Planmäßige Abschreibungen	28,1	1,3	8,4	11,3	49,1
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,1	7,6	–	–	7,7
Zuschreibungen	–	–	–	–	–
Umbuchungen	–	–	–	–	–
Abgänge	33,9	0,2	4,2	9,0	47,3
Bestand zum 31.3.2009	60,9	37,7	50,7	58,6	207,9
Kumulierte Bewertungsänderungen	–	–	–	–	–
Buchwerte					
Bestand zum 31.3.2008	112,2	83,3	23,3	32,1	250,9
Bestand zum 31.3.2009	149,6	86,3	20,2	19,1	275,2

(70) Restlaufzeitengliederung

Die Restlaufzeit ergibt sich aus dem Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und Fälligkeitstermin jedes Teilbetrags eines Vermögenswertes oder einer Verbindlichkeit. Existiert ein Zinsanpassungstermin vor dem eigentlichen Fälligkeitstermin, so wurde dieser als Fälligkeitstermin gewählt.

Die Struktur der Restlaufzeiten der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

31.3.2009 in Mio. €	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute	2 243,6	631,4	71,0	33,5	2 979,5
Forderungen an Kunden	2 251,5	3 226,0	13 365,5	9 084,9	27 927,9
Handelsaktiva	195,8	112,6	508,4	2 916,0	3 732,8
Finanzanlagen	696,8	613,8	3 558,6	5 367,1	10 236,3
At equity bilanzierte Unternehmen	0,0	0,0	0,0	7,5	7,5
Gesamt	5 387,7	4 583,8	17 503,5	17 409,0	44 884,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4 863,7	1 191,4	5 937,8	3 325,8	15 318,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 485,2	824,9	1 154,4	2 354,3	5 818,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	1 608,7	4 842,5	7 497,9	76,8	14 025,9
Handelspassiva	284,9	106,3	508,1	4 580,7	5 480,0
Nachrangkapital	21,3	76,4	582,4	711,6	1 391,7
Gesamt	8 263,8	7 041,5	15 680,6	11 049,2	42 035,1

31.3.2008 in Mio. €	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute	1 552,7	1 053,6	56,6	187,4	2 850,3
Forderungen an Kunden*	2 435,6	3 607,1	13 673,6	9 127,3	28 843,6
Handelsaktiva	303,5	64,7	211,8	3 057,7	3 637,7
Finanzanlagen*	756,9	559,7	4 176,3	7 346,9	12 839,7
At equity bilanzierte Unternehmen	0,0	0,0	0,0	14,7	14,7
Gesamt	5 048,7	5 285,1	18 118,3	19 734,0	48 186,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7 017,1	1 184,5	4 267,0	4 980,7	17 449,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 086,5	1 495,8	1 183,8	1 985,4	5 751,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	1 741,9	6 345,9	10 000,9	96,1	18 184,8
Handelspassiva	142,8	78,0	543,4	4 646,7	5 410,9
Nachrangkapital	23,1	239,7	382,3	1 134,6	1 779,7
Gesamt	10 011,4	9 343,9	16 377,4	12 843,5	48 576,2

* Zahlen angepasst

(71) Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten

Die folgende Tabelle stellt das Liquiditätsrisiko nach den Anforderungen des IFRS 7.39a dar. Es werden undiskontierte vertragliche Cashflows bilanzieller und außerbilanzieller Verbindlichkeiten ausgewiesen. Dabei wird auf den frühestmöglichen Kündigungszeitpunkt bzw. auf den Zeitpunkt der frühestmöglichen Inanspruchnahme abgestellt.

31.3.2009 in Mio. €	Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten					Gesamt
	bis 1 Monat	mehr als 1 Monat bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3 950,9	989,5	1 713,6	6 594,6	3 854,9	17 103,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 191,8	422,6	1 262,4	2 483,0	3 082,9	8 442,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	570,1	1 123,8	5 157,0	7 861,3	65,7	14 777,9
Handelsspassiva	3 569,9	134,3	332,3	1 385,6	2 729,4	8 151,5
Nachrangkapital	9,9	7,9	156,7	1 595,7	1 541,4	3 311,6
Gesamt	9 292,6	2 678,1	8 622,0	19 920,1	11 274,3	51 787,2
Außerbilanzielles Geschäft	3 808,4	0,0	0,0	0,0	0,0	3 808,4

31.3.2008 in Mio. €	Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten					Gesamt
	bis 1 Monat	mehr als 1 Monat bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4 081,8	3 050,4	1 387,3	5 229,1	6 090,1	19 838,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	164,0	956,0	1 920,7	2 165,5	2 443,7	7 649,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	657,5	1 578,1	6 741,7	10 532,2	108,0	19 617,4
Handelsspassiva	4 257,2	25,7	170,9	381,4	-1 174,2	3 661,2
Nachrangkapital	2,4	10,2	382,4	1 228,2	1 474,1	3 097,3
Gesamt	9 162,9	5 620,3	10 603,0	19 536,5	8 941,7	53 864,4
Außerbilanzielles Geschäft	5 918,5	0,0	0,0	0,0	0,0	5 918,5

In der Position Handelsspassiva sind ausschließlich Derivate enthalten. Die aus Swaps resultierenden Cash-Abflüsse werden in der Darstellung der vertraglichen Restlaufzeiten nach Saldierung mit den Cash-Zuflüssen im jeweiligen Laufzeitband abgebildet. Alle übrigen derivativen Instrumente sind IDW RS HFA 24 (IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Einzelfragen zu den Angabepflichten des IFRS 7 zu Finanzinstrumenten, 5. Dezember 2007) folgend mit ihrem beizulegenden Zeitwert enthalten. Die IKB geht davon aus, dass der beizulegende Zeitwert am besten den Cashflow, der aus der Schließung der derivativen Positionen entstehen würde, widerspiegelt. Die Einordnung des beizulegenden Zeitwerts in die verschiedenen Laufzeitbänder richtet sich dabei nach den vertraglichen Laufzeiten. Der beizulegende Zeitwert von Kreditderivaten wird hiervon abweichend dem ersten Laufzeitband zugeordnet.

Im Nachrangkapital sind unter anderem Verbindlichkeiten mit unendlicher Laufzeit enthalten, die ausschließlich mit einem Emittenten-Kündigungsrecht versehen sind. Die hieraus resultierenden Cashflows sind den jeweiligen Laufzeitbändern zugeordnet; im letzten Laufzeitband wird der Nominalwert der Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die interne Liquiditätsrisikosteuerung der IKB erfolgt im Gegensatz zu der Darstellung der vertraglichen Cashflows auf Basis von Erwartungswerten. Eine Darstellung der internen Liquiditätsrisikosteuerung ist im Risikobericht des Konzernlageberichts der IKB enthalten.

(72) Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	2008/09	2007/08	Veränderung in %
Männlich	1 058	1 139	-7,1
Weiblich	691	713	-3,0
Gesamt	1 749	1 852	-5,6

(73) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Die nachstehende Übersicht zeigt die Geschäftsbeziehungen zu den Organen der Bank unter Berücksichtigung des Anteilseignerwechsels im Kundenkreditgeschäft:

Personenkreis	Kreditvolumen (Inanspruchnahme oder Höhe der Zusage) (Tsd. €)		Durchschnittliche Restlaufzeit (Jahre)		Durchschnittliche Verzinsung (%)	
	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008
Vorstand	–	–	–	–	–	–
Arbeitnehmersvertreter im AR	104	151	2,3	5,5	4,0	4,1
Aktionärsvertreter im AR	–	100	–	0,3	–	6,3
Von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	38 344	140 472	5,7	8,1	3,0	4,8
Von ehemaligen Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	97 426	–	7,1	–	4,4	–
Gesamt	135 874	140 723	6,7	8,1	4,0	4,8

Sämtliche Engagements wurden zu marktgerechten Bedingungen auf der Grundlage der geschäftsüblichen Grundsätze der IKB gewährt und durch Grundpfandrechte und sonstige Sicherheiten besichert. Diese Engagements stellen 0,4 % (Vorjahr: 0,4 %) des Konzernkreditvolumens dar. Es besteht keine Einzelwertberichtigung für diese Engagements.

Die nachstehende Tabelle zeigt die übrigen Geschäftsbeziehungen, die ebenfalls zu marktgerechten Bedingungen abgeschlossen wurden:

Personenkreis	Geschäftsart	Volumen (Tsd. €)		Durchschnittliche Restlaufzeit		Durchschnittliche Verzinsung	
		31.3.2009	31.3.2008*	31.3.2009	31.3.2008*	31.3.2009	31.3.2008*
Von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	Zinsswaps	39 374	43 740	5,8	6,7	IKB zahlt variabel: EURIBOR 3M und EURIBOR 6M erhält: 3,60 bis 4,57 %	IKB zahlt variabel: EURIBOR 3M und EURIBOR 6M erhält: 3,60 bis 4,57 %

*Zahlen wegen Zuordnung Zinsswaps angepasst

Die IKB AG hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht erstellt. Der Abhängigkeitsbericht wird nicht öffentlich gemacht. Die Schlussklärung des Vorstands der Bank im Abhängigkeitsbericht lautet: „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

Geschäfte von Personen mit Führungsaufgaben gemäß § 15a WpHG

Personen mit Führungsaufgaben, insbesondere Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der IKB sowie mit diesen in einer engen Beziehung stehende Personen, sind gemäß § 15a des Wertpapierhandelsgesetzes gesetzlich verpflichtet, Geschäfte mit Aktien der IKB oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten offenzulegen, soweit der Wert der von dem Mitglied und ihm nahestehenden Personen innerhalb eines Kalenderjahres getätigten Geschäfte die Summe von 5.000 € erreicht oder übersteigt.

Im Berichtsjahr sind keine Geschäfte mit Aktien der IKB AG oder sich darauf beziehende Finanzinstrumente durch Personen mit Führungsaufgaben sowie Person, die mit einer solchen Person in einer engen Beziehung stehen, erfolgt.

Mitteilungspflichtiger Besitz gemäß Ziff. 6.6 des Deutschen Corporate Governance Kodex lag bis zum 31. März 2009 nicht vor.

Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Tochterunternehmen und Beteiligungsgesellschaften

Die Forderungen und die Verbindlichkeiten gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	Mutterunternehmen		Unternehmen, die dem Mutterunternehmen zugeordnet sind		Tochterunternehmen		Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		Gesamt	
	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2009	31.3.2008
Forderungen										
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	–	–	–	2,0	–	33,4	–	35,4
Forderungen an Kunden	–	–	–	–	10,9	3,0	160,9	208,9	171,8	211,9
Handelsaktiva	–	–	–	–	–	–	3,7	–	3,7	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–	–	–	–	–	–	–	101,0	–	101,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–	–	–	–	–	–	–	144,6	–	144,6
Sonstige Aktiva	–	–	–	–	–	–	–	1 857,2	–	1 857,2
Gesamt	–	–	–	–	10,9	5,0	164,6	2 345,1	175,5	2 350,1
Verbindlichkeiten										
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	–	–	–	–	–	8 566,3	–	8 566,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	–	634,5	–	0,6	0,8	0,4	4,0	635,5	4,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Handelspassiva	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Nachrangige Verbindlichkeiten	105,6	–	106,1	–	–	–	–	–	211,7	–
Sonstige Passiva	–	–	–	–	–	–	–	5,8	–	5,8
Gesamt	105,6	–	740,6	–	0,6	0,8	0,4	8 576,1	847,2	8 576,9

Patronatserklärung

Die IKB trägt dafür Sorge, dass ihre Tochterunternehmen, die in der Liste über den Anteilsbesitz der IKB AG als unter die Patronatserklärung fallend gekennzeichnet sind, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können.

Die IKB Leasing GmbH, Hamburg, hat zugunsten der Tochtergesellschaften IKB Leasing Hungaria Kft., Budapest, und IKB Penzüdyi Lizing Hungaria Rt, Budapest, gegenüber der Commerzbank Rt., Budapest, Patronatserklärungen abgegeben. Darüber hinaus besteht eine Patronatserklärung der IKB Leasing GmbH, Hamburg, zugunsten der IKB Leasing Austria GmbH, Salzburg, gegenüber dem Bankhaus Carl Spängler & Co., Salzburg.

Die IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG hat zugunsten der ilmenau center GmbH & Co. KG eine Patronatserklärung gegenüber Zoo & Co. in Höhe von 340 Tsd. € abgegeben.

(74) Bezüge und Kredite der Organe

Eine ausführliche Beschreibung der Bezüge und des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats befindet sich im Vergütungsbericht des Konzernlageberichts.

Die Vergütung des Vorstands

Für das Geschäftsjahr 2008/09 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 7.068 Tsd. € (Vorjahr: 4.264 Tsd. €). Hiervon entfallen 2.380 Tsd. € (Vorjahr: 2.023 Tsd. €) auf Festbezüge, 3.117 Tsd. € (Vorjahr: 2.044 Tsd. €) auf variable Bezüge, 280 Tsd. € auf Pensionsersatzzahlungen und 1.291 Tsd. € (Vorjahr: 197 Tsd. €) auf Nebenleistungen (inklusive Abfindungen in Höhe von 1.120 Tsd. €).

Frühere und ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder und ausgeschiedenen Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen beliefen sich auf 3.097 Tsd. € (Vorjahr: 3.822 Tsd. €). Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 45.959 Tsd. € (Vorjahr: 42.536 Tsd. €) zurückgestellt.

Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2008/09 beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 498 Tsd. €. Hierin sind 69 Tsd. € Auslagenersatz enthalten.

Bezüge des Beraterkreises

An Mitglieder des Beraterkreises wurden inklusive Umsatzsteuer 417 Tsd. € (Vorjahr: 361 Tsd. €) gezahlt.

Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beraterkreises

Die IKB hat zum 31. März 2009 an Mitglieder des Aufsichtsrats und des Beraterkreises Kredite in einer Gesamthöhe von 0,1 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €) vergeben.

(75) Corporate Governance Kodex

Am 11. Juli 2008 haben Vorstand und Aufsichtsrat die jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 AktG und am 14. Juli 2009 eine aktualisierte Entsprechenserklärung abgegeben und beide Erklärungen den Aktionären auf den Internetseiten der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht.

(76) Angaben über Ereignisse nach dem 31. März 2009

Hinsichtlich der Ereignisse nach dem Stichtag verweisen wir auf den Abschnitt „Ereignisse nach dem 31. März 2009 (Nachtragsbericht)“ des Konzernlageberichts.

(77) Organe

Bei der nachstehenden Aufstellung der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sind jeweils unter

a) die Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und

b) die Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen angegeben.

Aufsichtsrat

Detlef Leinberger, Neu-Anspach
(bis 6. Oktober 2008)

Vorsitzender

b) *Europäischer Investitionsfonds (Luxemburg)(EIF)*
(bis Mai 2008)

Werner Oerter, Linden
Direktor der KfW Bankengruppe
(Vorsitzender bis 30. Oktober 2008 und
Mitglied bis 31. Dezember 2008)

Werner Möller, Echzell
Direktor i.R. der KfW Bankengruppe
(Mitglied vom 28. August 2008 bis 18. November 2008
und stellv. Vorsitzender vom 8. Oktober 2008
bis 18. November 2008)

b) *Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-*
Gesellschaft m.b.H.
High-Tech Gründerfonds GmbH & Co. KG
Authentos GmbH

Dieter Pfundt, Frankfurt (Main)
Persönlich haftender Gesellschafter der
Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA
(Mitglied und stellv. Vorsitzender bis 31. Dezember 2008)

Bruno Scherrer, London
Senior Managing Director/Head of European Investments
Lone Star Management Europe Ltd.
(Vorsitzender und Mitglied seit 30. Oktober 2008)

a) *Börse Düsseldorf AG*

a) *COREALCREDIT BANK AG (Vorsitzender)*
MHB-Bank Aktiengesellschaft (Vorsitzender)

b) *Sal. Oppenheim jr. & Cie. Corporate*
Finance (Schweiz) AG, Präsident
Bank Sal. Oppenheim jr. & Cie (Österreich) AG
(stellv. Vorsitzender)
4IP Management AG
Air Berlin PLC
Bank Sal. Oppenheim jr. & Cie (Schweiz) AG
Collineo Asset Management GmbH
(seit 8. Januar 2009)
Kommanditgesellschaft Allgemeine Leasing GmbH & Co.
MB Advisory Group, LLC
Sal. Oppenheim (France) S.A.
Sal. Oppenheim Alternative Asset Management S.A.
(seit 1. Juli 2008)
Sal. Oppenheim Alternative Investments GmbH
Sal. Oppenheim Investments GmbH
Sal. Oppenheim (Hong Kong) Limited

Stellv. Vorsitzende

Dr. Karsten von Köller, Frankfurt
Chairman Lone Star Germany GmbH
(Mitglied seit 16. Dezember 2008,
stellv. Vorsitzender seit 1. Januar 2009)

a) *COREALCREDIT BANK AG (stellv. Vorsitzender)*
MHB-Bank Aktiengesellschaft
(stellv. Vorsitzender)

b) *W.P. Carey & Co. LLC (executive director)*

Mitglieder

Dieter Ammer, Hamburg
Vorstandsvorsitzender der Conergy AG
(bis 30. November 2008)

- a) *Beiersdorf AG*
(Vorsitzender bis 30. April 2008)
Conergy AG (bis 31. Juli 2008)
GEA AG
Heraeus Holding GmbH
tesa AG (bis 24. April 2008)

Jörg Asmussen, Berlin
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen
(bis 27. Mai 2008)

- a) *Euler Hermes Kreditversicherungs-AG*
(bis 27. Mai 2008)
Postbank AG (bis 27. Mai 2008)
- b) *Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*
(stellv. Vorsitzender)

Dr. Jens Baganz, Düsseldorf
Staatssekretär im Ministerium für
Wirtschaft, Mittelstand und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen
(bis 30. November 2008)

- a) *Messe Düsseldorf GmbH*
duisport AG
- b) *NRW.Invest GmbH* (Vorsitzender)
NRW.International GmbH (Vorsitzender)
Entwicklungsgesellschaft Zollverein mbH
Forschungszentrum Jülich GmbH
Institut für Mittelstandsforschung
NRW.BANK
NRW Japan, K.K.
ZENIT GmbH

Stefan Baustert, Bad Homburg
President and CEO der
SINGULUS TECHNOLOGIES AG
(seit 25. März 2009)

- b) *AptarGroup*

Wolfgang Bouché, Düsseldorf
Arbeitnehmervertreter

Olivier Brahin, London
Bereichsleiter europäische Immobilieninvestitionen
Lone Star Management Europe Ltd.
(seit 22. Januar 2009)

- a) *COREALCREDIT BANK AG*

Hermann Franzen, Düsseldorf
Persönlich haftender Gesellschafter der
Hermann Franzen KG
(bis 31. Dezember 2008)

- a) *SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG*
(stellv. Vorsitzender)
SIGNAL-IDUNA Holding AG

Dr. Lutz-Christian Funke, Frankfurt
Direktor Unternehmensstrategie/
Bereichsleiter Vorstandsstab der
KfW Bankengruppe
(seit 22. Januar 2009)

- a) *Dedalus GmbH & Co. KGaA*
(stellv. Vorsitzender)

Dipl.-Kfm. Ulrich Grillo, Duisburg
Vorsitzender des Vorstands der
Grillo-Werke Aktiengesellschaft

a) Praktiker Bau- und Heimwerkermärkte

*Holding AG
Praktiker Bau- und Heimwerkermärkte AG
mateco AG*

b) HDF Hamborner Dach- und Fassadentechnik

*GmbH & Co. KG (Vorsitzender)
Grillo Zinkoxid GmbH
Zinacor S.A. (Belgien)*

Arndt G. Kirchhoff, Attendorn
Geschäftsführender Gesellschafter der
KIRCHHOFF Automotive GmbH
(seit 25. März 2009)

a) DEKRA AG

KOSTAL Verwaltungsgesellschaft mbH

b) DEG – Deutsche Investitions- und

*Entwicklungsgesellschaft mbH
LEWA Attendorn GmbH*

Jürgen Metzger, Hamburg
Arbeitnehmervertreter

Dr. Claus Nolting, München
Vorsitzender des Vorstands der
COREALCREDIT BANK AG
(seit 22. Januar 2009)

Roland Oetker, Düsseldorf
Geschäftsführender Gesellschafter der
ROI Verwaltungsgesellschaft mbH
(bis 30. November 2008)

a) Deutsche Post AG

Volkswagen AG

b) Dr. August Oetker KG (stellv. Vorsitzender)

RAG-Stiftung

Dr. Christopher Pleister, Berlin
Mitglied des Leitungsausschusses der
Finanzmarktstabilisierungsanstalt
(vom 28. August 2008 bis 1. Februar 2009)

b) Sennheiser electronic GmbH & Co. KG

(bis 31. Dezember 2008)

Dr. Thomas Rabe, Berlin
Mitglied des Vorstands der
Bertelsmann AG
(seit 23. Juni 2009)

a) Arvato AG (stellv. Vorsitzender)

*Druck- und Verlagshaus Gruner + Jahr AG.
Symrise AG*

b) Ricordi & C. S.p.A. (Vorsitzender)

*Bertelsmann Capital Investment (S.A.) SICAR
Bertelsmann Digital Media Investments S.A.
Bertelsmann Inc.
Edmond Israel Foundation
RTL Group S.A.*

Dr.-Ing. E.h. Eberhard Reuther, Hamburg
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Körper Aktiengesellschaft (bis 27. April 2009)

a) Körper AG (Vorsitzender)

Randolf Rodenstock, München
Geschäftsführender Gesellschafter der
Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG
(bis 3. Dezember 2008)

a) E.ON Energie AG

Rodenstock GmbH

Rita Röbel, Leipzig
Arbeitnehmervertreterin
(bis 30. November 2008)

Dr. Michael Rogowski, Heidenheim
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Voith AG
(bis 28. August 2008)

a) Voith AG (Vorsitzender)

Carl Zeiss AG

HDI Haftpflichtverband der

Deutschen Industrie V.a.G.

Klöckner & Co. AG

Talanx AG

Vattenfall Europe AG (seit Juni 2008)

b) Freudenberg & Co. (stellv. Vorsitzender)

Würth Gruppe (Ehrenmitglied)

Jochen Schametat, Düsseldorf
Arbeitnehmervertreter
(bis 30. November 2008)

Dr. Carola Steingräber, Berlin
Arbeitnehmervertreterin

Dr. Alfred Tacke, Celle
Mitglied des Vorstands der
Evonik Industries AG
(bis 31. Dezember 2008)

a) Evonik New Energies GmbH

(Vorsitzender bis 31. Dezember 2008)

Deutsche Steinkohle AG

RAG Aktiengesellschaft

Dr. Andreas Tuczka, London
Bereichsleiter Europäische Finanzinstitutionen
Lone Star Management Europe Ltd.
(seit 22. Januar 2009)

Dr. Martin Viessmann, Allendorf (Eder)
Gesellschafter und Präsident der
Viessmann Werke GmbH & Co. KG
(bis 25. März 2009)

a) Messe Frankfurt GmbH

Schott Glas AG

Ulrich Wernecke, Düsseldorf
Arbeitnehmervertreter

Andreas Wittmann, München
Arbeitnehmervertreter

Vorstand

Dr. Günther Bräunig

(Mitglied und Vorsitzender bis 31. Oktober 2008)

- b) IKB Autoleasing GmbH (bis 31. Oktober 2008)*
- IKB Leasing Berlin GmbH (bis 31. Oktober 2008)*
- IKB Leasing GmbH (bis 31. Oktober 2008)*
- IKB Private Equity GmbH (bis 31. Oktober 2008)*

Dr. Dieter Glüder

- b) IKB Autoleasing GmbH (bis 21. Mai 2008 und vom 5. März 2009 bis 9. Juni 2009)*
- IKB Capital Corporation (bis 19. Mai 2009)*
- IKB Data GmbH (Vorsitzender seit 9. Juni 2009)*
- IKB Immobilien Management GmbH (Vorsitzender seit 9. Juni 2009)*
- IKB International S.A. (Vorsitzender)*
- IKB Leasing Berlin GmbH (bis 21. Mai 2008 und vom 5. März 2009 bis 9. Juni 2009)*
- IKB Leasing GmbH (bis 21. Mai 2008 und vom 5. März 2009 bis 9. Juni 2009)*
- Movesta Lease and Finance GmbH (seit 9. Juni 2009)*

Dr. Reinhard Grzesik

(bis 3. Juli 2009)

- b) IKB Data GmbH (Vorsitzender) (bis 9. Juni 2009)*
- IKB Immobilien Management GmbH (Vorsitzender) (bis 9. Juni 2009)*
- IKB International S.A. (seit 30. Juni 2008 bis 3. Juli 2009)*
- IKB Private Equity GmbH (bis 15. Mai 2008)*
- Movesta Lease and Finance GmbH (bis 21. Mai 2008 und vom 26. November 2008 bis 9. Juni 2009)*

Dr. Andreas Leimbach

(vom 1. April 2008 bis 31. Januar 2009)

- b) Argantis GmbH (bis 31. Januar 2009)*
- IKB Autoleasing GmbH (Vorsitzender vom 21. Mai 2008 bis 31. Januar 2009)*
- IKB International S. A. (vom 30. Juni 2008 bis 31. Januar 2009)*
- IKB Leasing Berlin GmbH (Vorsitzender vom 21. Mai 2008 bis 31. Januar 2009)*
- IKB Leasing GmbH (Vorsitzender vom 21. Mai 2008 bis 31. Januar 2009)*
- IKB Private Equity GmbH (Vorsitzender vom 15. Mai 2008 bis 31. Januar 2009)*
- Movesta Lease and Finance GmbH (vom 21. Mai 2008 bis 25. November 2008)*

Claus Momburg

- b) Argantis GmbH (bis 31. August 2008)*
- IKB Autoleasing GmbH (Vorsitzender bis 20. Mai 2008, danach Mitglied)*
- IKB International S.A. (Mitglied und stellv. Vorsitzender bis 30. Juni 2008, Mitglied seit 16. März 2009)*
- IKB Leasing Berlin GmbH (Vorsitzender bis 20. Mai 2008, danach Mitglied)*
- IKB Leasing GmbH (Vorsitzender bis 20. Mai 2008, danach Mitglied)*
- IKB Private Equity GmbH (Vorsitzender bis 14. Mai 2008, danach Mitglied)*
- Movesta Lease and Finance GmbH (stellv. Vorsitzender)*

Hans Jörg Schüttler

(Mitglied und Vorsitzender seit 1. November 2008)

- b) IKB Autoleasing GmbH (seit 27. November 2008)*
- IKB Leasing Berlin GmbH (seit 25. November 2008)*
- IKB Leasing GmbH (seit 25. November 2008)*
- IKB Private Equity GmbH (seit 25. November 2008)*

Dr. Michael H. Wiedmann
(seit 1. März 2009)

b) *IKB Autoleasing GmbH (seit 9. Juni 2009)*
IKB Capital Corporation (seit 20. Mai 2009)
IKB Leasing Berlin GmbH (seit 9. Juni 2009)
IKB Leasing GmbH (seit 9. Juni 2009)
IKB Private Equity GmbH (Vorsitzender seit
2. April 2009; Mitglied seit 4. März 2009)

Verzeichnis der Mandate von Mitarbeitern

Zum 31. März 2009 waren folgende Mitarbeiter in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften vertreten:

Dr. Reiner Dietrich
Tricor Packaging & Logistics AG

Roland Eschmann (bis 29. Mai 2009)
Oechsler AG

Frank Kraemer
ae Group AG

(78) Konsolidierungskreis zum 31. März 2009

	Patronats- erklärung	Kapital- anteil in %	Geschäfts- jahr	Eigenkapital in Tsd. €
A. Konsolidierte Tochterunternehmen				
1. Ausländische Kreditinstitute				
IKB International S.A., Luxemburg	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	183 133
2. Inländische sonstige Unternehmen				
ICCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	193
ICCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	46
IKB Autoleasing GmbH, Hamburg	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	14 000
IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf	x	100	1.4. - 31.3.	475 710
IKB Data GmbH, Düsseldorf	x	100	1.4. - 31.3.	20 000
IKB Dritte Equity Suporta GmbH, Düsseldorf		100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	2 160
IKB Equity Capital Fund I GmbH & Co. KG, Düsseldorf	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	53 966
IKB Equity Finance GmbH, Düsseldorf		100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	962
IKB Erste Equity Suporta GmbH, Düsseldorf		100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	183
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Degerloch KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	1 977
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Hamburg KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	-746
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	3 678
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Uerdinger Straße KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	8 699
IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	113
IKB Immobilien Management GmbH, Düsseldorf	x	75	1.1. - 31.12.	2 295
IKB Leasing Berlin GmbH, Erkner	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	8 000
IKB Leasing GmbH, Hamburg	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	45 000
IKB Private Equity GmbH, Düsseldorf	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	90 000
IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	40 467
IKB Projektentwicklungsverwaltungsges. mbH, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	28
IMAS Grundstücks-Vermietungsges. mbH, Düsseldorf	x	100	1.4. - 31.3.	2 442
ISOS Grundstücks-Vermietungs- gesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	246
ISOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	46
ISTOS Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- vermietungsges. mbH, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	55
ISTOS Dritte Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾		100	1.1. - 31.12.	245
ISTOS Erste Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- vermietungsges. mbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	40
ISTOS Zweite Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾		100	1.1. - 31.12.	193

¹⁾ Mittelbare Beteiligung²⁾ Nachrangige Patronatserklärung³⁾ Gesellschaft hat gemäß § 264b HGB keinen eigenen Anhang erstellt.⁴⁾ Inkl. Stille Einlagen/Vorzugsaktien⁵⁾ Geschäftsjahr 2007/08

	Patronats- erklärung	Kapital- anteil in %	Geschäfts- jahr	Eigenkapital in Tsd. €
3. Ausländische sonstige Unternehmen				
IKB Capital Corporation, New York		100	1.4. - 31.3.	38 114 ⁵⁾
IKB Finance B.V., Amsterdam	x	100	1.4. - 31.3.	4 911
IKB Funding LLC I, Wilmington, Delaware	x ²⁾	100	1.4. - 31.3.	75 997 ⁴⁾
IKB Funding LLC II, Wilmington, Delaware	x ²⁾	100	1.4. - 31.3.	402 687 ⁴⁾
IKB Leasing Austria GmbH, Salzburg	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	799
IKB Leasing ČR s.r.o., Prag	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	2 870
IKB Leasing Finance IFN SA, Bukarest	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	495
IKB Leasing France S.A.R.L., Marne	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	1 466
IKB Leasing Hungária Kft., Budapest	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	267
IKB Leasing Polska Sp. z o.o., Posen	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	5 407
IKB Leasing SR, s.r.o., Bratislava	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	2 198
IKB Leasing srl, Bukarest	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	-24
IKB Lux Beteiligungen S.à.r.l., Luxemburg	x	100	1.4. - 31.3.	59 265
IKB Penzüdyi Lizing Hungaria Rt., Budapest	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	1 924
Still Location S.A.R.L., Marne	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	10 473
ZAO IKB Leasing, Moskau	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	276
B. Joint Ventures/Assoziierte Unternehmen				
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden		30 ¹⁾	1.1. - 31.12.	
Movesta Lease and Finance GmbH, Düsseldorf		50 ¹⁾	1.1. - 31.12.	
C. Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicles) nach SIC-12				
Bacchus 2008-1 Plc, Dublin				
Bacchus 2008-2 Plc, Dublin				
ELAN Ltd., Jersey (zwei Zellen)				
Havenrock I Ltd., Jersey				
Havenrock II Ltd., Jersey				
REPV-DS Finance 2008-1 GmbH, Frankfurt a.M.				
Rio Debt Holdings (Ireland) Limited, Dublin				

¹⁾ Mittelbare Beteiligung

²⁾ Nachrangige Patronatsklärung

³⁾ Gesellschaft hat gemäß § 264b HGB keinen eigenen Anhang erstellt.

⁴⁾ Inkl. Stille Einlagen/Vorzugsaktien

⁵⁾ Geschäftsjahr 2007/08

Die nachfolgende Aufstellung stellt zusätzlich die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten, das Ergebnis und die Erträge nach IFRS des At equity bilanzierten Unternehmens dar:

Name des at equity bilanzierten Unternehmens in Mio. €	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten	Ergebnis	Erträge
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	512,2	487,1	-6,2	33,9

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes wird beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und über die Internetseite des Unternehmensregisters zugänglich gemacht. Sie kann bei der IKB AG kostenlos angefordert werden.

Düsseldorf, den 13. Juli 2009
IKB Deutsche Industriebank AG
Der Vorstand



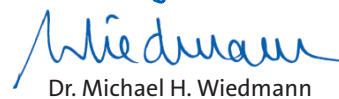
Hans Jörg Schüttler



Claus Momburg



Dr. Dieter Glüder



Dr. Michael H. Wiedmann

Anlage:

Angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Gemäß § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der EU-Verordnung 1606/2002 muss vor der Anwendung eines neuen Standards durch die Bank dieser zuvor in EU-Recht übernommen worden sein. Dabei entspricht das angegebene Datum (anzuwenden seit) dem Zeitpunkt der Erstanwendung. Vielfach dürfen neue Standards bereits früher als vom Standardgeber gefordert umgesetzt werden. Die IKB hat allerdings im Abschluss keinen Gebrauch von diesem Recht gemacht.

Die Abkürzung IFRS bezeichnet die International Financial Reporting Standards, die seit November 2003 neu verabschiedet wurden. Mit der Abkürzung IAS International Accounting Standards werden alle Vorschriften bezeichnet, die bis 2002 veröffentlicht wurden. Bei einer vollständigen Überarbeitung eines IAS-Standards wird dieser in IFRS umbenannt.

Die Regelungen des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee „DRSC“ sind insofern von Relevanz, als diese gemäß § 315a HGB anzuwenden sind und Sachverhalte behandeln, die durch die IFRS nicht selbst geregelt werden.

Am 3. November 2008 hat die Europäische Kommission durch die Verordnung 1126/2008 nochmals alle sich in Kraft befindlichen IFRS-Standards übernommen, damit sich alle Unternehmen künftig anstatt auf 18 Einzelverordnungen nur noch auf eine EU-Verordnung stützen müssen

In der folgenden Tabelle werden nicht alle Vorschriften des Standards aufgeführt, sondern nur jene, die zum Stichtag für die IKB von Relevanz sind:

International Financial Reporting Standards (IFRS)				
International Accounting Standards (IAS)	Stand	Deutscher Titel	Anzuwenden seit	Durch EU-Verordnung übernommen
IAS 1	2005	Darstellung des Abschlusses	1. Januar 2007	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 7	rev. 1992	Kapitalflussrechnung	1. Januar 1994	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 8	rev. 2003	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	1. Januar 2005	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 10	rev. 2003	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	1. Januar 2005	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 11	rev. 1993	Fertigungsaufträge	1. Januar 1995	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 12	rev. 2000	Ertragsteuern	1. Januar 1998	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 14	rev. 1997	Segmentberichterstattung	1. Juli 1998	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 16	rev. 2003	Sachanlagen	1. Januar 2005	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 17	rev. 2003	Leasingverhältnisse	1. Januar 2005	1126/2008 vom 3. November 2008

International Accounting Standards (IAS)	Stand	Deutscher Titel	Anzuwenden seit	Durch EU-Verordnung übernommen
IAS 18	rev. 1993	Erträge	1. Januar 1995	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 19	2004	Leistungen an Arbeitnehmer	1. November 2005	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 20	rev. 2008	Zuwendungen der öffentlichen Hand	1. Januar 2009	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 21	2005	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	1. Januar 2006	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 23	rev. 1993	Fremdkapitalkosten	1. Januar 1995	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 24	rev. 2003	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	1. Januar 2006	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 27	rev. 2003	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS	1. Januar 2006	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 28	rev. 2003	Anteile an assoziierten Unternehmen	1. Januar 2006	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 31	rev. 2003	Anteile an Joint Ventures	1. Januar 2005	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 32	rev. 2003	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung	1. Januar 2005	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 33	rev. 2003	Ergebnis je Aktie	1. Januar 2005	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 34	1998	Zwischenberichterstattung	1. Januar 1999	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 36	rev. 2004	Wertminderung von Vermögenswerten	31. März 2004	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 37	1998	Rückstellungen, Eventualschulden Eventualforderungen	1. Juli 1999	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 38	rev. 2004	Immaterielle Vermögenswerten	31. März 2004	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 39	2008	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	1. Januar 2006	1126/2008 vom 3. November 2008
IAS 40	rev. 2003	Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	1. Januar 2005	1126/2008 vom 3. November 2008

International Financial Reporting Standards (IFRS)	Stand	Deutscher Titel	Anzuwenden seit	Durch EU-Verordnung übernommen
IFRS 5	2004	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche	1. Januar 2005	1126/2008 vom 3. November 2008
IFRS 7	2004	Finanzinstrumente: Angaben	1. Januar 2007	1126/2008 vom 3. November 2008

Standard Interpretation Committee (SIC)	Stand	Deutscher Titel	Anzuwenden seit	Durch EU-Verordnung übernommen
SIC-10	1998	Beihilfen der öffentlichen Hand – kein spezifischer Zusammenhang mit betrieblichen Tätigkeiten	1. August 1998	1126/2008 vom 3. November 2008
SIC-12	2004	Konsolidierung – Zweckgesellschaften	1. Januar 2005	1126/2008 vom 3. November 2008

International Financial Interpretation Committee (IFRIC)	Stand	Deutscher Titel	Anzuwenden seit	Durch EU-Verordnung übernommen
IFRIC 9	2006	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	1. Juni 2006	1126/2008 vom 3. November 2008
IFRIC 10	2006	Zwischenberichterstattung und Wertminderungen	1. Januar 2007	1126/2008 vom 3. November 2008
IFRIC 14	2007	Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Mindestfinanzierungsvorschriften und ihre Wechselwirkung	1. Januar 2008	1126/2008 vom 3. November 2008

Deutscher Rechnungslegungs Standards (DRS)	Stand	Deutscher Titel	Anzuwenden seit	Durch EU-Verordnung übernommen
DRS 5-10	2006	Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitutionen	1. Januar 2005	nicht relevant
DRS 15	rev. 2005	Lageberichterstattung	1. Januar 2003/ 1. Januar 2004/ 1. Januar 2005	nicht relevant
DRS 15a	rev. 2007	Übernahmerechtliche Angaben und Erläuterungen im Konzernlagebericht	31. Dezember 2008	nicht relevant
DRS 16	2008	Zwischenberichterstattung	1. Januar 2008	nicht relevant
DRS 17	2007	Berichterstattung über die Vergütung von Organmitglieder	31. Dezember 2008	nicht relevant

Kapitalmarktorientierte Vorschriften	Stand	Deutscher Titel	Anzuwenden seit	Durch EU-Verordnung übernommen
WpHG	2007	Wertpapierhandelsgesetz insbesondere § 37v bis § 37z	1. Januar 2007	nicht relevant
DCGK i.V.m. § 161 AktG	2008	Deutscher Corporate Governance Kodex	31. Dezember 2008	nicht relevant
FWBO	2008	Frankfurter Wertpapierbörsenordnung	15. August 2008	nicht relevant

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. April 2008 bis 31. März 2009 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Pflichtgemäß weisen wir darauf hin, dass der Bestand der Gesellschaft durch Risiken bedroht ist, die im Abschnitt „Gesamtaussage zur Risikosituation“ des Konzernlageberichts dargestellt sind. Dort wird ausgeführt, dass der Fortbestand der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft davon abhängt, dass die seitens des SoFFin für die Vergabe der Garantien, von der EU-Kommission für die Genehmigung der Beihilfe und vom Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes gemachten Auflagen eingehalten werden und die EU-Kommission auch den erweiterten SoFFin-Garantierahmen genehmigt. Hierzu ist es insbesondere erforderlich, dass

- die Kernkapitalquote von mindestens 8 % auf Ebene des Einzelinstituts und der Institutsgruppe eingehalten wird,
- die Konzernbilanzsumme bis zum 30. September 2011 auf € 33,5 Mrd. reduziert wird,
- das Segment Immobilienfinanzierung sowie die Aktivitäten an den Standorten Luxemburg und New York termingerecht aufgegeben werden und
- die Risikotragfähigkeit auch zukünftig unter Berücksichtigung der vorstehenden Punkte sowie des neuen Geschäftsmodells gegeben ist.

Sofern es zur Einhaltung der Kernkapitalquote von mindestens 8 % und zur Gewährleistung der Risikotragfähigkeit in den nächsten Geschäftsjahren nicht gelingt, Risikopositionen in ausreichendem Maße abzubauen, ist die Zuführung von weiterem Eigenkapital erforderlich.

Düsseldorf, 13. Juli 2009

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Ralf Schmitz)	(Michael Maifarth)
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter nach § 297 Abs. 2 Satz 4 HGB, § 315 Abs. 1 Satz 6 HGB

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Düsseldorf, 13. Juli 2009
IKB Deutsche Industriebank AG
Der Vorstand



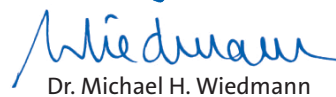
Hans Jörg Schüttler



Claus Momburg



Dr. Dieter Glüder



Dr. Michael H. Wiedmann

Entwicklung wichtiger Positionen

Entwicklung wichtiger Positionen aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (IFRS) der IKB Deutsche Industriebank AG

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2008/09	2007/08**	2006/07	2005/06	2004/05*
Zinserträge	2 560,7	3 315,6	3 831,6	2 681,9	2 664,5
Zinsaufwendungen	2 258,1	2 864,0	3 158,5	2 071,4	2 142,9
Zinsüberschuss	302,6	451,6	673,1	610,5	521,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-589,6	-255,2	-239,7	-318,6	-313,8
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	-287,0	196,4	433,4	291,9	207,8
Provisionsüberschuss	33,2	54,7	52,0	30,4	83,6
Fair-Value-Ergebnis	-162,1	-1 830,2	-37,8	-11,2	-
Ergebnis aus Finanzanlagen	-282,1	-979,9	-12,4	13,1	135,7
Personalaufwendungen	179,4	190,7	185,8	162,8	139,6
Andere Verwaltungsaufwendungen	195,9	195,3	130,4	106,2	96,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	131,3	666,3	-6,2	115,8	9,3
Ergebnis aus Risikoübernahme	-	2 401,0	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	51,8	-	-	-	-
Operatives Ergebnis	-1 002,2	124,0	114,5	171,0	200,5
Steuern	-421,9	134,6	76,6	62,2	45,1
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	-580,3	-10,6	37,9	108,8	155,4
Ergebnis Konzernfremde	0,3	-0,1	-0,1	0,0	-0,3
Konzernjahresüberschuss nach Ergebnis Konzernfremde	-580,0	-10,7	37,8	108,8	155,1
Ergebnis je Aktie in €	-1,88	-0,12	0,43	1,24	1,76

* Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2004/05 wurde ohne Anwendung von IAS 32 und IAS 39 erstellt.

** Zahlen angepasst

Entwicklung wichtiger Positionen aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (HGB) der IKB Deutsche Industriebank AG

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2003/04	2002/03	2001/02	2000/01	1999/2000	1998/99	1997/98
Zinserträge, Erträge aus dem Leasinggeschäft	3 251,6	3 223,2	3 215,2	3 097,6	2 524,3	2 334,3	2 138,9
Laufende Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen sowie aus Gewinnabführungsverträgen	2,0	1,8	4,8	2,7	36,7	12,9	20,0
Zinsaufwendungen, Aufwendungen und Abschreibungen aus dem Leasinggeschäft	2 728,2	2 740,0	2 748,7	2 661,6	2 141,3	1 953,6	1 793,7
Zinsüberschuss	525,4	485,0	471,3	438,7	419,7	393,6	365,2
Provisionsüberschuss	84,7	64,1	39,5	12,3	7,7	8,8	7,6
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	3,2	0,8	1,9	2,5	-2,6	6,6	8,1
Personalaufwand	146,8	137,8	133,4	117,2	107,2	87,4	82,5
Andere Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen auf Sachanlagen	85,4	82,1	73,1	66,0	59,1	51,3	49,6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	11,2	20,2	29,3	91,8	77,8	-3,5	-8,1
Risikovorsorgesaldo	-211,7	-183,4	-175,2	-187,2	-165,5	-88,4	-78,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	180,6	166,8	160,3	174,9	170,8	178,4	162,0
Sonstiges Ergebnis	-	-	-	-1,5	-10,0	-3,1	-7,7
Steuern	75,8	81,0	77,2	87,5	85,3	84,3	77,9
Jahresüberschuss	104,8	85,8	83,1	85,9	75,5	91,0	76,4
Ergebnis je Aktie in €	1,19	0,98	0,94	0,98	0,86	1,03	0,87

Entwicklung wichtiger Positionen aus der Konzernbilanz (IFRS) der IKB Deutsche Industriebank AG

Bilanz in Mio. €	31.3.2009	31.3.2008**	31.3.2007	31.3.2006	31.3.2005*
Forderungen an Kreditinstitute	2 980	2 850	4 442	2 197	1 381
Forderungen an Kunden	27 928	28 844	29 685	28 018	26 628
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-998	-861	-1 095	-1 412	-1 378
Handelsaktiva	3 733	3 638	2 209	586	766
Finanzanlagen	10 236	12 840	27 259	23 174	10 757
Sachanlagen	256	219	212	231	338
Übrige Aktiva	228	2 111	589	468	1 011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15 319	17 449	13 913	14 060	12 170
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5 819	5 752	4 279	2 546	1 982
Verbriefte Verbindlichkeiten	14 026	18 185	39 556	30 761	18 861
Handelspassiva	5 480	5 411	1 165	1 021	1 100
Rückstellungen	172	84	60	303	254
Ertragsteuerverpflichtungen	95	88	79	103	142
Sonstige Passiva	514	163	173	264	850
Nachrangkapital	1 392	1 780	3 108	2 910	2 834
Eigenkapital	1 755	1 163	1 196	1 293	1 310
Gezeichnetes Kapital	1 498	248	225	225	225
Kapitalrücklage	598	598	568	568	568
Gewinnrücklagen	-207	318	331	273	265
Rücklage aus der Währungsumrechnung	-21	7	-15	-7	-11
Neubewertungsrücklage	-36	3	88	159	192
Anteile in Fremdbesitz	0	0	0	0	0
Konzernbilanzgewinn/-verlust	-78	-11	-	75	71
Bilanzsumme	44 711	50 224	63 545	53 262	39 503

* Zum Zwecke der besseren Vergleichbarkeit wurde die Bilanz zum 31. März 2005 um die Effekte aus der Erstanwendung von IAS 32 und IAS 39 zum 31. März 2005 ergänzt.

** Zahlen angepasst

Entwicklung wichtiger Positionen aus der Konzernbilanz (HGB) der IKB Deutsche Industriebank AG

Bilanz in Mio. €	31.3.2004	31.3.2003	31.3.2002	31.3.2001	31.3.2000	31.3.1999	31.3.1998
Forderungen an Kreditinstitute	1 238	2 140	1 605	804	1 650	2 273	1 641
Forderungen an Kunden	24 116	24 803	24 600	24 276	22 635	22 188	20 771
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8 211	5 927	4 928	3 814	2 652	1 629	1 364
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	87	38	38	36	13	153	139
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	78	45	47	44	91	176	174
Sachanlagen	262	245	215	212	214	223	223
Leasinggegenstände	2 231	2 466	2 346	2 239	2 114	462	451
Rechnungsabgrenzungsposten	108	136	139	153	164	158	166
Übrige Aktiva inkl. Barreserve	625	610	956	862	408	399	240
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15 112	16 223	15 436	15 182	13 181	13 991	11 876
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2 228	2 019	2 250	2 411	2 414	2 501	2 482
Verbriefte Verbindlichkeiten	14 734	13 700	12 975	10 825	10 803	8 280	8 053
Rückstellungen	310	337	301	282	266	237	235
Nachrangige Verbindlichkeiten	1 042	632	868	803	582	472	473
Genussrechtskapital	563	614	624	439	439	419	419
Fonds für allgemeine Bankrisiken	80	80	80	80	80	77	8
Eigenkapital	1 962	1 729	1 296	1 270	1 187	1 049	1 022
Gezeichnetes Kapital	225	225	225	225	225	225	225
Hybride Kapitalinstrumente	820	620	170	170	100	–	–
Rücklagen	919	873	887	848	817	824	797
Anteile in Fremdbesitz	–2	11	14	27	45	–	–
Rechnungsabgrenzungsposten	316	456	469	514	498	297	299
Übrige Passiva inkl. Bilanzgewinn	609	620	575	634	491	338	302
Bilanzsumme	36 956	36 410	34 874	32 440	29 941	27 661	25 169

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen sowie die zugrunde liegenden Annahmen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der IKB derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen beziehen sich deshalb nur auf den Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung und Entwicklung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer Managementagenda, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie die Liquiditätslage (nicht abschließende Aufzählung).

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

IKB Deutsche Industriebank AG
Kommunikation – COM
Wilhelm-Bötzkens-Straße 1 · 40474 Düsseldorf
Telefon +49 211 8221-4511
Telefax +49 211 8221-2511
E-Mail: investor.relations@ikb.de
www.ikb.de

